



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Ein Vergleich der Darstellung der „Flüchtlingskrise“ und
Repräsentationen von Flüchtlingen in tschechischen und
österreichischen Online-Zeitungen im Frühling/Sommer
2016

Eine kritische Diskursanalyse

verfasst von / submitted by

Nela Helena Masařová, BA BA MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Margarete Maria Grandner

„The Only Thing We Have to Fear Is Fear Itself”

Franklin D. Roosevelt, Inaugural Address, March 4, 1933

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 25. März 2017

Danksagung

Mein Dank gilt in erster Linie Frau Dr. Margarete Maria Grandner für die sorgfältige und geduldige Betreuung dieser Masterarbeit.

Persönlich möchte ich mich ganz ausdrücklich bei meinen Eltern, Klára Masařová und Milan Masař, für ihre Unterstützung in allen Formen während des gesamten Studiums bedanken. Danke, dass ihr an mich glaubt.

Děkuji.

Mein ganz besonderer Dank richtet sich an meinen Freund Thomas Androsch, der mir während meines gesamten Masterstudiums eine Inspiration und eine wichtige Stütze war. Danke für alle langen Abende, an denen wir über diese Masterarbeit geredet haben!

Danke auch an alle lieben Freundinnen und Freunde, dass ihr mich während meines gesamten Studiums motiviert habt und immer da für mich wart.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Migration	5
1.1 Die „guten“ und die „schlechten“ MigrantInnen	5
1.2 „Wir“ und die „Anderen“	8
2. Die „Flüchtlingskrise“	10
2.1 Flucht und Migration	10
2.2 Migration als gesellschaftliche Normalität	12
2.3 Die „Flüchtlingskrise“ und die EU – Zahlen und Fakten	13
2.4 Asylrecht und Asylverfahren - Österreich und die Tschechische Republik	20
2.5 Kritik und die tatsächliche „Flüchtlingskrise“	21
3. Rassismus im politischen, öffentlichen und medialen Diskurs	25
3.1 Begriffe Rassismus und Xenophobie	25
3.2 Rassismus-Geschichte in der Tschechischen Republik und in Österreich	28
3.3 Rassismus in Medien, Rassismus im Internet	41
3.4 Rassismus, Medien und Ideologie	46
4. Diskurs und Diskursanalyse	48
4.1 Text und Diskurs	48
4.2 Diskurs, Macht und Sprache	49
4.3 Diskursanalyse	52
4.4 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger	54
5. Empirischer Teil: Methode- und Materialbeschreibung	55
5.1 Untersuchungszeitraum	55
5.2 Ausgewählte Medien	56
5.3 Vorgehensweise	62
5.4 Forschungsfrage und Unterfragen	63
5.5 Feinanalysen	64
6. Ergebnisse der Struktur- und Feinanalyse	65
6.1 „Flüchtlingskrise“ in den Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz	66
6.2 Repräsentationsbilder von Flüchtlingen in den Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz	83
6.3 Exemplarische Feinanalysen	97
Schlusswort	111

Literaturverzeichnis	117
Internetseiten	124
Anhang	1
Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge – iDnes.cz.....	2
Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge – DiePresse.com.....	22
Rahmen: Opfer	43
Rahmen: Bedrohung.....	44
Rahmen: Aktiv handelndes Subjekt	45
Artikel 1 – iDnes.cz	46
Artikel 1 – iDnes.cz - Übersetzung	49
Artikel 2 - DiePresse.com.....	52
Abstract Deutsch	55
Abstract Englisch.....	56

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die fünf am stärksten repräsentierten Staatsangehörigkeiten bei Asylbewerbern.....	15
Abbildung 2: In der EU registrierte AsylwerberInnen 2014-2016.....	16
Abbildung 3: Entwicklung der Asylanträge in Österreich 2002 - 2015.....	17
Abbildung 4: Anzahl der Asylanträge in der Tschechischen Republik 1990 - 2014	19
Abbildung 5: Bevölkerungsfortschreibung, Wanderungsstatistik	35
Abbildung 6: Anstieg rechtsmotivierter Straftaten.....	43
Abbildung 7: Kommentare auf Facebook in „Hassdiskussionen“ in den untersuchten Kategorien	44
Abbildung 8: Kommentare zum Thema Islam in Foren den ausgewählten Nachrichtenportalen.....	45
Abbildung 9: Was ist der Diskurs?	53
Abbildung 10: Leserprofil iDnes.cz	58
Abbildung 11: Leserprofil DiePresse.com	60
Abbildung 12: Leit- und Unterthemen der Artikel von DiePresse.com	69
Abbildung 13: Leit- und Unterthemen der Artikel von iDnes.cz	71
Abbildung 14: AntConc: Islam und Muslime in iDnes.cz Artikeln.....	74
Abbildung 15: Islam, Islamismus und MuslimInnen iDnes.cz	75
Abbildung 16: Islam, Islamismus und MuslimInnen diePresse.com	78
Abbildung 17: Mediale Rahmen in Anlehnung an Milioni, Spyridou & Vadratsikas	88
Abbildung 18: Repräsentationsbilder von Flüchtlingen im Bezug auf die definierten Hauptrahmen in iDnes.cz	91
Abbildung 19: Repräsentationsbilder von Flüchtlingen im Bezug auf die definierten Hauptrahmen in DiePresse.com	93
Abbildung 20: Vergleich den Repräsentationsbildern, die in den Hauptrahmen verankert sind, in iDnes.cz und DiePresse.com.....	95
Abbildung 21: Subrahmen des Hauptrahmens Drohung.....	97
Abbildung 22: Rahmen Opfer	43
Abbildung 23: Rahmen Bedrohung.....	44
Abbildung 24: Rahmen Aktiv handelndes Subjekt	45

Einleitung

Die Berichterstattung spielt eine tragende Rolle für die Prägung des politischen, medialen und öffentlichen Diskurses und ist für den Aufstieg des Alltagsrassismus mitverantwortlich (vgl. Nuscheler 2004: 169-170). Zwischen den drei Diskursen besteht eine Wechselbeziehung, die für die Gesellschaft als Ganze von großer Bedeutung ist und deren Züge nicht immer klar nachvollziehbar und äußerst komplex sind. Im Rahmen dieser Masterarbeit wird der Versuch unternommen einen kleinen Ausschnitt dieser Diskurse näher zu betrachten und nachzuvollziehen.

Das Ziel der vorliegenden Masterarbeit ist ein Vergleich der medialen Darstellung der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen von Flüchtlingen in tschechischen und österreichischen Online-Zeitungsartikeln im Frühling und Sommer 2016. Da von einer reziproken Beziehung zwischen Medien und der „Realität“ ausgegangen wird, ist die Absicht der vorliegenden Masterarbeit, anhand einer Diskursanalyse herauszufinden, ob und in welchen Aspekten sich die Berichterstattung über die „Flüchtlingskrise“ und die Repräsentationen von Flüchtlingen unterscheiden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Alltagsrassismus und Rassismus in Medien und den Auswirkungen der Berichterstattung auf den politischen, medialen und öffentlichen Diskurs.

Aufgrund verschiedener Ereignisse (Konflikte im Nahen Osten (wie etwa der Krieg in Syrien, bewaffnete Konflikte in Afghanistan etc.) setzen sich Menschenmassen in Bewegung um Konflikten, Kriegen, Hunger, politischer Instabilität, Verfolgung etc. zu entkommen. Seit 2013 hat Europa eine große Anzahl an Flüchtlingen aus den oben genannten Regionen aufgenommen. Diese Menschen suchen in Europa Sicherheit und möchten hier ein neues Leben aufbauen. Diese hohe Anzahl an Flüchtlingen wird aber auch mit Ängsten der Bevölkerung, die in den Aufnahmeländern wohnt, verbunden. Nach Europa kommen plötzlich große „Massen“, die sich zu einer „anderen“ Religion bekennen, „andere“ Sitten haben, „anders“ aussehen, sich „anders“ bekleiden und einfach „anders“ sind. Die Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Sie“ nimmt deutlich zu. Die Sicherheit und die „Bewältigbarkeit“ der Situation werden in Frage gestellt und es wird von einer „Flüchtlingskrise“ gesprochen. Die politische Reaktion bleibt umstritten und man könnte sagen, dass es sich mehr um eine „Krise der Flüchtlingspolitik“ der gesamten EU und der Nationalpolitiken der einzelnen Länder als um eine eigentliche „Flüchtlingskrise“ als eine Krise, die von oder durch Flüchtlinge verursacht wäre, handelt.

Menschen verlassen sich oft auf Informationen aus „zweiter Hand“ d.h. aus den

Medien (wie etwa dem Fernsehen, Internet oder Zeitungen). Persönliche Erfahrungen mit Flüchtlingen und AsylwerberInnen sind häufig nicht vorhanden. Medien vermitteln Informationen über die gesamte Situation, sei es zuhause oder im Ausland. Es werden ausgewählte Bilder, Graphiken, Videos etc. gemeinsam mit einem speziellen Wortschatz, der sich auf die „Flüchtlingskrise“ bezieht, an die RezipientInnen vermittelt. Die weitergegebenen Informationen sind jedoch oft durch Interesse der jeweiligen Informationsverbreiter (Medien) ausgewählt und nach ihren (politischen) Interessen geformt und verzerrt.

Da, wie bereits oben erwähnt, von einer Verbindung zwischen den Medien und der „Realität“ ausgegangen wird, beschäftigt sich diese Arbeit damit, welches Bild (Repräsentationen von Flüchtlingen und der „Flüchtlingskrise“) Medien (Online-Zeitungen in Österreich und in der Tschechischen Republik) im Rahmen von fünf Monaten (April – August) des Jahres 2016 konstruiert haben und wie der „Flüchtlingsdiskurs“ für diese Zeitspanne in beiden Ländern aussieht, wie er geformt wird und welche Diskursstränge dabei eine Rolle spielen.

Das Ziel ist es, die Berichterstattung der tschechischen Online-Zeitung iDnes.cz und der österreichischen Online-Zeitung DiePresse.com zu vergleichen und herauszufinden, ob und inwieweit sich die Berichterstattung dieser Online-Zeitungen in dem untersuchten Raum in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge unterscheidet und welche politischen und weiteren Ereignisse im Rahmen des „Flüchtlingsdiskurses“ sich auf die Berichterstattung über die „Flüchtlingskrise“ beider Länder ausgewirkt haben.

Diese Länder wurden einerseits aufgrund der geographischen (Österreich und Tschechien als Nachbarländer) und soziokulturellen (gemeinsame historische Entwicklungen) Nähe ausgewählt. Die Reichweite und Orientierung beider Online-Zeitungen ähnelt sich ebenfalls. Beide Zeitungen können dem rechten politischen Spektrum zugeordnet werden. Trotz vieler Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern ergibt sich in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ ein wesentlicher Unterschied bei den Zahlen der Asylantragstellungen in beiden Ländern (kein merkbarer Anstieg an Asylantragstellungen in der Tschechischen Republik, versus hohe Zahlen von Asylantragstellungen in Österreich; genaue Zahlen folgen im nächsten Kapitel). Es wird deutlich, dass Österreich mit einer viel größeren Anzahl an ins Land kommenden Flüchtlingen und AsylwerberInnen konfrontiert wurde/wird als die Tschechische Republik.

Auf den folgenden Seiten dieser Masterarbeit wird zunächst die Theorie erörtert und ab dem fünften Kapitel zum empirischen Teil der Arbeit übergegangen. Im ersten Kapitel wird zuerst Migration und im Weiteren die „gute“ und die „schlechte“ Migration behandelt. Darüber hinaus wird das Thema des „Anderssein“ mit besonderem Fokus auf „muslimisch sein“ behandelt. In diesem Zusammenhang werden damit zusammenhängende Themen und Konzepte von Stuart Hall oder Edward Saïd herangezogen. Hierbei wird auf Entwicklung von Stereotypen und auf die Problematik „Islam versus Westen“ und Islamophobie eingegangen, da diesem Thema eine besondere Rolle in der gesamten „Flüchtlingskrise“ zugeschrieben wird und dieses von großer Bedeutung für den gesamten Diskurs ist.

Das zweite Kapitel ist der „Flüchtlingskrise“ gewidmet und befasst sich einerseits mit der „Flüchtlingskrise“ in der EU und erörtert andererseits die Situation in den Herkunftsländern der AsylwerberInnen. Es werden Zahlen und Fakten über die „Flüchtlingskrise“ mit besonderem Fokus auf Österreich und die Tschechische Republik dargestellt. Das Gesamtbild über die „Flüchtlingskrise“ wird in diesem und den nachfolgenden Kapiteln um die wichtigsten politischen Ereignisse und demographische Zahlen aus beiden Ländern erweitert.

Das dritte Kapitel handelt von Rassismus und Medien und Rassismus in Medien, mit besonderem Fokus auf das Internet und Online-Zeitungen. Zuerst wird jedoch eine Definition des höchst komplexen Begriffes Rassismus dargestellt, damit der Leserschaft deutlich ist, wie dieser Begriff von der Autorin dieser Arbeit verstanden wird. Dies dient als theoretische Grundlage für die Analyse der Repräsentationsbilder der Flüchtlinge in den ausgewählten Online-Zeitungen, die im sechsten Kapitel dargelegt wird. Im Weiteren wird im Rahmen dieses Kapitels kurz auf Geschichte von Rassismus in Österreich und in der Tschechischen Republik eingegangen. Schließlich wird die Situation in Bezug auf Rassismus im Internetraum analysiert, denn die analysierten Medien sind in diesem Raum eingebettet und die Spezifika dieses Raumes müssen daher berücksichtigt werden.

Das vierte Kapitel wird dem Diskurs im Allgemeinen, Sprache, Macht und Ideologie und der Struktur eines Diskurses gewidmet. Somit wird die Grundlage für das Verständnis dessen, was ein Diskurs ist, geschaffen und die wichtige Rolle von Sprache bei Berichterstattung hervorgehoben. Im Weiteren wird hier die Methode der Diskursanalyse nach Siegfried Jäger beschrieben und die Schritte ihrer Durchführung werden analysiert.

Im fünften Kapitel werden die Methoden und das Material für die Analyse beschrieben. Hiermit wird der Untersuchungszeitraum, die Gewinnung der Korpora, die

ausgewählten Medien, die Forschungsfragen und das methodische Vorgehen beschrieben. Im Rahmen dieses Kapitels werden auch die beiden Online-Zeitungen (iDnes.cz und DiePresse.com) porträtiert. Im Weiteren wird auf das untersuchte Sample und die Korpusbildung eingegangen.

Das sechste Kapitel ist der Beantwortung der Forschungsfragen und Darlegung der Ergebnisse sowohl der Überblicks- bzw. Strukturanalyse als auch der exemplarischen Feinalysen zweier ausgewählter Textbeispielen (ein Text auf Deutsch und einer auf Tschechisch) nach Jäger gewidmet.

1. Migration

„Migration ist eine universelle Praxis, eine menschliche Handlungsform“ (Mecheril et al. 2010: 7.) Dies wird von vielen AutorInnen festgehalten. Migration ist somit ein wesentlicher Teil der Menschheitsgeschichte. Verschiedene historische Wanderbewegungen haben die Geschichte der gesamten Menschheit geprägt und spielen auch heutzutage eine große Rolle (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 17). Paul Mecheril et al. (2010: 7) erörtern, dass wir in einem Zeitalter leben „für das Phänomene der Migration konstitutiv“ sind. Seiner Meinung nach bringt die Gegenwart sehr viele verschiedene Bedrohungen (wie beispielsweise Kriege, ökologische Veränderungen, Bürgerkriege etc.), andere Herausforderungen (wie etwa Technologisierung) und damit verbunden Veränderungen der Lebenswelten (Veränderung der Arbeits- oder Lebensmittelpunkte) mit sich. Diese Ereignisse setzen Menschen in Bewegung und erweitern somit die Bedeutung des Migrationsphänomens. Dass Migration gesellschaftliche Normalität ist, wird jedoch nicht von allen Menschen akzeptiert. In diesem Zusammenhang hält beispielsweise der Soziologe Helmuth Berking (vgl. 2010: 292) das Konzept Migration für ein „überraschungsarmes“ Konzept, das Teil der „Normalität“ darstellt. Mobil zu sein wird in Industriestaaten sogar gefördert, da der Arbeitsmarkt oft Mobilität (Land-Stadt, vorübergehend/für immer in ein anderes Land umziehen) von Individuen erwartet, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich und wettbewerbsfähig zu sein. Die Globalisierung, die erhöhte Vernetzung von Menschen, Gütern etc. fördert gemeinsam mit der Industrialisierung migratorische Bewegungen. Migration wird somit zu einem Phänomen, das die gesellschaftliche Veränderung und „Modernisierung“ vorantreibt. Migration wird vor allem von Ökonomen sehr positiv bewertet und als Beispiel kann die Migration von Arbeitskräften nach Deutschland in den Nachkriegsjahren dienen, die zum deutschen Wirtschaftswunder beigetragen hat. In den Medien wird Migration oft als etwas „Schlechtes“ bewertet, die negativen Seiten von Migration hervorgehoben und das Wort „Migration“ und andere damit zusammenhängende Begriffe wie „Menschen mit Migrationshintergrund“, „MigrantInnen“ und „Integration“ werden meist negativ konnotiert (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 16 ff.).

1.1 Die „guten“ und die „schlechten“ MigrantInnen

Migration kann viele Gesichter haben und, wie schon vorher erwähnt, wird sie je nach dem Kontext anders konnotiert. Es gibt verschiedene MigrantInnengruppen, die jeweils eine andere Konnotation mit sich bringen. Einige werden als „nützlich“ bezeichnet, andere als „Bedrohung“ abgestempelt. Im Weiteren werden dazu Beispiele aus der EU und der

Tschechischen Republik herangezogen.

Das Schengener Abkommen der Europäischen Union hat das Verhältnis zu „MigrantInnen“ aus den EU-Staaten ein bisschen „aufgelockert“ (durch engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern, erhöhte und einfachere Mobilität im Rahmen der EU etc.), hat aber auch gleichzeitig zu einer strikteren „Bewertung“ der MigrantInnen, die von außerhalb der EU kommen, geführt. Diese Unterscheidung zwischen „innerhalb der EU“ und „außerhalb der EU“ wird oft als „Festung Europa“ genannt und es wird behauptet, dass dies zu einer zunehmenden Hierarchisierung unter den MigrantInnengruppen geführt hat. Somit wird die Polarisierung als „gute“ und „schlechte“ MigrantInnen geschaffen (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 17-20). Zu den „schlechten“ MigrantInnen zählen MigrantInnen aus Drittstaaten und Fluchtländern. Hingegen werden Menschen aus den „entwickelten“ Staaten wie USA, Kanada oder bestimmten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Nordische Länder etc.) für die „guten“ MigrantInnen gehalten (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 19-20). „Wer als fremd und unerwünscht gilt, hängt daher sowohl von ökonomistischer Selektion als auch von sozialen Konstruktionen ab“ (Kluge & Bostanci 2012: 20).

Eine ähnliche Hierarchisierung ist auch in der Tschechischen Republik nachvollziehbar. Ivan Gabal (vgl. 1999: 77-78) unterscheidet zunächst drei Gruppen von MigrantInnen je nach Grad ihrer Akzeptanz seitens der Mehrheitsbevölkerung der Tschechischen Republik. Die erste Gruppe umfasst sogenannte ‘capital foreigners’, die aufgrund ihrer Kultur als akzeptabel gesehen werden (AmerikanerInnen, Franzosen und Französinnen, Deutsche). Zu der zweiten Gruppe gehören SlowakInnen (aufgrund der gemeinsamen historischen Entwicklungen), tschechische ImmigrantInnen („halbe“ TschechInnen – dadurch, dass sie ausgewandert sind und im Ausland gelebt haben, werden nicht „mehr“ als „vollständige“ TschechInnen angesehen) und Juden und Jüdinnen, diesen gegenüber sind die Haltungen gemischt, aber sie werden trotzdem für akzeptabel gehalten, obwohl sie „AusländerInnen“ sind. Die dritte Gruppe umfasst AraberInnen, VietnamesInnen, ChinesInnen, Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, RussInnen, UkrainerInnen, AfrikanerInnen und vor allem Roma und Sinti – obwohl diese schon lange Zeit in der Tschechischen Republik leben, werden sie von der Mehrheit der Bevölkerung immer noch als „Fremde“ gesehen (Gabal 1999: 77-78). In Österreich erfolgt die Hierarchisierung beziehungsweise die Aufteilung in „gute“ und „schlechte“ MigrantInnen nicht unbedingt nur aufgrund der Nationalität, Hautfarbe oder Religion, sondern auch

entlang des Leitmotives „Integration durch Leistung“, wobei Wert auf die ökonomischen Aspekte gelegt wird (vgl. Mecheril et al. 2013: 31). Mecheril et al. (2013: 31) fügen hinzu: „„Gut“ sind jene, die einen Beitrag zur Sicherung ‚unseres‘ Wohlstandes leisten, ‚schlecht‘ solche, die ‚unsere‘ Ressourcen verbrauchen“.

Das „Anderssein“ ist schon immer ein Problem gewesen und die Integration war und ist teilweise immer noch von der „Anpassungsidee“ geprägt. Die Anpassungstheorien gehen auf das Konzept der nationalen, kulturell homogenen Gesellschaften und Kulturen zurück. Eine erfolgreiche Integration bedeutete somit eine Anpassung beziehungsweise eine Assimilation der MigrantInnen an die Aufnahmegesellschaft (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 20). Der Gedanke der Assimilation ist höchst problematisch, da einerseits eine Gesellschaft nie total homogen ist und es somit schwierig wäre, sich dem anzupassen, was nicht einmal selbst in sich homogen ist, andererseits findet eine Art omnipräsenter oktroyierter Andersartigkeit statt (d.h. durch den ständigen Fokus auf das „Andere“ werden die MigrantInnen in ihrem „Anderssein“ ständig bestätigt) (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 20). Mecheril et al. (2010: 174) fügen hinzu, dass: „Integrationsdebatten die [...] Aufmerksamkeit [erhöhen], die „Anderen“ entgegengebracht wird, eine Aufmerksamkeit, die sie fortwährend als „Andere“ bestätigt, ihnen aber gleichzeitig abverlangt, nicht anders, sondern integriert zu sein“. Dies gilt dann auch für die zweiten oder dritten Generationen, die zwar die Sprache beherrschen und über die Staatsbürgerschaft verfügen, aber es werden weitere erkennbare Merkmale gefunden, die sie wieder als „anders“ bezeichnen (beispielsweise phänotypische Merkmale wie etwa das Aussehen, das Tragen eines Kopftuchs oder ein ausländisch klingender Vor- oder Nachname) (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 20). „Diese bestimmen allzu häufig, welcher Kategorie, zum Beispiel ‚fremd‘ oder ‚einheimisch‘, eine Person zugeordnet wird“ (Kluge & Bostanci 2012: 20).

In der Gegenwart wird Integration vor allem in den Sozialwissenschaften für einen sehr umstrittenen Begriff gehalten, da der Begriff „vielen als an strukturfunktionalistische Theorien gebunden und auf eine Wertintegration bzw. einen Konsens über Werte basiert zu sein“ (Sackmann 2013: 45) erscheint. Integration hat somit zwei Dimensionen, einerseits die emotional identifikative und andererseits die moralische Dimension. Sackmann beschreibt im Weiteren, dass in Hinblick auf das Bildungswesen, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt Integration „gleichbedeutend mit gleicher Zugänglichkeit der Funktionssysteme und Statuspositionen für Autochthone wie Allochthone“ ist und man kann dann von Integration reden, wenn die ZuwandererInnen von Einheimischen „nicht mehr zu unterscheiden sind“

(Sackmann 2013: 47). Eine weitere sozialwissenschaftliche Definition laut Franz Nuscheler definiert den Begriff Integration beispielsweise folgendermaßen:

[...] die Eingliederung von zuvor außenstehenden Individuen oder Gruppen in eine soziale Einheit, die durch diese Eingliederung ihre Zusammensetzung und ihr Eigenleben verändert. Integration ist ein sozialer und kultureller Prozess zwischen In- und Ausländern, Eigen- und Fremdgruppe, der beiden Seiten Rücksichten auf die Interessen der anderen Gruppe abfordert (Nuscheler 2004: 169).

Es wird eine „Restrukturierung“ des Begriffes angestrengt. Dies wird aber sicher noch viel Zeit in Anspruch nehmen, bis es zum erwünschten Ergebnis kommen wird, da die öffentliche Meinung, die vor allem durch die Medien geprägt wird, die umgekehrt eher auf die Problemseiten und das Gefahrenpotenzial der MigrantInnen aufmerksam machen insbesondere in Verbindung mit der „Flüchtlingskrise“ (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 20). Im Weiteren wird die Problematik des „Andersseins“, die bereits oben angeschnitten wurde, näher beleuchtet. Dazu werden Konzepte von Stuart Hall und Edward Saïd herangezogen. Ein besonderer Fokus liegt auf „Anderssein – muslimisch“ und „Okzident vs. Orient“.

1.2 „Wir“ und die „Anderen“

Besonders in Hinblick auf die „Flüchtlingskrise“, die die letzten zwei Jahren in Europa „beherrscht/e“, hat das Bewerten und Kategorisieren der MigrantInnen und Flüchtlinge beziehungsweise Asylberechtigten zugenommen. Insbesondere bekommt hier das Konzept der „Bedrohung durch Muslime“ große Bedeutung.

In den Jahren 2013-2016 sind Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Iran und anderen Ländern nach Europa geflüchtet. Ein großer Anteil der Geflüchteten bekennt sich zum Islam. Diese Religion wird von vielen (auch durch die Medien vermittelt) mit überwiegend negativen Assoziationen wie rückständig (wie im Mittelalter), antiwestlich, gewaltsam, frauenfeindlich verbunden. Es wird oft nicht zwischen MuslimInnen und fundamentalistischen MuslimInnen, die den „politischen Islam“ verwirklichen wollen, unterschieden. Die terroristischen Anschläge (11. September 2001, Madrid 2007 oder die aktuellsten wie Paris oder Brüssel, Ankara etc.) haben die Ängste der Bevölkerung vor der von muslimischen MigrantInnen vermeintlich ausgehenden Bedrohung noch verstärkt. Außerdem wird „die von Einzelnen ausgehende Bedrohung bzw. Gefahr auf die überwiegende Mehrheit von Menschen mit Migrationshintergrund projiziert“ (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 23-24).

Im Weiteren äußern sich die AutorInnen (Kluge und Bostanci 2012: 24) zu der Problematik der Verallgemeinerungen und Schaffung eines einheitlichen Bildes von MuslimInnen und „dem Islam“ wie folgt:

Durch die immer wiederkehrende Verknüpfung der Begriffe Radikalisierung, Terrorismus und Fundamentalismus mit islamisch in den Medien und öffentlichen Debatten entsteht in der Gesellschaft eine breite Angst vor dem Islam und terroristischen Anschlägen.

Somit werden antiislamische Stereotype, Verallgemeinerungen und Ressentiments gegenüber MuslimInnen bestärkt. Aus den muslimischen MigrantInnen wurde eine homogene Gruppe geschaffen und der Islam wird trotz seiner verschiedensten Ausprägungen als eine einheitliche Religion behandelt. Das Ganze ergibt das „notwendige“ Gegenbild, das zur Abgrenzung des Eigenen dient, das Sinnbild des Bösen, das die westliche Welt in Gefahr bringt (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 24). Dieses Sinnbild wird dann in Folge auf die „Flüchtlinge“ übertragen und somit weiterhin bestärkt. Dies wird im Weiteren im Rahmen des empirischen Teils behandelt.

Ähnliches hat bereits Stuart Hall in seinem Werk „Der Westen und der Rest“ definiert. Laut Hall ist der „Westen“ eine Vorstellung, ein Konzept und funktioniert wie eine Ideologie. Die Identitätsbildung des „Westens“ hängt mit seiner Abgrenzung gegenüber dem Rest zusammen, das „Andere“ wird über Differenzierungsprozesse konstruiert. Der Westen scheint homogen zu sein, ist es aber nicht und versucht „Einheitlichkeit“ durch seine Abgrenzung vom Rest zu erzielen (vgl. Hall 1994: 137-145). Diese vermeintliche Homogenität und die Entstehung der Vorstellung des „Westens“ wurde laut Hall aus der „Notwendigkeit“ der Suche nach einem Gegenbild zum Islam geboren, da Islam als eine Herausforderung wahrgenommen wurde:

Allmählich begannen sich die Länder Westeuropas trotz ihrer vielen Unterschiede als Teile einer einzigen Familie oder Zivilisation zu begreifen – der „des Westens“. Die Herausforderung durch den Islam war ein wichtiger Faktor dafür, daß Westeuropa in der Vorstellung „des Westens“ zusammengeschmiedet wurde (Hall 1994: 145).

Über den Diskurs des „Westens“ schreibt Stuart Hall, dass dieser Diskurs, der in der „Alten Welt“ über den Rest entstanden ist, nicht neutral oder „unschuldig“ war, da er zwingendermaßen auf ungleichen Machtverhältnissen basiert (vgl. Hall 1994: 153 ff.).

Es ist daher wesentlich, in diesem Kontext, über Diskurs (im Sinne des Diskurses als einer Sprechweise) zu sprechen, da die Sprechweise (wie beispielsweise die Bezeichnung der Westen und der Rest) bedeutsame Konsequenzen für die Realität haben kann, denn „[...]

diejenigen, die den Diskurs produzieren, haben also die Macht, ihn wahr zu machen“ (Hall 1994: 154). In diesem Zusammenhang trifft die Meinung von Mark Terkessidis zu, dass wenn die Abgrenzung des „Anderen“ einen abwertenden Charakter und Macht des einen auf den „Anderen“ ausgeübt wird, handelt es sich um Rassismus.

Orientalismus gehört zu einer spezifischen Form der Ausgrenzung des „Anderen“. Orientalismus ist ein Begriff, der von Edward Saïd geprägt wurde und der in Zusammenhang mit Postkolonialismus steht. Die Grundidee ähnelt dem Gedanken Stuart Halls. Der „Westen“ ist für Saïd der Okzident (der „aufgeklärte Westen“) und „der Rest“ der („mysteriöse“) Orient. Beide Begriffe sind nach Saïd sozial konstruiert und eurozentrisch. Bei dem Konzept des Otherings handelt es sich um einen gleichzeitig ablaufenden Prozess, bei dem Orientalismus das Denken und die Wahrnehmung sowohl im „Okzident“ als auch im „Orient“ beeinflusst (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 25-29).

„Die gegenwärtig vorherrschenden Dichotomien wie Christentum/westlich und Islam/östlich oder westliche Welt/gut und Islam/böse können daher als Neuauflage eines alten Weltbildes (Feindbildes) gesehen werden“ (Kluge & Bostanci 2012: 29). In der derzeitigen Diskussion rund um die „Flüchtlingskrise“ wird deutlich, dass diese Weltbilder und Konstrukte „bedrohlicher MigrantInnen oder Flüchtlinge“ immer noch dieser Dichotomisierung folgen und meistens in einer subtilen Form wiederkehren trotz Globalisierung, die mit Informationsverbreitung, Mobilität von Menschen und Vermischung von Kulturen etc. verbunden ist (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 29 -30).

2. Die „Flüchtlingskrise“

2.1 Flucht und Migration

Im ersten Kapitel wurde Migration als Phänomen im Allgemeinen behandelt und es wurde auf die Problematik der Akzeptanz von MigrantInnen eingegangen. Im Folgenden wird veranschaulicht, welche Formen von Migration es gibt, was Flucht bedeutet, warum Menschen aus ihren Heimatländern flüchten, welche die häufigsten Aufnahmeländer sind und wie dies mit den untersuchten Ländern (Tschechien und Österreich) zusammenhängt. Der Fokus wird dabei auf die derzeitige „Flüchtlingskrise“ gelegt. Diese wird anhand von Zahlen und Fakten thematisiert.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Phänomenen Flucht und Migration ist die „Freiwilligkeit“ des Verlassens der eigenen Heimat. Flüchtlinge sind keine normalen Reisenden oder „EinwanderInnen“. Flüchtlinge sind Personen, die sich nicht mehr auf den Schutz des eigenen Staates verlassen können und somit gezwungen sind, ihr Heimatland zu

verlassen. Wenn der Staat in seiner „Schutzfunktion“ versagt und es zu Menschenrechtsverletzungen der EinwohnerInnen kommt oder kommen könnte, ergreifen viele Menschen die Flucht, suchen Asyl in anderen sicheren Ländern und werden somit zu Flüchtlingen (vgl. Köfner & Nicolaus 1986: 121). Die häufigsten Fluchtgründe sind (Bürger-) Kriege, Repressionen spezifischer Bevölkerungsgruppen, Naturkatastrophen, Einschränkung der Lebensbedingungen, etc.

Die Motivation zu migrieren wird auch durch „zunehmende wirtschaftliche Disparitäten und deren weltweite Wahrnehmung durch Verbreitung von Bildern des westlichen Lebensstils mittels elektronischer Massenmedien und sozialer Netzwerke“ (Luft 2016: 15) verstärkt. Flüchtlinge informieren sich über potenzielle Aufnahmeländer und ziehen in Erwägung, welche Aufnahme- und Lebenschancen sie in welchen Ländern haben.

Es werden zwei verschiedene Arten von Faktoren unterschieden, die dann zur Migration führen können. Diese werden Push-Faktoren (in Bezug auf Senderland) und Pull-Faktoren (in Bezug auf Aufnahmeland) genannt. Pull-Faktoren, wie etwa höhere Löhne, umfassende Sozialversicherungssysteme oder politische Stabilität machen das Aufnahmeland attraktiv, während beispielsweise Arbeitslosigkeit, Armut, politische Instabilität, Kriege und Umweltzerstörung im Senderland zu den Push-Faktoren zählen (vgl. Geis 2015: 28).

Ohne Realisierungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen der Auswanderung reichen jedoch Push- und Pull-Faktoren alleine für die Wanderung nicht aus. Die Realisierungsmöglichkeiten sind vor allem für die ärmsten Teile der Bevölkerung oft nicht vorhanden und deswegen sind diese Menschen am häufigsten die Opfer eines gewaltsamen bewaffneten Konflikts. Sie haben oft keine Möglichkeit, vor drohender Gefahr zu flüchten. Wenn Menschen im eigenen Land, das sich beispielsweise gerade in einem Krieg befindet, bleiben, da für sie keine Realisierungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen der Auswanderung vorhanden sind und sie deswegen im Rahmen des eigenen Landes flüchten (von einem Ort, der weniger sicher ist, zu einem „sicheren“ Ort), werden diese Personen als Binnenflüchtlinge bezeichnet. Der Anteil der Binnenflüchtlinge an der Gesamtzahl der Flüchtlinge bewegt sich weltweit im Moment um die 42 Prozent. Es wird erwartet, dass diese Zahl künftig steigen wird (vgl. Luft 2016: 15).

Die umstrittenste Problematik des Migrationsgeschehens, die eine Antwort auf politischer und wirtschaftlicher Ebene fordert, stellt die irreguläre Migration dar. Franz Nuscheler (2004: 57) behauptet, dass es einige Faktoren gibt, die die illegale bzw. irreguläre

Migration bedingen, wie etwa die „Verengung der legalen Migrationspfade in die „OECD-Welt“, [...] die Verschärfung des Asylrechts, die auch Flüchtlingen den Zugang durch die „Hintertür“ des Asyls erschwerten“. An irreguläre Migration knüpfen sich weitere Probleme, wie etwa der internationale Frauenhandel und das gesamte Schlepperwesen, das insbesondere in den letzten Jahren zu einem lukrativen Geschäft geworden ist (vgl. Nuscheler 2004: 57). Franz Nuscheler äußert sich zu der Problematik des Migrationsgeschehens folgendermaßen:

Das Verstehen, was im internationalen Migrationsgeschehen abläuft, wird nicht nur durch eine Verwirrung von Begriffen und Zahlen, durch vielfältige Mischformen, die sich nicht durch vereinfachende Definitionen und Typologien einfangen lassen, sondern auch durch Widersprüche in den Einwanderungspolitiken vieler Länder erschwert. Sie sind so vielfältig wie die Ursachen und Prozesse der internationalen Migration (Nuscheler 2004: 59).

2.2 Migration als gesellschaftliche Normalität

Kulturelle „Vermischungen“, die Migration und Mobilität ermöglichen, wurden in der Geschichte als Problem und die Entstehung hybrider Subjekte als Bedrohung identifiziert: „Das hybride Subjekt galt als unreines Mischwesen von minderwertiger Gestalt dem mit Misstrauen, Geringschätzung und Exklusion begegnet wurde“ (Kneer 2010: 224). Das Konzept der hybriden Identität, das auf die nationale Zugehörigkeit zurückgreift, birgt die Möglichkeit einer besseren Auseinandersetzung mit „dem Anderen“ an, da hybride Identitäten die Möglichkeit haben, sich zwischen zwei oder mehreren „unterschiedlichen Welten, Kulturen etc.“ zu bewegen und Elemente aus beiden verwenden und diese in etwas Weiteres transformieren können (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 30). „Sie lassen sich nicht eindeutig einer bestimmten Kultur zuordnen bzw. passen nicht in den Rahmen eines traditionellen homogenen Kulturverständnisses einer Nation“ (Kluge & Bostanci 2012: 30). Solche Identitäten sollten als Bereicherung der immer heterogeneren Gesellschaften gesehen werden, unter anderem auch aus dem Grund, dass diese hybriden Identitäten als „VermittlerInnen“ zwischen den vermeintlich „homogenen Welten“ fungieren (können) (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 30).

Störungen der Ordnung, wie etwa derzeit die „Flüchtlingskrise“, aktivieren alte Muster der Ausgrenzung und dienen als Abwehrmechanismen gegen die vermeintliche Bedrohung. Diese gehen mit manifesten als auch latenten Formen von Rassismus einher. Die alten, teilweise rassistisch geprägten Weltbilder werden zum Leben erweckt und haben einen bedeutsamen Einfluss auf die „neuen“ sozial konstruierten Bilder des „Fremden“ und

die auf ihn/sie projizierte Bedrohung (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 30-31). Ulrike Kluge und Seyran Bostanci (2012: 31) stellen fest:

Nicht alle „Fremden“ sind aber auf gleiche Weise fremd. Die Wahrnehmung und Bewertung folgt nicht zufälligen Auswahlkriterien und beruht eben zumeist nicht auf tatsächlichen Differenzen, sondern kann als Ergebnis machtpolitischer, sozialer und historischer Entwicklungen gedeutet werden. Das heißt, welche MigrantInnengruppen als „fremd“ und „bedrohlich“ wahrgenommen werden, ist immer auch eine Frage aktueller Machtverhältnisse.

MigrantInnen sollten jedoch nicht als Abnormalität unserer Gesellschaft gesehen werden, sondern es ist notwendig, sie als Normalität anzuerkennen, denn sie stellen einen wichtigen Bestandteil der globalisierten Welt dar (vgl. Kluge & Bostanci 2012: 31).

2.3 Die „Flüchtlingskrise“ und die EU – Zahlen und Fakten

Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ist im europäischen Kontext in den letzten Jahren zu einem hochpolitisierten Thema geworden, dem eine große Medienaufmerksamkeit gewidmet wurde und weiterhin wird. Im Weiteren folgt eine Darstellung der Herkunftsländer, der Anzahl an Asylanträgen und der Zielländer der Flüchtlinge und MigrantInnen im Rahmen der EU. In den folgenden Unterkapiteln wird die Situation in den Fokusländern Tschechien und Österreich dargestellt.

Die globalisierte Welt ist durch migratorische Bewegungen geprägt und zunehmende Push-Faktoren wie etwa Bürgerkriege, Terrororganisationen (wie etwa der sog. „IS“) und weitere sorgen für erhöhte Zahlen von Menschen, die sich auf der Flucht befinden und in anderen Ländern um Asyl ansuchen:

[...] 65% der 51,2 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, verbleiben im eigenen Land, sind also Binnenwanderer. 80% der übriggebliebenen 18 Millionen flüchten vor allem in Nachbarländer und halten sich somit in Ländern des Globalen Südens auf (Mokre 2015: 31).

Seit 2013 ist in Europa eine Erhöhung von Asylantragstellungen feststellbar. 2014 wurden weltweit 1,7 Millionen Asylanträge gestellt, davon rund 626 000 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vergleichbare Zahlen von Asylantragstellungen in der Europäischen Union wie im Jahr 2014 wurden vorher nur im Jahr 1992 erreicht (672 000 Anträge in der EU-15). Einen deutlichen Anstieg der Asylanträge hat es dann wieder im Jahr 2001 gegeben, während in den folgenden Jahren die Zahlen gegen 200 000 Anträge lagen. In der EU, die sich auf 27 Mitgliedsstaaten erweitert hat, sind die Zahlen der Asylanträge von Drittstaatsangehörigen bis 2012 allmählich gestiegen. Die Jahre 2013 und 2014 sind durch einen rasanten Anstieg der nach Europa kommenden AsylwerberInnen geprägt. 2014 wurde

somit das Jahr mit dem höchsten Stand der Asylanträge seit 1992 (vgl. Eurostat 2016). Ein genaues Datum, wann die „derzeitige Flüchtlingskrise“ genau angefangen haben sollte, lässt sich jedoch nicht feststellen. Die Verschlechterung der Situation wurde jedoch mit der steigenden Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge merkbar (über das Mittelmeer und Italien, über griechische Inseln, über die Balkanroute). Die Hauptherkunftsländer der AsylwerberInnen in den letzten Jahren sind Syrien (20%), Afghanistan (7%), Eritrea (6%), der Kosovo (6%) und Serbien (5%) (vgl. Eurostat 2016).

In der folgenden Abbildung wird gegliedert nach den Herkunftsländern der AsylwerberInnen gezeigt, wie viele Asylanträge in welchen EU-Ländern 2014 gestellt wurden. Syrien und Afghanistan stehen dabei an der Spitze. Im Weiteren lassen sich bereits hier die Unterschiede zwischen den beiden Fokusländern feststellen:

Belgien		Bulgarien		Tsch. Republik (*)		Dänemark	
Syrien	2 705	Syrien	6 245	Ukraine	515	Syrien	7 210
Afghanistan	2 330	Afghanistan	2 965	Syrien	110	Eritrea	2 275
Russland	1 850	Irak	610	Vietnam	65	Staatenlos	1 140
Guinea	1 440	Staatenlos	270	Russland	40	Somalia	700
Irak	1 395	Pakistan	185	Kuba	40	Russland	520
Andere	12 990	Andere	805	Andere	375	Andere	2 835
Deutschland		Estland (*)		Irland		Griechenland	
Syrien	41 100	Ukraine	60	Pakistan	290	Afghanistan	1 710
Serbien	27 145	Russland	20	Nigeria	140	Pakistan	1 620
Eritrea	13 255	Sudan	20	Albanien	100	Syrien	785
Afghanistan	9 675	Ägypten	10	Bangladesh	100	Bangladesh	635
Irak	9 495	Syrien	5	Zimbabwe	85	Albanien	570
Andere	101 975	Andere	40	Andere	735	Andere	4 110
Spanien		Frankreich		Kroatien (*)		Italien	
Syrien	1 510	Dem. Rep. Kongo	5 470	Algerien	75	Nigeria	10 135
Ukraine	895	Russland	4 205	Syrien	65	Mali	9 790
Mali	595	Bangladesh	3 800	Pakistan	25	Gambia	8 575
Algerien	305	Albanien	3 000	Marokko	20	Pakistan	7 150
Palästina	200	Syrien	2 845	Tunesien	20	Senegal	4 675
Andere	2 110	Andere	44 990	Andere	245	Andere	24 300
Zypern		Lettland		Litauen		Luxemburg	
Syrien	995	Georgia	175	Georgia	115	Bosnien und Herzegowina	170
Ukraine	95	Ukraine	75	Afghanistan	85	Montenegro	145
Ägypten	85	Syrien	35	Ukraine	70	Kosovo (UNSCR 1244/99)	140
Indien	80	Irak	20	Russland	55	Albanien	120
Vietnam	80	Afghanistan	15	Vietnam	30	Syrien	95
Andere	410	Andere	55	Andere	85	Andere	480
Ungarn		Malta (*)		Niederlande		Österreich	
Kosovo (UNSCR 1244/99)	21 455	Libyen	420	Syrien	8 790	Syrien	7 730
Afghanistan	8 795	Syrien	305	Eritrea	3 910	Afghanistan	5 075
Syrien	6 855	Somalia	130	Staatenlos	2 720	Russland	1 995
Palästina	875	Sudan	85	Irak	1 320	Kosovo (UNSCR 1244/99)	1 905
Unbekannt	705	Eritrea	60	Afghanistan	880	Staatenlos	1 315
Andere	4 090	Andere	350	Andere	6 875	Andere	10 015
Polen		Portugal (*)		Rumänien		Slowenien (*)	
Russland	4 000	Ukraine	155	Syrien	615	Syrien	90
Ukraine	2 275	Marokko	25	Afghanistan	280	Afghanistan	75
Georgia	720	Sierra Leone	25	Irak	210	Pakistan	25
Armenien	135	Pakistan	25	Iran	60	Iran	20
Kirgistan	120	Syrien	20	Pakistan	45	Kosovo (UNSCR 1244/99)	20
Andere	770	Andere	190	Andere	335	Andere	155
Slowakei		Finnland		Schweden		Ver. Königreich	
Afghanistan	95	Irak	820	Syrien	30 750	Pakistan	3 990
Syrien	40	Somalia	410	Eritrea	11 530	Eritrea	3 280
Ukraine	25	Ukraine	300	Staatenlos	7 820	Iran	2 500
Vietnam	25	Afghanistan	205	Somalia	4 870	Syrien	2 410
Somalia	20	Russland	200	Afghanistan	3 105	Albanien	1 890
Andere	125	Andere	1 685	Andere	23 105	Andere	17 675
Island (*)		Liechtenstein (*)		Norwegen		Schweiz	
Albanien	20	Serbien	10	Eritrea	3 295	Eritrea	6 920
Ukraine	15	Somalia	10	Syrien	2 085	Syrien	3 820
Russland	15	Ukraine	5	Somalia	1 775	Sri Lanka	1 275
Irak	10	Kosovo (UNSCR 1244/99)	5	Sudan	850	Nigeria	910
Nigeria	10	Albanien	5	Staatenlos	830	Somalia	815
Andere	100	Andere	30	Andere	4 370	Andere	9 815

Abbildung 1: Die fünf am stärksten repräsentierten Staatsangehörigkeiten bei Asylbewerbern (Drittstaaten), 2014 (Eurostat 2014)

Die Hauptherkunftsländer der AsylwerberInnen ähneln sich in den Jahren 2014 und 2015. Ein Drittel der Asylantragstellungen wurde 2015 von SyrerInnen und AfghanInnen gestellt. Einige afrikanische Länder wie Eritrea, Nigeria, Somalia, Gambia, Sudan oder Senegal sowie ein weiteres Land aus dem Nahen Osten (Irak) und die Ukraine zählen im Vergleich zu 2013 zu den Ländern, die sich durch eine Zunahme der Asylantragstellungen in der EU auszeichnen. Im Gegenteil zu den Jahren 2013, 2014 und dem Jahr 2015, in dem Europa

mit rund einer Million Flüchtlinge konfrontiert wurde, ist das erste Quartal 2016 durch einen Rückgang der Asylanträge in der EU gekennzeichnet:

Die häufigsten Herkunftsländer der Asylsuchenden in den EU-Mitgliedstaaten waren 2016 ebenfalls Syrien, der Irak und Afghanistan. Dies entspricht 60% aller erstmaligen Antragstellungen in der EU 2016 (vgl. Eurostat 2016).

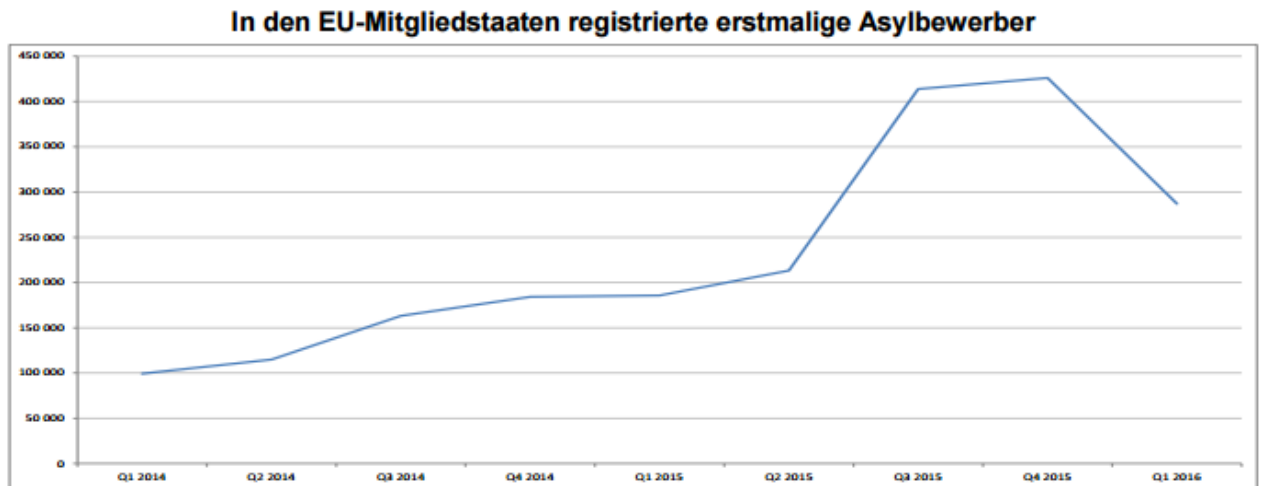


Abbildung 2: In der EU registrierte AsylwerberInnen 2014-2016 (vgl. Eurostat 2016)

Es sind jedoch meistens die Nachbarländer (wie im Falle Syriens beispielsweise der Libanon), die mit den höchsten Zahlen von Geflüchteten konfrontiert werden. Länder wie der Libanon, die Türkei oder Jordanien müssen sich mit einer außergewöhnlichen Situation auseinandersetzen, die viele Herausforderungen bereitet (wie etwa genug Schulplätze für Flüchtlingskinder, genug Arbeitsplätze oder Zugang zur Grundversorgung für Flüchtlinge und vieles mehr). 20 Prozent der Gesamtbevölkerung im Libanon und 8 Prozent in Jordanien sind Flüchtlinge. Kriege und bewaffnete Konflikte in Syrien und Afghanistan werden als Hauptgründe der derzeitigen „Flüchtlingskrise“ und somit als „Push-Faktoren“ identifiziert. Zu den Auslösern der „Flüchtlingskrise“ zählen der Bürgerkrieg in Syrien, der Islamische Staat (IS) und im Allgemeinen die Instabilität der Region des Nahen Ostens (bewaffnete Konflikte in Afghanistan etc.). Die Interventionen (Russland, die USA, die Türkei usw.) haben lediglich zur Verschlechterung der humanitären Situation und Vertiefung der ökonomischen Krise in Syrien beigetragen. Weitere Probleme wie Ressourcenknappheit und steigende Nahrungsmittelpreise wirken sich ebenfalls auf die schon so schlechte Lage der Bevölkerung aus. Alle diese Faktoren haben eine große Menge von Menschen in Bewegung gesetzt und sie zu migrieren gezwungen (vgl. Luft 2016: 27 ff.).

2.3.1 Asylantragstellungen – Österreich und Tschechien

Die meisten Asylanträge wurden in den „reichen“ Ländern (Deutschland (30,6%), Schweden, Niederlande, Österreich) gestellt, während in den Ländern, die sich an der EU-Außengrenze befinden, eher seltener Asylanträge gestellt wurden. Somit ist es zu einem Ungleichgewicht in der Verteilung der AsylwerberInnen innerhalb der Europäischen Union gekommen, das durch eine „fehlende Solidarität“ unter den Ländern der EU gekennzeichnet ist (vgl. Luft 2016: 24). Da im Rahmen der EU also keine „erfolgreiche“ Gleichverteilung der AsylwerberInnen stattgefunden hat, haben 2014 gemäß Einwohnerzahl Länder wie Schweden (+85%), Ungarn (+71%), **Österreich (+63%)**, Malta (+61%) oder Deutschland (53%) mehr Flüchtlinge aufgenommen, als sie gemäß der Gleichverteilung annehmen müssten, während andere Länder wie Großbritannien (-149%) oder Frankreich (-27%) und andere, vor allem süd- und osteuropäische Länder wie die Slowakei (-1929%) oder die **Tschechische Republik (-1025%)**, viel weniger angenommen haben, als sie bei einer Gleichverteilung gemäß der EinwohnerInnenzahl annehmen müssten (Quoten der Gleichverteilung nach der Wirtschaftskraft würden ähnlicherweise aussehen) (vgl. Luft 2016: 24-25)..

Die Entwicklung der Asylanträge hat in den Jahren 2015/2016 in beiden untersuchten Ländern folgendermaßen ausgesehen: In der Tabelle unten wird die Entwicklung der Asylanträge in Österreich seit 2002 veranschaulicht. Das Jahr 2015 zeichnet sich durch eine überdurchschnittliche Anzahl an Asylantragstellungen (89.098) aus. Die meisten Anträge wurden in Österreich 2015 von AfghanInnen, SyrerInnen und IrakerInnen gestellt.

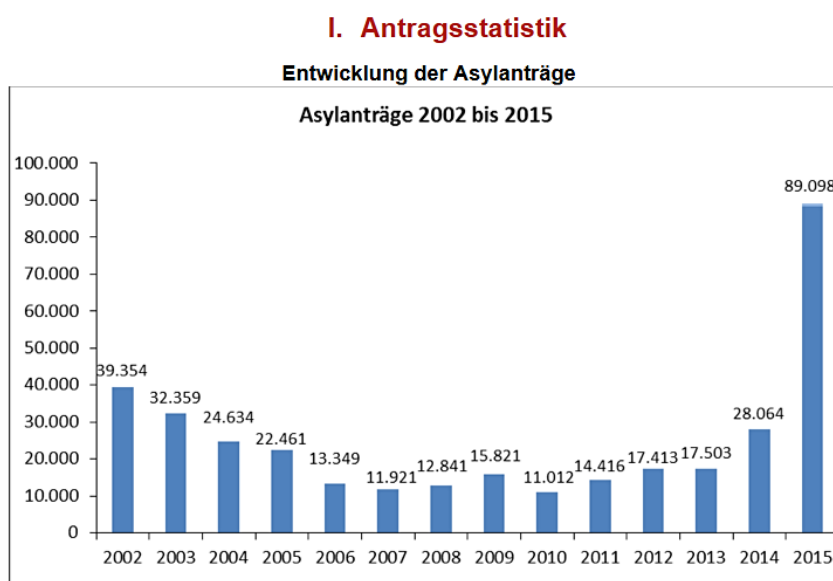


Abbildung 3: Entwicklung der Asylanträge in Österreich 2002 - 2015 (BMI 2015)

Es wurde 19.003 Asylanträgen stattgegeben (vgl. BMI 2015). Laut dem Bundesministerium für Inneres wurden in Österreich von Jänner bis Oktober 2016 37.256 Asylanträge gestellt. Diese Anzahl ist um -45,88% kleiner als im Vorjahr. Die meisten Anträge wurden wie 2015 von AsylwerberInnen aus Afghanistan (10.792), Syrien (7.623), aus dem Irak (2.491) gestellt. Die Anzahl der Asylgewährungen in der Zeitspanne Jänner – Oktober 2016 in Österreich war 21.393 (inklusive subsidiärer Schutzgewährungen und humanitärer Aufenthaltstitel) (vgl. BMI 2016).

Laut der Informationen des tschechischen Ministeriums für Inneres wurden von Januar bis Oktober 2016 1273 Asylanträge gestellt. Im Vorjahr (das ganze Jahr 2015) waren es 1525 Asylanträge. Die meisten Anträge wurden von AsylwerberInnen aus der Ukraine (403), aus dem Irak (146), aus Kuba (81), Syrien, China und Vietnam gestellt. Unten werden die Daten zu den Asylantragstellungen nach Staatsangehörigkeit für die Jahre 2015 und 2016 dargestellt:

TOP 10 státních příslušností žadatelů o mezinárodní ochranu v roce 2016

TOP 10 citizenships of applicants for international protection in 2016

státní příslušnost		ŽÁDOSTÍ CELKEM APPLICATIONS TOTAL	z toho of which			
			opakované žádosti repeated applications	žen females	nezletilých minors	nezletilých bez doprovodu unaccompanied minors
citizenship						
Ukrajina	Ukraine	430	119	131	70	-
Irák	Iraq	146	16	66	49	-
Kuba	Cuba	81	4	29	6	-
Sýrie	Syria	76	5	40	22	-
Čína	China	66	2	50	-	-
Vietnam	Viet Nam	58	12	8	-	-
Arménie	Armenia	50	6	13	8	-
Ruská federace	Russian Federation	46	10	22	9	-
Gruzie	Georgia	45	4	11	5	-
Afghánistán	Afghanistan	37	1	24	19	-
ostatní	Other	238	34	89	48	-
CELKEM	TOTAL	1273	213	483	236	-

Abbildung 4: Asylantragstellungen nach Staatsangehörigkeit 2016 (MVČR 2016)

TOP 10 státních příslušností žadatelů o mezinárodní ochranu v roce 2015

TOP 10 citizenships of applicants for international protection in 2015

státní příslušnost		ŽÁDOSTÍ CELKEM APPLICATIONS TOTAL	z toho of which			
citizenship			opakované žádosti repeated applications	žen females	nezletilých minors	nezletilých bez doprovodu unaccompanied minors
Ukrajina	Ukraine	694	125	244	123	3
Sýrie	Syria	134	5	57	46	3
Kuba	Cuba	128	4	40	11	-
Vietnam	Viet Nam	81	24	12	1	-
Arménie	Armenia	44	13	12	6	-
Ruská federace	Russian Federation	43	12	17	6	-
Čína	China	40	4	21	-	-
Irák	Iraq	38	3	9	5	1
bez státní příslušnosti	stateless	27	3	11	18	-
Nigérie	Nigeria	27	14	6	2	1
ostatní	other	269	78	63	52	6
CELKEM	TOTAL	1525	285	492	270	14

Abbildung 5: Asylantragstellungen nach Staatsangehörigkeit 2015 (MVČR 2015)

Aus den Statistiken lässt sich ableiten, dass SyrerInnen in der Tschechischen Republik 2015 etwa um die Hälfte weniger Asylanträge gestellt haben als 2016. Im Vergleich zu Österreich gehören AsylwerberInnen aus Syrien oder Afghanistan nicht zu den AntragstellerInnen und „klassischen“ AsylwerberInnen, die in Tschechien üblicherweise Anträge stellen, wie etwa AsylwerberInnen aus der Ukraine, die mit den Anträgen sowohl im Jahr 2015 (694) als auch im Jahr 2016 (430) an der Spitze bleiben. Es lässt sich jedoch feststellen, dass es zu einem deutlichen Anstieg der Asylanträge von SyrerInnen im Vergleich zu den Jahren vor der „Flüchtlingskrise“ gekommen ist.

Die Anzahl der Asylgewährungen in der ausgewählten Zeitspanne Jänner – Oktober 2016 in der Tschechischen Republik war 414 (inklusive subsidiärer Schutzgewährungen) (vgl. MVČR 2016). Die Anzahl der Asylgewährungen ähnelt 2015 jener im Jahr 2016 mit der 71 positiven Entscheidungen und 399 subsidiären Schutzgewährungen (vgl. MVČR 2015).

Im Unterschied zu Österreich hat sich die „Flüchtlingskrise“ kaum auf die Zahlen der Asylantragstellungen in der Tschechischen Republik ausgewirkt. Im Vergleich zu den etwa zwanzig vergangenen Jahren handelt es sich im Falle der Tschechischen Republik um keine große Erhöhung der Antrastellungen wie es der Fall in Österreich war (2015 – 89.098 Asylanträge in Österreich). Dies lässt sich der Statistik unten entnehmen.

rok year	ŽÁDOSTÍ CELKEM APPLICATIONS TOTAL	z toho of which	
		nové žádosti new applications	opakované žádosti repeated applications
1990	1 602	-	-
1991	2 226	-	-
1992	841	-	-
1993	2 207	-	-
1994	1 187	-	-
1995	1 417	-	-
1996	2 211	-	-
1997	2 109	-	-
1998	4 086	-	-
1999	7 218	-	-
2000	8 794	-	-
2001	18 094	-	-
2002	8 484	-	-
2003	11 400	-	-
2004	5 459	-	-
2005	4 021	-	-
2006	3 016	-	-
2007	1 878	-	-
2008	1 656	1 060	596
2009	1 258	633	625
2010	833	414	419
2011	756	491	265
2012	753	509	244
2013	707	491	216
2014	1 156	914	242

Abbildung 4: Anzahl der Asylanträge in der Tschechischen Republik 1990 - 2014 (MVČR 2015)

2.4 Asylrecht und Asylverfahren - Österreich und die Tschechische Republik

Das Asylrecht in der Tschechischen Republik basiert auf folgenden Verordnungen und Abkommen: Artikel 43 der Charta der Grundrechte und Freiheiten (Verfassungsgesetz Nr.2/1993), Asylgesetz Nr. 325/1999 (Novelle 2006), Gesetz Nr. 500/2004, Gesetz Nr. 150/2002 und Gesetz Nr. 326/1999 über den Aufenthalt von Fremden in der Tschechischen Republik, Gesetz Nr. 221/2003 über den vorübergehenden Schutz von Fremden; Genfer Flüchtlingskonvention, Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950 und europäisches Asyl- und Flüchtlingsrecht (vgl. MVČR 2015). Das Asylgesetz regelt die Antragstellung, definiert, wer einen Asylantrag stellen kann, wer asylberechtigt ist, was Verfolgung bedeutet, welche Formen des Schutzes es gibt, die Bedingungen für die Gewährung oder Aberkennung von Asyl uvm. Eine zentrale Rolle im tschechischen Asylrechts nimmt die tschechische Charta der Grundrechte und Freiheiten ein, die definiert, dass: „Asyl seitens der Tschechischen Republik Fremden gewährt wird, die für die Ausübung ihrer politischen Rechte und Freiheiten verfolgt werden“ und „dass Asyl Personen verweigert werden kann, die im Widerspruch zu den Grundrechten und Freiheiten handeln“. Neben der Nennung der Grundrechte und Freiheiten wird in der Charta betont, dass diese Rechte auch fremde Personen genießen können (vgl. Charvátová 2006:72).

In Österreich ist die Europäische Menschenrechtskonvention ein Teil der Verfassung und die Entwicklung des Asylrechts in Österreich geht weiter zurück als die des tschechischen Asylrechts. Ähnlich wie in Tschechien respektiert das österreichische Asylgesetz die Genfer Flüchtlingskonvention und weitere Konventionen und Abkommen. Das Asylverfahren in Österreich wird durch zwei Rechtsgrundlagen, nämlich das Asylgesetz 2005 und das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)-Verfahrensgesetz geregelt. Das Asylverfahren fängt mit einer Antragstellung bei einer Polizeibehörde an und bis zur Entscheidung bezüglich des Asylantrags eines/einer AsylwerberIn darf sich diese Person auf dem Bundesgebiet aufhalten. Nach der Asylantragstellung erfolgt eine erste Befragung, dann eine Befragung im BFA, wo ein/eine MitarbeiterIn des BFA eine sogenannte Prognoseentscheidung trifft. Dieser Entscheidung zufolge erfolgt dann die Überstellung der AsylwerberInnen entweder in eine Erstaufnahmestelle oder direkt in ein Verteilerquartier. Es gibt zwei Arten des Verfahrens – das Zulassungsverfahren und nach dem Abschluss dieses Verfahrens das inhaltliche Asylverfahren (im Rahmen dieses Verfahrens werden die

Identitätsüberprüfung und die Zuständigkeit Österreichs für das jeweilige Asylverfahren überprüft (Dublin Verordnung) und eine Befragung zu persönlichen Umständen, der Reise nach Österreich und den Gründen der Flucht durchgeführt) (vgl. BKA 2016).

In den Erstaufnahmestellen und den Verteilerquartieren bekommen AsylwerberInnen Informationen zu ihrem Asylverfahren und werden über ihre Rechte und Pflichten belehrt. Ihre Fingerabdrücke werden abgenommen und verglichen, um mehrfache Antragstellungen zu verhindern. Nach der Zulassung des Asylantrags werden AsylwerberInnen bis zum rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens in die Grundversorgung aufgenommen. Die Entscheidung (positive oder negative) erfolgt mittels Bescheides. Gegen eine negative Entscheidung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl können AsylwerberInnen beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde erheben. Wird der Antrag aus Gründen wie etwa Folgeanträge, Drittstaatssicherheit, Schutz in einem EWR-Staat/der Schweiz, Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates („Dublin Entscheidung“) abgelehnt, ist es nicht möglich, eine Beschwerde zu erheben (vgl. BKA 2016). Die Antragstellung verläuft in der Tschechischen Republik ähnlich (die Befragungen werden durch MitarbeiterInnen des tschechischen Innenministeriums durchgeführt und die Beschwerde kann beim Obersten Verwaltungsgerichtshof in Brunn erhoben werden) (vgl. MVČR 2016).

Die Grundlage des europäischen Asylsystems ist das GEAS – das Gemeinsame Europäische Asylsystem, das auf die Harmonisierung der Asylpolitiken der einzelnen EU-Mitgliedstaaten abzielt. Die Harmonisierung funktioniert jedoch nicht wie erwünscht und die Asylpolitiken unterscheiden sich in vielen Aspekten, da die Ausgangslagen der EU-Länder als Aufnahmeländern nicht vergleichbar sind und die Infrastruktur, die für das GEAS notwendig wäre, noch nicht vorhanden ist. Die unterschiedlichen Ausgangslagen der EU-Länder (ihre „Attraktivität“ – ihr Sozialsystem, vorhandene Beschäftigungsmöglichkeiten usw.) spiegeln sich in der Anzahl der Antragstellungen und ihrer unausgewogenen Aufteilung in der EU wider (vgl. Europäische Kommission 2014).

2.5 Kritik und die tatsächliche „Flüchtlingskrise“

Worin besteht also tatsächlich die „Flüchtlingskrise“ und wann wurde sie zur „Flüchtlingskrise“? Diese Frage wird im Weiteren anhand der Meinungen verschiedener MigrationsforscherInnen analysiert.

Die „Flüchtlingskrise“ zeichnet sich durch eine hohe Anzahl an Menschen aus, die nach Europa als Flüchtlinge oder MigrantInnen einreisen und die das gesamte Projekt der

EU vor einige Herausforderungen wie etwa Fragen der Finanzierung, der Integration, Quotendiskussion, Sicherheitsfragen, Todesopfer auf den Fluchtrouten, Arbeitsmarkt etc. stellen. Die derzeitige „Flüchtlingskrise“ beruht auf anderen Krisen, die die EU herausfordern/ herausgefordert haben (wie etwa die Finanzkrise, Schuldenkrise etc., die bereits Durchhaltevermögen, Funktionalität und Handlungsfähigkeit des „EU-Projektes“ infrage gestellt haben) (vgl. Schwager 2016).

Alessio S'Angelo (2016), ein Migrationsforscher aus der Universität Middlesex in London, äußert sich in seinem Artikel „Remembering the refugee crisis“ zur Rolle der EU, die sie in der „Flüchtlingskrise“ gespielt hat/spielt: „Trying to close the borders and ensuring that the tragedy is made less visible, externalised or outsourced (most recently, to Turkey) is the leitmotiv of the European approach to the refugee crisis.“ Mit verschiedenen asylpolitischen Maßnahmen, die aus Abschreckung, Abwehr und Abschottung bestehen, wurde somit eine undurchlässige „Festung Europa“ geschaffen, die viele Tote und überfüllte Aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen zur Konsequenz hat. Hierbei handelt es sich nicht um eine „neue“ Politik, sondern um eine Politik, die seit Jahren aus Deutschland gesteuert (und später europaweit durchgesetzt) wurde, um die unerwünschte Zuwanderung zu bremsen. Das, was lange vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ passiert ist („30.000 Tote und hoffnungslos überfüllte Aufnahmelager an den EU-Außengrenzen in den letzten 20 Jahren“), wurde von Presse und Politik nicht „Flüchtlingskrise“ genannt (Schiffer-Nasserie 2016). Vielmehr wurde bis zum Spätsommer 2015 über die Situation folgendermaßen gesprochen:

[...] die Situation der Flüchtenden [sei] zwar bedauerlich, die Ursachen aber entweder bei „kriminellen Schleuserbanden“, welche die Menschen „mit falschen Versprechen aufs Meer locken“ oder aber in „Misswirtschaft, Korruption, Terror und Despotie“ der Herkunftsländer zu suchen seien – jedenfalls nichts mit der westlichen Weltordnung, dem Weltmarkt und der deutschen Rolle darin zu tun haben. Außerdem gebe es „nun mal“ europäische Regelungen beim Umgang mit den Flüchtenden (Stichwort Dublin-Verordnung) und daran habe sich jedes Land zu halten (Schiffer-Nasserie 2016).

Anhand der Dublin-Verordnung wird wiederholt betont, dass Deutschland nicht alleine die Verantwortung für diese „Krise“ tragen kann. Diese „Flüchtlingskrise“ gibt es angeblich erst seit dem Spätsommer 2015, wo es einer größeren Anzahl an Flüchtenden trotz der Abwehrmaßnahmen gelungen ist, die EU zu erreichen: „Sie kommen nach Zentraleuropa und wollen vorzugsweise nach Deutschland. Seitdem (!) spricht die Bundesregierung von einer Flüchtlingskrise und hat die Zahl von 1 Million zu erwartenden Flüchtlingen für dieses Jahr in die Welt gesetzt“ (Schiffer-Nasserie 2016). Es handelt sich somit um ein künstlich

geschaffenes Konstrukt, bei dem es nicht um „die Probleme der Flüchtenden, sondern um die Probleme der BRD mit den Flüchtenden“ geht (Schiffer-Nasserie 2016). Die „Flüchtlingskrise“ ist also keine Krise, die von den Flüchtlingen verursacht wäre, sondern es handelt sich vielmehr um eine EU-Krise, die auf die Flüchtlinge übertragen wird.

Andere AutorInnen (vgl. Ataç et al. 2015) knüpfen an die Meinung des Professors für Sozial- und Migrationspolitik sowie Rassismus-Forschung, Arian Schiffer-Nasserie an und äußern sich zum bisherigen europäischen Grenzregime, dass trotz aller Maßnahmen seitens der EU, die zur „Reduzierung“ und Kontrolle der Migration führen sollten, gescheitert ist. Im Weiteren meinen Ataç et al. (2015) zu dieser Problematik, dass mit der Dublin-Verordnung Deutschland die Verantwortung für seinen Grenzschutz auf andere EU-Staaten der EU verlagert hat und eigene Flüchtlingshilfe-Infrastruktur abgebaut hat. Das verlagerte Grenzregime hat jedoch versagt und die Konflikte im Nahen Osten oder in der Ukraine sind eskaliert. Die steigenden Migrationsbewegungen haben zur Durchlässigkeit der Grenzen Griechenlands und Italiens geführt. Nicht nur die „Flüchtlingskrise“, sondern auch die vorher aufgetretene Schuldenkrise in Südeuropa hat Menschen in Bewegung gesetzt und zwar Menschen aus den Staaten des Westbalkans (die zuvor in Griechenland oder Italien gearbeitet haben) weiter in Richtung „reiche Länder“ (Deutschland, Frankreich, Österreich) bewegt haben.

Doch die Gründe für diese Krise des europäischen Grenzregimes liegen nicht nur in den von der EU selbst mitbeförderten Konflikten der südeuropäischen und außereuropäischen Grenzwachterstaaten. Vielmehr hat das Grenzregime insbesondere in den vergangenen drei Jahren auch neue migrantische und pro-migrantische Akteure, Subjektivitäten und Formen der politischen Artikulation hervorgebracht, die zugleich Ausdruck und Folge der Krise sind.

Im Laufe der „Flüchtlingskrise“ sind neue pro-migrantische AkteurInnen wie etwa Support-Gruppen, die aus „No Border“-AktivistInnen, AktivistInnen aus selbstorganisierten migrantischen Gruppen, und FeministInnen bestehen, entstanden und haben sich für die Rechte der Geflüchteten eingesetzt. Gleichzeitig zählen zu den Unterstützern auch klassische Unterstützer wie NGOs, kirchliche und migrantische Vereine, linke WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, politische Parteien etc. Sowohl viele Menschen ohne jegliche politisch, religiös etc. motivierte Absichten als auch „ehemalige Geflüchtete“ sind zu UnterstützerInnen geworden. Dies führte zu einer Spaltung in mehrere „Lager“. Auf einer Seite stehen die UnterstützerInnen und auf der anderen Seite die „AsylkritikerInnen“. Außerdem ist es zu einer „Kriminalisierung“ der FlüchtlingsaktivistInnen, die die

herrschende migrationspolitische Ordnung herausgefordert haben und Rechte einfordern, gekommen (beispielsweise eine Anklage wegen „Schleuserei“ gegen FlüchtlingsaktivistInnen in Wien oder Nachrichten über vermeintliche „Anstachelung“ von Flüchtlingen in Griechenland zum Widerstand gegen ihre Umsiedlung in die Türkei usw.) (vgl. Ataç et al. 2015). Ebenfalls wurde während der Analyse der Zeitungsartikel, deutlich, dass eine negative Darstellung der FlüchtlingsaktivistInnen überwiegt (wie etwa der iDnes.cz Artikel: „Griechenland will Migranten aussiedeln. Lassen Sie es nicht zu, raten ihnen Aktivisten). Ataç et al. (2015) fügen hinzu: „seit 2013 [wurden] verstärkt nicht nur Kämpfe der Migration, sondern auch Kämpfe um und gegen Migration sichtbar. Der deutsche und europäische Rassismus hat eine neue Hochkonjunktur und es kommt zu rechten Mobilisierungen und Zusammenschlüssen“. Als Beispiel kann die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die tschechische rechte Initiative „Islám v ČR nechceme“ (Wir wollen kein Islam in der Tschechischen Republik) und damit verbundene Demonstrationen, die rechtspopulistischen Versammlungen von PEGIDA, oder in Österreich, wo die rechtspolitische Partei FPÖ und rechtsradikale Formationen beispielsweise gegen Asylheime Stimmung machen. Andere europäische Länder haben ebenfalls einen Aufschwung im rechtspolitischen Spektrums erlebt (Großbritannien und ihre UK Independence Party, die schließlich den Austritt aus der EU mitgeprägt hat; die Erfolge des Front National in Frankreich; die rechtspolitische Partei Fidesz und Orbáns Politik in Ungarn etc.) (vgl. Ataç et al. 2015).

Ein anderer Migrationsforscher, Andreas Pott, führt in diesem Zusammenhang zum Vorhergesagten an, dass bei der „Flüchtlingskrise“ auch Faktoren wie etwa die Renationalisierungstendenzen einiger EU-Staaten, die ihre Machtinteressen durchsetzen wollen und ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren wollen, eine Rolle spielen: „Sie wollen ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren und tun das auf dem Rücken Griechenlands und auf dem Rücken der vor Krieg und Unterdrückung flüchtenden Menschen“ (Schwager o.S. 2016). Es könnte also eher über eine EU-Krise als eine „Flüchtlingskrise“ gesprochen werden, wobei die „Flüchtlingskrise“ nicht die Ursache, sondern die Folge mehrerer Krisen und „der alternativlosen Zurichtung der Dritten Welt für einen Weltmarkt, aus dem die westlichen Staaten ihren Nutzen ziehen“, ist (Schiffer-Nasserie 2016).

3. Rassismus im politischen, öffentlichen und medialen Diskurs

Nach den Kapiteln über Migration, Flucht und „Flüchtlingskrise“ wird in diesem Kapitel auf die Themen Rassismus, Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit in Bezug auf den politischen, öffentlichen und medialen Diskurs (die Presse) eingegangen. Hierbei wird die Grundlage für den empirischen Teil geschaffen.

Zunächst wird auf den Begriff Rassismus und seine Definition eingegangen. Des Weiteren wird die Geschichte von Rassismus in beiden untersuchten Ländern dargestellt, hierbei wird der Unterschied zwischen Xenophobie und Rassismus geschildert und die Situation in beiden Ländern anhand der European Values Studies analysiert. Anschließend wird die Verbindung zwischen Rassismus und Medien, mit besonderem Fokus auf das Internet und (Online-)Zeitungen, behandelt.

3.1 Begriffe Rassismus und Xenophobie

Rassismus ist ein sehr komplexer und schwer abgrenzbarer Begriff, der zusätzlich auch hoch politisiert ist. In vorigen Kapiteln wurde schon einiges zum Thema Rassismus angeführt. An dieser Stelle erfolgt eine Konkretisierung der Begrifflichkeiten.

Autoren wie Stuart Hall, Étienne Balibar, Immanuel Wallerstein und George L. Mosse definieren Rassismus als Markierung von Unterschieden (vgl. Rommelspacher 2009: 29). Durch diese Markierungen können soziale, politische und wirtschaftliche Handlungen, die zu Ungleichheiten und Exklusion bestimmter Gruppen mit der Absicht der Schaffung einer privilegierten Gruppe führen, begründet werden. Eine große Rolle spielt dabei die Kriterienauswahl (wie zum Beispiel Herkunft, Hautfarbe usw.). Anhand dieser Einteilungen wird eine bestimmte Absicht verfolgt (vgl. Rommelspacher 2009: 25). Zusammenfassend wird Rassismus als ein „System von Diskursen, Praxen, die historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse legitimieren und reproduzieren“, definiert (Rommelspacher 2009: 29):

Beim Rassismus handelt es sich also nicht einfach um individuelle Vorurteile, sondern um die Legitimation von gesellschaftlichen Hierarchien, die auf der Diskriminierung der so konstruierten Gruppen basieren. In diesem Sinn ist Rassismus immer ein gesellschaftliches Verhältnis.

Im Weiteren wird vor allem auf den antiislamischen Rassismus eingegangen, da dieser der Meinung der Autorin dieser Arbeit nach in der derzeitigen „Flüchtlingskrise“ als eine der dominantesten Formen des Rassismus auftritt. Der antiislamische Rassismus beruht auf dem

jahrhundertealten politischen und kulturellen Kampf zwischen Orient und Okzident, der bereits im vorigen Kapitel beschrieben wurde. Diese Art von Rassismus wird mit spezifischen Bildern in Zusammenhang gebracht, die insbesondere auf die kolonialen Eroberer und Orientalismus zurückzuführen sind. „So ist ‚der‘ Islam heute zum eigentlichen Gegenspieler ‚des‘ Westens geworden und bildet in der manichäischen Sicht des Rassismus seinen unvereinbaren Gegensatz“ (Rommelspacher 2009: 27). Beim antiislamischen Rassismus handelt es sich um eine Zuschreibung von religiösen und kulturellen Verschiedenheiten, die dann in der Körperlichkeit verankert werden: „Nicht weil die anderen körperlich defizitär waren, wurden sie sozial degradiert, sondern weil sie sozial ausgeschlossen wurden, schrieb man ihrer Natur Defizite zu“ (Hund 2006: 120). Im Rahmen des vielfach uneinheitlichen und inkonsistenten Rassifizierungsprozesses kommt es somit zur Verwandlung sozialer, kultureller oder religiöser Unterschiede in „natürliche“ Verschiedenheiten:

[...] je mehr „der“ Islam zu einem Differenzierungsmerkmal gemacht wird, das das „Wesen“ aller Muslime zu durchdringen scheint und sich wie eine biologische Eigenschaft von einer Generation auf die andere weiterverbreitet, desto eher kann man auch den antiislamischen Rassismus als einen Rassismus bezeichnen; je mehr also die „Andersheit“ der Muslime in ihre „Natur“ eingeschrieben wird und je mehr dies der Legitimation gesellschaftlicher Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse dient (Rommelspacher 2009: 28).

Castro Varela und Mecheril nennen es Dämonisierung der imaginierten Anderen und beschreiben, wann es zu einem solchen Phänomen kommt. Durch die direkte oder indirekte „Dämonisierung“ werden Vorrechte der „nicht Anderen“ geschützt. Meistens dann, wenn „gesellschaftliche Ordnungen, in denen materielle und symbolische Privilegien differentiell zugewiesen sind, in Krisen der Funktionalität und der Legitimität geraten“ dann wird die Dämonisierung von Personen, die in der jeweiligen Ordnung als Andere gelten, zur Stärkung der Ordnung verwendet (Castro Varela & Mecheril 2016: 8).

Ein ähnlicher Rassifizierungsprozess lässt sich auch zum Beispiel beim Antiziganismus (der in der Tschechischen Republik besonders ausgeprägt ist) beobachten. In Bezug zur „Flüchtlingskrise“ und auf die Geschehnisse in den letzten Jahren äußern sich Castro Varela und Mecheril (2016: 8-9) folgendermaßen:

Das Sprechen über „Flüchtlinge“ und Migranten“ – hat auch im Zuge der diskursiven Geschehnisse rund um die „Silvesternacht in Köln“ und den „Terroranschlägen“ in deutschen Städten –, zunehmend den Modus einer Dämonisierung (imaginierten) Anderer angenommen, welche funktional für die vermeintliche Legitimität der Zurückweisung der (mensenrechtlich verbügten) Ansprüche dieser

Anderen ist; die Verschärfung der Asylgesetze, die Intensivierung der auf das Prinzip der Abschottung setzenden Europäischen Flüchtlingspolitik sind prominente Beispiele hierfür. Weil die Anderen dämonisch und ungezügelt sind, so die vielleicht kürzeste Analyseformel, sind wir befugt, uns vor ihnen und unsere Vorrechte zu schützen.

Im Weiteren wird kurz auf die Unterscheidung der Begriffe Rassismus und Xenophobie eingegangen. Burjánek (vgl. 2001: 55) ist der Meinung, dass es sich von Rassismus zu Xenophobie nur um einen kleinen Schritt handelt. Claire Wallace zufolge (vgl. 1999: 5) ist Xenophobie eine gewisse „Reaktion“ gegen „Fremde“, während Rassismus als eine Reaktion gegen eine definierte „generic group“ zu verstehen ist:

Concepts of xenophobia generally refer to ‘foreigners’, i.e. to someone who comes from somewhere else. However, xenophobia is not infrequently directed against groups of individuals who are citizens of a given country, as for example against Jews or Roma. (Burjánek 2001: 55).

Desweiteren äußert sich Wallace in ähnlich wie Stuart Hall, dass „the ‘oriental other’ [...] representing the antithesis of the ‘good citizen’ [...] they not only ‘threaten’ the categories of normal, civilised life, but they also help to define it“ (Wallace 1999: 4). Die Ursachen von Xenophobie sind vielfältig und werden von verschiedenen Autoren unterschiedlich beschrieben. Wallace (vgl. 1999: 8-19) identifiziert folgende Ursachen, die Entstehung oder Vertiefung von Xenophobie bedingen: Migration (Reaktion auf steigende Anzahl an MigrantInnen oder Flüchtlinge), sozio-ökonomische Veränderungen (erhöhte Arbeitslosenzahlen, Rezession), soziale Struktur (Einfluss des Alters und der Bildung auf Xenophobie), Globalisierung (Reaktion auf Kommerzialisierung der Kultur), Nationalismus (vor allem in Zeiten, wo die Integrität des Staates bedroht zu sein scheint – wie zum Beispiel im Laufe des EU-Integrationsprozesses oder nach dem Ende des Kalten Krieges), Rechtsparteien (gewinnen an Macht, wenn der Glaube an demokratische Institutionen geschwächt wird; die Bezeichnung von „Fremden“ als „Bedrohung“ wird angeregt), Unsicherheit (existenzielle und emotionelle Ängste; Angst vor einer „Flut“ an Flüchtlingen oder Migranten, die Arbeitsplätze wegnehmen und eine andere Kultur einführen – besonders ausgeprägt in den postsowjetischen Ländern). Ähnlich wie Wallace, analysiert Andreas Wimmer die Ursachen der Xenophobie und erklärt sie anhand eines Modelles (vgl. 1997: 17-23). Zuerst bezieht er sich auf die Rational-Choice-Theorie: Die Mehrheit einer Gesellschaft fühlt sich durch eine andere ethnische Gruppe herausgefordert, insbesondere in den Bereichen Arbeit und Wohnen. Xenophobie ist weiter verbreitet unter der Gruppe der Bevölkerung, die sich durch diesen Wettbewerb gefährdet fühlt. Laut seinem zweiten „funktionalistischen“ Modell beruhen Konflikte zwischen der Mehrheit der Bevölkerung

und Immigranten auf „kulturellen Differenzen“, während „Displays of xenophobia are a reaction to difficulties in integrating minorities into the social structure and culture of the host country“ (Wimmer 1997: 17). Hierbei betont der Autor, dass sich das auf MigrantInnen aus der „Dritten Welt“ und nicht auf MigrantInnen aus anderen europäischen Ländern bezieht. Das Hauptproblem ist das „Fremdsein“ einer MigrantInnengruppe. Das dritte Modell sieht Xenophobie als Produkt eines Machtdiskurses bestimmter Gruppen, die in der Position sind, die Situation zu definieren und andere zu „kategorisieren“. In dieser Hinsicht kann die Anwesenheit fremder ethnischer Gruppen als Ressource der politischen und ökonomischen Probleme in der Gesellschaft gelten. Das vierte „phänomenologische“ Modell versteht Xenophobie als ein Produkt wiederholter Krisen, wie etwa das Versagen des Wohlfahrtsstaates, das unter bestimmten Bevölkerungsgruppen die Angst vor Verlust ihrer Position in der Gesellschaft auslösen kann, und dies kann zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Xenophobie und Rassismus werden somit als Mittel zur Wiederherstellung einer geschwächten Nationsidentität verstanden (vgl. Wimmer 1997: 17-23). Wimmer betont weiter, dass derzeit Rassismus und Xenophobie auf der kollektiven Identität und dem Partizipationsrecht beruhen, die sich auf die Idee einer nationalen Gesellschaft stützen (vgl. Wimmer 1997: 23). Gesellschaftliche und weitere Veränderungen führen laut Eric Hobsbawm (1992: 7-8) zum Anstieg von xenophoben Haltungen unter der Bevölkerung, da Xenophobie von der Angst vor dem Unbekannten genährt wird und:

[...] the nation, or the ethnic group appears as the ultimate guarantee when society fails. [...] And because we live in an era when all other human relations and values are in crisis, or at least somewhere on a journey towards unknown and uncertain destinations, xenophobia looks like becoming the mass ideology of the 20th century fin de siècle.

Die oben erwähnten Ursachen, die Xenophobie vertiefen, lassen sich in der aktuellen Debatte über die „Flüchtlingskrise“ beobachten und prägen besonders stark (auch durch die Medien) die öffentliche Meinung. Dies wird in den weiteren Kapiteln untersucht.

3.2 Rassismus-Geschichte in der Tschechischen Republik und in Österreich

In den folgenden Unterkapiteln wird auf die Tradition des Rassismus in der Tschechischen Republik und Österreich eingegangen.

3.2.1 Tradition des Rassismus in der Tschechischen Republik

David Čaněk, ein Autor, der sich mit dem Vergleich einiger tschechischer Geschichtsbücher auseinandergesetzt hat, hat starke Kritik an der Geschichtsschreibung seitens der

HistorikerInnen geübt. Diese würden verschiedene historische Tatsachen auslassen oder deformieren. Ein Beispiel dafür ist die Schilderung negativer Aspekte des tschechischen Nationalismus einschließlich rassistischer und antisemitistischer Haltungen. Verschwiegen wird beispielsweise die Geschichte des Zusammenlebens von TschechInnen, Deutschen und Juden im 19. Jahrhundert, das keineswegs unproblematisch war. Einige der großen tschechischen Literaten, wie Karel H. Borovský oder Jan Neruda, haben rassistische Aussagen getroffen (wie etwa, dass Juden keineswegs ein Teil der tschechischen Nation sein dürfen). Dies wird in den Geschichtsbüchern jedoch nicht erwähnt. Auch in der Masaryk-Zeit kamen oft antisemitische Haltungen unter der tschechischen Bevölkerung zum Vorschein. Während der Zeit „hinter dem Eisernen Vorhang“ und der Regierung der kommunistischen Partei (obwohl das kommunistische Regime sich für antifaschistisch hielt) ist Antisemitismus nicht verschwunden. Antisemitismus wurde überwiegend in latenten Formen (keine Anerkennung für jüdische Widerstandskämpfer oder keine Restitutionen, politische Prozesse gegen Juden und Jüdinnen) und reservierter Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber Juden und Jüdinnen geäußert (vgl. Čaněk 1996: 42-77). In den späten 1940er Jahren ist es sogar zu einer antizionistischen Welle im Zusammenhang mit der Entstehung Israels gekommen (Mareš 2003: 167).

Vor allem Roma werden in der Tschechischen Republik in Zusammenhang mit Rassismus gebracht. Die relativ toleranten Beziehungen zwischen Roma und der damaligen Mehrheitsbevölkerung haben nicht länger als bis in das 16. Jahrhundert gehalten. Der Grund dafür war die „Anpassungsunfähigkeit“ beziehungsweise die misslungene Eingliederung der Roma in die tschechische Gesellschaft. Die „Roma-Frage“ wurde jedoch erst im 18. Jahrhundert explizit als sozialpolitisches „Problem“ aufgegriffen, in der Folge dessen ist die Zeit vom 18. bis 20. Jahrhundert durch eine diskriminierende, restriktive Politik gegenüber Roma und ihre Verfolgung gekennzeichnet:

The dominant aim of integration policies between the 18th and 20th century was to motivate, make and even force the Roma minority to give up their original lifestyles and settle in a fixed abode. The most well-known sources of executive policies – until as late as the late 20th century – explicitly addressing Roma issues were those established by Queen Maria Theresa and her son, Joseph II. These policies had the bold aim of assimilating the Roma to the majority of the population to the extent where, “even the name of these peoples shall gradually perish” (Hokovský & Kopal 2013: 241).

Auch nach der Entstehung der Tschechoslowakei 1918, die anfangs eine friedliche Minderheitenpolitik verfolgte, wurden später Gesetze verabschiedet, die den Roma eine Gleichstellung verweigerten. Im 2. Weltkrieg sind beinahe alle in der Tschechoslowakei

(beziehungsweise im Protektorat) lebenden Roma ums Leben gekommen. Das kommunistische Regime hat die Problematik der Stellung der Roma in der Tschechoslowakei ignoriert und diese auf eine rein sozio-ökonomische Frage reduziert. Beispielsweise sind Rechte auf Entfaltung der Sprache und Kultur der Roma vergessen worden (vgl. Nečas 1995: 61-84).

Rassistische Haltungen in der tschechischen Gesellschaft waren und sind nicht vereinzelt zu finden (vgl. Čaněk 1996: 42-77). Man muss jedoch auch die anti-rassistischen Bemühungen einzelner Personen in Betracht ziehen, die bereits im 19. Jahrhundert vorgekommen sind (wie etwa J.S. Tomíček und seine Schrift über Ablehnung des Rassismus oder A. Hrdlička, ein Anthropologe, der die Existenz mehrerer „Rassen“ abgelehnt hat), oder später die Mitglieder der Charta 77, die sich mit der Problematik der Roma-Diskriminierung beschäftigt haben. Auch weitere berühmte Persönlichkeiten und WissenschaftlerInnen haben anti-rassistischen Haltungen vertreten (vgl. Wolf 2000: 143-145).

2001 hat der tschechische Soziologe Aleš Burjanek einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Xenophobie der tschechischen Bevölkerung im Kontext der postsowjetischen Länder und einem Vergleich mit Westeuropa, beschäftigt. Burjanek betont die Existenz starker xenophober und rassistischer Haltungen seitens der Bevölkerung der Tschechischen Republik gegenüber Roma und anderen Minderheiten. Während die westlichen Staaten mehr Erfahrungen mit Migration hätten, war die Migration in der „geschlossenen“ kommunistischen Tschechoslowakei sehr beschränkt, wenn nicht unmöglich: „The Marxist doctrine of the time, with its stress on class antagonism, hatred and struggle, left little space for developing friendly relations with foreigners“ (Burjanek 2001: 54). Einige Autoren wie Dušan Drbohlav (1991: 1) erklären mit den oben erwähnten historischen Gegebenheiten die Neigung der Bevölkerung der Tschechischen Republik zur „ethnischen Reinheit“ und zu kultureller Homogenität. Auch Gabal (1999: 77-78) ist ebenfalls der Meinung, dass die xenophoben Haltungen in der Tschechischen Republik ihren Ursprung in einer idealisierten ethnischen und kulturellen Homogenität, Selbstzentriertheit und einem repressiven Zugang zu Immigration und Ansiedlung von Fremden haben.

Eine wichtige „andere“ ethnische Gruppe, mit der die Bevölkerung in der damaligen Tschechoslowakei konfrontiert wurde, waren somit die Roma. Die „Erfahrungen“ mit „Anpassungsunfähigkeit“ der Roma, verschiedene Berichte über das misslungene Zusammenleben von Roma und TschechInnen, die Darstellung von Roma als einer arbeitsunwilligen, sozialdienstleistungsabhängigen und kriminellen Bevölkerungsgruppe,

werden auf weitere AusländerInnen-Gruppen übertragen, obwohl diese „Erfahrungen“ oft durch Massenmedien verzerrt sind oder nicht aus erster Hand) mit dieser „ethnischen“ Gruppe stammen (vgl. Zbořilová 2008: 20-26). Gabal (1999: 77) hebt die oben beschriebene „Übertragung“ der (vor allem negativer) Eigenschaften von einer „anderen ethnischen“ Gruppe auf eine andere:

In the Czech Republic, there is a strong tendency on the part of the Czechs to reject foreigners and immigration as such, together with the related question of attitudes towards coexistence with the Roma minority (Gabal 1999: 77).

Wie bereits im Kapitel über die „guten und schlechten AusländerInnen“ erwähnt, werden laut Gabal (vgl. 1999: 77-78) in der Tschechischen Republik AusländerInnen in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt, je nach Grad ihrer Akzeptanz seitens der Mehrheitsbevölkerung der Tschechischen Republik. Burjanek (2001: 66) fasst zusammen, dass sich die Tschechische Republik „in the middle of this xenophobic current“ befindet (auf 23 untersuchte europäische Länder bezogen).

Die Bevölkerung der Tschechischen Republik wird in neuerer Zeit zunehmend mit dem Thema Islam konfrontiert, sei es über die Medien oder bei Alltagsgesprächen. Oft (und immer mehr aufgrund der „Flüchtlingskrise“) wird der Islam mit Themen wie dem Kampf der Kulturen verbunden. Er ist aus dem „wissenschaftlichen“ Interessensgebiet von HistorikerInnen, OrientalistInnen und ReligionswissenschaftlerInnen in das Interessensgebiet der allgemeinen Gesellschaft gewandert, was auch als positive Entwicklung betrachtet werden sollte, da dies zu einem verbesserten gegenseitigen Verständnis und Toleranz führen kann. Die Gefahr ist dabei jedoch die bereits erwähnte negative Konnotation des Islams und die Schaffung ideologisch gefärbter Angstmacher (vgl. Nešpor & Lužný 2007: 196-202).

Bis vor ein paar Jahren wurden MuslimInnen in der Tschechischen Republik als eine unsichtbare Minderheit bezeichnet. Dies lässt sich bereits an der Anzahl der MuslimInnen sehen, die in der Tschechischen Republik wohnen. Laut dem Statistischen Amt der Tschechischen Republik haben sich 2011 1921 Menschen zum Islam und 1437 Menschen zur *Ústředí muslimských obcí* (Zentrale der muslimischen Gemeinden) bekannt. Diese Zahl ist jedoch zu niedrig, da nicht alle MuslimInnen die Religionszugehörigkeit bei der Zählung angeben. Das Innenministerium hat 2007 die Anzahl der in der Tschechischen Republik lebenden MuslimInnen auf 11 235 geschätzt (vgl. MVČR 2007: 23).

Der Bericht des tschechischen Innenministeriums aus dem Jahr 2015 beschreibt

einen Anstieg des antiislamischen Extremismus in Bezug auf die „Migrations- / Flüchtlingskrise“. Laut diesem Bericht wurde ein leichter Anstieg in der Anzahl der politisch motivierten, von extremistischen Organisationen organisierten, Veranstaltungen verzeichnet (291 Veranstaltungen 2014, 307 Veranstaltungen 2015). Davon haben verschiedene antiislamische und Antimigrationsbewegungen 60 Veranstaltungen organisiert. Das Leitthema war dabei Migration und ihre Gefahren (Sicherheitsgefahren, Bedrohung durch Muslime etc.). Die antiislamischen und Antimigrationsbewegungen haben teilweise mit rechtsextremen Bewegungen kooperiert, und in vielen Fällen haben sie sich als Konkurrenz zur „etablierten“ rechtsextremen Gruppierungen herauskristallisiert. Diese „neuen“ und teilweise auch die alten Gruppierungen sollen zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft beigetragen haben (vgl. MVČR 2015: 6-7). Die meisten antiislamischen und Antimigrationsbewegungen haben ihren Ursprung in den sozialen Netzwerken im Internet, und nachdem eine gewisse Popularität erreicht worden war, haben Mitglieder solcher Antimigrationsbewegungen (einzeln oder im Rahmen einer Organisation) ihre Aktivitäten in die Öffentlichkeit und in die Politik herausgetragen. Die größten heißen *Islám v ČR nechceme* [Wir wollen keinen Islam in der Tschechischen Republik]. Diese „Initiative“ hat mehrere Demonstrationen mit jeweils ca. 500-800 Menschen organisiert (nach den Terrorattacken in Paris im November 2015) und später hat sie sich in *Blok proti islámu* [Block gegen Islam] umbenannt. Sie tritt gegen Islam als Religion, die Anwesenheit der muslimischen Gemeinschaft in der Tschechischen Republik und in der gesamten EU auf (vgl. MVČR 2015: 7-9). Später haben sich zur Zusammenarbeit mit weiteren antiislamisch orientierten politischen Bewegungen wie etwa *Úsvit – Národní koalice* [Dämmerung – Nationalkoalition] oder *Unie bezpečnostních sborů* [Union der Sicherheitskräfte] zusammengeschlossen. An einer solchen Veranstaltung hat sogar der tschechische Präsident Miloš Zeman teilgenommen. Diese oben genannten Bewegungen und Initiativen (ÚNK, BPI, OKS und weitere) haben ebenfalls Kontakte mit ihrem Spiegelbild in Deutschland (PEGIDA) oder dem Front National in Frankreich geknüpft. Eine engere Verbindung zwischen den Bewegungen wie ÚNK oder BPI und der rechtspopulistischen politischen Partei, der SPD (*Svoboda a přímá demokracie* - Freiheit und direkte Demokratie), wurde jedoch teilweise durch interne Konflikte und divergierende machtpolitische Interessen der Mitglieder geschwächt. Zu den wichtigsten Persönlichkeiten dieser Bewegungen und Parteien, die von der Stimmung der „Flüchtlingskrise“ profitiert haben und mit ihren antiislamischen Äußerungen eine erhöhte mediale Präsenz erlangen konnten, sind Martin

Konvička (führende Persönlichkeit des BPI) oder Tomio Okamura (führende Persönlichkeit der SPD Partei) (vgl. MVČR 2015: 10).

Ähnliche „Erfolge“ des rechtspopulistischen Spektrums lassen sich auch in anderen europäischen Ländern (unter anderem in Österreich) beobachten. Die „Flüchtlingskrise“ dient(e) dabei verschiedenen Personen, Parteien, Bewegungen, Organisationen etc. als eine „gute Gelegenheit“ für Einflussnahme auf die Öffentlichkeit und dafür, um die Debatte in die erwünschte Richtung steuern zu können. Medien dien(t)en dabei oft als eine Art Plattform für Auseinandersetzungen, die sich um das Thema „Flüchtlingskrise“ ergeben haben (und sind ebenfalls in der Prägung der Debatte ihren eigenen politischen, wirtschaftlichen etc. Interessen nachgegangen).

Im nächsten Unterkapitel wird das Thema Rassismus und Migration in Österreich behandelt. Es wird einerseits auf die Geschichte des Rassismus in Österreich und andererseits auf die gegenwärtigen Entwicklungen eingegangen. Im Zusammenhang mit den „neuesten Entwicklungen“ des Rassismus in Österreich und Tschechien und in Hinblick auf die „Flüchtlingskrise“ wird im übernächsten Kapitel auf den Internet Raum, als einen neuen „Ort“, wo Rassismus und Xenophobie in beiden untersuchten Ländern zunehmend Eingang finden, ein besonderer Fokus gelegt.

3.2.2 Rassismus und Migration in Österreich

Im folgenden Unterkapitel wird kurz auf die Geschichte der Einwanderung und Auswanderung in/aus dem Gebiet des heutigen Österreichs (ab dem 19. Jahrhundert) eingegangen. Im Weiteren wird dann ein besonderer Fokus auf Migration und den damit zusammenhängenden Rassismus in Österreich ab den 1990er Jahren gelegt. Dies wird mit der politischen Situation in Zusammenhang gesetzt.

(Arbeits-)Migration ist Teil der österreichischen Geschichte. Menschen sind im Laufe des 19. Jahrhunderts aus anderen Regionen nach Cisleithanien (mit der Hauptstadt Wien) gekommen, um hier Arbeit zu suchen und der finanziellen Not in ihren Heimatländern zu entkommen. Die meisten sind im Rahmen der „Binnenmigration“ aus der gesamten Österreichisch-Ungarischen Monarchie nach Cisleithanien zugewandert. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem wichtige industrielle Gebiete (wie beispielsweise Böhmen und Mähren) verloren wurden, ist die Attraktivität des jungen österreichischen Staates gesunken und somit auch die Einwanderung, während die Auswanderung zugenommen hat. Im Zweiten Weltkrieg ist es zur Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gekommen. Außer der jüdischen Bevölkerung sind auch andere Menschen (aus politischen Gründen oder

aufgrund ihrer Rasse) meistens in die „noch“ demokratischen Staaten Europas oder in die USA geflüchtet (vgl. Bauer & Schmidinger 2011: 5-6).

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist Österreich zu einem der bedeutendsten Transitländer in den „Westen“ für (vor allem osteuropäische) Flüchtlinge geworden. Über 2 Millionen Ausländer und Flüchtlinge (Vertriebene, Kriegsflüchtlinge, deutschsprachige Vertriebene aus Ost- und Mitteleuropa usw.) haben zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich gelebt. Viele von diesen Personen sind bald ausgewandert. Die Anzahl der Ausländer und Flüchtlinge ist dann bis 1948 auf etwa eine halbe Million gesunken. Zwischen 1948 und 1986 sind Flüchtlinge aus dem kommunistischen Osteuropa (Ungarischer Volksaufstand, Prager Frühling in der Tschechoslowakei, Repressionen in Polen), der Sowjetunion (Auswanderung von Juden und JüdInnen) oder auch zum Beispiel aus Chile (Militärputsch in Chile usw.) nach Österreich gekommen. Für viele hat Österreich erneut als ein Transitland für eine Weiterreise gedient, einige sind zurückgekehrt (vgl. Bauer 2008: 5). Seit 1961 wurden, aufgrund eines Arbeitskräftemangels durch Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte in die Nachbarstaaten wie Deutschland oder die Schweiz, ArbeiterInnen aus anderen Staaten wie zum Beispiel Italien oder seit 1963 aus der Türkei angeworben. Kurz darauf wurde auch ein Anwerbeabkommen mit Jugoslawien unterzeichnet. Das „Gastarbeiter“-System sollte als ein rotierendes System von temporärer „Gastarbeiter“ funktionieren, jedoch hat sich bereits in den 1970er Jahren gezeigt, dass diese „Temporalität“ nicht funktioniert und viele der Gastarbeiter sich dauerhaft in Österreich niederlassen. Der erste Wendepunkt in der österreichischen Einwanderungspolitik ist 1974 gekommen, als ein Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte gesetzt wurde. Ein Jahr später wurde das Ausländerbeschäftigungsgesetz verabschiedet, das ausländische Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt benachteiligt hat. Der Anwerbestopp hat einerseits zur Senkung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zwischen 1974 und 1984 geführt und andererseits viel AusländerInnen dazu bewegt, ihre Familien nachzuholen. Somit blieb die Zahl der ausländischen Bevölkerung konstant (vgl. Bauer 2008: 5-6). Anfang der 90er Jahre ist zu einer weiteren „Flüchtlingswelle“, diesmal durch den Umsturz in Rumänien verursacht, gekommen. Zu dieser Zeit wurde das Asylrecht „unter dem Eindruck stark emotionalisierter innenpolitischer Debatten Schritt für Schritt demontiert“ (Bauer 2008: 6). Das bedeutete eine Verschärfung des Asylrechts im Sinne der Einführung von „beschleunigten Asylverfahren“, das Verhängen von Visa-Pflichten für die wichtigsten Herkunftsstaaten von AsylwerberInnen und die Vereinfachung von Abschiebungen usw. Die

asylpolitischen Maßnahmen hatten jedoch eher wenig Einfluss auf die Zahlen der kommenden Flüchtlinge, denn nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens und dem anschließenden Krieg mussten viele Menschen die Flucht ergreifen und haben in Österreich Asyl beantragt. Zwischen 1994 und 1998 ist es wiederum zu einer Senkung der ankommenden Flüchtlinge gekommen. Seit 1999 waren es zunehmend nicht-europäische (afghanische, syrische, indische usw.) Flüchtlinge, die in Österreich Asyl beantragt haben (vgl. Bauer 2008: 7-8).

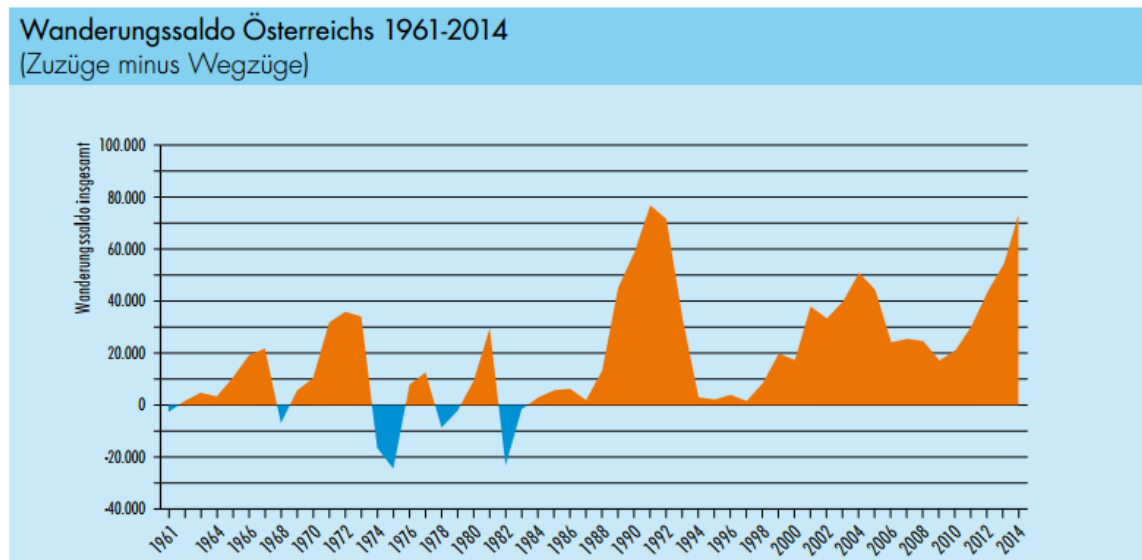


Abbildung 5: Bevölkerungsfortschreibung, Wanderungsstatistik (Statistik Austria 2015)

Die Verschärfungen der Asylgesetze hängen auch mit dem Wahlerfolg von Parteien, die sich für Einschränkung der Einwanderung einsetzen, zusammen. Erfolge solcher Parteien deuten darauf hin, dass Ängste vor AusländerInnen in der österreichischen Gesellschaft durchaus präsent sind. Diese Furcht hat jedes größere Ereignis, das mit der Öffnung Österreichs gegenüber AusländerInnen zusammenhängt, begleitet (Fall des Eisernen Vorhangs, Balkankriege, Österreichs Beitritt zur EU, EU-Beitritt der ost- und zentraleuropäischen Staaten, die „Flüchtlingskrise“ in Europa etc.). Diese Ereignisse haben sich auf die Furcht vor AusländerInnen innerhalb der österreichischen Gesellschaft ausgewirkt (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 256). Vor allem ab den 1980er und 1990er Jahren hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), eine rechtspopulistische Partei, an Bedeutung gewonnen und den Weg einer fremdenfeindlichen Politik in Österreich eingeschlagen:

Einen wichtigen Wendepunkt für die Rolle fremdenfeindlicher Politik in Österreich stellte die Wahl von Jörg Haider zum FPÖ-Parteiboss 1986 durch eine nationalistisch orientierte Mehrheit in der FPÖ dar. Der Aufstieg der FPÖ von einer Kleinpartei zum etwa gleich starken Koalitionspartner der

Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in der von ÖVP-Bundeskanzler Schüssel geführten Bundesregierung im Jahr 2000 führte über zahlreiche FPÖ-Wahlerfolge, die von kodierten judenfeindlichen und offen gegen AusländerInnen gerichteten Aussprüchen und Slogans Haider begleitet waren (Wodak & Köhler 2010: 39)

Diese Partei hat latent oder explizit (beispielsweise in ihrem xenophoben Programm 1992) ausländerfeindliche Inhalte durch ihre Wahlplakate, im Rahmen ihres Wahlprogramms, ihrer Plattform usw. an die Öffentlichkeit kommuniziert und demonstriert und hat sich damit einen relativ hohen Anteil an Wählerstimmen sichern können. Hierbei hat sich das „Heraufbeschwören einer angeblichen Bedrohung einer positiv bewerteten „Wir“-Gruppe durch negativ bewertete „Andere“ herauskristallisiert, das bis heute von der Partei vertreten wird (Wodak & Köhler 2010: 39). Diese Positionen haben sich verständlicherweise auf die Realpolitik (Verschärfung der Asylgesetze, „AusländerInnen“ werden stärker zum Thema gemacht) ausgewirkt, da diese Partei bei den Nationalratswahlen 1999 zu einem bedeutsamen Mitglied der Regierung geworden ist (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 256).

Migration haben die österreichischen Medien dem Bereich „innere Angelegenheiten – was passiert in Österreich“ zugeordnet, das heißt, dass Ereignisse, die weltweit in Zusammenhang mit Migration gestanden sind, in der österreichischen Berichterstattung eher weniger Eingang gefunden haben. Von größerer Bedeutung waren „österreichbezogene, innerstaatliche“ Ereignisse, im Bereich der migrationspolitischen Maßnahmen, neue Gesetze, Vorfälle (in Verbindung mit Migration) oder Konflikte der regierenden Parteien bezüglich Migration. Die Realpolitik hat somit Einfluss darauf gehabt, was, ob und wann Migration als Thema in den Medien behandelt wird. Laut Krzyzanowski und Wodak (vgl. 2008: 259) lassen sich die Medien, konkret die österreichischen Zeitungen, in Bezug auf Migration folgendermaßen positionieren: die Kronen Zeitung als ein rechts orientiertes Blatt, das explizit zahlreiche rassistische und diskriminierende Aussagen gegen AusländerInnen gerichtete Aussagen publiziert; Die Presse, eine der wichtigsten Qualitätszeitungen in Österreich, die ÖVP-Positionen unterstützt, ist durch den Schwenk der ÖVP nach rechts auch Richtung rechts gerückt und somit haben sich ihre Positionen gegenüber AusländerInnen verschärft; Der Standard, als eine liberale und sozialdemokratische Zeitung, die an die SPÖ gebunden ist, hat versucht, sich von der Politik der SPÖ, die zunehmend nach rechts schaute, zu distanzieren. Zusammenfassend halten die AutorInnen Michal Krzyzanowski und Ruth Wodak (vgl. 2008: 259) fest, dass sich eine Bewegung nach rechts - im Sinne einer Politikausübung im Geist der FPÖ, in der

Berichterstattung der österreichischen Medien und der politischen Gesellschaft in Österreich beobachten lässt (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 259). Somit ergibt sich der enge Zusammenhang zwischen der Realpolitik und der medialen Landschaft. Aus der Analyse des programmatischen Diskurses (Wahlprogramm 1997) der Regierungsparteien haben Krzyzanowski & Wodak (2008: 260-261) folgende Schlussfolgerungen gezogen:

Das Ergebnis, dass die FPÖ am deutlichsten eine gegen Zuwanderung gerichtete Politik vertrat, kann die anderen Großparteien jedoch nicht entlasten. Im Gegenteil: während die FPÖ immer erst noch über das Problem Migration diskutierte und MigrantInnen zu den wichtigsten VerursacherInnen sozialer Probleme in Österreich stempelte (Sündenbock-Strategie), erkannten die „Roten“ und die „Schwarzen“, dass ein härteres Vorgehen gegen ZuwanderInnen eine Schlüsselrolle dabei spielte, wenn es galt, die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen.

Dies hat sich dann in der radikalen migrationspolitischen Wende der SPÖ/ÖVP-Koalition im Jahr 1997, als das Fremdenengesetz und das Asylgesetz 1997 verabschiedet wurden, ausgewirkt. Die Parteien haben erkannt, dass ihnen eine schärfere Migrationspolitik Wählerstimmen bringen, aber auch kosten kann (SPÖ Stimmenverlust 1999 bei der Nationalratswahl). Der Analyse nach sind die österreichischen Großparteien der politischen Mitte (ÖVP/SPÖ) in Sachen der Migrationspolitik nunmehr im rechten Politikspektrum zu positionieren. Dies hat dann verständlicherweise zu einer weiteren Verschärfung und Vertiefung des ausländerfeindlichen Charakters der österreichischen Politik beigetragen. Dieser „Rechtsruck“ in Sachen Migration bestätigt auch eine weitere Analyse der Sprache der Wahlslogans aus dem Jahr 2008, die Wodak und Köhler (2010: 52) durchgeführt haben. Sie betonen, dass explizit „fremdenausgrenzende“ Rhetorik für die FPÖ „normal“ geworden ist und eine Normalisierung der gegen Fremden gerichteten Aussagen auch bei den Parteien SPÖ und ÖVP zu beobachten ist (vgl. Wodak & Köhler 2010: 51-52). Ähnliche Tendenzen waren auch in anderen EU-Staaten zu beobachten und der allgemeine Rechtsruck hat eine gewisse „Normalisierung“ eben eine „erhöhte Akzeptanz“ der ausländerfeindlichen Ansichten im politischen Diskurs mit sich gebracht (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 261).

Die Themen Migration und Asyl werden immer wieder mehr oder weniger politisiert und zu einem Wählerstimmengewinn genutzt. Verschiedenene geopolitische Ereignisse, die eine größere „Migrationswellen“ auslösen und politische Antworten erfordern (Ereignisse, wie etwa oben beschriebenen Balkankriege, die „Flüchtlingskrise“ 2015 etc.) dienen dann oft als „spezielle Anlässe“ zur Durchsetzung einer „verschärften“ Asyl- und Migrationspolitik. Mit den seit 2013 kontinuierlich steigenden Zahlen der AsylwerberInnen

sind die Themen Migration und Asyl erneut in den Fokus geraten. Zusammenhängend damit wurden politische Schritte unternommen, die mit einer weiteren Verschärfung des Asylgesetzes verbunden sind (Asylnotverordnung 2016, Quoten 2016 etc.). Die oben erwähnten Ereignisse „begünstigen“ zusätzlich Parteien, wie die FPÖ, die bereits Asyl und Zuwanderung dauerhaft in ihrem Parteiprogramm problematisieren:

„Asyl und Zuwanderung“ fungieren ebenso als programmatische Themenblöcke wie so vage bezeichnete Gegenstände wie das „Recht auf Heimat“ oder die Forderung nach einer „Abänderung der österreichischen Asylgesetze“. Weitere Themen, wie die „Einbürgerung von AusländerInnen“, die Herausbildung „neuer“, „mächtiger Zuwanderungsgruppierungen“ und die „rasant steigende Menge von Asylanträgen“, sind um Argumente angeordnet, die zu stützen suchen, dass Österreich angeblich „kein Zuwanderungsland ist“ (verstärkt durch Argumente wie „knappe Ressourcen, wenig Raum und die negative historische Erfahrung des Multikulturellen“) (Krzyzanowski & Wodak 2008: 263)

Zusätzlich werden an Asyl und Flüchtlingsschutz Themen wie Kriminalität von MigrantInnen und AsylwerberInnen oder Terrorismus (Sicherheitsthemen) angekoppelt: „das ‚Spiel mit der Angst‘ ist zentral geworden, wie auch in anderen EU-Ländern“ (Krzyzanowski & Wodak 2008: 271).

Aus der Analyse der Zeitungsartikel hat sich ergeben, dass die politischen Haltungen der Regierungsparteien, die den Bereich Migration betreffen, in der Berichterstattung ähnlich aussehen, wie sie in der Analyse von Wodak und Krzyzanowski (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 259) beschrieben werden. Die ÖVP verfolgt(e) eine klare migrationsregulatorische, auf Integration fokussierte Politik, während die SPÖ zwischen der „Anti-MigrantInnen-Linie“ (um Wählerstimmen wie 1997 zu gewinnen) und einem migrantenfreundlichen Diskurs (ähnlich wie bei den Grünen) schwankt(e). Die FPÖ hat jedoch zusätzlich dazu tendiert, rassistische und Anti-Migration-Diskurse aufzugreifen, indem verschiedene Attribuierungen an MigrantInnen/AsylwerberInnen wie etwa Arbeitsverweigerung, „Sprachenlernen“-Verweigerung, Ausnutzung des Wohlfahrtssystems Österreichs etc. verwendet wurden. Diese „Beschuldigungen“ widersprechen jedoch den anderen Forderungen der FPÖ wie etwa der Forderung nach „Arbeitsplätzen für Einheimische“. Auf einer Seite wird MigrantInnen/AsylwerberInnen vorgeworfen, dass sie nicht arbeiten wollen und auf der anderen Seite sollten keine Arbeitsplätze an sie vergeben werden, da diese für die „Einheimischen“ reserviert werden sollten. Die Ursachen der zunehmend negativen Einstellungen von ÖsterreicherInnen gegenüber MigrantInnen sind nach Ansicht der Autorinnen nicht wirtschaftlich, gesellschaftlich oder demographisch bedingt, sondern liegen in der politischen

Funktionalisierung der Zuwanderung. Das Bedürfnis österreichischer PolitikerInnen, negative Haltungen gegenüber Migration zu vertreten, hat in der Gesellschaft Migration als Bedrohung und Problem etabliert (vgl. Krzyzanowski & Wodak 2008: 272-273). Diese Haltung, unterstützt durch die „Flüchtlingskrise“, mündete, wie bereits oben erwähnt, in weitere Asylrechtsverschärfungen und hat gemeinsam mit der medialen Berichterstattung das Bild von MigrantInnen als Bedrohung und Problem vertieft. Diese Meinung hat sich auch durch die durchgeführte Analyse der ausgewählten Artikel bestätigt.

Bisher wurde die politische und die in Medien präsentierte Haltung der politischen Parteien im Bereich Migration und Asyl behandelt, die sich schließlich auf die öffentliche Meinung auswirkt. Im Weiteren wird kurz auf die Einstellungen zu „Fremden“ und „Fremdenfeindlichkeit“ eingegangen, die sich aus der European Values Study (EVS) ergeben, um das Gesamtbild der drei sich gegenseitig beeinflussenden Diskurse (politisch, medial und öffentlich) zu vervollständigen.

Aus dem Vergleich der European Values Studies aus den Jahren 1994, 1999 und 2008 ergibt sich, dass sich für Österreich mehr kulturelle („Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Inländer anpassen“ oder kulturelle und religiöse Vielfalt wird nicht als Bereicherung für eine Gesellschaft gesehen) als ökonomische (beispielsweise in Bezug auf Arbeitsplätze: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“) Intoleranz gegenüber AusländerInnen feststellen lässt (vgl. Friesl et al. 2010: 12). In Bezug zum Gefühl der „Bedrohung durch ZuwandererInnen“ äußern sich laut EVS 2008 ÖsterreicherInnen folgendermaßen: 69 Prozent behaupten, dass Zuwandernde die Kriminalitätsprobleme im Land verschärfen; 66 Prozent glauben, dass Zuwandernde das Sozialsystem belasten würden; 56 Prozent sind der Meinung, dass der Anteil der Zuwandernden eine Bedrohung darstellt; 48 Prozent der Befragten haben angegeben, dass Zuwandernde den Einheimischen ihre Arbeitsplätze wegnähmen und die Hälfte der Befragten vertritt die Meinung, dass das kulturelle Leben durch Zuwanderer gespalten werde (vgl. Friesl et al. 2010: 13). In Bezug auf den Patriotismus von ÖsterreicherInnen lässt sich feststellen, dass 2008 87% der Bevölkerung sich als stolz oder sehr stolz auf ihre Staatsbürgerschaft deklarierten: „dabei korreliert der zutage tretende Stolz auf die Staatsbürgerschaft mit dem Index Fremdenfeindlichkeit – was intolerante Züge im österreichischen Patriotismus vermuten lässt“ (Friesl et al. 2010: 25). Diese Verbindung ist zwar im Laufe der drei beobachteten Perioden gesunken, aber dafür hat sich das patriotische Wertemuster Richtung ethnisch-

nationalistisch verschoben (Friesl et al. 2010: 25-26). Friesl et al. (2010: 29) versuchen im Weiteren eine „Erklärung von Fremdenfeindlichkeit“ herauszuarbeiten. Für besonders interessant halten sie dabei ein Modell, das behauptet, dass „die ‚Fremden‘ lediglich als sichtbare ‚Aufhänger‘ für interne Probleme der hochentwickelten Einwanderungsgesellschaft fungieren“. Die eigentlichen Probleme liegen jedoch anderswo, wie Hoffmann-Nowotny (2000: 15) formuliert:

Die (eigentlichen) Probleme liegen im schnellen, die Tradition auflösenden, sozialen Wandel und den daraus resultierenden, durch Zuwanderung verstärkten Spannungen. Hierauf reagieren gewisse davon betroffene Menschen mit einer kontrafaktischen Bekräftigung der Tradition, d. h. traditionalistisch, und es sind diese Personen, denen Ausländer und Ausländerinnen in vielerlei Hinsicht als Gefahr und Bedrohung, als Ursache und Wirkung des „Gesellschaftsverfalls“ zugleich, erscheinen.

Die „Krise“ der Gesellschaft gemeinsam mit der Bedrohung durch Zuwandernde (wie zum Beispiel im Falle „Flüchtlingskrise“) verbinden sich zu einer kollektiven Interpretation über den Zustand der Gesellschaft (vgl. Weiss 2004: 106). Dies wird von den politisch-öffentlichen Diskursen übernommen, abgesehen davon ob irgendwelche tatsächliche Bedrohungen oder Krisen vorliegen oder nicht:

Die behauptete intensive Bedrohung durch AusländerInnen ist dabei Teil eines Interpretationsangebots, das sich auf Wandel und Modernisierung bezieht, sich jedoch zugleich vehement gegen Phänomene des Wandels richtet – durch die Verteidigung traditionaler Werte erscheinen die Erfordernisse der Modernisierung bewältigbar (Friesl et al. 2010: 30).

Friesl et al. (2010: 31) sind der Meinung, dass die Politik in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit eine große Rolle spielt, denn eine „Politik der Differenz, die davon ausgeht, dass es normal ist, verschieden zu sein“, führt zu mehr Gerechtigkeit, Partizipation und demokratischem Miteinander. Im Gegenteil dazu können Forderungen nach einer imaginierten einheitlichen Gesellschaft „wie früher“ oder politisch-gesellschaftliche Ausschlusstendenzen zu keinem erfolgreichen „Miteinander“ beitragen. Jaschke (1994: 20-21) fügt hinzu:

Auf eine historische Phase der Unsicherheit, die sich aus der Auflösung der Nachkriegsordnung und der Ost-West-Blockkonfrontation ergeben hat und die europaweit die „Wiedergeburt des Nationalismus“¹ mit sich bringt. Der Protest von rechts reagiert darüber hinaus auf demokratisch nicht legitimierbare wachsende soziale Ungleichheit, Armutsentwicklung, Anomie und Konkurrenzdruck einerseits und den Widerspruch zwischen einer faktisch existierenden multikulturellen Gesellschaft und ihrer gleichzeitigen politischen Negation andererseits. Gesellschaftliche Tendenzen der

¹ Alain Minc: Wirtschaftswissenschaftler und Politikberater (Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa. Hamburg 1992).

Ethnisierung sozialer Beziehungen treten immer deutlicher zutage; sie aktivieren Sündenbockmechanismen und Militanz, ohne dass demokratische Gegenmaßnahmen und breite Solidarisierungseffekte absehbar sind, die dem entgegenwirken könnten.

Ein Unterschied lässt sich in der Tschechischen Republik und Österreich bei den Themen Islam und MuslimInnen feststellen, denn durch verschiedene historische Entwicklungen in Österreich, wo im Vergleich zu Tschechien MuslimInnen länger und häufiger vertreten sind, sind diese Themen schon längst von beispielsweise rechten Parteien thematisiert worden (mehr dazu im nächsten Kapitel), während in der Tschechischen Republik diese Themen erst in Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ an Bedeutung gewonnen haben. Wie sich aus der oben beschriebenen Entwicklung der politischen Szene der letzten zwei Jahre beobachten lässt, handelt es sich um ein Thema, das die Gesellschaft sehr bewegen und spalten kann. Hassmeldungen in Tschechien, die früher an Roma gerichtet wurden, haben sich in eine „neue“ Richtung bewegt. Das Ziel sind jetzt MuslimInnen bzw. muslimische MigrantInnen. Es ist zwar nur zu einer geringen Anzahl an Straftaten gegenüber MuslimInnen gekommen, was mit der geringen Anzahl an MuslimInnen in der Tschechischen Republik zusammenhängt, aber die Hetze im Internet gegenüber MuslimInnen ist deutlich gestiegen (vgl. MVČR 2016: 36- 37).

Wie im Unterkapitel über Rassismus in der Tschechischen Republik bereits gezeigt wurde, passiert immer mehr in Bezug auf Rassismus und Xenophobie im Online-Raum. Nicht nur sind dort Bewegungen und Initiativen entstanden (wie zum Beispiel IvČRN), die dann ihre Tätigkeit aus dem Online-Raum in der Öffentlichkeit fortsetzen und zu einer „realen“ Bewegung geworden sind, sondern auch der Bericht des tschechischen Innenministeriums zu Extremismus in der Tschechischen Republik (MVČR 2016) bestätigt eine erhöhte Anzahl an Hasspostings, Hassmeldungen und allgemein Hetze im Internet. Dieses Thema ist auch eng mit den Online-Zeitungen verknüpft, denn auch dort und nicht nur etwa in den sozialen Netzwerken haben Hasspostings, in Form von Kommentaren, Eingang gefunden. Im nächsten Unterkapitel wird das Internet in Zusammenhang mit Rassismus und Xenophobie allgemein seit seinen Anfängen analysiert und anschließend wird dieses Thema anhand von Zahlen und Fakten behandelt, die sich auf „offline“ und „online“ rassistisch motivierte Taten beziehen.

3.3 Rassismus in Medien, Rassismus im Internet

Stuart Hall (vgl. 1989: 150) beschäftigte sich bereits im Jahr 1989 mit der Konstruktion von „Rasse“ in den Medien. Seiner Meinung nach definieren und konstruieren Medien „Rassen“

teilweise vorsätzlich (oft sehr komplex und subtil), teilweise unbewusst und somit werden rassistische Ideologien reproduziert: „Die Medien sind nicht nur eine machtvolle Quelle von Vorstellungen über ‚Rasse‘. Sie sind auch einer der Orte, an dem diese Vorstellungen artikuliert, transformiert, aus- und umgearbeitet werden“ (Hall 1989: 155). In den Medien erscheinen zwei Arten von Rassismus – offener (expliziter) und impliziter Rassismus. Hall (vgl. 1989: 156) ist der Meinung, dass in der Presse überwiegend eher der explizite Rassismus Eingang findet. Hiermit sind offene Argumente und Positionen gemeint, deren Ziel es ist, explizit eine rassistische Politik oder Sichtweise zu verbreiten. Unter implizitem Rassismus in den Medien sind scheinbar „naturalisierte“ Repräsentationen von Ereignissen, die in einem Zusammenhang mit einer gewissen „Rasse“ stehen, zu verstehen. So werden rassistische Aussagen formuliert, ohne dass die ihnen zugrundeliegenden rassistischen Behauptungen, dem/der LeserIn als solche erscheinen und sich schleichend in ihr Bewusstsein drängen. Den impliziten Rassismus hält Hall für verbreiteter und heimtückischer als den expliziten (vgl. Hall 1989: 156-157). Stuart Hall (1989), Franz Nuscheler (2004) und weitere AutorInnen wie Wodak (wie bereits in vorigen Kapiteln besprochen) sind der Meinung, dass eine Art rassistischen Alltagsbewusstseins seinen Weg in die Gesellschaft gefunden hat und von Medien als ihre Ausgangsbasis verwendet wird. Es ist daher notwendig, anhand verschiedener Mittel, ein antirassistisches Alltagsbewusstsein zu konstruieren, um gegen diese Entwicklung steuern zu können.

Medien im Allgemeinen und insbesondere das Internet spielen also eine besondere Rolle in der Formierung der öffentlichen Meinung und können als Nährboden für die Entstehung verschiedener rassistischer und xenophober Bewegungen und Initiativen dienen. Rassismus ist kein Problem, das es nicht bereits vor dem Anfang der „Digitalen Zeit“ gegeben hätte. Jedoch wurde die Rassismus-Problematik durch die Entwicklung der digitalen Kommunikation um eine neue Dimension erweitert und hat einzelnen Menschen und Organisationen ein mächtiges Tool, mit dem man Hass, Rassismus und Xenophobie „besser beziehungsweise einfacher“ verbreiten kann, in die Hände gegeben (vgl. Akdeniz 2009: 7).

Rassistische Diskurse und Inhalte lassen sich jedoch nicht immer genau identifizieren, da es sich oft um subtile und latente Botschaften mit rassistischem Inhalt handelt, der auf den ersten Blick als eine Botschaft mit üblichen rationalen Aussagen erscheinen mag. Die ersten rassistischen Botschaften online erschienen laut Wiesenthals Studie (2008) „Online Terror and Hate: The First Decade“ bereits 1983.

Maurice Glélé-Ahanhanzo, der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte (1997: o.S.) hat sich in Bezug auf das UN-Programm zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung bezüglich des Internets wie folgt geäußert: „The Internet has become the new battleground in the fight to influence public opinion“.

Rassistische Inhalte, die von Individuen oder Organisationen veröffentlicht werden sind nichts Neues im Netz, jedoch ist deren Anstieg auf verschiedene Ereignisse (wie beispielsweise auf die Terror-Attacke am 11 September 2001, die derzeitige „Flüchtlingskrise“ etc.) zurückführbar. Laut Simon-Wiesenthal-Zentrum gab es 1995 eine einzige Webseite mit rassistischen Inhalten. Im Jahr 2009 hat die Zahl verschiedener Webseiten in unterschiedlichen Sprachen, die Hass und Gewalt, Anti-Semitismus und Xenophobie weltweit verbreitet haben (inklusive terroristischer Propaganda) online 10 000 überschritten. Die sozialen Medien wie Facebook, Youtube usw. spielen dabei ebenfalls eine große Rolle und dienen als Raum, in den solche Postings Eingang finden (vgl. Akdeniz 2009: 10-11). Darüber hinaus, lässt sich feststellen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem rassistischen Diskurs im Internet und rassistisch motivierter Gewalt gibt.

Im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ ist beispielsweise das Jahr 2015 durch einen starken Zuwachs an rassistischen und xenophoben Äußerungen und Verhetzungen in Österreich geprägt. Der Rassismus-Bericht des Vereins ZARA hat 2015 insgesamt „927 Fälle von Rassismus und Diskriminierung, davon [...] 20 Prozent im Internet“ erfasst und „dem Forum gegen Antisemitismus wurden im vorigen Jahr 465 antisemitische Vorfälle gemeldet, davon 205 im Internet“ (Medienservicestelle 2016). Eine Statistik der Medienservicestelle zeigt eine zunehmende Hetze im Internet auf und auch einen damit verbundenen Anstieg an strafrechtlich relevanten Hinweisen, die bei der NS-Meldestelle eingegangen sind:

	2013	2014	2015
Hinweise bei der NS-Meldestelle	1.900	3.354	3.913
Strafrechtlich relevant*	476	629	1.351

Abbildung 6: Anstieg rechtmotivierter Straftaten (Medienservicestelle 2016)

Es kam auch zu konkreten rassistisch motivierten Taten gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte (verbale Attacken, Skandieren von Parolen oder Sachbeschädigungen) und

es lässt sich vermuten, dass einige der Täter im Internet von xenophoben und rassistischen Äußerungen, Meinungen, Material „inspiriert“ oder beeinflusst wurden.

Die Statistiken in Hinblick auf Extremismus in der Tschechischen Republik zeigen hingegen eine mehr oder weniger gleichbleibende Anzahl an extremistischen Taten oder rassistisch motivierten Taten. Dies bezieht sich auf den Zeitraum 2006-2015. Die aktuellsten Daten gibt es zum Jahr 2015. In diesem Jahr gab es insgesamt 175 extremistisch oder rassistisch motivierte Taten, die meisten davon sind im Bezirk Mähren-Schlesien passiert. Dieser Bezirk zeichnet sich durch die höchste Arbeitslosenquote aus und zählt zu den ärmsten Bezirken Tschechiens mit höchsten Kriminalitätsrate allgemein (vgl. MVČR 2016: 25 & CZSO 2016).

Im Internet sieht die Situation jedoch anders aus. Laut dem tschechischen Innenministerium (2016: 11) ist es zu einem Anstieg an rassistisch motivierter Hetze im Internet gekommen. Das Ministerium bietet jedoch keine Statistiken zu den genauen Zahlen an. Deswegen wird eine Statistik der tschechischen NGO Člověk v tísni (Menschen in Not), die die Verbreitung von Rassismus und Hass im Netz (vor allem auf Facebook und in öffentlichen Diskussionen von Online-Artikeln) 2015 beobachtet hat, herangezogen. Die folgende Graphik bezieht sich auf Hassmeldungen auf Facebook. Der untersuchte Zeitraum ist dabei Sommer 2015, und es wurden insgesamt 155 500 Kommentare in Foren von verschiedenen Nachrichtenportalen analysiert. Es wurden folgende Kategorien für die Analyse ausgewählt: Islam, Unterstützung, MigrantInnen, Afrika und Sonstiges.

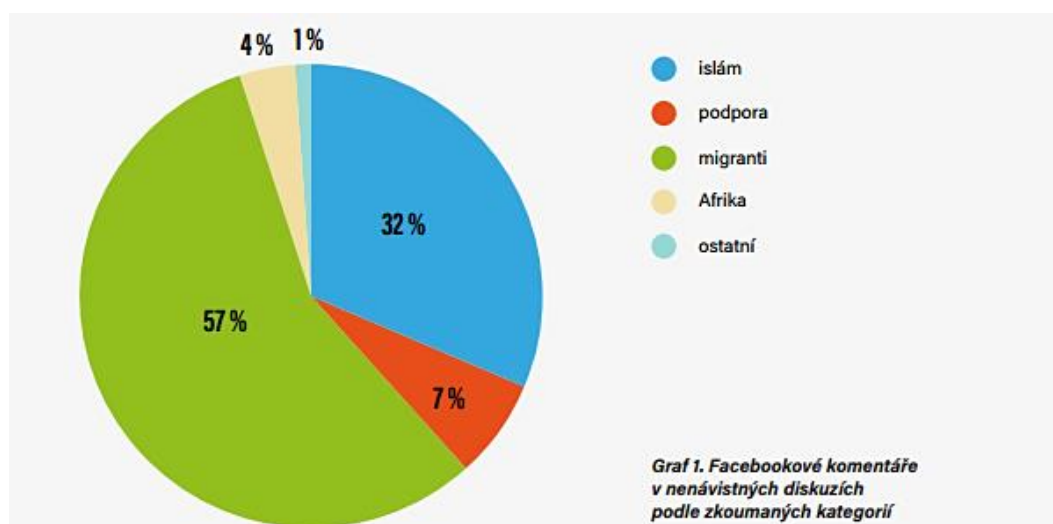


Abbildung 7: Kommentare auf Facebook in „Hassdiskussionen“ in den untersuchten Kategorien (Člověk v tísni 2016: 12)

Anhand der Graphik lässt sich feststellen, dass von den ausgewählten Kategorien die meisten Beiträge zu den Themen MigrantInnen (57%) und Islam (32%) verfasst wurden. Mehr als

zwei Drittel der VerfasserInnen sind Männer zwischen 35-50 Jahren. Eine zweite Analyse der Kommentare zu Zeitungsartikeln in den Foren sah folgendermaßen aus: Es wurden im selben Zeitraum wie bei der ersten Analyse 53 749 Kommentare zum Thema Islam und 129 586 Kommentare zum Thema MigrantInnen identifiziert. Die meisten Kommentare (40%) zu diesen Themen werden in den Diskussionsforen der Online-Zeitung iDnes.cz identifiziert. In Bezug zur Anzahl der BesucherInnen befinden sich die meisten Hasskommentare in den Diskussionsforen der Zeitungen iDnes.cz und parlamentnilisty.cz. In allen Kategorien wurden etwa 80% der Kommentare mit negativem Inhalt entdeckt. Die restlichen 20% hatten entweder positiven, neutralen oder irrelevanten Inhalt.

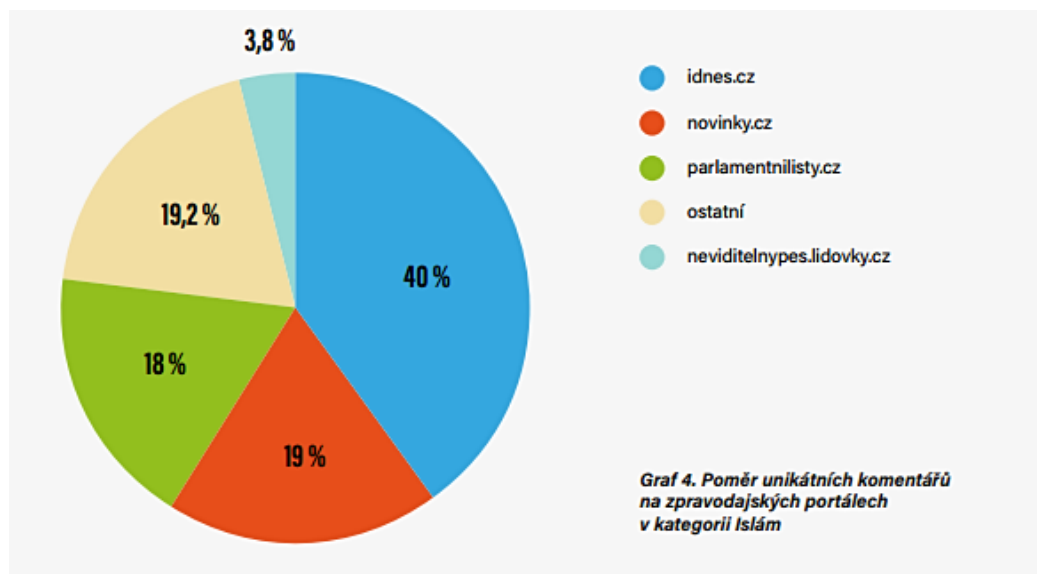


Abbildung 8: Kommentare zum Thema Islam in Foren den ausgewählten Nachrichtenportalen (Člověk v tísni 2016: 16)

Außer Hassmeldungen auf Facebook oder in Diskussionsforen gibt es in der Tschechischen Republik auch einige Webseiten, hinter denen rechtsradikale Organisationen/Initiativen/Bewegungen stehen, die gegen Migration, MigrantInnen und Islam, aber auch gegen Personen, die irgendwie damit in Zusammenhang gebracht werden können (linke Parteien, HelferInnen, WissenschaftlerInnen usw.), auftreten. Auf solchen Webseiten werden die Namen dieser Personen, ihre Adressen etc. veröffentlicht, die Personen werden explizit rassistischen bezeichnet und oft auch offensichtlichen bedroht. Als ein Beispiel kann die tschechische Webseite http://www.white-media.info/amk_watch_imigranti.html erwähnt werden, die Profile von MigrantInnen (Afrikaner werden hier beispielsweise als Affen bezeichnet) und Profile (inklusive Wohnort, Telefonnummer etc.) von Journalisten, WissenschaftlerInnen oder anderen Personen veröffentlichen, die gegen Rassismus auftreten, anti-rassistische Artikel usw. schreiben oder

mit einer Person anderer Herkunft (vor allem muslimischer oder afrikanischer Herkunft) verheiratet sind. Versuche, diese Webseiten zu entfernen, sind gescheitert, da diese Webseiten ihren Sitz meistens außerhalb Europas haben (USA) und aus diesem Grund jegliche rechtlichen Schritte zwecks Entfernung solcher Webseiten unmöglich sind. Es wurden auch Videos im Internet publiziert, in denen Parolen wie etwa „Allah ist Wichser“, „Allah ist ein Schwuler“, „Töten Sie Araber“ usw. verbreitet wurden. Gegen die AutorInnen dieser Videos wurde eine Klage erhoben (vgl. MVČR 2016: 34-35). Die „Möglichkeiten“ zur rassistischen Äußerungen sind also mannigfaltig.

Die Gefahr besteht darin, wie bereits erwähnt, dass die Grenze zwischen dem „Internetrassismus“ und „realem“ Rassismus oder sogar einer rassistisch motivierten Gewalttat sehr schmal ist. Zusammenfassend lässt sich mit den Worten von Akdeniz (2009: 18) schließen: „The Internet has thus become medium of choice for propaganda, disseminating hatred, recruitment, training, fundraising, and for communications by racist as well as terrorist organisations“. Es ist wichtig, Maßnahmen dagegen sowohl auf der internationalen als auch auf der regionalen Ebene zu setzen.

In vorigen Unterkapiteln wurde die Geschichte von Rassismus und Rassismus in Medien mit besonderem Fokus auf den Internetraum in Österreich und der Tschechischen Republik behandelt. Dieses Kapitel wird mit einem themaausweitenden Unterkapitel „Rassismus, Medien und Ideologie“ abgeschlossen, das als Verknüpfung zum Kapitel über Diskurs dient.

3.4 Rassismus, Medien und Ideologie

„Das Thema Rassismus und die Medien berührt unmittelbar die Frage der ‚Ideologie‘, da Medien überwiegend in der Sphäre der Produktion und Transformation von Ideologien operieren“ (Hall 1989: 150). Das heißt „it [die Presse] actively contributes to the construction of dominant ideologies and a broader consensus about them“ (Van Dijk 1991: 250). Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Ideologien, Rassismus und Medien äußert sich Van Dijk im Weiteren folgendermaßen:

It may generally be observed that the larger the adherence to extremist rightwing or racist parties and positions among the population at large, as well as among the elites, the more likely it is that there are newspapers that support this ideology.

Es handelt sich aber um keine Einbahnstraße, denn nicht nur die Öffentlichkeit und ihr Interesse für die Medien sind entscheidend, sondern die Medien (in diesem Fall konkret die Presse) haben einen sehr überzeugenden Einfluss auf die Formierung der öffentlichen

Meinung und können schließlich die öffentliche Meinung in die gewünschte Richtung steuern: „the Press not only is powerful in its manipulation of inter-elite communication, but also and especially in the crucial role it has in the persuasive definition of the ethnic situation for the public at large” (Van Dijk 1991: 251). In Bezug auf Rassismus erörtert Van Dijk (1991: 252) Folgendes: „Since racism first of all has an ideological nature [...] it is precisely this ideological and discursive power of the press that is essential in the formation and legitimation of such a consensus”. Laut Van Dijk handelt es sich um einen meist top-down (von Eliten gesteuerten) Rassismus-Reproduktionsprozess in den Medien bzw. in der Presse, obwohl dies nicht heißen soll, dass es sich um eine reine Einbahnstraße handelt. Er ist der Meinung, dass rassistische Ideologien gelernt werden und nicht angeboren sind und eben Bildung und Massenmedien einen großen Einfluss auf den sozialen Lernprozess haben (vgl. Van Dijk 1991: 253).

Ideologien sind mit Sprache eng verknüpft (sind aber nicht dasselbe), denn Sprache dient als Medium, in dem die verschiedenen ideologischen Diskurse ausgearbeitet werden. Ideologien setzen sich nicht aus verschiedenen voneinander getrennten Begriffen, sondern aus zusammenhängenden Elementen, die in einem Satz oder einer bestimmten Kette von Bedeutungen artikuliert werden, zusammen. Individuen können ideologische Aussagen treffen, diese entstammen jedoch nicht allein ihrem individuellen Bewusstsein/ ihren individuellen Absichten, sondern werden innerhalb von Ideologien formuliert, die von anderen Individuen bereits vorhanden und ein Teil der gesellschaftlichen Formen und Verhältnisse, in die ein Individuum hineingeboren wird, sind. „Wir müssen ‚durch‘ die Ideologien hindurch sprechen, die in unserer Gesellschaft wirksam sind und mit deren Hilfe wir uns auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und unseren Platz darin ‚einen Reim machen‘“ (Hall 1989: 151). Transformation einer Ideologie ist somit eine kollektive Praxis, die meist unbewusst verläuft, aber einer bestimmten beabsichtigten Zielsetzung folgt (vgl. Hall 1989: 150-151). „Ideologien haben die Tendenz, hinter der selbstverständlichen, ‚naturalisierten‘ Welt des ‚gesunden Menschenverstandes‘ aus dem Blickfeld zu geraten“ (Hall 1989: 152). Hall fügt hinzu, dass Ideologien folgendermaßen funktionieren: sie beruhen „auf der ‚Leistung‘, ihren (individuellen oder kollektiven) Subjekten Identifikations- und Wissenspositionen zu bauen, die es ihnen ermöglichen, ideologische Wahrheiten als authentische, originäre Wahrheiten zu ‚äußern‘“ (Hall 1989: 152). Die Art und Weise, wie wir uns selbst und unsere sozialen Beziehungen wahrnehmen, spielt eine wichtige Rolle, denn das alles wirkt sich auf unsere Handlungen und Praxen aus und macht

somit Ideologien zum Ort eines bestimmten Typs „gesellschaftlichen Kampfes“ (vgl. Hall 1989: 152). „Die Wirkungsweise von Ideologien besteht also in der Transformation von Diskursen [...] und der Transformation [...] der handelnden Subjekte“ (Hall 1989: 152). Der Zusammenhang von Ideologien und Medien ist somit der Umstand, dass Medien wesentliche Orte sind, wo Ideologien produziert, reproduziert und transformiert werden. Es ist nicht der einzige Ort, wo dies passiert, Medien wird aber eine zentrale Rolle zugeschrieben, da sie „definitionsgemäß Teil der vorherrschenden ideologischen Produktionsmittel sind“, das heißt, „ihre ‚Produkte‘, die Repräsentationen der Gesellschaft, Bilder, Beschreibungen, Erklärungen und Rahmen, die erklären, wie die Welt funktioniert und warum sie so funktioniert [...]“ sind von großer Bedeutung (Hall 1989: 155).

4. Diskurs und Diskursanalyse

4.1 Text und Diskurs

Zuerst sollen die Begriffe Text und Diskurs erörtert werden, da diese Begriffe für eine Diskursanalyse von grundlegender Bedeutung sind. Es wird beleuchtet, was laut Jäger Texte ausmacht und in welchem Bezug sie zum Diskurs stehen. Texte in Online-Zeitungen, konkret Zeitungsartikel, sind der Ausgangspunkt der Analyse der vorliegenden Arbeit. Daher wird ein Verständnis davon, im welchen Bezug Diskurs und Text zueinanderstehen, für die konkrete Analyse der Artikel als wesentlich betrachtet.

„Das Produkt der Sprechfähigkeit ist zunächst der Text; seine soziale Funktion besteht [...] darin, daß ein Mensch einen Gedanken sprachlich ausformuliert, um ihn für andere [...] rezipierbar zu machen“ (Jäger 2004: 113). Ein Text wird mit Sätzen und Wörtern geschaffen, die eine Art Werkzeug, das Menschen verwenden, darstellen. Texte sind immer in einem sozio-historischen Diskurs eingebettet, da sie auf einer gesellschaftlichen Entwicklung basieren und nie nur von einer einzelnen Person getragen werden, sondern immer sozial und historisch rückgebunden sind. Ein Text entsteht in Bezug auf Gedanken anderer Menschen der Gegenwart oder Vergangenheit. Bestimmte sozial und historisch rückgebundene Texte sind dann Teil des gesamten Diskurses und werden als Diskursfragment bezeichnet. Diskursfragmente sind Bestandteile von Diskurssträngen (Diskursfragmente mit gleicher Thematik). Diskursstränge bewegen sich auf verschiedenen Diskursebenen, Politik, Wissenschaft, Medien oder das alltägliche Leben sind Orte, wo über Diskursfragmente und Stränge gesprochen wird (vgl. Jäger 2004: 116-117). Die Gesamtheit der vorher genannten Bestandteile macht den Gesamtdiskurs einer Gesellschaft aus, der auch gleichzeitig die „jeweiligen Voraussetzungen für den weiteren Verlauf des

gesamtgesellschaftlichen Diskurses“ darstellt (Jäger 2004: 117). Die einzelnen Elemente von Diskursen sind dann auch im Text enthalten. Text ist somit ein Produkt der menschlichen Tätigkeit.

Jäger (2004: 118) bietet im Weiteren eine ausführliche Textdefinition an: „Das sprachlich gefaßte Ergebnis einer mehr oder minder komplexen individuellen Tätigkeit bzw. [...] individuellen Denkens“. Texte dienen der Kommunikation mit anderen oder mit sich selbst und werden zu diesem Zwecke produziert. Damit ein Text entstehen kann, muss Wissen (im Sinne eines Weltwissens) vorhanden sein. Dieses Wissen wird im Rahmen eines Lernprozesses gewonnen und hängt mit dem bestehenden gesellschaftlichen Diskurs zusammen, in dem der Lernprozess stattfindet. Die Menschen, die über dieses Wissen verfügen, folgen gewissen Motiven, verfolgen während ihrer Textproduktion gewisse Ziele und verbreiten ihre Texte weiter, unter Beachtung der Rezeptionsbedingungen durch andere Personen. Dies wird mittels konventionalisierter und in der Regel unbewusst/routinierter, sprachlicher und gedanklicher Mittel (Grammatik, Lexik, Syntax) gemacht. Somit entstehen schriftliche oder mündliche Resultate einer Sprech-/Denktätigkeit. Alle Resultate der Sprech-/Denktätigkeit werden ohne Rücksicht auf ihre „Qualität“ als Texte bezeichnet (vgl. Jäger 2004: 118-119).

Es ist wesentlich Texte als Bestandteile von Diskursen zu verstehen. Jäger (2004: 129) versteht Diskurs als einen „Fluß von „Wissen“ durch die Zeit“. Darüber hinaus fügt er (Jäger 2004: 148) hinzu: „Diskurs ist überindividuell, während der einzelne Text ein individuelles Produkt ist, den ein einzelner Mensch, der dabei zugleich immer als in die Diskurse verstrickter vorzustellen ist, als gedanklichen Zusammenhang produziert“.

Der Begriff Diskurs ist ein fester Bestandteil des Allgemeinwissens geworden. Das Wort wird sehr oft in verschiedenen Kontexten verwendet, wobei es äußerst schwierig scheint, eine einheitliche Definition von Diskurs zu finden (siehe Foucault usw.) (vgl. Titscher et al. 1998: 43).

4.2 Diskurs, Macht und Sprache

Michel Foucault hat sich vor allem auf die Beziehung zwischen Diskursen und Machtwirkung fokussiert. Jäger, Link und ihre KollegInnen gehen von der Foucault'schen Diskurstheorie aus. Dieser Theorie nach sind Diskurse institutionalisiert und geregelt und sind nicht als „Ausdruck gesellschaftlicher Praxis von Interesse, sondern weil sie bestimmten Zwecken dienen: Machtwirkungen auszuüben“ (Jäger 2004: 128). Diskurse sind sozial konstruiert und zugleich sozial bedingt (vgl. Titscher et al. 1998: 45). Diskurse wirken

sich auf die Realitätskonstruktion aus, dürfen jedoch nicht auf verzerrte Wirklichkeitssichten oder Ideologien reduziert werden (vgl. Jäger 2004: 146). Fairclough und Wodak merken dazu an:

Since discourse is so socially consequential, it gives rise to important issues of power. Discursive practices may have major ideological effects - that is, they help produce and reproduce unequal power relations ... through the ways in which they represent things and position people (Fairclough & Wodak 1997: 258).

Diskurse üben aus ihrer Position der „Wissensträger“ Macht aus, sind also selbst ein Machtfaktor, der die Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft beeinflussen kann. Macht kann ausgeübt werden, wenn bestimmte Wissens Elemente im Diskurs auf Kosten (Unterdrückung oder Marginalisierung) der anderen Wissens Elemente dominieren. Dabei handelt es sich jedoch um eine Wechselwirkung, die sich ständig entwickelt und verändert – wo es Macht gibt, gibt es auch Widerstand, der überall in diesem „Machtnetz“ präsent ist (vgl. Jäger 2004: 149-150). Foucault (1978: 35) äußert sich über die Konstituierung der Subjekte durch die Diskurse und zugleich durch die Machtverhältnisse, die als ein verzweigtes Netz von vielen Mächten zu verstehen sind, folgendermaßen:

Wenn sie [die Macht, N.H.M.] nur repressiv wäre, wenn sie niemals etwas anderes tun würde, als nein sagen, ja glauben Sie dann wirklich, daß man ihr gehorchen würde? Der Grund dafür, daß Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern in Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht und nicht so sehr als negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht.

Um Machtverhältnisse als Ganze begreifen zu können, ist es erforderlich, die ökonomischen Prozesse und Produktionsbeziehungen, die institutionellen Praxen, das, was für „Wahrheit“ gehalten wird, Normen, die gelernt werden, stereotypische Bedeutungszuschreibungen usw. zu entschlüsseln und zu hinterfragen (vgl. Jäger 2004: 156).

Da Sprache für ein Mittel der Machtausübung gehalten wird, spielt sie in Zusammenhang mit Diskursen eine wesentliche Rolle. Michel Foucault (1977a: 8) beschreibt den Zusammenhang mit folgenden Worten: „Der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft [...]“. Dies lässt sich auch im „Asyl- und Flüchtlingsdiskurs“ beobachten, wo die Macht der Sprache eine besondere Rolle spielt. Der Zusammenhang zwischen der Verwendung

gewisser sprachlicher Ausdrücke/Symbolik (siehe das nächste Kapitel über Kollektivsymbolik) in der Berichterstattung wirkt sich dann auf den gesamten „Flüchtlingsdiskurs“ aus und versucht diesen in eine beabsichtigte Richtung zu steuern. Ein Beispiel dafür führt Jäger (2007: 33) an: „Schlagwortartig lässt sich dies an der Flutsymbolik verdeutlichen, wenn Einwanderer oder Flüchtlinge als Fluten codiert werden, gegen die Dämme errichtet werden müssen“. Dies liegt im besonderen Fokus dieser Masterarbeit und wird im Weiteren erarbeitet.

4.2.1 Kollektivsymbole

Jürgen Link hat sich im Rahmen des diskurstheoretischen Konzepts mit der Kollektivsymbolik, die in der Diskursanalyse eine große Rolle spielt, auseinandergesetzt. Die Wichtigkeit der Kollektivsymbolik ergibt sich vor allem daraus, dass die Gesamtheit der Kollektivsymbole allen Mitgliedern einer Gesellschaft bekannt ist und „das Repertoire an Bildern [einer Gesellschaft] zur Verfügung [steht], mit dem wir uns ein Gesamtbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit bzw. der politischen Landschaft der Gesellschaft machen, wie wir diese deuten“ (Jäger 2004: 133). Zur Kollektivsymbolik zählen Allegorien, Metaphern, Embleme, Modelle, orientierende Topiken, Vergleiche und Ähnliches (vgl. Jäger 2004: 133-134). „[...] Der gesamtgesellschaftliche Diskurs wird von einem synchronen System kollektiver Symbole zusammengehalten“ und somit ergibt sich eine starke Wirkung dieser Bilder auf die Wirklichkeit, ihr Verstehen und Interpretieren seitens der Mitglieder einer Gesellschaft (Jäger 2004: 134). Im Weiteren bezeichnet Jäger Kollektivsymbole als „kulturelle Stereotypen“, die in einer Gesellschaft von einem Mitglied an das andere übergeben werden und weiter benutzt und als Symbole mit bestimmter Bedeutung verstanden werden, also zu einer Art „Tradition“ werden. Diese Symbole schaffen einen Zusammenhang, werden zu einem System, das in allen Diskursen erscheint und wirken sich somit auf die gesellschaftliche Wirklichkeit aus (vgl. Jäger 2004: 133-137).

Kollektivsymbole werden laut Jäger (2004: 140) durch sechs Kriterien definiert. Das erste Kriterium ist die indirekte bzw. sekundäre Bedeutungsfunktion, d.h. dem Bezeichneten wird eine zweite Bedeutung verliehen (beispielsweise kann Eisenbahn die Bedeutung des Fortschritts beinhalten). Das zweite Kriterium bezieht sich auf die visuelle Ikonität der Kollektivsymbole (man kann sich das Bezeichnete bildlich vorstellen – die Bewegung einer Eisenbahn „vorwärts“, dieselbe „Richtung“ eines Fortschrittes). Drittens, die ursprüngliche und die suggerierte Bedeutung der Kollektivsymbole haben gewisse Merkmale, die sie miteinander verbinden (Eisenbahn = Fortschritt). Viertens, Kollektivsymbole tragen

mehrere Bedeutungen, sind vieldeutig (Eisenbahn kann etwa für Fortschritt stehen, genauso aber auch für Demokratie oder Westen). Fünftens, diese Kollektivsymbole werden in unseren Köpfen mit weiteren Kollektivsymbolen verbunden, da wir sie alle als ein System kollektiver Symbole gelernt haben. Sechstens, Kollektivsymbole ermöglichen es, Analogiebeziehungen zu erstellen: „[...] die Lokomotive verhalte sich zu den Waggons wie der technische Fortschritt zur Demokratie (womit behauptet würde, der technische Fortschritt habe die Demokratie zur Folge)“ (Jäger 2004: 140). Kollektivsymbole sollten diese Kriterien explizit oder implizit enthalten und sind kulturell gebunden. Hier sei noch einmal hervorgehoben, dass das synchrone System von Kollektivsymbolen kollektiv gelernt und angewendet wird, zugleich wird es jedoch auch von einzelnen Individuen oder von der gesamten Bevölkerung beeinflusst und somit durch die ganze Gesellschaft mitgeprägt (vgl. Jäger 2004: 141). Durch das synchrone System von Kollektivsymbolen entsteht die Tendenz, das Eigene und Bekannte als positiv zu kodieren, während das Fremde und Unbekannte als negativ kodiert wird und „[...] alle Kollektivsymbole [implizieren] stets schon elementar-ideologische Wertungen [...] Eine Flut ist für den Überfluteten natürlich negativ konnotiert, ein Deich entsprechend positiv“ (Link 1988: 48). Kollektivsymbole tragen zur Subjektbildung und im Weiteren zur Ausformung der Diskurse bei, sollten jedoch nicht als das einzig entscheidende Element, sondern als ein Teil einer Diskursanalyse verstanden werden (vgl. Jäger 2004: 141-142).

4.3 Diskursanalyse

Diskursanalyse bedient sich linguistischer „Werkzeuge“, ist jedoch nicht nur der Sprachwissenschaft zuordenbar. Es handelt sich um ein transdisziplinäres Analyseverfahren, das auf die Theorien Foucaults zurückzuführen ist (vgl. Jäger 2004: 158).

Um die Verflochtenheit von Diskursen analysieren zu können, ist es notwendig, einen „Diskurskomplex“ in kleinere Einheiten zu zerlegen und sich die Struktur eines Diskurses anzusehen. Jäger bildet in seinem Buch die Struktur eines Diskurses folgendermaßen ab:

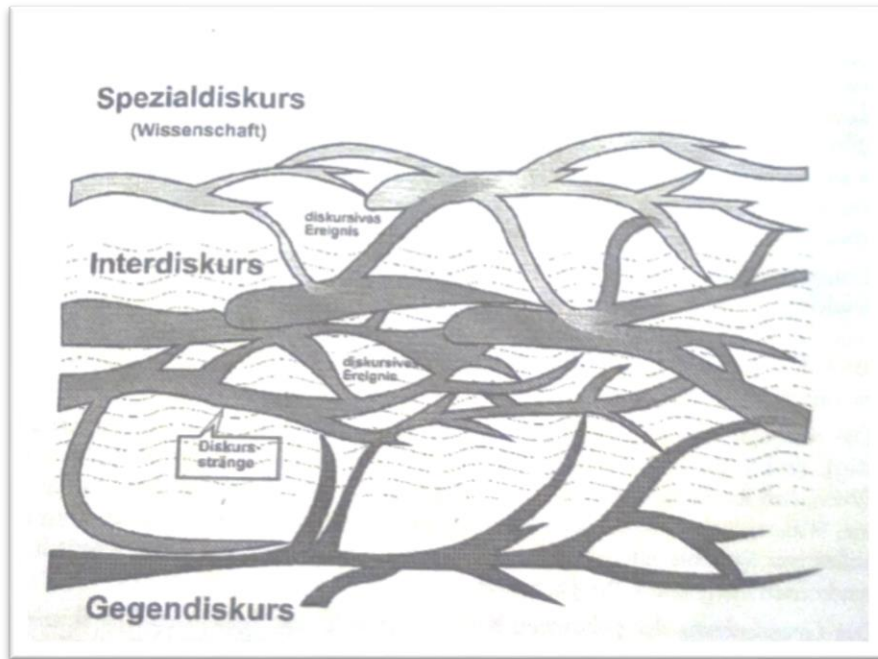


Abbildung 9: Was ist der Diskurs? (Jäger 2004: 133)

Die oberste Ebene besteht aus zwei Elementen – den Spezialdiskursen (wissenschaftlich) und dem Interdiskurs (nicht-wissenschaftlich). Der Interdiskurs wird ständig um Elemente aus den wissenschaftlichen Spezialdiskursen erweitert (vgl. ebd. 2004: 159). Im Anschluss daran gibt es die Diskursstränge, die aus Diskursfragmenten („thematisch einheitlichen Wissensflüssen durch die Zeit“) zusammengesetzt werden (Jäger 2004: 160). Diskursfragmente sind also Texte oder Teile von Texten, die einem bestimmten Thema gewidmet sind (z.B. das weite Thema Flüchtlinge). Für Diskursstränge ist es typisch, dass sie sich gegenseitig beeinflussen und stützen. Alle Ereignisse haben diskursive Wurzeln, je nach Grad ihrer Medialisierung und den jeweiligen Machtverhältnissen werden jedoch nur gewisse Ereignisse zu diskursiven Ereignissen, die den Diskursstrang mehr oder weniger beeinflussen können. Diskursstränge erscheinen auf verschiedenen diskursiven Ebenen (sozialen Orten) wie Wissenschaft, Politik, Medien etc. Verschiedene Diskursebenen beeinflussen sich gegenseitig, d.h. die Medien-Ebene kann Diskursfragmente aus dem Politikerdiskurs aufnehmen. Besonders hilfreich sind für die Analyse und Interpretation der aktuellen Diskursstränge die historischen Rückbindungen (vgl. Jäger 2004: 162-163).

Diskursanalyse erfasst somit das jeweils Sagbare in seiner qualitativen Bandbreite bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können), aber auch die Strategien, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder auch eingengt wird, etwa Verleugnungsstrategien, Relativierungsstrategien etc.“ (Jäger 2004: 130).

Das, was gesagt wird, wird durch verschiedene Mechanismen wie etwa Verbote, Einschränkungen, Anspielungen, Tabuisierungen oder durch Konventionen geregelt. Diskurse haben eine regulierende Funktion (vgl. Jäger 2004: 130 ff.).

In einer gegebenen Gesellschaft wird der gesamtgesellschaftliche Diskurs durch eine Gesamtheit der Diskursstränge gebildet. Dieser verflochtene Komplex wird dann anhand der Diskursanalyse entflochten. Dabei werden zuerst die einzelnen Diskursstränge auf einzelnen diskursiven Ebenen analysiert, wie zum Beispiel der mediale Flüchtlings-Diskurs(-strang), der dann mit der Analyse des politischen Diskursstrangs über Flüchtlinge und der Analyse des Alltags-Diskursstrangs über Flüchtlinge fortgesetzt wird. Die interessanten Fragen, die dabei entstehen, ist beispielsweise die Verzahnung dieser jeweiligen Stränge, inwieweit diese drei Stränge zusammenhängen und ob und inwieweit sie sich gegenseitig beeinflussen, wie sie sich voneinander unterscheiden etc. Bei den Diskurssträngen ist es sinnvoll, eine Unterscheidung zwischen dem Hauptthema und dem Unterthema einzuführen, damit das komplexe Gebilde übersichtlich bleibt (vgl. Jäger 2004: 166). Bei der Analyse eines Diskurses oder eines Diskursstrangs ist es erforderlich ihre Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu beachten d.h. größere Zeiträume diskursiver Abläufe zu analysieren: „um auf diese Weise ihre Stärke, die Dichte der Verschränkungen der jeweiligen Diskursstränge mit anderen Änderungen, Brüche, Versiegen und Wiederauftauchen etc. aufzeigen zu können“ (Jäger 2004: 169).

4.4 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Die Analyse der Zeitungsartikel, die für diese Arbeit ausgewählt wurden, orientiert sich an der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger. Es wurde bereits oben erläutert, was eine Diskursanalyse ist bzw. was sie ausmacht und wie Diskurs definiert wird. Die Methode der kritischen Diskursanalyse (Critical Discourse Analysis), die ihre Ursprünge in den 1970er Jahren hat (Van Dijk, Wodak, Fairclough), wird aus dem Grund ausgewählt, da sie ermöglicht, gesellschaftlich brisante Themen (wie im Moment die „Flüchtlingskrise“) zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren und zu kritisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen (vgl. Jäger 1999: 175). In Bezug auf die Fragestellung dieser Masterarbeit kann anhand einer kritischen Diskursanalyse auch gezeigt werden, „mit welchen Mitteln und für welche „Wahrheiten“ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und machbar) ist und was nicht“ (Jäger 2004: 223). Diskursverläufe unterliegen

verschiedenen Interessen und zielen auf die Beeinflussung der gesellschaftlichen Wirklichkeiten bzw. der politischen Landschaft ab. Im Rahmen der kritischen Diskursanalyse ist es möglich aufzuzeigen, welche Hilfsmittel, welche Inhalte und welche Interessen in dem jeweiligen Diskurs angewendet werden. Diese Methode wurde unter anderem auch darum ausgewählt, weil die Vorgehensweise, die von Siegfried Jäger beschrieben wird, speziell für Medienanalysen gemacht ist.

5. Empirischer Teil: Methode- und Materialbeschreibung

In diesem Kapitel werden das methodische Verfahren und die Analyse des ausgewählten Materials beschrieben. Zuerst wird in Bezug auf das analysierte Material die Frage „WANN“ (d.h. der Untersuchungszeitraum) bearbeitet, anschließend wird die Aufmerksamkeit auf die Frage „WO“ (d.h. ausgewählte Online-Zeitungen und ihre Darstellung der Leserschaft) gerichtet und zuletzt wird die Frage „WIE“ (d.h. Vorgehensweise und Forschungsfragen) behandelt.

5.1 Untersuchungszeitraum

Die Diskursanalyse der folgenden Arbeit ist auf einen bestimmten Zeitraum (01.04.2016 – 31.08.2016) und bestimmte Online-Medien (DiePresse.com und iDnes.cz) eingeschränkt. Damit kann nicht der „gesamtösterreichische“ und „gesamtschechische“ Diskurs zum Thema „Flüchtlinge, ihre Repräsentationen und die Flüchtlingskrise“ verfolgt werden, sondern nur ein Ausschnitt. Im Rahmen der Untersuchung werden die Vorteile eines synchronen Schnitts und eines diachronen Schnitts durch den Diskursstrang verbunden. Einerseits wird das Thema in einer gewissen Zeitspanne untersucht, andererseits spielen bestimmte Diskursereignisse, bzw. Themen, die in den Diskurs hineinspielen, eine bedeutsame Rolle. Dies ermöglicht eine Aussage über die Relevanz des Themas zu treffen, die zwar nicht flächendeckend für beide Länder allgemeingültig ist, für die analysierten Medien jedoch relevant ist.

Der Untersuchungszeitraum ist durch wichtige Ereignisse geprägt, die sowohl mit der europäischen Ebene (der EU-Türkei Deal, die EU- Umverteilung von Flüchtlingen usw.) als auch mit den regionalen Ebenen (asylablehnende christliche Flüchtlinge in Tschechien, Asylnotverordnung in Österreich, österreichische Bundespräsidentenwahl 2016 etc.) in Zusammenhang stehen und für den Diskurs zum Thema „Flüchtlinge, ihre Repräsentationen und die Flüchtlingskrise“ in diesem Zeitraum von großer Bedeutung sind.

5.2 Ausgewählte Medien

5.2.1 Online-Medien und Online-Zeitungen

Klassische Zeitungen lassen sich durch Merkmale wie etwa Publizität, Aktualität, Universalität und Periodizität charakterisieren. Online-Zeitungen grenzen sich von Print-Produkten in der Hinsicht ihres Nutzungs- und Wirkungspotentials ab. Wichtige Merkmale der Online-Zeitungen sind höhere Informationskapazität (mit der Möglichkeit einer Individualisierung), multimediale Vielseitigkeit der Informationsbereitstellung, höhere Aktualität, Verfügbarkeit (durch Vernetzung) und schnelle Abrufbarkeit von Informationen. Das Nutzungs- und Wirkungspotenzial ist mit gestiegenem Informationspotential auf der technischen Ebene, mit der Möglichkeit eines offenen und ungeregelten Zugangs für alle NutzerInnen und mit verschiedenen möglichen Kommunikationsformen (und der Interaktivität dieser Formen) verbunden (vgl. Zipfel 1998: 26-27). Online-Medien unterscheiden sich von Massenmedien durch eine vielfältigere Nutzbarkeit (vgl. Zipfel 1998: 48).

Die inhaltliche Seite betreffend unterscheiden sich Print-Zeitungen von den Online-Zeitungen in folgenden Aspekten: Der „Platz“ für eine Nachricht online ist unbeschränkt und es ist möglich, jede Nachricht mit beliebig vielen zusätzlichen Hintergrundinformationen oder anderen Details zu verknüpfen. Die Darstellung am Bildschirm unterscheidet sich in ihrem logischen Aufbau und optischem Aussehen von den Print-Produkten. Die Entscheidung darüber, was gelesen wird oder nicht, liegt verstärkt bei den RezipientInnen der Online-Zeitungen. Sind entsprechende Zugriffsmöglichkeiten auf Datenbanken vorhanden, ist eine gezielte Suche nach Informationen entscheidend einfacher. Die Nutzerschaft erwartet von Online-Zeitungen eine hohe Aktualität und tiefergehende Informationen. AbonnentInnen können Diskussionen „direkt online“ zu bestimmten Themen führen zu können (vgl. Riefler 1995: 27 ff.)

Online-Zeitungen und Computermedien im Allgemeinen zeichnen sich durch ihre globale Vernetzbarkeit aus. Informationen, die via Internet verbreitet werden, sind fast gleichzeitig auf der ganzen Welt für ihre Nutzerschaft verfügbar. Die Nutzerschaft verfügt über die Möglichkeit, den Anbieter (in dem vorliegenden Fall etwa die Nachrichtenplattformen) frei zu wählen, und kann jederzeit wechseln. Ein besonders wichtiges Merkmal von Online-Medien ist die bereits oben erwähnte Interaktivität, d.h. dass die Nutzerschaft die Möglichkeit hat, untereinander sowie mit den Anbietern von Inhalten in Kontakt zu treten (vgl. Riefler 1995: 27 ff. und Riefler 1997: 52 ff. und Meyer-Lucht

2005: 35). Online-Zeitungen haben jedoch auch einige Nachteile wie etwa eine geringere Lesefreundlichkeit und Verständlichkeit von Hypertexten im Vergleich zu Papiertexten. Es wird davon ausgegangen, dass die Benutzung von Online-Zeitungen mit dem Alter zusammenhängt, wobei die Annahme besteht, dass die erforderliche (anspruchsvolle) Bedienungskompetenz mit zunehmendem Alter abnimmt. Als ein weiterer Nachteil können auch die technisch erforderlichen Voraussetzungen zur Nutzung gesehen werden (vgl. Spott et al. 1998: 134). Die österreichischen Tageszeitungen wie Der Standard, Die Presse, die Kleine Zeitung, der Kurier und weitere sind seit 1996 im Internet vertreten und seit Anfang 2000 haben praktisch alle traditionellen Medien-Institutionen eigene Internet-Angebote (vgl. Saglam 2009: 75 ff.).

5.2.2 Vorstellung des Servers iDnes.cz

Der Server iDnes ist der zweitmeistbesuchte Online-Nachrichten-Server (nach dem Server Novinky.cz). Monatlich wird dieser Server von etwa 4 857 396 realen² BesucherInnen besucht (davon besuchen 2 480 000 die Nachrichten auf dem Server) (vgl. iDnes.cz 2016). Der Server iDnes benutzt einige neue Trends aus dem Bereich des Online-Journalismus wie etwa verschiedene Arten von Webblogs, Facebook-Seite, die zum 25.05.2015 etwa 78 000 Freunde hatte, und verschiedene multimediale Dateien wie etwa Videos, Fotografien, 3D Animationen, Landkarten etc. Im Bereich der interaktiven Kommunikationskanäle nutzt der Server iDnes außer Diskussionsforen auch verschiedene Umfragetools, Chats, Online Diskussionen usw. (vgl. Svobodová 2015: 18). Die Leserschaft ist laut eigenen Angaben des Servers iDnes.cz folgendermaßen strukturiert: Etwa die Hälfte (44%) der LeserInnen sind zwischen 20 – 39 Jahre alt und die Mehrheit der LeserInnen hat einen Maturaabschluss oder höher. Die Mehrheit (56%) der Leserschaft sind Männer. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist etwa 30 000 Kronen (ca. 1110 Euro pro Monat) und bewegt sich somit im mittleren bis höheren Einkommensbereich.

² BesucherInnen, die einen Link anklicken und die Seite tatsächlich besuchen

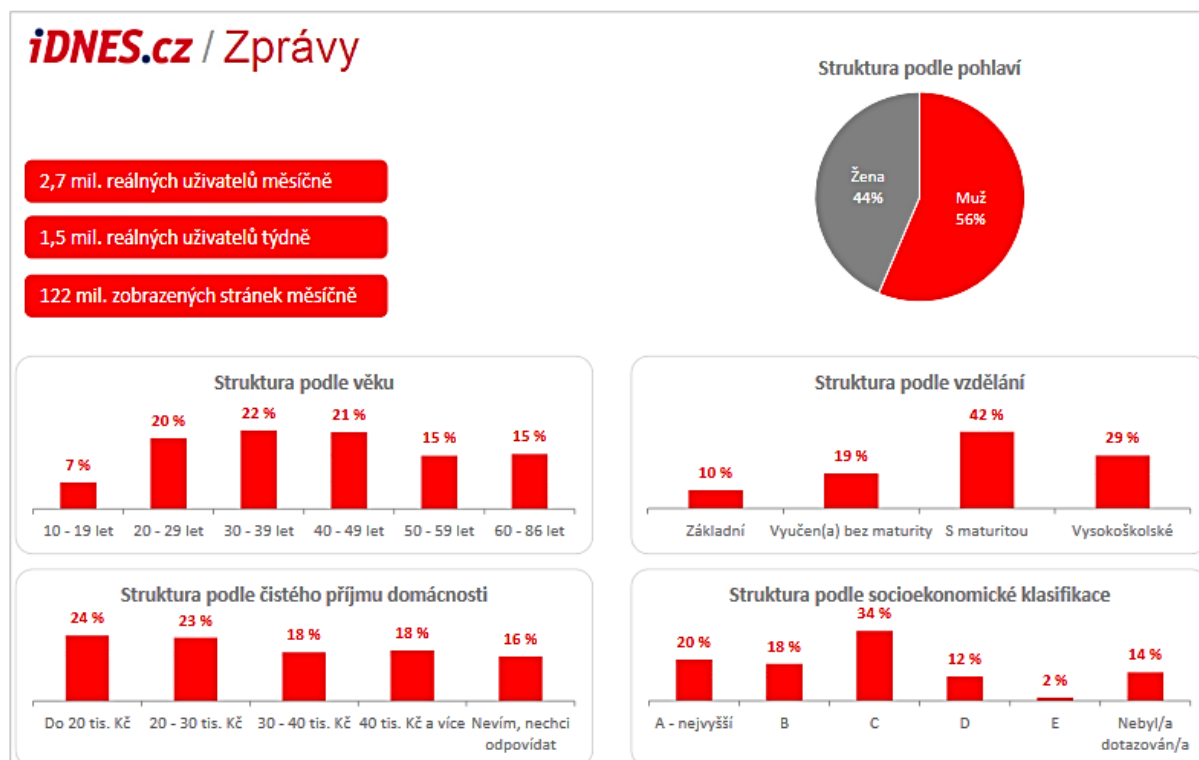


Abbildung 10: Leserprofil iDnes.cz (NetMonitor-SPIR-Gemius& Mediaresearch 2016)

Der Server gehört zur Mediengruppe MAFRA und wurde 2013 vom tschechischen Finanzminister, Führungspersönlichkeit der Partei ANO und Unternehmer Andrej Babiš gekauft (vgl. Štveráková 2013: 1-2). Im Zusammenhang mit Van Dijks Ansichten über den Einfluss von Eliten auf Medien, entsteht für diese Arbeit eine wesentliche Frage nach dem Einfluss des Besitzers von iDnes.cz auf die Zeitung:

[...] the Press, and especially the quality Press, is the dominant communication medium for the elites themselves. That is, the many power centres of the polity or economy need to know the policies and especially the possibly changing ideological positions of the others, and the Press provides this knowledge (Van Dijk 1991: 251).

Die Zeitungen wie Lidové noviny a Mladá fronta DNES, eine der größten Qualitätszeitungen in der Tschechischen Republik, inklusive der für diese Arbeit ausgewählten Online-Zeitung iDnes.cz gehören dem derzeitigen Finanzminister Andrej Babiš. Damit hängt auch die ideologische rechts-konservative Orientierung der Zeitungen, die der politischen Orientierung ihres Besitzers entspricht, zusammen (vgl. Drápal 2011: 70). Andrej Babiš ist ein bedeutender tschechischer Unternehmer, Vorsitzender der tschechischen Partei ANO und seit 2014 auch Finanzminister. Er hat 2013 die Mediengruppe MAFRA (Mladá Fronta DNES, Lidové Noviny, Metro, iDnes.cz usw.) gekauft. Dieses Ereignis kam unerwartet und wurde zu einem Thema, welchen Einfluss das auf die Unabhängigkeit der Medien haben

wird. Etwa 50 Chefredakteure und Redakteure haben die Zeitungen verlassen, einige der Kündigungen standen in Zusammenhang mit dem neuen Eigentümer der Zeitungen. Andrej Babiš selbst hat sich dazu folgendermaßen geäußert: er habe keinen Bedarf, die Journalisten zu beeinflussen, da er seine Investition nicht beschädigen wolle. Aufgrund seiner Versuche, die Tätigkeit der JournalistInnen doch zu beeinflussen (zum Beispiel der Fall, als er in der Redaktion von MF Dnes anrief und sich danach erkundigte, warum über eine seiner Konferenzen nicht berichtet wurde) entstehen berechtigte Zweifel an der Unabhängigkeit der Zeitungen (vgl. Štveráková 2013: 1-2).

Štveráková (2013) hat in ihrer Diplomarbeit untersucht, welchen Einfluss Andrej Babiš als neuer Besitzer auf die Zeitungen der Mediengruppe MAFRA tatsächlich hat. Sie ist zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen: Erstens hat sich der Wechsel des Besitzers nicht auf den Bereich Außenpolitik ausgewirkt. Es sei zwar zu einem Wechsel der Orientierung gekommen (mehr Fokus auf Russland zum Beispiel), dies hänge aber mit den aktuellen Ereignissen auf der politischen und ökonomischen Bühne) zusammen. Zweitens wurde bestätigt, dass die Anzahl der Artikel, in denen der Konzern Agrofert oder Firmen, die dazu gehören (dessen Besitzer Andrej Babiš ist) auftreten, signifikant gestiegen sind (negative als auch positive Artikel), was sich auf die Publizität des Konzerns (dessen Teil auch MAFRA selbst geworden ist) auswirkt. Drittens wurde herausgefunden, dass es zum Anstieg der Zahl von Artikeln, in denen der Name Andrej Babiš vorkommt, gekommen ist. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass dies auch mit seiner Ernennung in die Funktion des Finanzministers zusammenhängt. Viertens ist es 2013-2014 zum Anstieg der Zahl der Artikel aus dem Bereich Wirtschaft gekommen, während 2014, zusammenhängend mit der politischen Tätigkeit von Babiš, Artikel aus dem Bereich Politik überwogen. Zusammenfassend wurde herausgefunden, dass der Einfluss vor allem in Bereichen, die die Person von Babiš betreffen, merkbar ist, während es zu keinem „Gesamtwechsel“ der Zeitungsorientierung gekommen ist (vgl. Štveráková 2013: 91-94). Es ist also feststellbar, dass Eliten Einfluss auf die Berichterstattung haben können, sei es wegen ihrer politischen oder persönlichen Interessen; Babiš soll die Zeitung unter anderem deswegen gekauft haben, damit keine Lügen über seine Person verbreitet werden. Zusätzlich hat eine aktuellere Medialanalyse (Oktober 2016) bestätigt, dass die Online-Zeitung iDnes.cz (und ihre Print-Version) deutlich positiver über Babiš und die ANO-Partei berichten (vgl. OSF 2016). Der Finanzminister Babiš soll in einige Affären (die seinen Konzern Agrofert und weitere betreffen im Zusammenhang mit Steuerbetrug) verwickelt sein. Durch die von Open Society

Fund herausgefundenen Ergebnisse einer eher positiven Darstellung seiner Persönlichkeit und seiner Wirtschaftsaktivitäten ist es naheliegend zu glauben, dass über negative (kriminelle) Aktivitäten eher weniger oder gar nicht berichtet wird. Um diese Behauptung zu bestätigen oder widerlegen benötigt man jedoch mehr Zeitungsanalysen und Informationen zur Tätigkeit des Finanzministers.

5.2.3 Vorstellung des Servers DiePresse.com

Wie bereits oben erwähnt, sind seit 1996 mehrere österreichische Print-Zeitungen im Internet vertreten. Im September 1996 hat *Die Presse* mit ihrer Onlineausgabe angefangen. Am Anfang war es ein „Einmannbetrieb“ eines Redakteurs, der als eine Art „Nebentätigkeit“ betrieben wurde (vgl. Fidler 2008: S. 466 ff). Die Zuordnung der Nutzerschaft von DiePresse.com hat sich laut Singer (2013: 5) als „klar und eindeutig politisch rechts erwiesen“. Seit 2013 gehört DiePresse.com der Vermarktungsgemeinschaft styria digital one (sd one). Laut der Österreichischen Webanalyse (ÖWA) lag die Anzahl der Unique User im vierten Quartal 2014 pro Monat bei 953.613. Ein/e typisch/e Leser/Leserin von diepresse.com ist männlich, hat einen Maturaabschluss oder höher, ist zwischen 20 und 39 Jahre alt und verfügt über ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von etwa 3000 Euro monatlich (vgl. ÖWA Plus 2014). Die Leserprofile beider Zeitungen weisen viele Ähnlichkeiten auf.

ÖWAplus		
Geschlecht	Mann	54,7%
	Frau	45,3%
Alter	14 - 19	12,4%
	20 - 29	26,3%
	30 - 39	21,8%
	40 - 49	19,6%
	50 - 59	10,6%
	60 ++	9,3%
Einkommen	1.000	8,0%
	1.000 - 2.000	23,6%
	2.000 - 3.000	28,0%
	3.000 - 3.500	13,6%
	3.500 ++	26,8%
Ausbildung	(kein) Pflichtschulabsch	14,8%
	Lehre	23,3%
	Mittlere (Fach-) Schule	16,9%
	BHS-Matura / HTL-Matura	13,1%
	AHS-Matura	13,2%
	Hochschule/Universität	18,7%

Abbildung 11: Leserprofil DiePresse.com (ÖWA Plus 2014)

5.2.4 Ressortenteilung

Sowohl in der Printausgabe (die Presse) als auch in der Onlineausgabe gibt es eine Ressortenteilung, die im Onlinebereich die Möglichkeit hat, aufgrund der Eigenschaften des

Mediums mehrere Ressorts auf einem Ort anzuhäufen, als die in der Printausgabe. Bei iDnes.cz handelt es sich um einen reinen Online-Nachrichten-Server (es gibt keine Printausgabe). Die naheliegendste Zeitung in gedruckter Version wäre die Printzeitung MF Dnes. Untenstehend wird eine Tabelle der verschiedenen Ressorts im Onlinebereich erstellt.

DiePresse.com	iDnes.cz
Politik	Nachrichten (Innen und Außen)
Wirtschaft	Wirtschaft, Geld
Kultur	Kultur
Panorama	Bezirke
Leben	Wohnen
Bildung	
Science	
Gesundheit	Sie
Sport	Sport
Tech	Technet, Mobil, Auto
Meinung	
Spectrum	
Rechtspanorama	
Schaufenster	Revue
	Spiele
	Xman
	Reisen
	Hobby

Für die Analyse der vorliegenden Arbeit wurden die Ressorts Politik (ein Ressort, das die wichtigsten Politik-Nachrichten aus Österreich und der ganzen Welt inklusive Kommentare und Interviews bietet) und Panorama (ein Ressort, das Nachrichten zu den Themen Wetter, Umwelt, Kriminalität, Katastrophen und Religion aus der ganzen Welt bringt) (vgl. DiePresse.com 2016) ausgesucht. Aus dem tschechischen Nachrichten-Server wurde das Ressort Nachrichten (Innen- und Außen) für die Untersuchung als besonders relevant identifiziert und für die Analyse genutzt. Die Ressorts „Politik“ und „Panorama“ (DiePresse.com) und „Nachrichten“ (iDnes.cz) umfassen alle Berichte, die spezifische Äußerungen im Bereich der Innen- oder EU-Politik zum Inhalt hatten, bzw. über Innen- oder EU-politische Ereignisse zum Thema Migration, Integration, Asyl- und Flüchtlingspolitik weltweit und in den jeweiligen Ländern berichteten.

5.3 Vorgehensweise

In Anlehnung an die bereits beschriebene Vorgehensweise, die Siegfried Jäger vorschlägt, hat die Vorgehensweise der kritischen Diskursanalyse im Kontext dieser Arbeit folgendermaßen ausgesehen:

Ermittlung des diskursiven Kontextes: Zur Strukturierung des Diskursverlaufes wurde der Versuch unternommen, wichtige diskursive Ereignisse zu ermitteln. Diese haben sich aus den Zeitungsartikeln selbst ergeben. Da es nicht möglich ist den gesamten Diskursverlauf nachvollzuziehen, wurde eine Auswahl von jeweils 150 Artikeln für die ausgewählte Zeitspanne getroffen.

Gewinnung des Materialkorpus: Ein erster konkreter Schritt war die systematische Erfassung sämtlicher Zeitungsartikel auf Deutsch und auf Tschechisch des entsprechenden Zeitraumes (Online-Zeitungsartikel aus dem Zeitraum 01.04.2016 – 31.08.2016). Für die Analyse der vorliegenden Arbeit wurden, wie bereits erwähnt, die Ressorts Politik und Panorama in diePresse.com und in iDnes.cz das Ressort Nachrichten (Innen- und Außen).

Es wurden jeweils 150 Zeitungsartikel auf Tschechisch und auf Deutsch (siehe Anhang) mit entsprechendem Inhalt ausgewählt. Durch das Zusammentragen dieser Zeitungsartikel wurde ein Materialkorpus gewonnen, der das für die Analyse relevante Material in Bezug auf die vorliegende Arbeit enthält.

Eine Aufarbeitung der einzelnen Zeitungsartikel nach bestimmten Kriterien stellt einen wichtigen Teil der Vorarbeit (Voranalyse der Artikel) für eine Strukturanalyse der einzelnen Diskursstränge und Diskursstrangverschränkungen dar. Das Material wurde nach den Stichwörtern „Migranten“, „Flüchtlinge“ usw. (diese markieren die Diskursfragmente) aufgegliedert. Es wurden die online vorhandenen Archive der Online-Zeitungen untersucht. Die gesuchten Wörter in diesen Artikeln waren: „Flüchtling“ (auf Tschechisch uprchlík oder běženeč³); „Flüchtling(e)“ (auf Tschechisch uprchlíci/běženci); „Migrant“ (auf Tschechisch migrant); „Flüchtlings-“, Flüchtlingskrise“ oder „Migrations-“ (auf Tschechisch migrační); „Migrationskrise“ (auf Tschechisch uprchlická/migrační krize); „Asylwerber“ und „Asylberechtigte“ (auf Tschechisch osoba mající nárok na azyl/azylant); „Asylsuchende“ (auf Tschechisch žadatel o azyl); „Asyl-, Migrations- und Flüchtlingspolitik“ (auf Tschechisch azylová a přistěhovalecká/imigrační politika).

³ Das Wort běženeč wird derzeit synonym mit dem Wort uprchlík verwendet. Diese Bezeichnung stammt jedoch aus dem Konzept über Flüchtlinge vom Intergovernmental Committee on Refugees vor dem 2. Weltkrieg. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Wort „uprchlík“ verwendet (vgl. David 2009: 17)

Im Weiteren wurden die Zeitungsartikel nach der Kernbotschaft, den Unterthemen, den Verschränkungen, der Argumentation und weiteren besonderen Merkmalen aufgegliedert (siehe Anhang). Als nächster Schritt wurde die Zuordnung der aufgefundenen Haupt- und Unterthemen zu den Diskurssträngen vorgenommen. Dabei haben sich jedoch einige Themen ergeben, die nicht zuordenbar waren. Als Beispiel seien hier die Themen Aktivisten und Flüchtlingshelfer oder Brexit genannt. Aus diesem Grund wurden zusätzliche Kategorien zur Einordnung definiert (vgl. Jäger 2004: 190-191). „Auf der Grundlage dieser Analysen wird sodann der gesamte Diskursstrang (z.B. einer Zeitung) erfaßt, inhaltlich genau beschrieben und in seiner Grundstruktur analysiert. Es liegt damit die Strukturanalyse des gesamten betreffenden Diskursstrangs vor“ (Jäger 2004: 191).

Im Rahmen der Strukturanalyse werden nicht nur diskursanalytische, sondern auch korpusanalytische Verfahren angewendet. Hierbei wird das korpusanalytische Programm AntConc eingesetzt um beispielsweise die dritte Unterfrage der ersten Forschungsfrage beantworten zu können. Anhand dieses Programms⁴ wird die Textkorpora auf die Begriffe und ihre Kontexte untersucht. Das AntConc Konkordanz-Programm ist dabei ein nützliches Werkzeug zur Textanalyse mit dem Korpusfrequenzen analysiert werden können, die die Häufigkeitsverteilung des Vokabulars beziffern und die Untersuchung des Kontextes, in dem die Wörter erscheinen ermöglichen (vgl. Masařová 2016: 58 ff.)

Nach der Strukturanalyse werden 2 Feinanalysen (jeweils zwei Feinanalysen von Artikeln auf Tschechisch und auf Deutsch) durchgeführt.

5.4 Forschungsfrage und Unterfragen

Von der theoretischen Basis ausgehend wurden folgende Forschungsfragen und Unterfragen an die untersuchten Zeitungsartikel formuliert. Diese Fragen sollen dabei helfen, fremdenfeindliche, islamophobe und xenophobe Argumentationsstrategien identifizieren zu können.

Forschungsfrage 1:

Wie wird der „Flüchtlingsdiskurs“ in der österreichischen Online-Zeitung dargestellt? Wie wird er in der tschechischen Online-Zeitung dargestellt? Inwiefern unterscheiden sich die Darstellungen des „Flüchtlingsdiskurses“ in den tschechischen und in den österreichischen Zeitungen?

⁴ Siehe: Masařová, Nela Helena (2016): Terminologie der Asyl- und Flüchtlingspolitik des UNHCR in den Sprachen Deutsch und Englisch. Universität Wien: Masterarbeit.

Unterfragen:

- I. Welche Hauptthemen und Unterthemen werden im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ angesprochen?
- II. Inwieweit unterscheidet sich die Frequenz der Berichterstattung über gewisse Themen in beiden Ländern in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ und inwieweit wirken sich die politischen und anderen Ereignisse, die im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ stehen, auf die Berichterstattung und die Frequenz der Berichterstattung über den „Flüchtlingsdiskurs“ aus?
- III. Wird die „Flüchtlingskrise“ in Verbindung mit Islam und MuslimInnen gebracht?
- IV. Wird zwischen Flüchtlingen/ AsylwerberInnen und MigrantInnen unterschieden?

Forschungsfrage 2:

Welche Repräsentationsbilder der Flüchtlinge werden durch die Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz vermittelt?

- I. Werden stereotypische Repräsentationen der Flüchtlinge durch explizite oder implizite Zuschreibungen von Eigenschaften und Verhaltensweisen vermittelt?
- II. Werden Metaphern, die in Verbindung mit einer Katastrophe benutzt werden, in den Artikeln verwendet?
- III. Erscheinen fremdenfeindliche/ islamophobe oder xenophobe Komponenten in den Online-Zeitungsartikeln?

5.5 Feinanalysen

Als Basis für die Interpretation des gesamten Materials wurden zwei ausgewählte Zeitungsartikel (ein Artikel auf Tschechisch, einer auf Deutsch) zur Feinanalyse herangezogen. Diese Artikel geben inhaltlich, formal und ideologisch die Schwerpunkte des untersuchten Materials wieder. Sie wurden einer gründlichen Analyse zur Gewinnung weiterer Kenntnisse unterzogen. Diese tiefgehende Analyse wird im Weiteren behandelt.

Das Analyseverfahren umfasst die in der Folge beschriebenen Analyseschritte und beginnt mit einer Erstlesung. Es ist erforderlich, die ausgewählten Texte immer zunächst einmal langsam (im besten Falle mehrmals) und gründlich zu lesen. Bei der Erstlesung sollten die ersten Eindrücke entstehen und gewisse Besonderheiten des Textes in die Augen fallen (beispielsweise auffällige Kollektivsymbolik). Bei der Erstlesung sollte die Aufmerksamkeit auch der graphischen Gestaltung des Textes gewidmet werden. Nach dieser allerersten Phase wird dann zu den fünf analytischen und interpretativen Schritten übergegangen. Zuerst wird

der institutionelle Rahmen analysiert, das heißt es ist wichtig, das jeweilige Diskurselement in seinen institutionellen Kontext (Hintergründe, biographisch, politisch, geographisch usw.) einzubetten, wie etwa um welche Art des Mediums es sich handelt, wer ist der/die AutorIn, die Leserschaft, in welcher Rubrik ist es erschienen, um welche Auflage handelt es sich, eventuelle weitere Ereignisse, die mit der Erscheinung des Diskursfragments zusammenhängen können (wie etwa frühere Ausgaben) usw. Als zweiter Schritt wird eine Text-Oberflächen-Analyse vorgeschlagen. In diesem Rahmen wird auf das „Äußerliche“ (auch Makroanalyse genannt) geachtet. Es wird analysiert, wie die graphische Gestaltung des Diskursfragmentes aussieht; gibt es Fotos, Graphiken, Statistiken, Bilder, Karikaturen etc., werden Überschriften oder Zwischenüberschriften verwendet, wie sehen die Sinneinheiten/Sinnabschnitte aus, welche Themen werden angesprochen usw. Drittens erfolgt die Analyse der sprachlich-rhetorischen Mittel (auch Mikroanalyse genannt). Hierbei werden Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Anspielungen, Kollektivsymbole, Redewendungen, Klischees, Wortwahl, Lexik, Stil, Akteure (Personen, Pronominalstruktur), Referenzbezüge und weitere Aspekte untersucht. Im vierten Schritt werden die inhaltlich-ideologischen Aussagen im Diskursfragment gesucht. Zu solchen gehören etwa das Menschenbild, das Gesellschaftsverständnis, Zukunftsvorstellungen und Ähnliches. Das Material wird in dem jeweiligen Diskursstrang verortet, die Kernaussage des gesamten Artikels wird zusammengefasst und seine allgemeine „Botschaft“ aufgearbeitet. Der fünfte Schritt ist ein abschließender Schritt der vorigen Analyse, und im Rahmen dieses Schrittes wird eine Interpretation des ausgesuchten Diskursfragments unternommen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Elemente der anfänglichen Materialaufarbeitung (vgl. Jäger 2004: 175).

Durch die ausgewählten Beispiele der Zeitungsartikel, die detailliert anhand der oben erwähnten Kriterien analysiert wurden, konnten für die Fragestellung wichtige Ergebnisse herausgearbeitet werden.

6. Ergebnisse der Struktur- und Feinanalyse

Im folgenden Unterkapitel werden die Ergebnisse der Überblicks- bzw. Strukturanalyse und im Weiteren der Feinanalysen dargestellt, die sich in ihrem methodischen Vorgehen an die Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger anlehnen. Es werden jeweilige Diskursstränge isoliert und diese werden danach nach Inhalt, Entwicklung, Auffälligkeiten und Verschränkungen untersucht. Das Ergebnis ist die Darstellung von Art und Bandbreite der

Erscheinung und Verwendung rassistischer, fremdenfeindlicher/ islamophober oder xenophober Inhalte in den Online-Zeitungen.

Die Diskursstränge ergeben sich aus dem Dreieck der drei sich gegenseitig beeinflussenden Diskurse – der politische, der mediale und der Alltagsdiskurs. Medien dienen als Kommunikationsplattform und Inhaltsvermittler. Medien können auch als eine Plattform, über die in modernen Massengesellschaften Diskurse abgewickelt werden, gesehen werden, die sich für die Untersuchung eignet. Der politische Diskurs wird überwiegend im Parlament abgewickelt, denn dort werden „aus Diskursen in Form von allgemeingültigen Gesetzen, Tatsachen gemacht und Institutionen gebildet“ (Ramazan 2009: 83). Der politische Diskurs muss jedoch in einer Demokratie seitens des Volkes legitimiert sein, damit die Politik ihre Macht (Exekutive und Legislative) legitim ausüben kann. Somit ergibt sich die Wechselwirkung zwischen politischem Diskurs und Alltagsdiskurs. Sowohl der politische als auch der Alltagsdiskurs spiegeln sich in der medialen Berichterstattung wieder. Hiermit ist auch die unterschiedliche Machtpositionierung deutlich, ein/ einzelne/r Bürger/in hat nur sehr wenig Einfluss im Vergleich zu der politischen Anwaltschaft mancher Parteien (vgl. Ramazan 2009: 83 ff.). Im Rahmen der qualitativen Untersuchung wird dieses Dreieck in Bezug auf das untersuchte Thema mittels der durchgeführten Medienanalyse erfasst.

6.1 „Flüchtlingskrise“ in den Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz

Im theoretischen Teil dieser Arbeit (siehe Kapitel 2) wurde die „Flüchtlingskrise“ in Bezug auf die gesamte EU und die beiden untersuchten Länder beschrieben. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der durchgeführten Analyse zur „Flüchtlingskrise“ und ihrer Darstellung in den Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz behandelt. In diesem Zusammenhang werden einige in der Analyse festgestellte spezifische Diskursstränge näher behandelt, und dieses Kapitel zielt auf die Beantwortung der Forschungsfragen ab und knüpft an den theoretischen Teil an. Im folgenden Teil werden die erste Forschungsfrage und ihre Unterfragen behandelt (siehe Kap. 5.4)

6.1.1 Nachrichtenauswahl

Um die erste Frage beantworten zu können, ist es wichtig, sich kurz mit der Nachrichtenauswahl-Theorie auseinanderzusetzen. Im Weiteren erfolgt dann die tatsächliche Analyse der Themenbereiche der Nachrichten der untersuchten Online-Zeitungen. Medien tendieren dazu, Inhalte nach von ihnen ausgewählten Kriterien zu

veröffentlichen, d.h. das Ziel ist das Verkaufen des „Produktes“, beziehungsweise möglichst große Reichweite des „Produktes“ (vgl. McQuail 2009: 259). Alle Phasen der Entstehung einer Nachricht sind durch die „herrschende“ Ideologie geprägt. Ereignisse, die die Medien für unwichtig und weniger interessant (gegeben durch Absichten die sie verfolgen, politische Motive, Vorgaben der Eliten usw.) befinden, werden ausgelassen, aussortiert oder ignoriert (vgl. Van Dijk 1991: 250-251). In diesem Zusammenhang halten Galtung und Ruge fest, dass solche Nachrichten, die über ein von der Norm abweichendes Ereignis berichten, mehr Chancen auf ihre Veröffentlichung haben (vgl. Kunczik 1995: 220). Diese zwei Autoren beschäftigen sich in ihrer Nachrichtenauswahl-Theorie mit Faktoren, die darüber entscheiden, ob eine und welche Nachricht in den Medien erscheint und in welchem Umfang und in welcher Aufmachung über ein Ereignis berichtet wird. Galtung und Ruge beschreiben in ihrer Theorie 12 Faktoren, die auf den Nachrichtenwert Einfluss nehmen (vgl. Kunczik 1995: 120):

1. **Frequenz:** Eine Zeitspanne, die notwendig ist zur Entwicklung eines Ereignisses
2. **Schwellenfaktor:** Ein Ereignis muss intensiv und aufmerksamkeitsfesselnd sein (hier muss eine gewisse Grenze der Auffälligkeit überschritten werden)
3. **Eindeutigkeit:** Je eindeutiger und übersichtlicher ein Ereignis ist, desto eher wird es zur Nachricht.
4. **Bedeutsamkeit:** Je verständlicher das Ereignis für RezipientInnen ist, und je mehr dieses das Leben der RezipientInnen betrifft, desto eher wird es zur Nachricht.
5. **Konsonanz:** Das Ereignis muss in einer Übereinstimmung mit den Erwartungen des Zielpublikums sein, muss sich an den Wünschen des Publikums orientieren.
6. **Überraschung:** Ein Ereignis, das etwas Unerwartetes, Einzigartiges mit sich bringt, wird eher zur Nachricht.
7. **Kontinuität:** Über ein Ereignis, über das bereits berichtet wurde und das somit im Bewusstsein der RezipientInnen präsent ist, wird auch weiterhin berichtet.
8. **Variation:** Ist das Nachrichtenprofil von gewissen Nachrichten bestimmt (zum Beispiel Innenpolitik), haben komplementäre Ereignisse (hier etwa die Außenpolitik) eine erhöhte Chance zu Nachrichten zu werden.
9. **Bezug zu Elite-Nationen:** Ereignisse, die „mächtige“ bzw. „Elite-“ Nationen betreffen, haben mehr Potenzial zur Nachricht zu werden

10. **Bezug zu Elite-Personen:** Ereignisse, die den RezipientInnen als das Ergebnis von konkreten Handlungen von Elite-Personen präsentiert werden, haben einen höheren Nachrichtenwert als abstrakte Nachrichten.
11. **Personalisierung:** Ereignisse, die an die RezipientInnen als ein Ergebnis einer konkreten Handlung einer konkreten Person präsentiert werden, haben einen höheren Nachrichtenwert als abstrakte Nachrichten.
12. **Negativität:** Je „negativer“ ein Ereignis (Tod, Konflikt etc.), desto früher wird es zur Nachricht.

Zusammenfassend behaupten Galtung und Ruge somit, dass „ein Ereignis zur Nachricht wird, wenn es bestimmten organisatorischen aber auch kulturellen oder ideologischen Kriterien“ entspricht (McQuail 2002: 242). Zur Auswahl der Nachrichten der tschechischen Presseagenturen lässt sich anmerken, dass diese dazu tendieren, „westliche“ Quellen für die weiteren Nachrichten zu verwenden und somit deren Perspektive zu übernehmen. Die Nachrichtenauswahl laut der Nachrichtenauswahl-Theorie lässt sich bei den analysierten Texten beobachten. Beispielsweise der Faktor „Bezug zu Elite-Nationen“ (Deutschland) prägt sehr die tschechischen Artikel oder Negativität trifft als ein Faktor, der für beide untersuchten Online-Zeitungen gilt, in hohen Werten zu.

Grundsätzlich kann zur durchgeführten Strukturanalyse angegeben werden (und somit kann die erste Unterfrage der ersten Forschungsfrage bezüglich der Haupt- und Unterthemen und die zweite Frage der ersten Forschungsfrage bezüglich der Frequenz der Berichterstattung beantwortet werden), dass sich die Argumentation zu „Flüchtlingskrise“ und Flüchtlingen im Rahmen von Verknüpfungen mit der EU als Institution, mit den einzelnen EU-Ländern und ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik, mit den „Erfahrungen“ mit den Flüchtlingen und ihren Repräsentationen bewegt.

Dabei ist generell eine Aufteilung in die Asyl- und Flüchtlingspolitik, Sicherheits- und Wirtschaftsfragen zu erkennen. Am intensivsten treten in beiden Zeitungen die Diskursstränge *EU-Flüchtlingspolitik* (EU-Umverteilung von Flüchtlingen; Deutschland und Flüchtlingskrise), *Europa und die Flüchtlingskrise*, *Terrorismus und Sicherheitsfragen* und der Diskursstrang *Deutschlands-/Österreichs-/Tschechiens Asyl-/ Flüchtlingspolitik* auf.

Forschungsfrage 1: Unterfragen I. und II

Im Folgenden werden die jeweiligen Themen und Unterthemen, die während der Textanalyse als wichtige Themen identifiziert wurden, dargestellt. Diese werden nach den Häufigkeiten ihrer Vorkommen in den analysierten Texten graphisch abgebildet. Aus den Graphiken wird deutlich, dass, während die österreichische Online-Zeitung viel über die eigene Asyl- und Flüchtlingspolitik, aber auch oft über die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Nachbarstaaten (Ungarn, Deutschland, Italien, Griechenland oder Visegrad-Gruppe) relativ gleichmäßig informiert hat, sich die tschechische Online-Zeitung iDnes.cz überwiegend auf Ereignisse in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“, die im Nachbarland Deutschland passieren, fokussiert hat.

Texte auf Deutsch: Leitthemen und Unterthemen

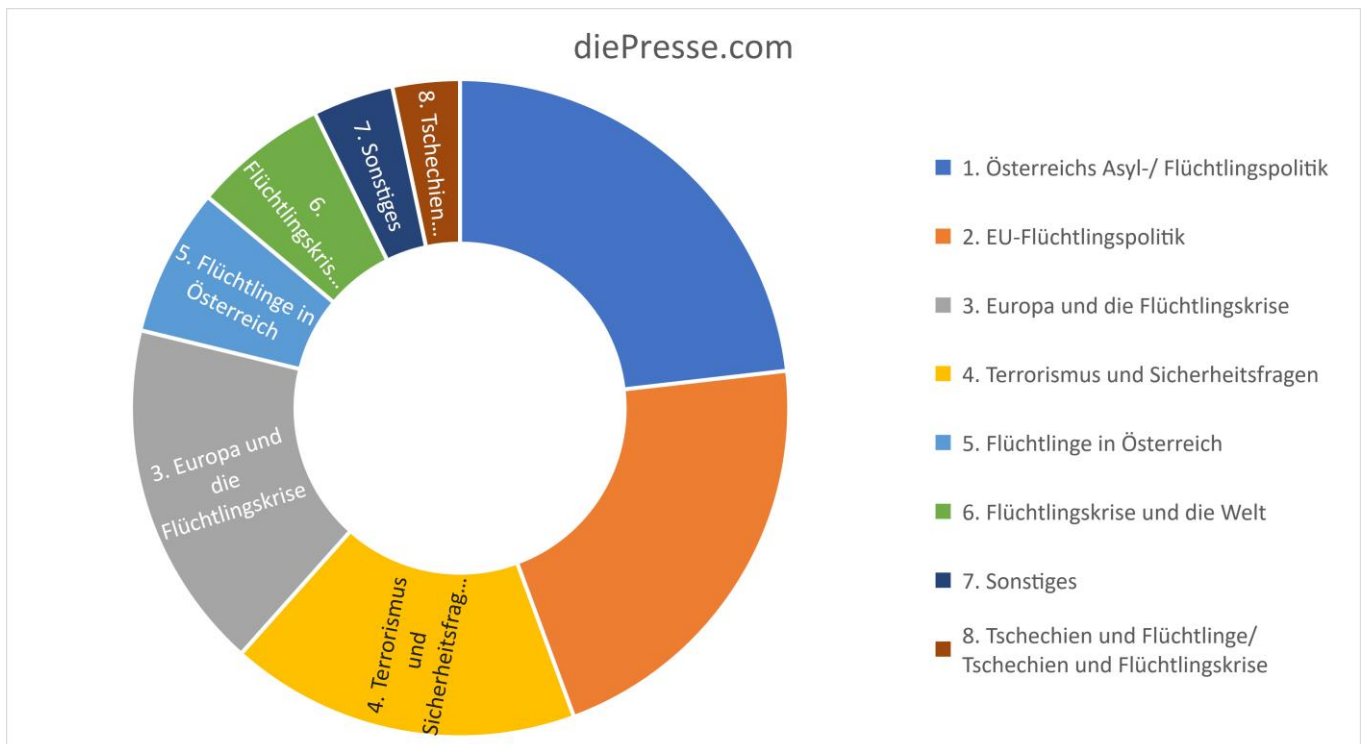


Abbildung 12: Leit- und Unterthemen der Artikel von DiePresse.com (Masařová 2017)

1. Thema: **Österreichs Asyl-/ Flüchtlingspolitik**

Unterthemen: Asylnotverordnung, AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt, Flüchtlinge und Sozialleistungen, Bundespräsidentenwahl

2. Thema: **EU-Flüchtlingspolitik**

Unterthemen: EU-Umverteilung von Flüchtlingen, EU-Türkei Deal, Ungarns Flüchtlingspolitik, Visegrad-Gruppe

3. Thema: ***Europa und die Flüchtlingskrise***

Unterthemen: Ungarn und Flüchtlinge, Bulgarien und Flüchtlingskrise, Die Schweiz und Flüchtlingskrise, Italien und Flüchtlingskrise, Skandinavien und Flüchtlingskrise, Deutschland und Flüchtlingskrise, Griechenland und Flüchtlingskrise, Demonstrationen gegen Flüchtlinge

4. Thema: ***Terrorismus und Sicherheitsfragen***

Unterthemen: Flüchtlinge und Kriminalität, Illegale Migration, Terroranschläge, IS, Schutz der EU-Außengrenzen/ Grenzschutz

5. Thema: ***Flüchtlinge in Österreich***

6. Thema: ***Flüchtlingskrise und die Welt***

Unterthemen: Flüchtlingskrise in Jordanien, der Türkei, Syrien, US-Präsidentschaftswahlen, Asylpolitik Australiens

7. Thema: ***Sonstiges***

Unterthemen: Aktivisten/Flüchtlingshelfer, Brexit, usw.

8. Thema: ***Tschechien und Flüchtlinge/ Tschechien und Flüchtlingskrise***

Zu den Themen, die die österreichischen Online-Zeitung am stärksten geprägt haben, gehören die Unterthemen „**Österreichs Asyl-/ Flüchtlingspolitik**“: Asylnotverordnung; AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt; Flüchtlinge und Sozialleistungen und die Bundespräsidentenwahl. Die „**Asylnotverordnung**“ und „**Obergrenzendebatte**“ sorgten für viele Nachrichten, die sich mit dem Thema und den Äußerungen verschiedener PolitikerInnen dazu auseinandersetzten. DiePresse.com betonte in diesem Zusammenhang auch mehrmals die internen Spaltungen in der SPÖ und deren Rechtsruck. Die „Asylnotverordnung“ wird auf der offiziellen Webseite des österreichischen Parlaments mit folgenden Wörtern beschrieben:

Flüchtlinge werden in Österreich künftig nur noch ein eingeschränktes Recht auf ein Asylverfahren haben, wenn eine Überforderung der staatlichen Behörden bzw. eine Überlastung der öffentlichen Dienste droht. SPÖ, ÖVP und Team Stronach stimmten heute im Nationalrat dafür, entsprechende Sonderbestimmungen in das Asylgesetz einzubauen. Damit erhält die Regierung – im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats – das Recht, die Notbremse zu ziehen, sollte die Zahl der

Asylanträge eine bestimmte Grenze überschreiten. Außerdem sieht das verabschiedete Asylrechtspaket die Einführung eines vorerst nur befristeten Asylstatus und Restriktionen beim Familiennachzug vor (Republik Österreich Parlament 2016).

An dieser Verordnung wurde heftige Kritik von verschiedenen Seiten geübt (NEOS, die Grünen, Asylrecht-AktivistInnen und weitere), da der Meinung der KritikerInnen nach die Notverordnung verfassungs- und EU-widrig sei, Österreich höhere Kapazitätsgrenzen hätte als dargestellt usw. Die Bundespräsidentenwahl wurde ebenfalls zu einem viel behandelten Thema von diePresse.com in dem untersuchten Zeitraum. Es wurde in einigen Artikeln darüber berichtet, wie sich die Kandidaten Alexander Van der Bellen (unabhängiger Kandidat, früher tätig bei den Grünen) und Norbert Hofer (FPÖ) zu Asylpolitik, Flüchtlingskrise und Flüchtlingen geäußert haben. Im Bezug auf AsylwerberInnen und Arbeitsmarkt wurden die vorgeschlagenen 1-Euro-Jobs und obligatorische gemeinnützige Tätigkeiten für AsylwerberInnen ein großes Thema. Daran werden Beispiele aus Deutschland (80-Cent-Jobs), Interview mit AMS Chef, Statistiken zu Berufsausbildung von Flüchtlingen und „positive“ Beispiele von arbeitenden AsylwerberInnen (gemeinnützig oder freiwillig) als Unterthemen angekoppelt.

Texte auf Tschechisch: Leitthemen und Unterthemen

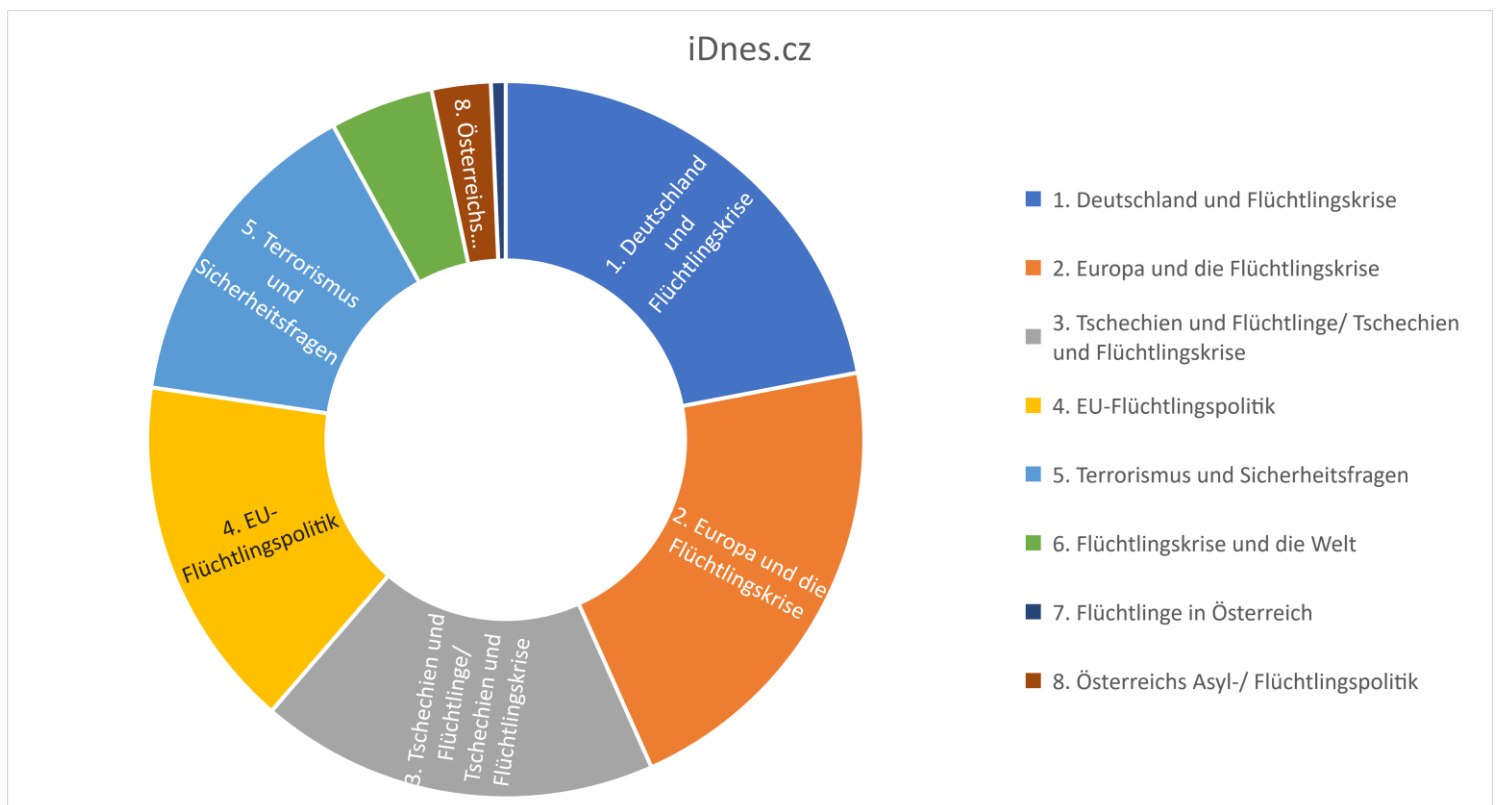


Abbildung 13: Leit- und Unterthemen der Artikel von iDnes.cz (Masařová 2017)

1. Thema: ***Deutschland und Flüchtlingskrise***

Unterthemen: AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt, Flüchtlinge und Sozialleistungen, Deutsche Flüchtlinge

2. Thema: ***Europa und die Flüchtlingskrise***

Unterthemen: Balkanroute, Bulgarien und Flüchtlingskrise, Griechenland und Flüchtlingskrise, Italien und Flüchtlingskrise, Mazedonien und Flüchtlingskrise, Serbien und Flüchtlingskrise, Skandinavien und Flüchtlingskrise

3. Thema: ***Tschechien und Flüchtlinge/ Tschechien und Flüchtlingskrise***

Unterthemen: Irakische Flüchtlinge

4. Thema: ***EU-Flüchtlingspolitik***

Unterthemen: EU-Umverteilung von Flüchtlingen, EU-Türkei Deal, Visegrad-Gruppe

5. Thema: ***Terrorismus und Sicherheitsfragen***

Unterthemen: Flüchtlinge und Kriminalität, Illegale Migration, IS, Schutz der EU-Außengrenzen/ Grenzschutz

6. Thema: ***Flüchtlingskrise und die Welt***

7. Thema: ***Österreichs Asyl-/ Flüchtlingspolitik***

Unterthemen: AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt, Bundespräsidentenwahl

8. Thema: ***Flüchtlinge in Österreich***

In Zusammenhang mit dem Verlauf der „Flüchtlingskrise“ und den Zahlen der Asylantragstellungen in beiden untersuchten Ländern hat sich Österreich auf eine breitere Palette von Ereignissen und politischen Maßnahmen in Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ als die tschechische Online-Zeitung, für die die meist behandelnden Unterthemen „**irakische Flüchtlinge in Tschechien**“ und die **EU-Umverteilungsquoten und Grenzschutz** waren, fokussiert.

Über die irakischen Flüchtlinge wurde meistens negativ berichtet, insbesondere in Bezug auf ihre Ablehnung des Asyls in Tschechien. Es handelte sich um 25 Iraker christlichen Glaubens die mithilfe eines Hilfsprojekts aus dem Irak nach Tschechien übersiedelt wurden. Da sie sich in Tschechien aber nicht willkommen fühlten haben sie sich entschieden, teilweise zwecks Familienzusammenführung, nach Deutschland

weiterzureisen. Nach der Zurückweisung ihrer Asylanträge in Deutschland sollten sie nach Tschechien abgeschoben werden. Deutschland hat fünf der irakischen Christen Asyl aufgrund Familienzusammenführung gewährt, 17 Mitgliedern der Gruppe wurde „Kirchenasyl“ gewährt und 3 sind verschwunden, eine weitere Familie hat sich entschieden, in ihre Heimat zurückzukehren. Tschechiens Regierung zeigte sich über diese Ereignisse empört und hat das Hilfsprojekt gestoppt. Dieser Vorfall wurde dann von Tschechien als Argument gegen EU-Umverteilungsquoten verwendet (vgl. Radio Prag 2016). Bemerkenswert ist, dass keine andere Familie und unter den untersuchten Artikeln kein positiver Artikel über andere Flüchtlinge oder Flüchtlingsfamilien zu finden war. In Zusammenhang damit wurde unter den meist behandelten Themen auch das Thema der EU-weiten Umverteilung von Flüchtlingen und EU-Außengrenzenschutz. Die EU-Außengrenze wurde mit einer hohen Anzahl an Migrierenden und Flüchtlingen konfrontiert. Italien und Griechenland setz(t)en sich mit dieser Herausforderung auseinander, während viele andere EU-Mitgliedsstaaten in der Umverteilung von Flüchtlingen keine Bereitschaft zu handeln gezeigt haben. Als ein Beispiel der mangelnden Solidarität zwischen den EU-Ländern kann die gescheiterte Notfallmaßnahme des Europäischen Parlaments im Jahr 2015, die die Umverteilung von etwa 160 000 Asylsuchenden angestrebt hat und nie zustande gekommen ist, erwähnt werden. Unter den Mitgliedstaaten herrscht also kein Konsensus über bestimmte Themen wie etwa die Umverteilung der Flüchtlinge und einige Staaten (wie etwa die Visegrád-Staaten) blockieren die Umverteilung und verlangen andere Lösungen (wie etwa Hilfe vor Ort etc.). Dieser Problematik wurde in den untersuchten Zeitungen, wie bereits erwähnt, ein sehr großer Raum eingeräumt.

In der tschechischen Online-Zeitung wird weniger über die **„Flüchtlingskrise und die Welt“** berichtet. Während in den österreichischen Zeitungen etwa über die Asylpolitik Australiens, Saudi-Arabiens oder Terroranschläge im Nahen Osten berichtet wird, werden diese Themen in den untersuchten tschechischen Zeitungen ausgelassen.

Ein Thema, das in beiden Online-Zeitungen mit vielen Artikeln repräsentiert wurde, stellt die Kategorie „Terrorismus und Sicherheitsfragen“ dar, zu der die Unterthemen: Flüchtlinge und Kriminalität, illegale Migration, IS und Schutz der EU-Außengrenzen/ Grenzschutz gehören. In den tschechischen Online-Artikeln handelte es sich weniger um Artikel über kriminelle AsylwerberInnen als in DiePresse.com (Vergewaltigung am Praterstern: [http://DiePresse.com/home/panorama/oesterreich/4973294/Sexualdelikte_Ueberhang-bei-afghanischen-Taetern;](http://DiePresse.com/home/panorama/oesterreich/4973294/Sexualdelikte_Ueberhang-bei-afghanischen-Taetern;Mordschlag_in_Ottakring:) Mordschlag in Ottakring;

http://DiePresse.com/home/panorama/wien/4981588/Ottakring_Frau-stirbt-nach-Attacke-mit-Eisenstange). Darüber hinaus wurde mehr über Grenzschutz und die bereits unternommenen Maßnahmen zum Grenzschutz seitens Tschechiens und allgemein zum Schutz der EU-Außengrenze berichtet. Terroranschläge und der IS wurden in beiden Zeitungen gleichermaßen behandelt. In den Artikeln von iDnes.cz wurden Terrorismus und Terroranschläge in vielen Fällen in Verbindung mit Deutschland und Deutschlands „Willkommenspolitik“ gebracht.

Forschungsfrage 1, Unterfrage III: Wird die „Flüchtlingskrise“ in Verbindung mit Islam und MuslimInnen gebracht?

Um diese Frage beantworten zu können, wird nach dem Kontext gesucht, in dem die Wörter Islam und MuslimInnen auftreten. Dafür wird das korpusanalytische Programm AntConc⁵ herangezogen. Auf der Abbildung unten wird dargestellt, wie die Suche des Kontextes anhand des Programms aussieht. Im Weiteren werden die Ergebnisse präsentiert.

Concordance		Concordance Plot	File View	Clusters/N-Grams	Collocates	Word List	Keyword List
Concordance Hits 16							
Hit	KWIC						
1		je Bagdadiho dcerou. Dulajmiova byla za vudce islamistu provdana pred osmi lety a jejich manzels					
2		- krome dvou - zije mensi ci vetsi skupina islamistu, u nichz se policie obava zavazneho zloc					
3		m z hnuti Islamsky stat. Petasedesat nebezpecnych islamistu sedi ve veznicich. Stoji za zminku, ze					
4		004 300 000447 Tabulka udava pocet nebezpecnych islamistu, ktere podle deniku Die Welt eviduji nem					
5		istiky je zrejme, ze zdaleka nejvice nebezpecnych islamistu tajne sluzby a kriminaliste odhalili v S					
6		dzihadistou Mehdim Nemmouchem, jednim z mucitelu islamistu. Nemmouche tyden nato prijel do Evropy,					
7		podobne tem z Parize a Bruselu. \xDAkolem islamistu je pry vybrat si cas, misto a					
8		2015, kdy francouzska policie zadrzela jednoho z islamistu Redy Hameho. Hame pri vyslechu spoluprac					
9		, ze existuji snahy ziskat bezence pro vec islamistu. \x84Fenomen islamistickeho terorismu, I					
10		, aby se infiltrovali do EU. Presne pocty islamistu ale nezna (vice ctete zde). Mnoho migran					
11		, aby se dostali do Evropy. Presne pocty islamistu ale podle agentury ANSA nezna. \x84Teror					
12		tomu, ze se stanou snadnou koristi naboru islamistu. \x84To, co vidime dnes, jsou zitrejsi					
13		Nemecku hrozi krajni pravice i spici bunky islamistu, varuje rozvedka 12. srpna 2016 14:10,					
14		, ze v zemi vznikaji i spici bunky islamistu, kteri prisli do zeme mezi zadateli o					
15		esi i moznost teroristickych \xFAtoku radikalnich islamistu. Podle viceprezidenta BfV Manreda Hauser					
16		\xFAtoku Kandlerka ve ctvrtek odsoudila \xFAtoky islamistu, spatnou uprchlickou politiku EU i vlnz					

Abbildung 14: AntConc: Islam und Muslime in iDnes.cz Artikeln (Masařová 2017)

Mit dem korpusanalytischen Programm AntConc wurden die ausgewählten Artikel analysiert und aus den Ergebnissen lässt sich feststellen, in welchen Kontexten die Wörter Islam, Islamismus (auf Tschechisch Islám, Islamismus), Islamist(en) und Muslim(e) (auf

⁵ Siehe: Masařová, Nela Helena (2016): Terminologie der Asyl- und Flüchtlingspolitik des UNHCR in den Sprachen Deutsch und Englisch. Universität Wien: Masterarbeit.

Tschechisch „islamista, islamisté, muslim, muslimové“) und islamisch, islamistisch und muslimisch (islámský, islamistický, muslimský) in allen ihren Deklinationsformen auftreten.

Wörter im Zusammenhang mit Islamismus: Islamist(en) und islamistisch wurden in 37 Kontexten gefunden. Islam und islamisch wurden in 64 Kontexten gefunden. Die Wörter Muslim(e) und muslimisch wurden in insgesamt in 58 Kontexten gefunden. Diese Begriffe wurden in insgesamt 33 der analysierten 150 Artikel, d.h. in etwa 22% der Artikel gefunden. Die oben genannten Wörter sind in folgenden Kontexten, die unten kategorisiert wurden, eingebettet (Anm. einige Treffer konnten zu mehreren Kontexten zugeordnet werden oder haben sich im Text in demselben Kontext wiederholt):

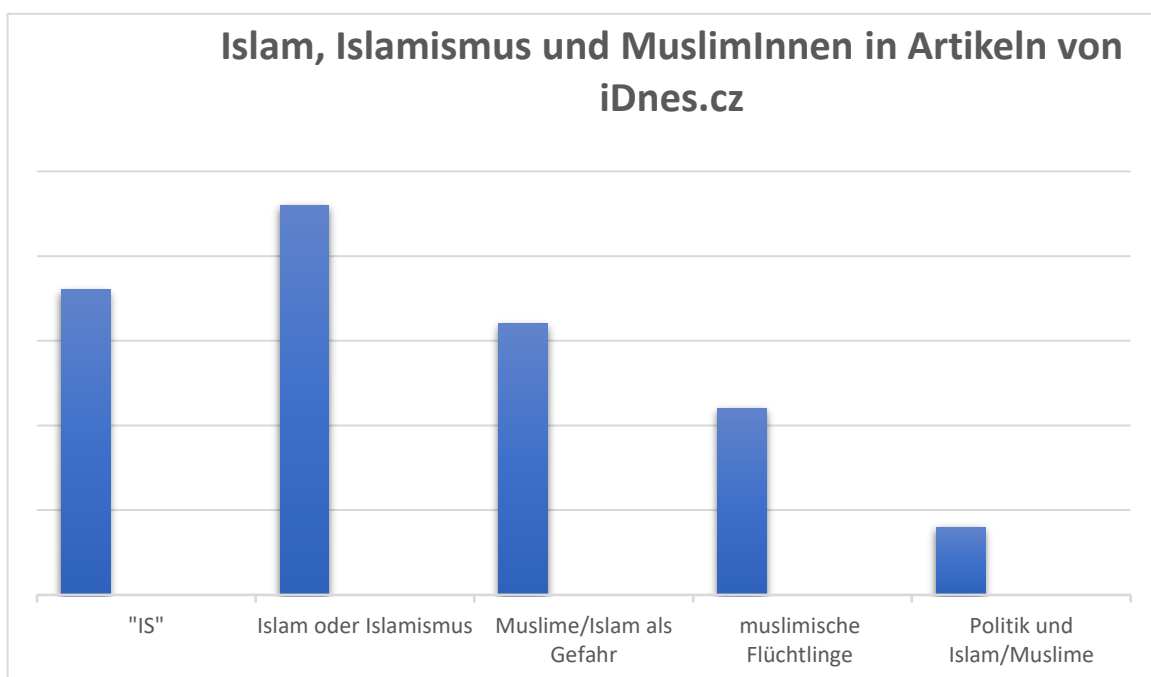


Abbildung 15: Islam, Islamismus und MuslimInnen iDnes.cz (Masařová 2017)

Aus den Ergebnissen der durchgeführten korpusanalytischen Analyse wurden folgende Themen in iDnes.cz Artikeln und Unterthemen identifiziert:

Hauptthemen und Unterthemen iDnes.cz:

Muslime/Islam als Gefahr

- Illegale Migration
- Islamisten in Deutschland
- Islamisten in Libyen
- Terrorangriffe in Paris
- Terrorangriffe in Deutschland

Politik und Islam/Muslime

- FPÖ Machtgewinn durch Anti-Immigrationspolitik in Verbindung mit der „Flüchtlingskrise“
- Zeman gegen Muslime

„IS“

- IS im Irak
- IS in Syrien
- IS und illegale Migration
- IS und Islam/Muslime
- IS und Terrorismus/Terrorangriffe

Islam oder Islamismus

- Äußerungen gegen Muslime
- Deutschland und Islam/Muslime
- Europa und Islam/Muslime (z.B. Verbot der Vollverschleierung)
- Islam/Muslime weltweit
- Radikalisierung

Muslimische Flüchtlinge

- Flüchtlinge in Deutschland
- Flüchtlinge und Islamisten
- Radikalisierung von Flüchtlingen
- Polen gegen muslimische Flüchtlinge

In den meisten Artikel wurden die gesuchten Wörter in den Kontexten der Kategorie „Islam oder Islamismus“ (vor allem die Unterthemen Deutschland und Islam/Muslime; Europa und Islam/Muslime und Radikalisierung befanden sich in vielen Artikeln) gefunden. Islam und Islamismus werden oft in einem Kontext gemeinsam gefunden wobei eine Abgrenzung der Begriffe präsentiert wird, die eben durch die ständige Konfrontation der zwei unterschiedlichen Sachen in einem Kontext zu einem gegenteiligen Effekt führen kann. Darüber hinaus haben einige Artikel aus dieser Kategorie (oft Interviews mit Personen, die „Erfahrungen“ mit Islam und MuslimInnen gemacht haben) „Islam und MuslimInnen als gut“ präsentiert und haben die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus und zwischen den „guten und bösen MuslimInnen“ betont. Durch die Betonung dessen, „was Islam nicht ist“ und „nicht alle Muslime als Gefahr und radikalisiert“ zu sehen, wird der Gedanke vertieft, dass nicht **„alle“** böse sind, sondern es gibt **auch** gute Ausnahmen“ (Ausnahmen im folgenden Sinne: MuslimInnen, mit denen die Bevölkerung über eine eigene

„positive“ „physische“ oder „vermittelte“ Erfahrung (eben durch solche Berichte in den Zeitungen) verfügt).

Weitere Themen, die die Artikel von iDnes.cz prägten, waren einerseits die Themen aus der Kategorie „IS“, wie etwa illegale Migration und Schleusung von Islamisten nach Europa, Islamisten in Deutschland und anderen Ländern und die angstausslösenden Terrorangriffe in Europa, andererseits aus der Kategorie „Muslime/Islam als Gefahr“. Hierbei werden Muslime und Islam verallgemeinert als Gefahr dargestellt (beispielsweise durch die Aussagen des tschechischen Präsidenten, politischer VertreterInnen Polens usw.). Viele Kategorien überschneiden sich. Beispielsweise die Kategorie „Muslime/Islam als Gefahr“ hängt mit der Kategorie „muslimische Flüchtlinge“ zusammen. In dieser Kategorie wurde nicht nur über terroristische Taten von muslimischen Flüchtlingen berichtet, sondern auch anderen Artikeln, die über Äußerungen von Persönlichkeiten wie Angela Merkel oder den Papst, die über die Stigmatisierung „aller muslimischen Flüchtlinge“ und ihre Verbindung zum Terrorismus dementiert haben, berichtet haben, Platz eingeräumt.

Mit dem korpusanalytischen Programm AntConc wurden ebenfalls die ausgewählten Artikel von DiePresse.com analysiert. Aus den Ergebnissen lässt sich feststellen, in welchem Kontext die Wörter Islam/islamisch, Islamismus/islamistisch und Muslim(e)/muslimisch auftreten. Wörter im Zusammenhang mit Islamismus: islamistisch, Islamist(en) wurden in 10 Kontexten gefunden. Islam und islamisch wurden in 51 Kontexten gefunden. Die Wörter Muslim(e) und muslimisch wurden in insgesamt in 20 Kontexten gefunden. Diese Begriffe wurden in insgesamt 30 der analysierten 150 Artikel, das entspricht etwa 20% der Artikel gefunden. Die oben genannten Wörter sind in folgenden Kontexten, die unten kategorisiert wurden, eingebettet (Anm. einige Treffer konnten zu mehreren Kontexten zugeordnet werden oder haben sich im Text in demselben Kontext wiederholt):

Aus den Ergebnissen der durchgeführten korpusanalytischen Analyse der Artikel von DiePresse.com wurden folgende Themen und Unterthemen identifiziert:

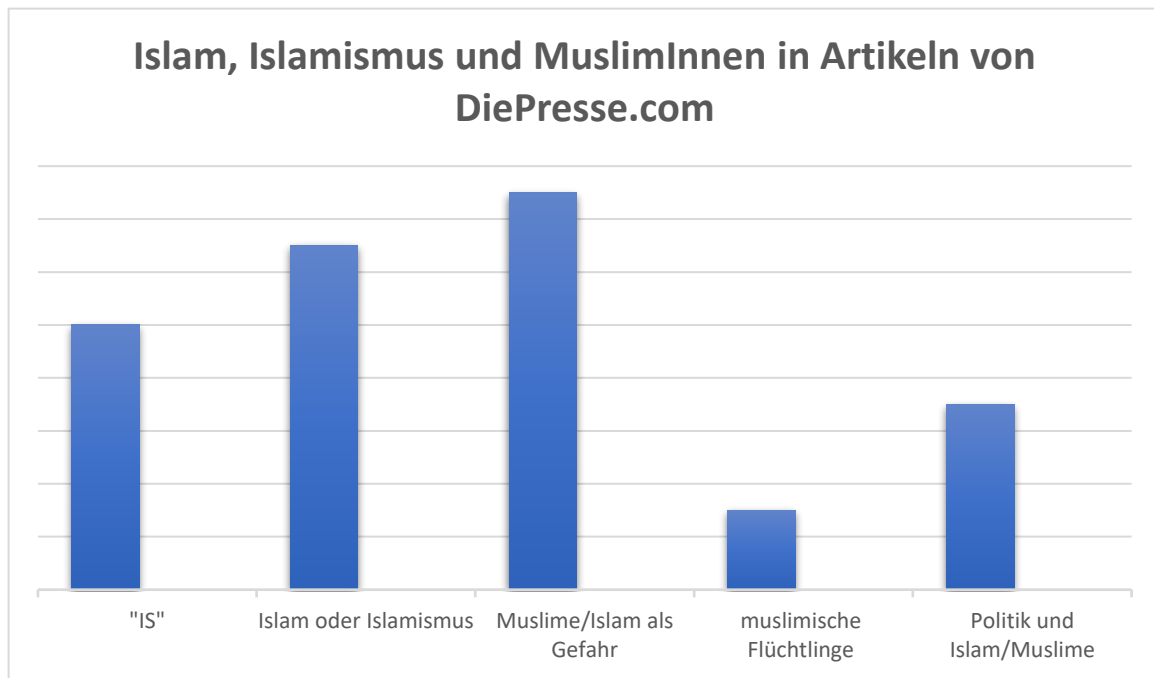


Abbildung 16: *Islam, Islamismus und MuslimInnen diePresse.com* (Masařová 2017)

Hauptthemen und Untertemen diePresse.com:

Muslime/Islam als Gefahr

- Terrorangriffe in Deutschland
- Radikalisierung
- Islamisierung Europas

Politik und Islam/Muslime

- Anti-Islam-Partei in Tschechien (Gründung der Alternative für die Tschechische Republik 2017 (IPC) und ihre Vorläufer
- Islamisch-konservative Regierung und Politik der Türkei
- Rechtspopulisten in den Niederlanden
- Rechtspopulismus in Dänemark

„IS“

- Frauen und IS
- IS in Syrien
- IS und Terrorismus/Terrorangriffe, Extremismus

Islam oder Islamismus

- Diskriminierung von Muslimen
- Ressentiments gegenüber Muslimen in Deutschland
- Islam und Christentum
- Deutschland und Islam/Muslime
- Österreich und Islam/Muslime

- Europa und Islam/Muslime (z.B. Islam europäischer Prägung)

Muslimische Flüchtlinge

- Flüchtlinge in Deutschland
- Flüchtlinge und Islamisten
- Radikalisierung von Flüchtlingen

Im Vergleich zu den Artikeln von iDnes.cz wurden unter den ausgewählten 150 Artikeln von DiePresse.com um 2% weniger Artikel gefunden, in denen die Wörter Islam, Islamismus und MuslimInnen aufgetreten sind. Es wurden auch insgesamt deutlich weniger (92) Treffer (d.h. die gesuchten Wörter) gefunden als in den Artikeln von iDnes.cz. Diese wurden jedoch in etwa gleicher Anzahl von Artikeln verteilt. Die Themen wurden den gleichen fünf Themen zugeordnet. Die Unterthemen haben sich jedoch in vielen Fällen unterschieden. Es wurde erneut bestätigt, dass, während die österreichische Online-Zeitung über andere Länder in Zusammenhang mit MuslimInnen, Islam und Islamismus berichtet, der Fokus der tschechischen Online-Zeitung beim größeren Nachbarstaat Deutschland bleibt. Während das Thema „Islam oder Islamismus“ und „IS“ gleichermaßen als die signifikantesten Themen vertreten sind, sind MuslimInnen, Islam und Islamismus am häufigsten im „Muslime/Islam als Gefahr“-Kontext aufgetreten (außer den Unterthemen „Radikalisierung“ und „Terrorangriffe“ wurde auch „Islamisierung Europas“ thematisiert). Die Themen Migration und Sicherheit wurden hierbei oft gekoppelt. Immer öfter werden Gewalttaten (wie beispielsweise der Amoklauf in München) mit ISIS, islamischem Terrorismus und allgemein mit vermeintlich bedrohlichen Migrantengruppen verbunden, wobei auf diese Gruppen oft der erste Fokus bei der Tätersuche gelegt wurde. Kluge und Bostanci (2012: 25) erläutern in diesem Kontext, dass: „der Eindruck entsteht, dass die einseitige Fokussierung auf den islamistischen Terrorismus auf Kosten der Thematisierung, Wahrnehmung und Einschätzung weiterer gesellschaftlicher Bedrohungspotenziale geht“.

Weniger Aufmerksamkeit wurde dagegen dem Thema „Politik und Islam/Muslime“ geschenkt. Von DiePresse.com wurden „muslimische Flüchtlinge“ weniger oft thematisiert. Hingegen wurde dem Thema „Politik und Islam/Muslime“ mehr Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Zusammenhang wurde über Themen wie die neu gegründete Anti-Islam-Partei (und bereits existierende Parteien/Initiativen) in Tschechien, die islamisch-konservative Regierung und Politik in der Türkei oder den Rechtspopulismus in den Niederlanden oder Dänemark berichtet.

Über muslimische Flüchtlinge im Bezug zur Flüchtlingskrise wurde in den

analysierten Artikeln allgemein weniger berichtet, als erwartet. Diese sind überwiegend in Kontexten, die mit in Europa ausgeübten Terrorangriffen (wobei der „IS“ als dafür verantwortliches Subjekt identifiziert wurde) verbunden waren oder im Kontext der Radikalisierung von Flüchtlingen aufgetreten. Die „Flüchtlingskrise“ wird somit überwiegend mit Islam und MuslimInnen in Bezug auf den „IS“ („IS“ als „Auslöser und Verantwortlicher“) und weniger mit muslimischen Flüchtlingen als den „Verantwortungsträgern für die Flüchtlingskrise“ in Verbindung gebracht.

Die Begriffe Islam/Islamismus und MuslimInnen in ihren Kontexten wurden in beiden Zeitungen in etwa 20 Prozent der Fälle gefunden. Somit kann man feststellen, dass die Flüchtlingspolitik als solche (EU-Umverteilungsquoten, EU-Türkei Deal, Grenzschutz usw.) den Flüchtlingsdiskurs mehr geprägt hat.

IV. Wird zwischen Flüchtlingen/ AsylwerberInnen und MigrantInnen unterschieden?

Definition des Begriffs „Flüchtling“

Am 28. Juli 1951 wurde das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention, GFK), das das Fundament des internationalen Flüchtlingsrechts darstellt, verabschiedet. Am 22. April 1954 ist es in Kraft getreten. Der „Flüchtlingsbegriff“ wird in der GFK definiert und dient zur Festlegung eines Mindeststandards für die Behandlung von Personen, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen und der Definition nach als Flüchtlinge anerkannt werden. Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge definiert als Flüchtling eine Person, die:

[...] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 1951: Artikel 1).

Wie schon oben geschildert, fallen EinwanderInnen, die ihren Heimatstaat freiwillig verlassen, und im allgemeinen Personen, die ihr Heimatland verlassen, obwohl ihnen kein ernsthafter Schaden im Sinne der Konvention droht, nicht unter die Definition eines Flüchtlings (vgl. Weinzierl 2005: 23). Über die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus wird im Rahmen eines rechtlichen Verfahrens entschieden. Sucht eine Person um internationalen

Schutz an, und entspricht der Definition eines Flüchtlings auf rechtlicher Ebene, werden dieser Person die in der Konvention garantierten Rechte (wie z.B. das Recht auf Religionsfreiheit, Arbeit, Bildung, Zugang zu Gerichten usw.) zugesprochen und Pflichten (wie etwa Beachtung der Gesetze etc.) auferlegt. Der Flüchtlingsstatus ist gültig, bis die Person in das eigene Heimatland zurückkehren kann oder sich in das Aufnahmeland „integriert“ und eingebürgert wird (vgl. UNHCR 2013: 11 ff.).

Das Abkommen regelt nicht nur, welche Personen laut der Definition als Flüchtlinge bezeichnet werden dürfen, sondern auch, welche Personen keinen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus haben. Es handelt sich dabei um Personen, die:

- a) ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, und zwar im Sinne jener internationalen Einrichtungen, die ausgearbeitet wurden, um Bestimmungen gegen solche Verbrechen zu schaffen; b) bevor sie als Flüchtlinge in das Gastland zugelassen wurden, ein schweres, nicht politisches Verbrechen begangen haben; c) sich Handlungen schuldig gemacht haben, die sich gegen die Ziele und Prinzipien der Vereinten Nationen richten (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 1951: Artikel 1).

Laut der Genfer Flüchtlingskonvention kommt nur in einigen Ausnahmen und für einen kleinen Teil der Asylberechtigten, die ein schweres Verbrechen begangen haben, eine Aberkennung ihres Asylstatus infrage.

Flüchtling oder Migrant?

Im Kapitel 2 wurde bereits erwähnt, dass irreguläre Migration (beispielsweise im Zusammenhang mit dem Schlepperwesen) als problematisch gesehen wird. Bei der Unterscheidung von Flüchtlingen und Migranten wird ebenfalls häufig der Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“ verwendet und in Zusammenhang mit dem Begriff Flüchtling gebracht.

Bade (2002b: 23) führt in diesem Zusammenhang an: „auch ‚freiwillige‘ Migrationen [wird] meist von vielerlei materiellen und immateriellen, durchaus nicht immer und insgesamt überblickten oder gar in rationaler ‚Güterabwägung‘ kalkulierten Bestimmungsfaktoren angetrieben“. Armut ist für die freiwillige oder erzwungene Migration oft ein entscheidender Faktor. Die Grenze zwischen den beiden ergibt sich dadurch, dass die erzwungene Migration eine politische Dimension (die Ursachen der erzwungenen Migration liegen im politischen Verhalten Dritter) bekommt, während diese Dimension bei der freiwilligen ökonomischen Migration nicht vorhanden ist (vgl. Düvell 2006: 18). Düvell argumentiert, dass Migration zum Zweck des ökonomischen Überlebens sehr wohl eine Art

erzwungener Migration sein kann, wenn aufgrund der Verflechtung von Wirtschaft und Politik der Verbleib der Betroffenen an einem Ort nicht möglich ist. Er schlägt in diesem Zusammenhang vor, statt der Unterscheidung zwischen einer erzwungenen und einer freiwilligen ökonomischen Migration, die Unterscheidung auf einer anderen Ebene anzusiedeln und von politisch und ökonomisch erzwungener Migrations einerseits und von tatsächlich freiwilligen Migration andererseits zu sprechen.

Wann eine Person ein Flüchtling ist, ergibt sich also üblicherweise aus der GFK-Definition. Es gibt Personen (unter anderem auch „WirtschaftsmigrantInnen“), die um den Flüchtlingsstatus ansuchen, obwohl sie keinen Anspruch auf diesen haben.

Eine weitere Frage ist, wann Flüchtlinge aufhören Flüchtlinge zu sein. Flüchtlinge, die sich nicht mehr auf der Flucht befinden und aus Erstzufluchts- oder –Asylländern in Drittstaaten migrieren, fallen ebenso nicht (mehr) unter die Definition eines Flüchtlings wie Flüchtlinge, die in ihr Herkunftsland zurückkehren (Düvell 2006: 19). Laut Stefan Luft (2016: 14) wird ein Flüchtling dann zu einem Migranten/einer Migrantin, wenn er/sie in einem Land aufgenommen wurde, das sie vor existentieller Bedrohung oder wirtschaftlicher Not schützt, sie aber trotzdem weiterwandern, sei es aufgrund von Familienzusammenführung oder weil sie an bessere Lebens-, Berufschancen usw. in einem anderen Land glauben. Migration von Flüchtlingen und „Nichtflüchtlings“ wird in europäischen Staaten derzeit für sehr problematisch gehalten (vgl. Luft 2016: 14 ff.). Um zwischen Flüchtlingen und „Nichtflüchtlings“ unterscheiden zu können, ist es laut Düvell (vgl. 2006: 19) wichtig, das Migrationsgeschehen in seiner historischen Gesamtheit zu erfassen und es mit einem holistischen Blick zu betrachten.

Asylsuchende/r oder AsylwerberIn?

Der rechtliche Begriff ist AsylwerberIn. Dieser Begriff suggeriert laut Ritter (vgl. 2011: 5ff.) jedoch, dass AsylwerberInnen um den Status als Flüchtlinge werben müssen und es völlig von der Behörde abhängt, ob AsylwerberInnen der Flüchtlingsstatus gewährt wird oder nicht. Asylsuchende sind dagegen (unabhängig vom Asylverfahren) als Flüchtlinge auf Basis der GFK, wenn einer der dort aufgezählten Fluchtgründe auf sie zutrifft, zu verstehen. Im Rahmen eines Asylverfahrens wird festgestellt, ob einer der Fluchtgründe vorliegt. Die Betroffenen sind also auf der Suche nach Asyl und müssen um diesen Status nicht werben (vgl. Ritter 2011: 5ff.).

Verwendung der Begriffe in den untersuchten Online-Zeitungen

Die durchgeführte Analyse der Zeitungsartikel DiePresse.com und iDnes.cz hat erwiesen, dass beide Online-Zeitungen mehrere Begriffe synonym für die Bezeichnung von Flüchtlingen verwenden. Im Falle von iDnes.cz handelte es sich um Begriffe „uprchlíci“, „běženci“ (wie bereits erwähnt, ergibt sich die Verschmelzung beider Begriffe aus der Geschichte: Die Bezeichnung „běženec“ stammt aus dem Konzept über Flüchtlinge der Intergovernmental Committee on Refugees vor dem 2. Weltkrieg. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Wort „uprchlík“ verwendet (vgl. David 2009: 17). Diese zwei Wörter werden abwechselnd/synonym zum Wort „migranti“ oder „žadatelé o asyl“ (AsylwerberInnen) verwendet. DiePresse.com hat gleichfalls die Begriffe Flüchtlinge, AsylwerberInnen und MigrantInnen abwechselnd bzw. synonym verwendet.

Im Weiteren wird ein Beispiel aus den österreichischen Online-Zeitungen angeführt um das oben erwähnte zu demonstrieren. Hierbei wird ein Ausschnitt eines Artikels von DiePresse.com „Griechenland schiebt weitere Migranten in die Türkei ab“ (<http://DiePresse.com/home/politik/aussenpolitik/4962923/Griechenland-schiebt-weitere-Migranten-in-die-Tuerkei-ab>) herangezogen. In diesem Ausschnitt wird dieselbe Gruppe innerhalb zweier Sätzen mit zwei verschiedenen Begriffen bezeichnet wird:

In Chios beendete die Polizei in der Nacht auf Freitag die Besetzung eines Teils des Hafens durch etwa 300 **Migranten**. Auf Samos konnte die Polizei rund 250 aus einem Auffanglager ausgebrochene **Asylwerber** überreden, wieder ins Lager zurück zu kehren, wie örtliche Medien berichteten

Oft werden von DiePresse.com auch beide Begriffe „Flüchtlinge und MigrantInnen“ gleichzeitig verwendet:

Die Rückführung von **Flüchtlingen und anderen Migranten** aus Griechenland in die Türkei geht weiter. Nach einer mehrtägigen Unterbrechung brachten vier Busse am Freitag in der Früh 45 Migranten zum Haupthafen der Insel Lesbos, Mytilini.

6.2 Repräsentationsbilder von Flüchtlingen in den Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz

In diesem Unterkapitel erfolgt die Darlegung der Ergebnisse zur Darstellung von Flüchtlingen in den ausgewählten Online-Zeitungen. Zuerst wird in Bezug auf die Studie von Milioni, Spyridou und Vadratsikas auf die Themen Repräsentationen der Realität in Medien, Realitätskonstruktion, Stereotypisierung und „Framing“ eingegangen. Anschließend daran werden die für Zwecke der Analyse, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführt wurde, modifizierte mediale Rahmen dargelegt. Als Grundlage wird

dabei der Medienwirkungsansatz „Framing“ verstanden. In diesem Zusammenhang wird auf die Unterscheidung „Wir und die Anderen“ nach Stuart Hall und das Othering-Konzept aus Kapitel 1 angeknüpft.

6.2.1 Repräsentationen der Realität in Medien, Realitätskonstruktion, Stereotypisierung und Framing

Medien beteiligen sich an der Schaffung und Konstruktion des Wissens der Gesellschaft, konstruieren gesellschaftliche Realität und dienen als Orientierungsmechanismus für Normen und Standards in der Gesellschaft. Informationen aus Medien gestalten ebenfalls die Identität von Menschen mit (vgl. McQuail 1999: 87). Medien können sowohl zur Sozialisierung einer Person in die Gesellschaft, als auch zur ihrer Distanzierung, Stereotypenbildung oder Diskriminierung beitragen, denn Medien prägen und gestalten unsere Vorstellungen über gewisse Gruppen oder Kulturen (vgl. McQuail 1999: 88). So entstehen Stereotype für bestimmte Gruppen in einer Gesellschaft. Stereotype entstehen meistens dann, wenn die RezipientInnen über keine eigene Erfahrung mit einer gewissen Gruppe oder Kultur verfügen. Es handelt sich überwiegend um Stereotype der „Eliten“ und Werte der „Mehrheitsgesellschaft“, die an die breite Gesellschaft verbreitet werden. Ein Beispiel von Stereotypisierung ist die mediale Repräsentation von Minderheiten und Fremden. Stereotypen können in weiterer Folge zur Diskriminierung führen. Jirák führt dazu Beispiele wie etwa anpassungsunfähige Roma oder ungehobelte Russen im Kontext der Tschechischen Republik an (vgl. Jirák et al. 2003: 144).

Medien bedienen sich festgelegter Muster, mit deren Hilfe mediale Produkte geschaffen werden, in denen dann festgelegte Repräsentationen von Menschen vorhanden sind. In Anlehnung an Dyer (1985) kann man von Repräsentationen sprechen, in deren Rahmen breite Gruppen mithilfe verschiedener „repräsentativer“ Muster repräsentiert werden. Zum Beispiel wurden die Repräsentationen von Roma, Obdachlosen oder einzelnen Nationalitäten so vereinheitlicht, dass sie quer durch Medien für alle RezipientInnen verständlich sind: „Verwurzelte und von Medien geteilte Stereotypen dienen als Informationsquelle über Gesellschaft, in der sie fungieren“ (Burton & Jirák 2003: 194).

Die repräsentierte Gruppe muss jedoch nicht mit der Realität übereinstimmen. Laut der Theorie von Dyer handelt es sich um eine Gesamtheit von Betrachtungsweisen, die auf eine bestimmte Gruppe projiziert werden. Hiermit wird von der dominierenden Ideologie ausgegangen, die bestimmt, was als „normal“ und was als „abnormal“ bezeichnet wird im Einklang mit den gesellschaftlich anerkannten Haltungen und Werten. Diese

Betrachtungsweisen sind oft negativ konnotiert. Dies hängt auch mit dem Nachrichtenwert zusammen, da Medienan negativen Nachrichten prinzipiell interessierter sind.

Stereotype werden definiert als vereinfachte Darstellung eines bestimmten menschlichen Charakters oder menschlicher Haltung, deren ursprüngliche „Vorlage“ deformiert, vereinfacht und zugespitzt wird. Stereotype verändern sich sehr langsam. Der Begriff stammt von Walter Lippman (1922) und er ist der Meinung, dass Stereotype besonders stark bei ethnischen Fragen vertreten sind, von der „Elite“ geschaffen werden und zur Machtausübung dienen. Es handelt sich um Archetype (der Begriff stammt von C.G. Jung), die in einer Kultur stark verankert sind. Sie können auch in der Berichterstattung auftreten. Charakteristika wie gut, mutig oder schön oder das Gegenteil sind ein wesentlicher und eindeutiger Bestandteil des Charakters (vgl. Surá 2009: 25-28). Medien schaffen also Repräsentationen, die auf verschiedenen Grundlagen (Alter, Aussehen, der Beruf oder Ethnie) beruhen, mit deren Hilfe sie bei ihren RezipientInnen eine gewisse Vorstellung über die Realität oder Gesellschaft stärken. Diese Repräsentationen müssen wiederholt und bestärkt werden um länger zu bestehen (vgl. Burton et al. 2003: 199-201). Ergänzt durch die Meinung Nuschelers, dass Medien das alltägliche Denken in einer zugespitzten Art und Weise reproduzieren und somit einen Nährboden für den alltäglichen Rassismus schaffen (vgl. Nuscheler 2004: 169-170) ergibt sich eine Wechselbeziehung. Das heißt Medien schöpfen aus dem alltäglichen Diskurs, den sie dann beliebig formen, bestärken, zuspitzen um die beabsichtigte Wirkung zu erreichen.

Zurückgreifend auf die Theorien von McQuail werden Medien und ihre Realitätsrepräsentationen mit einem „gatekeeper“ verglichen. Das Konzept wird Gatekeeping genannt und bedeutet Folgendes: “the process by which selections are made in media work, especially decisions regarding whether or not to allow a particular news report to pass through the ‘gates’ of a news medium into the news channels” (McQuail 2005:308).

Gatekeeping spielt auch eine wichtige Rolle beim Medienwirkungsansatz „Framing“. Beim „Framing“ kommt es zur selektiven Auswahl bestimmter Ereignisse und Themen durch massenmediale Akteure. Durch Attribuierung zu einem bestimmten Thema entstehen mediale Rahmen (vgl. Šmajzrová 2016: 24). Mediale Rahmen werden von etlichen AutorInnen definiert. Gamson and Modigliani (1987: 143) definieren sie beispielsweise als „a central organizing idea or story line that provides meaning to an unfolding strip of events ... The frame suggests what the controversy is about, the essence of the issue“. Ein weiterer Autor, Gaye Tuchman, bietet eine ähnliche Definition an: „The news frame organizes

everyday reality and the news frame is part and parcel of everyday reality . . . [it] is an essential feature of news” (1978: 193). Mediale Rahmen dienen auch als eine Art „Arbeitsroutine” für JournalistInnen, die ihnen erlaubt, eine Information schnell zu erfassen und sie in die richtige Schublade zu kategorisieren (vgl. Gitlin 1980: 7) oder mit den Worten von Scheufele und Iyengar (2011: 13): „Framing [...] addresses how people make sense of information that they have received, i. e., which mental “shelf” they put the new information on.” Mediales Einrahmen (“framing”) kann beabsichtigt, aber auch unbewusst passieren (vgl. Gamson 1989: 7). Mit „Framing“ ist oft eine Attribuierung und Stereotypisierung gewisser Merkmale, die dem Publikum akzentuiert angeboten werden, verbunden (vgl. Šmajzrová 2016: 24). Michael Pickering (2001: 48) beschreibt in seinem Buch „Stereotyping: the politics of representation“ wie ein Stereotyp entsteht, das eine Gruppe auf die bereits von Stuart Hall thematisierte Unterscheidung zwischen „Wir“ und „die Anderen“ oder die „Ingroups und Outgroups“ (vgl. Matouschek et al. 1995: 49) im Rahmen eines kollektiven Entscheidungsprozesses (vgl. Pickering 2001: 48) aufteilt. „Die Anderen“ werden als eine Bedrohung des aktuellen Zustandes oder Systems gesehen und die „Wir“-Gruppe wird versuchen, sich gegenüber der anderen Gruppe abzugrenzen. Diese Art von Stereotypen soll laut einiger Studien, wie etwa der Studie von Tkaczyk et al. 2015 oder der Studie von Yaylaci und Karakuş von 2015 in den europäischen Medien teilweise auch in dem aktuellen „Flüchtlingsdiskurs“ präsent sein. Die Studie von Tkaczyk et al. 2015 über die Berichterstattung tschechischer Fernsehsender zur „Flüchtlingskrise“ hat gezeigt, dass die Fernsehsender Česká televize und TV Nova die administrativen und Sicherheitsthemen in Verbindung mit der „Flüchtlingskrise betont haben und im Bezug zur Tschechischen Republik vor allem über Kontrollen und Detentionen der Flüchtlinge berichtet haben. Laut der Studie von Yaylaci und Karakuş von 2015 über „Perceptions and media coverage of Syrian refugees in Turkey“ sollen die türkischen Medien Flüchtlinge überwiegend als Opfer, Gäste, Diebe und Bedrohung dargestellt haben.

6.2.2 Analyse der medialen Rahmen in iDnes.cz und DiePresse.com

Für die Analyse der medialen Repräsentationsbilder der Flüchtlinge werden drei mediale Rahmen nach Milioni, Spyridou, Vadratsikas (2015:165-167) herangezogen. Es wird dabei von dem oben genannten „Framing“ Ansatz ausgegangen. In Anlehnung an Entman und Gorp haben die AutorInnen der Studie „Framing Immigration in Online Media and Television News in Crisis-stricken Cyprus“ von Dimitra L. Milioni, Lia-Paschalia Spyridou und Konstantinos Vadratsikas aus dem Jahr 2013 drei medialen Hauptrahmen und

Subrahmen konstruiert, die sich damit beschäftigt haben, wie zypriotische Fernsehsender und Online-Nachrichtenportals über Migration berichten. Diese drei Hauptrahmen und Subrahmen werden in einer modifizierten Version für die Analyse der Repräsentationsbilder von Flüchtlingen in tschechischen und österreichischen Online-Zeitungen verwendet. Die zypriotische Studie hat erwiesen, dass der Rahmen „aktiv handelndes Subjekt“ unter den Repräsentationsbildern am wenigstens präsent sei, während zu den stärksten die Subrahmen „Anderssein“ (Flüchtlinge als „die Anderen“ oder als Opfer von Xenophobie und Rassismus) und Kriminalität waren (vgl. Šmajzrová 2016: 24 ff.). Im Bild unten werden die modifizierten Hauptrahmen und Kategorien in Anlehnung an Kateřina Šmajzrová (2016: 46 ff.) dargestellt.

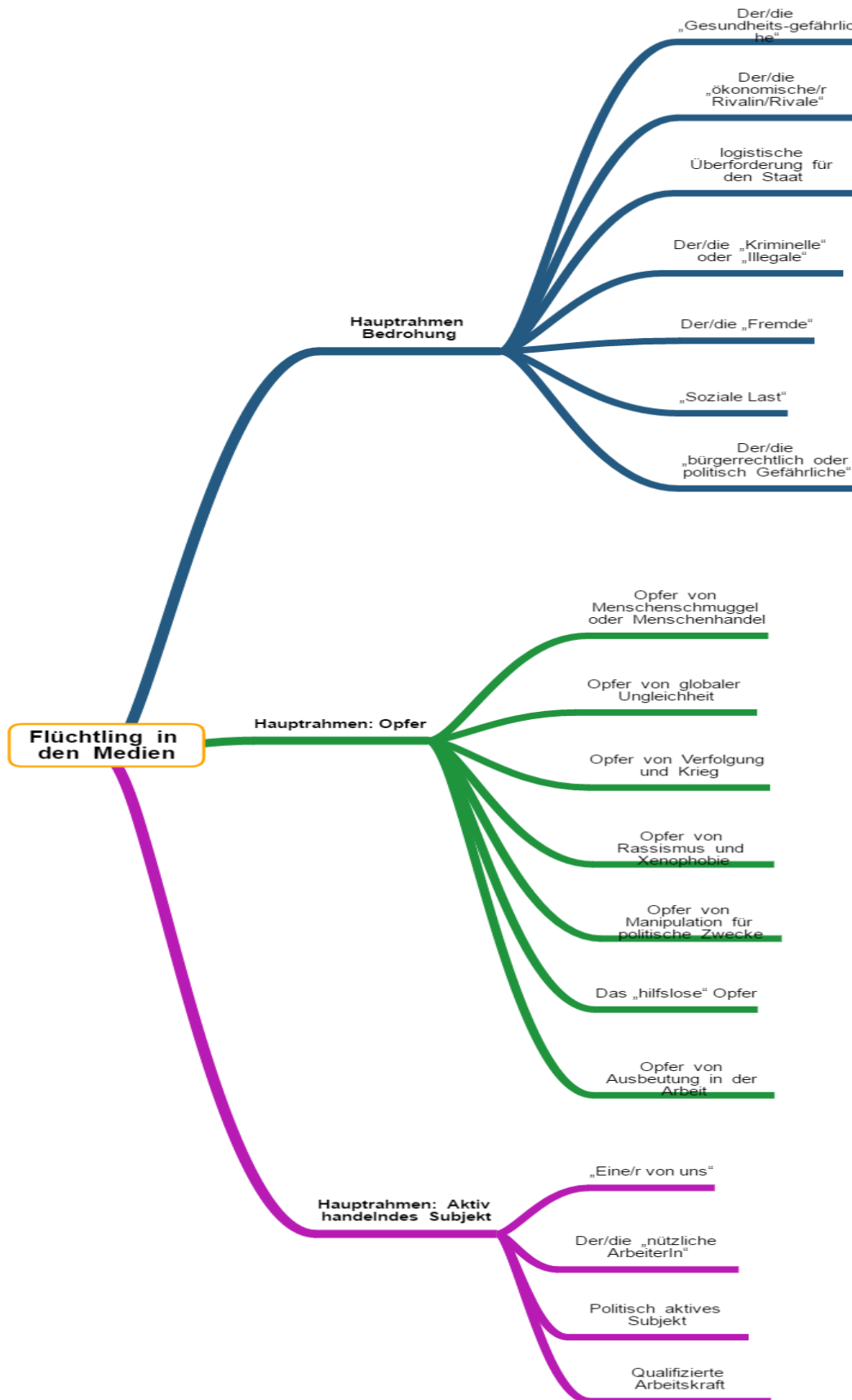


Abbildung 17: Mediale Rahmen in Anlehnung an Milioni, Spyridou & Vadratsikas (2015: 165-167)

Kategorien und Indikatoren:

1. Hauptrahmen Bedrohung (negativer Rahmen) – Subrahmen „Panik“

- Der/die „Kriminelle“ oder „Illegale“ – als Bedrohung einer sicheren Gesellschaft (Indikatoren: Verwendung von Wörtern, die auf kriminelle oder illegale Aktivitäten von Flüchtlingen hinweisen)
- Der/die „Fremde“ – als Bedrohung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Einheit (Indikatoren: Betonung der religiösen Andersartigkeit, Betonung anderen Verhaltens zu Frauen und sexuellen Verhaltens)
- „Soziale Last“ – Flüchtlinge als Personen, die von dem sozialen System profitieren (Indikatoren: Betonung der Höhe von Sozialleistungen, die Flüchtlinge bekommen, Betonung der Belastung des Arbeitsmarkt mit „nicht“ Einheimischen)
- Der/die „Gesundheitsgefährliche“ – Flüchtlinge als Bedrohung der öffentlichen Gesundheit (Indikatoren: Betonung von Krankheiten, die Flüchtlinge mitbringen und die in Europa üblicherweise nicht auftreten, Verwendung des Wortes Infektion in Verbindung mit Flüchtlingen; Notwendigkeit von Impfung von Flüchtlingen)
- Flüchtlinge als logistische Überforderung für den Staat - Angst vor dem Versagen im „Flüchtlingskrise“-Management (Indikatoren: Erwähnung der Zahlen von kommenden Flüchtlingen, Betonung der Sorgen bezüglich der Unterbringungskapazität, Betonung der Sorgen um Integration; Betonung der Notwendigkeit der Abschiebung)
- Der/die „ökonomische/r Rivalin/Rivale“ – Angst vor Flüchtlingen am Arbeitsmarkt (Indikatoren: Betonung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Flüchtlingen)
- Der/die „bürgerrechtlich/politisch Gefährliche“ – Angst vor Flüchtlingen als politisch aktiven Subjekten bzw. Subjekten mit gleichen Bürgerrechten wie „Einheimische“ (Indikator: Betonung von Staatsangehörigkeit und Einbürgerung von Flüchtlingen/MigrantInnen; Betonung der Beharrung von Flüchtlingen auf ihren „alten“ politischen Systemen und Ordnungen)

Der Hauptrahmen Bedrohung beinhaltet einen weiteren Subrahmen, den Subrahmen „Katastrophe“: Dieser kann überwiegend auf der linguistischen Ebene analysiert werden. Als Indikatoren für diesen Rahmen ist die Verwendung von Metaphern von Wasser (Welle, Flut, Strom und andere Wörter, die mit Wasser verbunden sind (auf Tschechisch záplava, vlna, příliv, valit) und die Verwendung des Begriffes Krise, Krisen- (auf Tschechisch: krize, krizový) (vgl. Šmajzrová 2016: 46 ff.).

2. Hauptrahmen: Opfer (neutraler Rahmen – beinhaltet auch Texte, die über den „positiven Beitrag von Flüchtlingen“ berichten)

- Opfer von Menschensmuggel oder Menschenhandel
- Opfer von globaler Ungleichheit (ökonomische MigrantInnen)
- Opfer von Verfolgung und Krieg im Heimatland von Flüchtlingen
- Opfer von Rassismus und Xenophobie
- Opfer von Manipulation für politische Zwecke
- Das „hilfslose“ Opfer von (nicht-rassistisch motivierter) Gewalt
- Opfer von Ausbeutung in der Arbeit

3. Hauptrahmen: Aktiv handelndes Subjekt (positiv)

- Der/die „nützliche ArbeiterIn“ bzw. die billige Arbeitskraft (Indikatoren: Freie Arbeitsplätze in schlechter bezahlten Berufen; Flüchtlinge als Antrieb für die Wirtschaft; vorausgesetzte geringe Ausbildung von Flüchtlingen, die nur Beschäftigung auf den niedrigsten Positionen ermöglicht; Beschäftigung von Flüchtlingen – gemeinnützige Arbeiten)
- Politisch aktives Subjekt (Indikatoren: Schaffung eigener politischen Parteien oder Gemeinschaften; Betonung ihres Einflusses auf die „einheimische“ Politik; ihr Mitspracherecht)
- Qualifizierte Arbeitskraft (Indikatoren: Betonung von Ausbildung und Qualifizierung der Flüchtlinge)
- „Eine/r von uns“ (Flüchtlinge als „erfolgreich“ integrierte Mitglieder „unserer“ Gesellschaft) – Flüchtlinge als Teil/ problemlose Mitglieder „unserer“ Gesellschaft (Indikatoren: Beispiele von erfolgreich integrierten Flüchtlingen in der Mehrheitsgesellschaft)

Forschungsfrage 2:

Welche Repräsentationsbilder der Flüchtlinge werden durch die Online-Zeitungen (DiePresse.com und iDnes.cz) vermittelt?

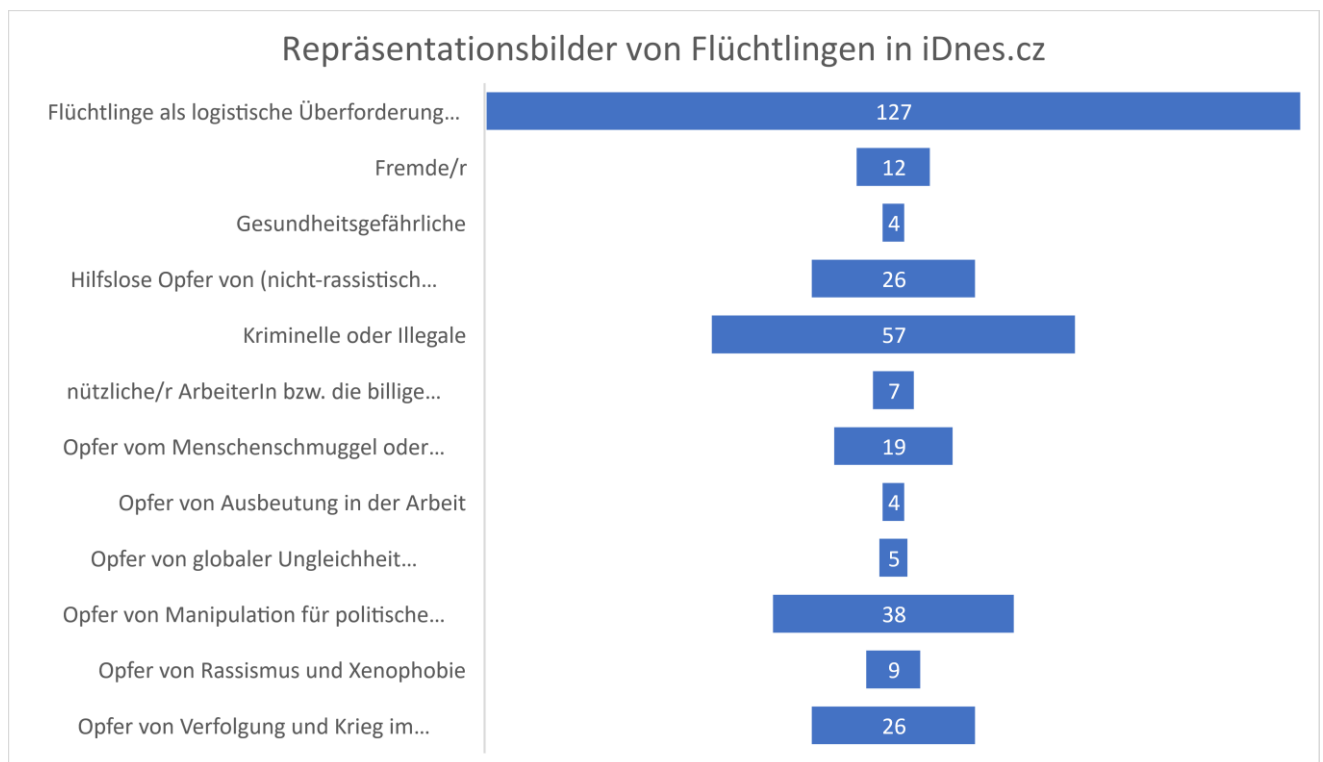
I. Werden stereotypische Repräsentationen der Flüchtlinge durch explizite oder implizite Zuschreibungen von Eigenschaften und Verhaltensweisen vermittelt?

a. Werden Flüchtlinge als Bedrohung dargestellt?

b. Werden Flüchtlinge als Opfer dargestellt?

c. Werden Flüchtlinge als aktiv handelnde Subjekte (als Menschen, die am Arbeitsmarkt, Integration und politischem Geschehen im Aufnahmeland partizipieren) dargestellt?

Diese Forschungsfrage und die Unterfragen werden in dem folgenden Teil beantwortet. Im Rahmen der Analyse der Repräsentationsbilder wurde die Anwesenheit der festgestellten Kategorien und Indikatoren in den ausgewählten Artikeln analysiert. Aus der Graphik unten wird deutlich, dass in den iDnes.cz-Texten Flüchtlinge überwiegend im Rahmen der Kategorie „logistische Überforderung für den Staat“ gefunden wurden. Hierbei spielten vor allem folgende Indikatoren eine wichtige Rolle: Erwähnung von Zahlen von kommenden Flüchtlingen (vor allem im Ausland/Deutschland) und Beobachtung der Situation der neu ankommenden oder bereits anwesenden Flüchtlinge in der EU, Erwähnung der staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge, Betonung der Notwendigkeit von Abschiebungen der Flüchtlinge und MigrantInnen (im Rahmen der EU oder aus Europa), Betonung der Überforderung (Kapazitäten) gewisser EU-Staaten abwechselnd mit der Betonung der Entspannung der Situation, die sich durch sinkende Zahlen ankommender Flüchtlingen ergeben hat, und als



sehr signifikant hat sich auch der Indikator „Betonung der Sorgen um Integration von

Abbildung 18: Repräsentationsbilder von Flüchtlingen im Bezug auf die definierten Hauptrahmen in iDnes.cz (Masařová 2017)

Flüchtlingen“ erwiesen.

Gefolgt wird die erste Kategorie von der Kategorie „Flüchtlinge als Kriminelle oder Illegale“. In diesem Zusammenhang waren vor allem die gewaltsame Tätigkeit von Flüchtlingen (Raufereien in den Flüchtlingscamps, Proteste gegen Abschiebungen aus Griechenland etc.), Terrorangriffe und allgemein Terrorismus in Verbindung mit Flüchtlingen (wie etwa Schleusung von Terroristen gemeinsam mit Flüchtlingen nach Europa), allgemein Kriminalität von Flüchtlingen und illegale Anwesenheit oder Einreise von Flüchtlingen oder MigrantInnen in EU-Länder ein Thema. Die drittgrößte Kategorie stellte der zweite mediale Rahmen „Opfer“ mit der Kategorie Opfer von Manipulation für politische Zwecke dar. In den Artikeln, die in diese Kategorie fallen, wurde thematisiert, dass „Flüchtlinge und die Flüchtlingskrise“ von PolitikerInnen als Thema ihres Wahlkampfes ausgenutzt werden/wurden; dass der EU-Türkei Deal, Flüchtlinge als Objekte oder Zahlen behandelt; dass die Auswirkungen der „Ablehnung des Asyls“ seitens irakischer Flüchtlinge (wurde bereits oben erwähnt) als politisches Instrument zur Legitimierung einer „Verweigerung von Flüchtlingsaufnahme“ verwendet wurde und somit zur Verhinderung der Aufnahme anderer Flüchtlinge dient oder dass Flüchtlinge Opfer von Manipulation von AktivistInnen oder der Regierung (z.B. Merkels Besuch in Flüchtlingslagern in der Türkei – Türkei zeigt nur schöne Teile des Lagers und „singende und lachende“ Flüchtlinge) geworden sind.

Zwei weitere Kategorien wurden in den Texten gleichermaßen gefunden. Es handelte sich um die Kategorien „Opfer von Verfolgung und Krieg im Heimatland von Flüchtlingen“ und „das „hilfslose“ Opfer von (nicht-rassistisch motivierter) Gewalt“. Im ersten Kontext wurde überwiegend Bezug auf syrische Flüchtlinge als Kriegsopfer genommen, im zweiten Kontext handelte sich vor allem um das Verhalten von PolizistInnen den Flüchtlingen gegenüber (Einsatz vom Tränengas etc.), die umstrittene Asylpolitik Australiens (Vergewaltigungen, das „Mundzunähen“, Selbstverbrennungen in australischen Flüchtlingscamps usw.) oder Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

Auch das Thema „Flüchtlinge als soziale Last“ spielte relativ oft eine Rolle. Hierbei wurde vor allem über Flüchtlinge und MigrantInnen berichtet, die sich an den Sozialsystemen der reicheren europäischen Staaten bedienen, oder über die Höhe der Sozialleistungen. Relativ wenig wurde in den ausgewählten Artikeln über die Kategorie „Flüchtlinge als Fremde“ berichtet. Nur in wenigen Artikeln wurden Flüchtlinge als Bedrohung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Einheit gesehen, meistens handelten

es sich dabei um Zitate von Aussagen rechtspopulistischer PolitikerInnen. Der Indikator „Betonung der religiösen Andersartigkeit und anderes Verhalten von Frauen“ kam nur im Zusammenhang mit Vollverschleierungsverbot oder Polygamie vor. Der gesamte Hauptrahmen Flüchtlinge als aktiv handelnde Subjekte war in der Gesamtheit der untersuchten Artikel stark unterrepräsentiert.

Die folgende Graphik bezieht sich auf die Ergebnisse aus der Analyse der Repräsentationsbilder von Flüchtlingen in den untersuchten Artikeln von DiePresse.com

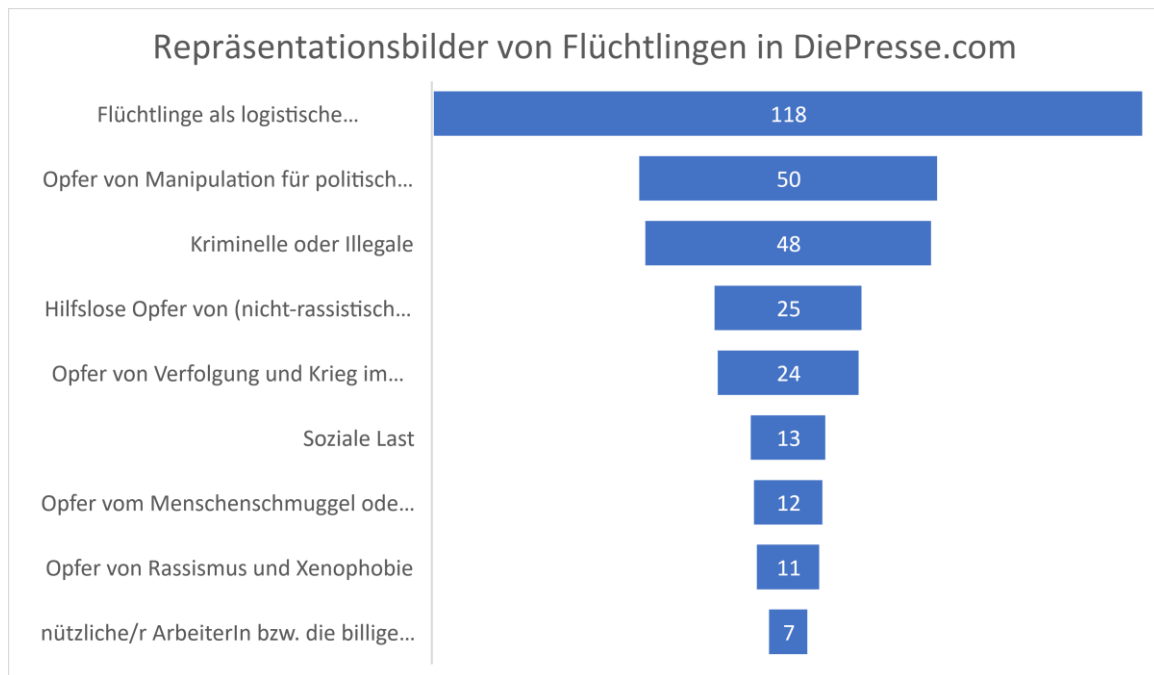


Abbildung 19: Repräsentationsbilder von Flüchtlingen im Bezug auf die definierten Hauptrahmen in DiePresse.com (Masařová 2017)

Aus der Graphik lässt sich ersehen, dass auch bei den Texten von DiePresse.com der Hauptrahmen „Flüchtlinge als Bedrohung“ gefolgt vom Hauptrahmen „Flüchtlinge als Opfer“ zu den dominantesten Hauptrahmen gehören. In den Artikeln von DiePresse.com hat jedoch die Kategorie „logistische Überforderung für den Staat“ überwogen. Hiermit spielten (ähnlich wie bei den Artikeln von iDnes.cz) vor allem folgende Indikatoren eine bedeutsame Rolle: Erwähnung von Zahlen von kommenden Flüchtlingen und Beobachtung der Situation neu ankommender oder bereits anwesender Flüchtlinge in der EU und Österreich (Forderung einer Obergrenze, Ausrufen eines Notstandes), Betonung der Notwendigkeit von Abschiebungen der Flüchtlinge und MigrantInnen (im Rahmen der EU oder Einrichtung von Asylzentren in Afrika, EU-Türkei Deal), Betonung der Überforderung (Kapazitäten) gewisser EU-Staaten abwechselnd mit Betonung der Entspannung der Situation. Der Indikator „Betonung der Sorgen um Integration von Flüchtlingen“ spielte im Vergleich zu

iDnes.cz eine geringere Rolle. Gefolgt ist die erste Kategorie von den Kategorien „Opfer von Manipulation für politische Zwecke“ (um einiges präsenter als in den iDnes.cz-Artikeln) und „Flüchtlinge als Kriminelle oder Illegale“. In den Artikeln, die in die Kategorie „Opfer von Manipulation für politische Zwecke“ fallen, wurden Flüchtlinge als Opfer des restriktiven asylpolitischen Systems Australiens, der Regierung der Türkei (politisch motivierte Erleichterung des Erwerbs der türkischen Staatsbürgerschaft für syrische Flüchtlinge), der Abschottungspolitik Österreichs oder anderer Staaten wie Serbien, Ungarn usw., Ungarns „Politik der Abschreckung“, der EU-Politik in Verbindung mit dem EU-Türkei Deal (Inhaftierung und Deportation von Flüchtlingen in die Türkei) oder der Erklärung der Maghreb-Länder für „sicher“ und im allgemeinen der Flüchtlingspolitik der EU ohne „legale“ Fluchtwege, was tote Flüchtlinge zur Folge hat.

Ähnlich wie bei iDnes.cz wurde über rechtspopulistische oder allgemein „gegen Flüchtlinge“ gerichtete Aussagen berichtet, die zur Stimmengewinnung bei Wahlen genutzt wurden. Dazu zählten beispielsweise die Aussagen des tschechischen Präsidenten, Miloš Zeman, der die Aufnahme von Flüchtlingen prinzipiell ablehnt, die Schweizer Partei SVP, die die Einzäunung der Schweiz verlangt oder die fremdenfeindlichen Kampagnen der ungarischen Regierung, die in der Bevölkerung des Landes Ressentiments gegen Migranten und Flüchtlinge geschürt hat.

Die Kategorie „Flüchtlinge als Kriminelle oder Illegale“ zeichnete sich vor allem durch die Verwendung von Wörtern wie Vergewaltigung, Belästigung, Schlägerei im Flüchtlingscamp, Beteiligung an Terrorismus bzw. Terrorattacken und illegale Anwesenheit oder Weiterreise von Flüchtlingen aus. Zwei nächste Kategorien (Opfer von Verfolgung und Krieg im Heimatland von Flüchtlingen“ und das „hilfslose“ Opfer von (nicht-rassistisch motivierter) Gewalt“ wurden sowohl in den Texten von iDnes.cz als auch den Texten von DiePresse.com in derselben Häufigkeit gefunden. Im ersten Kontext wurde überwiegend Bezug auf syrische Flüchtlinge als Kriegsopfer genommen, im zweiten Kontext handelte sich vor allem um Gewalt gegen Flüchtlinge in Ungarn, durch PolizistInnen verletzte Flüchtlinge (z.B. in der Slowakei, Ungarn, Serbien), die sog. „Migrantenjäger“ in Bulgarien oder Ungarn oder Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

Im Gegensatz zu den iDnes.cz Artikeln wurde die Kategorie „Flüchtlinge als soziale Last“ seltener gefunden. Hierbei wurde vor allem über die Ausbildung von Flüchtlingen und ihre Chancen bei der Jobsuche oder die Höhe der Sozialleistungen (Verschärfungen und Einschränkungen bei der Unterstützung für Asylberechtigte und Ausländer in Österreich)

berichtet. Seltener wurde in den ausgewählten Artikeln von DiePresse.com über die Kategorie „Opfer von Menschenmuggel oder Menschenhandel“, „Opfer von Rassismus und Xenophobie“, „nützliche/r ArbeiterIn bzw. die billige Arbeitskraft“ und „Eine/r von uns“ d.h. über Flüchtlinge, die in die Mehrheitsgesellschaft „erfolgreich“ integriert wurden, berichtet. In einer sehr geringen Anzahl von Artikeln in DiePresse.com wurden Flüchtlinge als Bedrohung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Einheit („Fremde“) oder der öffentlichen Gesundheit gesehen. Der gesamte Hauptrahmen Flüchtlinge als „aktiv handelnde Subjekte“ wurde in den DiePresse.com Artikeln ebenfalls wie in den iDnes.cz Artikeln sehr unterrepräsentiert.

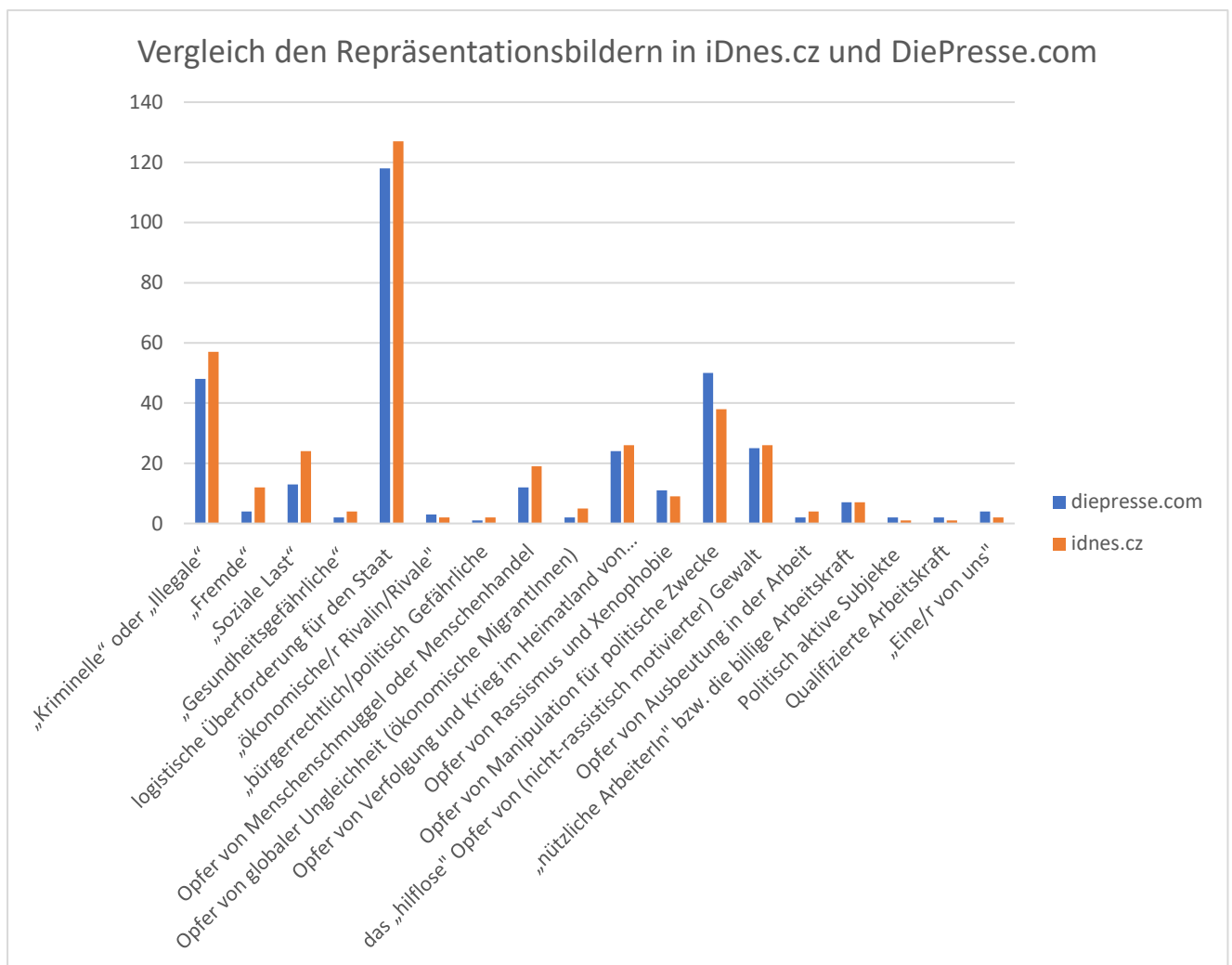


Abbildung 20: Vergleich den Repräsentationsbildern, die in den Hauptrahmen verankert sind, in iDnes.cz und DiePresse.com (Masařová 2017)

Subrahmen Katastrophe

Im Weiteren wurde der Subrahmen „Katastrophe“, der sich auf die Forschungsfrage zwei bezieht, untersucht:

I. Werden Metaphern wie Katastrophe oder Krise in Verbindung mit Flüchtlingen und/oder der „Flüchtlingskrise“ in den untersuchten Artikeln verwendet? (Welle, Flut, Strom, Flüsse, Ansturm (und andere Wörter, die mit Wasser verbunden werden) und Wörter, die mit einer Krise assoziiert werden (auf Tschechisch: „záplava, vlna, příliv, valit“ und „krize, krizový“))

Im Rahmen der Analyse wurde herausgefunden, dass die tschechische Online-Zeitung iDnes.cz deutlich mehr Wörter, die mit einer Krise oder Wasser verbunden sind, verwendet hat. Wichtige AutorInnen, die sich mit Diskursanalysen beschäftigen, wie Ruth Wodak (2015: 85), machen auf die Verwendung von Wasser-Metaphern aufmerksam und bringen diese dann in Verbindung mit der bereits erwähnten Unterscheidung zwischen „Wir“ und „die anderen“.

Metaphern (wie etwa die Wasser-Metaphern) spielen in der Berichterstattung und im Allgemeinen in der gesamten Flüchtlings-/Migrationsdebatte eine besondere Rolle. Durch die Anwendung von Metaphern werden unterschwellig und suggestiv Inhalte kommuniziert, die gezielt ausgewählt und in einer bestimmten Form der Leserschaft präsentiert werden. Solch eine plastische Darstellung von komplexen Sachverhalten wirkt sehr stark auf die Wahrnehmung der Inhalte und schleicht sich in das Bewusstsein der Leserschaft ein (vgl. Aced et al. 2014: 77).

Das Konzept des Wassers als gewaltige, potenziell gefährliche Naturkraft, die es bei Bedarf zu bändigen gilt, erlebt im Migrationsdiskurs eine variationsreiche Übertragung und Ausgestaltung. [...] Insbesondere für die Wasser-Metaphorik gilt der Satz: je höher die Zuwanderung, desto mehr Metaphern, und je stärker die Abwehr gegen die Zuwanderung desto drastischer die metaphorischen Ausdrücke und desto dramatischer das mit ihnen inszenierte Bild (Jung et al. 2000: 133 ff.).

Während DiePresse.com mehr die Wörter Flüchtlingsstrom oder Migrationsfluss verwendete, nutzte die tschechische Online-Zeitung eher die Wörter Flüchtlings-/Migrationswelle. In beiden Online-Zeitungen wurden die Wasser-Metaphern wie Flüchtlings-/Migrationswelle oder Flüchtlings-/Migrationsstrom in Kontexten wie Bewältigung, Kontrolle, Regulierung oder Stopp der Welle bzw. des Stroms gefunden. Dies entspricht der Meinung von Martin Luginbühl, Kathrine Schwab und Harald Burger (2004: 86), die sich mit Wasser-Metaphern im Rahmen einer linguistischen Narrationsanalyse von Schweizer Fernsehnachrichten beschäftigt haben: „Die Wassermetaphorik verweist [...] auf Handlungsanweisungen und Problemlösungen: Die logische Reaktion auf eine Gefahr ist die Kontrolle der Gefahr oder eine Abwehrstrategie“.

Die Anwendung solcher Metaphern trägt zur Dehumanisierung von Flüchtlingen bei, denn sie werden auf ein nicht lebendiges Subjekt (Wasser) reduziert. Einerseits suggeriert diese Metapher „Gefahr“ (Strom, Flut) und andererseits die Hilfslosigkeit von Menschen, die die „Gefahr“ nicht verhindern können. Vor allem im Kontext der Tschechischen Republik wird die Wasser-Metapher sehr häufig genutzt. Die geringe Anzahl an Flüchtlingen, die nach Tschechien kommen bzw. gekommen sind, kann jedoch keinesfalls mit einer lebensbedrohlichen Situation (wie etwa Überflutung durch Wasser nach einem Dammbruch) verglichen werden. Das Wort Krise/ Krisen- wird ebenfalls übermäßig verwendet (in iDnes.cz fast viermal so oft wie in DiePresse.com), ohne dass vorher definiert wird, was eigentlich ein Krisenzustand ist oder weitere Anführungen zum Thema „Krise“ gemacht werden (vgl. Šmajzrová 2016: 75). Die Fragestellung, ob die „Flüchtlingskrise“ tatsächlich eine „Krise“ ist und wenn ja, was für eine (EU-Politik-Krise usw.), wurde bereits im Kapitel 2 behandelt.

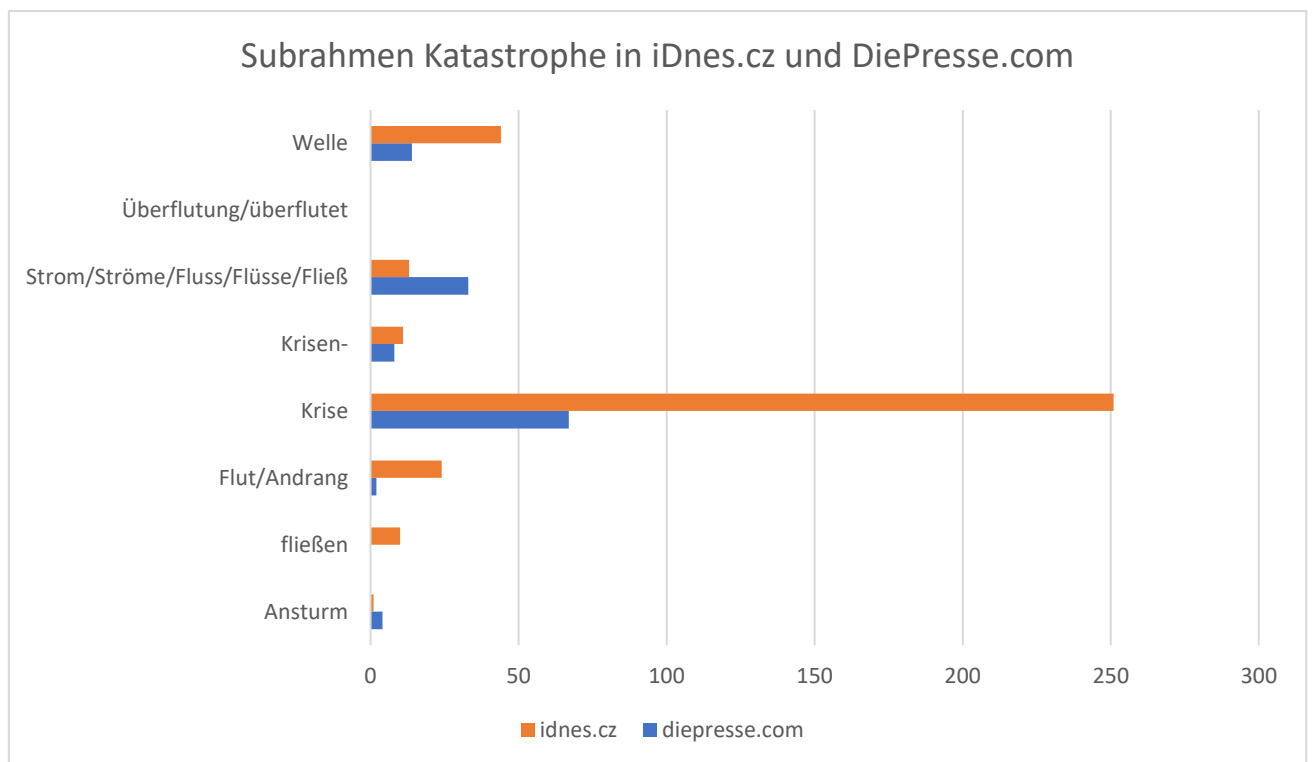


Abbildung 21: Subrahmen des Hauptrahmens Drohung (Masařová 2017)

6.3 Exemplarische Feinanalysen

Der Analyseleitfaden wurde bereits im Kapitel 5 beschrieben. Im Weiteren erfolgt eine kurze Zusammenfassung des Analyseleitfadens, nach dem die exemplarischen Feinanalysen durchgeführt werden (vgl. Jäger 2004: 175)

- Warum wurde dieser Zeitungsartikel ausgewählt? Was ist der Anlass für den Artikel?
Zusammenfassung des Artikels – Worum geht es im Artikel?
- Wie sieht der **institutionelle Rahmen** des Artikels aus? (biographische, politische, geographische Hintergründe usw.), Art des Mediums, wer ist der/die AutorIn, die Leserschaft, Rubrik, das „Äußerliche“, die graphische Gestaltung - Fotos, Graphiken, Statistiken, Bilder, Karikaturen etc.), Überschriften oder Zwischenüberschriften)
Welche Themen (Diskursfragmente) werden im Artikel besprochen?
- Welche **sprachlich-rhetorischen Mittel** wurden angewendet?
(Art und Form der Argumentation, Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Anspielungen, Kollektivsymbolik, Redewendungen, Klischees, Wortwahl, Sprichwörter, Lexik und Stil, Akteure (Personen, Pronominalstruktur), Referenzbezüge usw.)
- Welche **inhaltlich-ideologischen Aussagen** finden sich im Artikel?
(das Menschenbild, das Gesellschaftsverständnis, Zukunftsvorstellungen: Welches Verständnis von Asyl-/Flüchtlingspolitik liegt zugrunde? Welche Bevölkerungsgruppen bzw. Personengruppen werden genannt und welche Zuordnungen werden gemacht? Ist eine positive Selbstdarstellung erkennbar? Welche Zukunftsperspektive entwerfen die Aussagen in den Artikeln? Wird die Entwicklung der „Flüchtlingskrise“ thematisiert? Welche Bedeutung wird ihr zugeschrieben? Kommt der Begriff „Flüchtling/ MigrantIn/ AsylwerberIn“ im Artikel vor?)
- **Sonstiges:** Sonstige Auffälligkeiten, Diskursstrangverschränkungen usw.

6.3.1 Feinanalyse 1

Warum wurde dieser Zeitungsartikel ausgewählt? Was ist der Anlass für den Artikel? Zusammenfassung des Artikels

Der Artikel Nr. 47 „Tschechien nimmt erste sieben Quoten-Flüchtlinge auf, drei von ihnen wollen nicht hierher“ vom 26.04.2016 wurde ausgewählt, da er eines der meist besprochenen Themen des untersuchten Materials der Online-Artikel von iDnes.cz aufgreift (EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen, Quoten, die eingeführt werden sollen, die Proteste der Visegrad-Vier dagegen, „Flüchtlingskrise“ in Tschechien und die Geschichte der irakischen Familie in Tschechien) und somit repräsentativ für eine große Menge der Texte stehen kann. Der Anlass des Artikels ist die Aufnahme von „Quoten-Flüchtlingen“ aus Griechenland und Italien. In diesem Artikel wird die Entscheidung der Europäischen Kommission beschrieben, laut der Flüchtlinge vor allem aus Griechenland und Italien nach Tschechien umgesiedelt werden sollen. Der Artikel beschreibt die EU-Entscheidung, die Quoten, die aufgenommenen bzw. aufzunehmenden Flüchtlinge seitens Tschechiens und Aussagen zu den „Quoten-Flüchtlingen“ von tschechischen Politikern.

Der institutionelle Rahmen

Die Hauptthemen dieses Artikels sind die Schlüsselthemen „Flüchtlingskrise“ und die EU-Flüchtlingspolitik (Quoten). Als Diskursfragmente lassen sich deshalb identifizieren:

- Ablehnung einer EU-weiten Flüchtlingsumverteilung
- Forderung nach eigener bzw. anderer „Flüchtlingspolitik“, keine Quoten
- Umverteilung funktioniert nicht: Beispiel der asylablehnenden Familie
- Anzahl der aufgenommenen bzw. aufzunehmenden Flüchtlinge und deren Auswahl

Der Text besteht aus 44 Zeilen, enthält 363 Wörter und ist in acht kleine Absätze geteilt. Es handelt sich um einen eher kürzeren Text im Vergleich mit den anderen analysierten Texten (durchschnittliche Wortanzahl der untersuchten Texte ist 576 Wörter).

Nach der Überschrift „Tschechien nimmt erste sieben Quoten-Flüchtlinge auf, drei von ihnen wollen nicht hierher“ folgt das Datum und die Zeit inkl. der Aktualisierungszeit der Publikation des Artikels. Nach dem ersten Absatz folgt ein Bild, ein „Illustrationsfoto“. Die Möglichkeit in einem Diskussionsforum zu kommentieren, befindet sich am Ende des Artikels.

Der erste Absatz erweitert die Aussage der Überschrift um zusätzliche Details wie

etwa, um welche Quoten es sich handelt, welche Menschen aufgenommen werden und was die Flüchtlinge machen, die nicht nach Tschechien wollten. Der zweite Absatz ist der Anzahl der der Tschechischen Republik „zugeordneten“ Flüchtlinge und dem EU-Relocation-Programm gewidmet. Der dritte Absatz behandelt eine Erhöhung der ursprünglichen Quoten. Im vierten und fünften Absatz wird die Meinung eines Politikers der liberal-konservativen „Demokratischen Bürgerpartei“ (ODS), der sich zum Thema EU-Quoten und Quoten-Erweiterung äußert und die Umverteilung, das Relocation-Programm und die EU kritisiert, beschrieben. Im sechsten Absatz wird erneut zu der Beschreibung der aufgenommenen bzw. der aufzunehmenden Flüchtlinge zurückgekehrt. Dieser und der nächste siebte Absatz beinhalten Informationen darüber, welche Personen und woher Menschen aufgenommen werden sollten, wer aufgenommen wurde, wer nicht und was die Gründe dafür sind. Der abschließende Absatz betont die Probleme des Umsiedlungsprogrammes. Mit dem Thema „zusammenhängend“ befindet sich unter dem Text ein Video, in dem es um eine Analyse der Medien geht, die zeigt, dass Migration für die Bevölkerung Tschechiens ein wichtiges Thema ist. Im Text auf der rechten Seite befindet sich ein Bereich mit Verweisen auf zehn „themenbezogene“ Artikel (wie etwa Artikel: Tschechen möchten die Grenzen dichtmachen, Flüchtlinge verlassen Kleinstädte usw.).

Am Ende des Artikels werden die AutorInnen genannt. Sowohl dieser Artikel als auch die Mehrheit der untersuchten Artikel wurde von ČTK (Tschechische Presseagentur) und iDnes.cz (Autorenkollektiv) verfasst. Ein/e typisch/e Leser/Leserin des Artikels wurde bereits im Kapitel über Vorstellung des Nachrichtenportals iDnes.cz (5.2.2) beschrieben.

Sprachlich-rhetorische Mittel, Art und Form der Argumentation, Argumentationsstrategien

Zentraler Punkt dieses Artikels ist die Botschaft, dass Tschechien und die tschechische Politik gegen die „falsche und aufgezwungene“ EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen ist. Gleichzeitig wird erklärt, warum die Umverteilung schlecht sei, und es werden Beispiele der aufgenommenen bzw. aufzunehmenden Flüchtlingen erwähnt. Dies hängt mit dem auch in anderen Artikeln wiederholten Argument zusammen: Flüchtlinge wollen nicht nach Tschechien (Beispiel der in Tschechien asyablehnenden irakischen Familie). Der EU wird in dieser Frage auf der einen Seite große Inkompetenz und auf der anderen eine starke Machtposition (Aufzwingen/Erhöhung der „vorher nicht vereinbarten und abgelehnten“ Quoten) zugeschrieben. Die Flüchtlingskrise wird hier als höchst problematisch und als „immer noch nicht und nicht in absehbarer Zukunft“ lösbar dargestellt.

Logik und Komposition Die Komposition des Artikels ist relativ klar und verläuft geradlinig. Auffallend ist jedoch die Komposition des ersten und sechsten/siebten Absatzes. Beide bringen im Prinzip dieselbe Information, im sechsten Absatz aber wird auch die „Sicherheitsfrage“ (strenge Kontrolle der Flüchtlinge, die von Tschechien aufgenommen werden sollen, nur eine geringe Anzahl ist durch die Sicherheitskontrolle durchgekommen) angesprochen.

Implikate und Anspielungen

Beispielsweise wird im siebten Absatz das Thema der „persönlichen Dokumente zur Identitätsfeststellung“ erwähnt. Dabei wird auf das in der Berichterstattung oft erwähnte Thema bezüglich der Zerstörung persönlicher Dokumente durch die Flüchtlinge oder das Fehlen der persönlichen Dokumente der Flüchtlinge angespielt. Im dritten Absatz, wo der tschechische Politiker Petr Fiala (ODS Partei) zitiert wird, sind implizit die irakischen Flüchtlinge gemeint, die in Tschechien Asyl abgelehnt haben und nach Deutschland gegangen sind um dort Asyl zu beantragen. Der Politiker, Petr Fiala, „begründet“ die Sinnlosigkeit der EU-weiten Umverteilung von Flüchtlingen im Bezug auf die irakische Flüchtlingsfamilie mit folgenden Worten: „Das Ergebnis ist eine Situation, in der Flüchtlinge, die gegen ihren Willen abgeschoben werden sollen, lieber fliehen“. Wie bereits oben erwähnt wird, auch durch die Auswahl der „themenbezogenen Artikel“ das Gefühl, von einer „großen Flüchtlingskrise“ und „Problemen mit Flüchtlingen“ betroffen zu sein, vertieft. Dies wird auch durch das Video unterstützt, das das Thema Migration zu einem „Top Thema“ macht und bei der Leserschaft den Gedanken befestigt, von der „Flüchtlingskrise“ betroffen zu sein.

Kollektivsymbolik

Zu verweisen ist hier auf die Versinnbildlichung der Flüchtlinge als Quoten-Flüchtlinge. Dadurch werden Flüchtlinge auf bloße Zahlen reduziert.

Redewendungen, Sprichwörter

In diesem Artikel befanden sich keine Redewendungen oder Sprichwörter.

Wortschatz und Stil

Der Artikel ist von betonter Zurückhaltung Tschechiens gegenüber der von der EU „diktierten“ Quoten, die sich besonders in der Wortwahl ausdrückt, geprägt. Es fällt auf, dass dieser Artikel direkte Zitate des ODS-Politikers Petr Fiala enthält, die in der dritten Person

angeführt werden (die tschechische Regierung...). Mit den Aussagen wird versucht, Umverteilungsquoten und Umsiedlung als unsinnig und falsch darzustellen und das Vertrauen in die EU-Flüchtlingspolitik zu schwächen.

Akteure (Personen, Pronominalstruktur)

Als Akteur tritt der Vorsitzende der ODS-Partei, Petr Fiala, als Vertreter der Regierung auf und es werden Ausschnitte seiner Rede zum Thema Umverteilung der Flüchtlinge im Rahmen der EU zitiert. Zitate erfolgen in ganzen Sätzen. Das „Objekt“ Tschechien (das Land/ die Tschechische Republik) wird drei Mal erwähnt. Der Perspektiv- und Aktionswechsel spiegelt sich in der Pronominalstruktur. Im Rahmen des untersuchten Textes wird es an der Distanzierung von dem „Objekt“ Tschechien zum unspezifizierten „ES“ beispielsweise im ersten Absatz deutlich: Das **Land** schloss sich zuerst freiwillig dem ... an. Später **wurde** bei weiteren Verhandlungen in der EU eine Erhöhung **verabschiedet** – im Sinne, dass das Land selbst es nicht entschieden hat.

Referenzbezüge

Das Autorenkollektiv des Artikels beziehen sich auf einen Migrationsbericht des Innenministeriums zum 15. April 2016 (Zpráva o situaci v oblasti migrace ke dni 15. dubna 2016), der nicht weiter spezifiziert oder verlinkt wird (vgl. MVČR 2016).

Inhaltlich-ideologische Aussagen

Welches Verständnis von Asyl-/Flüchtlingspolitik liegt zugrunde?

Es wird von EU-Flüchtlingspolitik mit Bezug auf die EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen gesprochen. In der Fortsetzung des Textes werden die Gründe für das Scheitern des Umverteilungsmechanismus genannt unter der Annahme, dass Tschechien keine Flüchtlinge aufnehmen möchte und die Sache somit erledigt wäre, da Flüchtlinge selber nicht nach Tschechien wollen. Dabei werden die zahlreichen konkreten Gründe (wie Familienzusammenführung), für die „Ablehnung“ des Asyls in der Tschechischen Republik durch die irakische Familie ausgeblendet. Dies lässt einen Raum für Spekulationen darüber, dass Flüchtlinge sich Länder nach für sie besserem sozialem System bzw. reichere Länder aussuchen würden und somit eher als ökonomische MigrantInnen bezeichnet werden sollten (dies ist auch an der Auswahl der „themenbezogenen“ Artikel wie „Flüchtlinge verlassen Kleinstädte“ merkbar).

Welche Bevölkerungsgruppen bzw. Personengruppen werden genannt und welche Zuordnungen werden gemacht? Ist eine positive Selbstdarstellung erkennbar?

Es werden im Prinzip drei „Gruppen“ konstruiert: die Tschechische Republik (d.h. die Regierung), die EU (als Gesamtapparat) und die Flüchtlinge, wobei die letzte Gruppe das geringste Mitspracherecht in der Sache hat und ihr Standpunkt vernachlässigt wird. Zuerst wird die Tschechische Republik als ein „großzügiger“ Flüchtlingsaufnahmestaat positioniert („Das Land schloss sich zuerst freiwillig dem Relocation-Programm im Rahmen der EU-Umverteilungsquoten mit der Verpflichtung zur Aufnahme von 1100 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland an“), um dann als Opfer einer schlecht funktionierenden und „quoten-aufzwingenden“ EU-Flüchtlingspolitik dargestellt zu werden („Später wurde bei weiteren Verhandlungen in der EU eine Erhöhung um weitere 1591 Flüchtlinge verabschiedet, obwohl Tschechien und einige weitere Länder gegen eine Erhöhung der ursprünglichen Quoten stimmten“). Tschechien wird auch als „Opfer“ der Undankbarkeit und der „sicherheitsbedrohenden“ Flüchtlinge präsentiert („Das Ergebnis ist eine Situation, in der Flüchtlinge ... lieber fliehen“).

Welche Zukunftsperspektive entwerfen die Aussagen im Artikel?

Die Zukunftsperspektive deutet auf keine baldige Lösung der „Flüchtlingskrise“, falls die EU ihre Umverteilungspolitik nicht verändern wird.

Wird die Entwicklung der „Flüchtlingskrise“ thematisiert? Welche Bedeutung wird ihr zugeschrieben?

Die „Flüchtlingskrise“ an sich wird im Artikel nicht beschrieben (in einigen anderen wird ein „Überblicksfenster“ zur Flüchtlingskrise hinzugefügt). Auch eine Wiederholung der Zahlen der Flüchtlinge etc. ist hier nicht vorhanden. Es wird ausschließlich auf das „Ergebnis“ – die Notwendigkeit Flüchtlinge umzuverteilen, da Staaten wie Griechenland oder Italien überlastet sind – Bezug genommen. Interessant ist auch die Einbettung des Artikels in den Nachrichtenthemen des Servers iDnes.cz (Europäische Union, Ansturm von Flüchtlingen auf Europa), die das „Bild“ einer „Flüchtlingskrise“ bei der Leserschaft auslösen bzw. befestigen können.

Eben so befestigt das Bild, das dem Artikel zugeordnet wird und das nach der Überschrift platziert ist, die Vorstellung eines „Flüchtlingsansturmes“. Auf dem Bild ist eine Menge „dunkelhäutiger“ Männer (keine Frauen oder Kinder) zu sehen, die hinter einem Zaun stehen und die Hände hochhalten. Der Ausdruck in ihren Gesichtern kann als leidend

(der Mann im Mittelpunkt) und fordernd (Männer im Hintergrund) beschrieben werden. Das Bild steht somit mit den zwei Repräsentationsbildern Flüchtling als Opfer (überfüllte Flüchtlingslager, langes Warten auf Asylverfahren) und Flüchtling als Bedrohung („nur junge Männer, die nach Europa kommen und mit einem Zaun aufgehalten werden müssen“) in Zusammenhang.

Kommt der Begriff „Flüchtling/ Migrant/ Asylwerber“ im Artikel vor?

Es wird zuerst über Umverteilung von Flüchtlingen gesprochen. Im Weiteren werden diese mit einem Oberbegriff „Menschen“ bezeichnet. Diese zwei Begriffe werden synonym verwendet. Die Begriffe MigrantInnen oder AsylwerberInnen treten in diesem Artikel nicht auf.

Sonstiges

Auffallend ist das unter dem Text platzierte Video mit dem Titel „Migration interessiert Tschechen“, bei dem es sich um eine Medienanalyse zur „Flüchtlingskrise“ handelt. Dieses Video zeigt, wie viele Menschen sich wo bzw. aus welchen Medien über die Flüchtlingskrise informieren. Das etwa zweiminütige Video hängt nicht direkt mit dem Thema der EU-Umverteilung und Quoten bzw. dem Thema des Artikels zusammen und berichtet nur allgemein und flüchtig über den Zusammenhang von Medienberichterstattung über die „Flüchtlingskrise“ und dem Publikum. Im Prinzip wird die von Phoenix research on-line durchgeführte Analyse der Medienberichterstattung (welchem Nachrichtensender die RezipientInnen am meisten vertrauen und wo sich die Menschen darüber informieren) dargestellt. Da dieses Video von dem Fernsehsender Prima veröffentlicht, ist eine Überbetonung der Rolle dieses Senders als das „beste und meist vertraute“ Medium in der tschechischen medialen Landschaft merkbar.

Zusammenfassung

Dieser Artikel berichtet über ein Thema, das während der Analyse der iDnes.cz Artikel als eines der häufigsten Themen identifiziert wurde. Die niedrige Anzahl an AsylwerberInnen in der Tschechischen Republik, die bereits in den vorigen Kapiteln näher besprochen wurde, wird hier in Zusammenhang mit den Umverteilungsquoten in der EU gebracht. Beispiele, die zeigen, dass das Umverteilungssystem nicht funktioniert (wie etwa in diesem Artikel), helfen dabei, die eigene „flüchtlingsablehnende“ Position zu festigen und ermöglichen zugleich eine „Schuldverschiebung“ der Ablehnung der Flüchtlinge („wir (Tschechien) lehnen nicht Flüchtlinge ab, sondern sie lehnen Tschechien ab, denn sie wollen nicht

hierher“). Gleichzeitig, in Zusammenhang mit der geringen Anwesenheit der Flüchtlinge in der Tschechischen Republik, werden die wenigen Flüchtlinge, die sich auf dem Gebiet befinden, umso genauer beobachtet.

6.3.2 Feinanalyse 2

Warum wurde dieser Zeitungsartikel ausgewählt? Was ist der Anlass für den Artikel? Zusammenfassung des Artikels

Der Artikel Nr. 106 „Österreich-Ungarn: Das vorsichtige Ende einer Eiszeit“ vom 26.07.2016 wurde ausgewählt, da er die meist besprochenen Themen im untersuchten Material der Online-Artikel von DiePresse.com aufgreift (Österreichs Asyl- und Flüchtlingspolitik, Nachbarland Ungarn und seine Asyl- und Flüchtlingspolitik) und somit als repräsentativ für viele Texte stehen kann. Der Anlass des Artikels ist Kanzler Kerns Besuch bei Ungarns Premier Orbán. In diesem Artikel werden die Beziehungen zwischen beiden Ländern in Zusammenhang mit ihren Asylpolitiken und die Unterschiede im Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ beider Länder beschrieben. Auch die Asylnotverordnung oder die Umverteilung von Flüchtlingen wurden im Artikel diskutiert.

Der institutionelle Rahmen

Die Hauptthemen dieses Artikels sind die Schlüsselthemen „Flüchtlingskrise“ und Asyl- und Flüchtlingspolitik Österreichs, Ungarns und der EU. Als Diskursfragmente lassen sich identifizieren:

- Kanzler Kerns Besuch bei Ungarns Premier Orbán
- Österreichs Flüchtlingspolitik
- Asylnotverordnung in Österreich
- EU-Flüchtlingspolitik – Dublin-Fälle
- Schutz der EU-Außengrenze

Der Text besteht aus 60 Zeilen, enthält 624 Wörter und ist in neun kleine Absätze samt Zwischenüberschriften geteilt. Es handelt sich um einen eher längeren Text im Vergleich mit den anderen untersuchten Texten (durchschnittliche Wörteranzahl der untersuchten Texte ist 480 Wörter).

Nach der Überschrift „Österreich-Ungarn: Das vorsichtige Ende einer Eiszeit“ folgt die Anreißerzeile „Kanzler Kern besuchte Ungarns Premier Orbán. Die Beziehung ist gekittet, zumindest oberflächlich. ‚Migration ist keine Lösung, sondern das Problem‘,

beharrt Orbán.“ Anschließend kann man ein Bild der zwei Politiker Kern und Orbán sehen. Gleich darunter befindet sich die Quelle bzw. die AutorInnen des Bildes (APA/BKA/Andy Wenzel). Vor dem ersten Absatz werden die Autorin, das Datum und die Zeit der Publikation des Artikels vermerkt. Rechts davon ist ein zu Kommentaren leitender Link platziert.

Der erste Absatz erwähnt den Platz des Ereignisses, über das geschrieben wird – Budapest. Angefangen wird mit Aussagen des ungarischen Premiers zur Flüchtlingspolitik beim Treffen der beiden Politiker. Der zweite Absatz ist der Reaktion des österreichischen Kanzlers auf diese Aussagen und den Vorhaben des Treffens gewidmet. Im dritten Absatz wird über das Gespräch der beiden Politiker berichtet, das zu mehr Verständnis zwischen den beiden Ländern und ihren politischen Vertretungen führen sollte. Der vierte Absatz spricht die Ziele von Kerns Besuch an, die auf die Unterstützung Ungarns bei der Umsetzung der österreichischen Flüchtlingspolitik abzielen. Im fünften Absatz wird auf die Asyl- und Flüchtlingspolitik des früheren Kanzlers Faymann zurückgeblickt. Im folgenden sechsten Absatz wird die Beziehung zwischen Orbán und Faymann beschrieben. Der siebte Absatz behandelt die Fortsetzung von Faymanns Politik in Form der Notverordnung, die eine Zusammenarbeit mit Ungarn fordert. Im weiteren Absatz werden die Dublin-Fälle angesprochen, für die Ungarn zuständig sein sollte. Der letzte Absatz ist dem Thema des Schutzes der EU-Außengrenzen gewidmet.

Dieser Artikel wurde von Iris Bonavida, Redakteurin für Innenpolitik bei DiePresse.com verfasst. Bei der Mehrheit der untersuchten Artikel wurde jedoch als Autor (Autorenkollektiv) DiePresse.com oder Die Presse genannt.

Sprachlich-rhetorische Mittel, Art und Form der Argumentation, Argumentationsstrategien

Zentraler Punkt dieses Artikels ist die Notwendigkeit einer einheitlichen Linie in der Flüchtlingspolitik Österreichs und Ungarns, um erfolgreich gegen die „Flüchtlingskrise“ zu kämpfen. Ungarn und sein Premier Orbán werden hier als Vertreter einer Anti-Flüchtlingspolitik dargestellt, die durch die fremdenfeindlichen Aussagen des Premiers zugespitzt wird. Dies wurde in einigen der analysierten Artikel gefunden, wo immer wieder über Gewalt an Flüchtlingen oder Orbáns Anti-Flüchtlingspolitik berichtet wurde. Auf das „böse, trotzig“ EU-Land Ungarn wurde mit dem Finger gezeigt und ähnliche „Abschottungsschritte“ der eigenen Politik wurden hinter der Fassade von „so sind wir nicht“ in den Hintergrund gedrängt. Es wird zwar auf einen Schwenk von der

„Willkommenspolitik“ zu einer Asylnotverordnung und Obergrenze-Debatte hingewiesen, jedoch mehr auf das Versagen der PolitikerInnen in der Asylpolitik als auf die tatsächlichen Konsequenzen der Verschärfung der Asylpolitik für die Betroffenen und das Hinterfragen der „Flüchtlingskrise“. Sowohl in diesem Artikel als auch in den anderen untersuchten Artikeln ist der Hauptrahmen Bedrohung – „Flüchtlinge als logistische Überforderung für den Staat“ zu finden. Hiermit werden der Indikator Betonung von Flüchtlingszahlen und der Indikator der Notwendigkeit ihrer Abschiebung deutlich. Im Artikel wurde von sieben bis neun Flüchtlingen „für die Österreich nicht zuständig ist“ (Dublin-Fälle), gesprochen. Außerdem werden strengere sicherheitspolitische-Maßnahmen (Grenzschutz) gefordert, damit man ähnlichen Situationen (d.h. einer weiteren „Flüchtlingskrise“) vorbeugen kann.

Logik und Komposition

Die Komposition des Artikels ist relativ klar strukturiert und verläuft geradlinig.

Implikate und Anspielungen

Als Anspielung kann hier die Wortverbindung „Heikle Mission in Budapest“ erkannt werden, die eine Assoziation mit „Missionierung“ auslösen kann, dass es sich um eine „Missionierung“ handle, die vom österreichischen Kanzler betrieben wird, um den „ungehorsamen“ Orbán zu belehren, wie Flüchtlingspolitik „richtig“ gemacht werden soll.

Kollektivsymbolik

Auffallend ist die Umschreibung der österreichischen Flüchtlingspolitik, die sich auf die EU-Regeln stützt, während Ungarns Flüchtlingspolitik als „willkürlich“ („Orbán ließ einen rund 170 Kilometer langen Zaun errichten – und erklärte illegalen Grenzübertritt zur Straftat“) dargestellt wird.

Redewendungen, Sprichwörter

In diesem Artikel wurde die von Angela Merkel verwendete Redewendung: „Wir schaffen das“ identifiziert, die in diesem Zusammenhang für eine bestimmte Art „Flüchtlingspolitik“ steht. Eine weitere Redewendung, die in diesem Artikel gefunden wurde, ist: „Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen“, das sich auf die Beziehung zwischen Ungarn und Österreich in Sachen Asylpolitik bezieht und auf den Bundeskanzlerwechsel verweist.

Wortschatz und Stil

Der Artikel ist von betonter Kritik Ungarns, die sich besonders in der Wortwahl ausdrückt, geprägt. Es fällt auf, dass dieser Artikel direkte Zitate einerseits von Bundeskanzler Kern als

auch von Orbán enthält. Während die Zitate von Orbán in der dritten Person angeführt werden („Ungarn braucht keinen einzigen Migrant“), sind Aussagen Kerns in der ersten Person Singular oder Plural („**Wir** haben ein neues Kapitel aufgeschlagen“). Mit den Aussagen werden die jeweiligen Ansichten von Migration und der „Flüchtlingskrise“ dargelegt.

Akteure (Personen, Pronominalstruktur)

Der Großteil des Artikels ist in einer Erzählform in Verbindung mit Aussagen beider Politiker, geschrieben. Zitate erfolgen meistens in ganzen Sätzen.

Referenzbezüge

Mit der Aussage der deutschen Kanzlerin „Wir schaffen das“ wird Bezug auf die deutsche flüchtlingspolitische Linie genommen.

Inhaltlich-ideologische Aussagen

Welches Verständnis von Asyl-/Flüchtlingspolitik liegt zugrunde?

Es werden zwei Asylpolitiken gegenübergestellt: die „gespaltete“ Asyl- und Flüchtlingspolitik Österreichs, die sich zuerst an Deutschlands „Willkommenskultur“ orientiert hat, später sich jedoch für Zaunbau und Asylverschärfung entschlossen hat und Orbáns Anti-Migrations-Politik (Zaunbau an den Grenzen, Quotenablehnung, fremdenfeindliche Aussagen des Premierministers usw.). Der österreichische Kanzler sollte ein gemeinsames Konzept des Grenzschutzes und der Behandlung der sog. Dublin-Fälle mit dem ungarischen Premierminister vereinbaren, dies wird jedoch als eine „unmögliche“ Aufgabe präsentiert, da Ungarn in dieser Sache nicht ansprechbar sei.

Welche Bevölkerungsgruppen bzw. Personengruppen werden genannt und welche Zuordnungen werden gemacht? Ist eine positive Selbstdarstellung erkennbar?

Es werden im Prinzip drei Gruppen konstruiert: Österreich (die Regierung), Ungarn (die Regierung) und die Flüchtlinge, wobei die letzte Gruppe die geringste Mitsprache in der Sache hat und ihr Standpunkt vernachlässigt wird. Wie bereits erwähnt, wird Österreich als ein Staat dargestellt, der sich um die Lösung der „Flüchtlingskrise“ und ähnliche „Krisen“ in der Zukunft bemüht, während Ungarn als Verweigerer gilt, der die eigene asylpolitische Linie verfolgt und diese für die beste hält.

Welche Zukunftsperspektive entwerfen die Aussagen im Artikel?

Obwohl die Politiker in ihren Reden über die Wichtigkeit des Blickes nach vorne sprechen: „Man wolle nicht die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten“, sondern „die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern“, deutet die Zukunftsperspektive, die besonders zum Ende des Artikels zum Ausdruck kommt, auf keine baldige Lösung der durch „Flüchtlingskrise“ ausgelösten Probleme zwischen Österreich und Ungarn („Kern hofft jetzt darauf, dass die gemeinsame Grenzsicherung ausgebaut werden kann – damit man nicht weiter auf Hilfe aus Ungarn angewiesen ist“). Eine Kooperation zwischen Ungarn und Österreich vor allem in Fragen der „Dublin-Fälle“ und des EU-Außen-Grenzschatzes wird gefordert. Mit der Sicherung der EU-Außengrenze soll ein weitere „Flüchtlingsansturm“ verhindert werden.

Wird die Entwicklung der „Flüchtlingskrise“ thematisiert? Welche Bedeutung wird ihr zugeschrieben?

Die „Flüchtlingskrise“ an sich wird im Artikel nicht beschrieben (in einigen anderen Artikeln wird ein „Überblicksfenster“ zur Flüchtlingskrise hinzugefügt). Auch eine Wiederholung der Flüchtlingszahlen etc. ist hier nicht vorhanden. Es wird ausschließlich auf das „Ergebnis“ – die Notwendigkeit, Flüchtlinge umzuverteilen, da Österreich für diese nicht zuständig ist (Dublin-Fälle) und ohnedies „genug aufgenommen wurden“ – Bezug genommen. Die „Flüchtlingskrise“ und die damit verbundenen Lösungsansätze (die Asylpolitiken beider Länder) gelten hier als die Ursache der Probleme zwischen beiden Ländern.

Kommt der Begriff „Flüchtling/ Migrant/ Asylwerber“ im Artikel vor?

Es werden die Begriffe Flüchtlinge und Migranten verwendet. „MigrantIn“ wird von Ungarns Premierminister Orbán für alle (Flüchtlinge/Asylwerber/Migranten) benutzt. In Kontexten, in denen über Flüchtlinge in Zusammenhang mit Österreich gesprochen wird, wird der Begriff Flüchtling(e) verwendet.

Sonstiges

Es wurden keine weiteren Auffälligkeiten oder Diskursstrangverschränkungen identifiziert.

Zusammenfassung

Dieser Artikel berichtet über ein Thema (Österreichs Asyl- und Flüchtlingspolitik), das während der Analyse der DiePresse.com-Artikel als eines der häufigsten Themen identifiziert wurde. Innenpolitisch wurde von DiePresse.com relativ kritisch gegenüber den

Verhandlungen über die Asylgesetznovelle und auch über Proteste dagegen berichtet. Hingegen wurde „international“, wie etwa in Bezug auf Ungarn, von der „selbstkritischen“ Position „abgewichen“, da jemand anderer, „der eine noch schärfere Flüchtlingspolitik betreibt“, gefunden wurde.

Da in dem untersuchten Zeitraum die Zahlen der neu Ankommenden schwankten bzw. sanken, wird in der österreichischen Online-Zeitung DiePresse.com weniger über „neue Flüchtlingswellen“ berichtet und es wird mehr Fokus auf Themen gelegt, die sich auf die Maßnahmen (wie etwa Asylnotverordnung oder Obergrenzen) zum Verhindern ähnlicher „Situationen“ wie im Jahr 2015, als Österreich etwa 90 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, beziehen.

Schlusswort

Die wahrgenommenen Unterschiede in der Darstellung der „Flüchtlingskrise“ und „Repräsentationsbilder“, die man im Alltag hört, waren der Ausgangspunkt für diese Arbeit. Im ihrem Rahmen wurde die mediale Berichterstattung der österreichischen und tschechischen Online-Zeitungen DiePresse.com bzw. iDnes.cz über die „Flüchtlingskrise und Flüchtlinge“ im Frühling und Sommer 2016 beobachtet. Es wurden insgesamt 300 Artikel analysiert, die aus dem Zeitraum April bis August 2016 stammen. Diese Artikel wurden strukturanalytisch und diskursanalytisch untersucht. Zwei repräsentative Artikel (jeweils einer auf Tschechisch und Deutsch) wurden für eine exemplarische Feinanalyse ausgewählt.

Im Hinblick auf die Forschungsfragen, die sich auf die Darstellung der „Flüchtlingskrise“ in beiden Online-Zeitungen bezogen (Wie wird der „Flüchtlingsdiskurs“ in der österreichischen Online-Zeitung dargestellt? Wie wird er in der tschechischen Online-Zeitung dargestellt? Inwiefern unterscheiden sich die Darstellungen des „Flüchtlingsdiskurses“ in den tschechischen und in den österreichischen Zeitungen?) haben die Ergebnisse erwiesen, dass die Diskursstränge, die in beiden Online-Zeitungen am intensivsten aufgetreten sind, die EU-Flüchtlingspolitik (EU-Umverteilung von Flüchtlingen; Deutschland und Flüchtlingskrise), EU und die Flüchtlingskrise, Terrorismus und Sicherheitsfragen und der Diskursstrang Deutschlands-/Österreichs-/Tschechiens Asyl-/ Flüchtlingspolitik waren. Zu den Themen, die die österreichische Online-Zeitungen am meisten geprägt haben, gehören die Unterthemen „Österreichs Asyl-/ Flüchtlingspolitik“: Asylnotverordnung; AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt; Flüchtlinge und Sozialleistungen und die Bundespräsidentenwahl. Während die österreichische Online-Zeitung viel über die eigene Asyl- und Flüchtlingspolitik aber auch oft über die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Nachbarstaaten (Ungarn, Deutschland, Italien, Griechenland oder Visegrad-Gruppe) relativ ausgewogen informierte, fokussierte die tschechische Online-Zeitung iDnes.cz überwiegend auf Ereignisse in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“, die in ihrem Nachbarland Deutschland passiert.

Als nächstes wurde untersucht, ob die „Flüchtlingskrise“ in Verbindung mit Islam und MuslimInnen gebracht wird. Hierbei wurde das korpusanalytische Programm AntConc herangezogen, anhand dessen die Analyse des Kontextes, in dem die Wörter Islam und MuslimInnen auftreten, besser analysiert werden konnte. Die meisten Artikel haben sich auf: „Islam oder Islamismus“ (vor allem die Unterthemen Deutschland und Islam/Muslime;

Europa und Islam/Muslime und Radikalisierung befanden sich in vielen Artikeln) bezogen. Themen, die die Artikel von iDnes.cz prägten, waren „IS“ und „Muslime/Islam als Gefahr“. Hiermit wurden Unterthemen wie etwa illegale Migration und Schleusung von Islamisten nach Europa, Islamisten in Deutschland und anderen Ländern und die angstausslösenden Terrorangriffe in Europa verbunden. Im Vergleich zu den Artikeln von iDnes.cz wurden unter den ausgewählten 150 Artikeln von DiePresse.com um 2% weniger Artikel gefunden, in denen die Wörter Islam, Islamismus und MuslimInnen aufgetreten sind. Es wurden auch insgesamt deutlich weniger Treffer (d.h. die gesuchten Wörter) gefunden als in den Artikeln von iDnes.cz. Es wurde erneut bestätigt, dass, während die österreichische Online-Zeitung über andere Länder in Zusammenhang mit MuslimInnen, Islam und Islamismus berichtet, der Fokus der tschechischen Online-Zeitung beim Nachbarn Deutschland bleibt.

Während das Thema „Islam oder Islamismus“ und „IS“ gleichermaßen als die signifikantesten Themen vertreten sind, sind MuslimInnen, Islam und Islamismus am häufigsten im Kontext „Muslime/Islam als Gefahr“ aufgetreten (außer den Unterthemen „Radikalisierung“ und „Terrorangriffe“ wurde auch „Islamisierung Europas“ thematisiert). Weniger Aufmerksamkeit wurde dagegen dem Thema „Politik und Islam/Muslime“ geschenkt. Von DiePresse.com wurden „muslimische Flüchtlinge“ weniger oft thematisiert. Hingegen wurde dem Thema „Politik und Islam/Muslime“ mehr Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Zusammenhang wurde über Themen wie die Anti-Islam-Partei in Tschechien, die islamisch-konservative Regierung und Politik in der Türkei oder den Rechtspopulismus in den Niederlanden oder Dänemark berichtet.

Die Begriffe „Islam/Islamismus“ und „MuslimInnen“ wurden in beiden Zeitungen in etwa 20 Prozent der Fälle gefunden. Somit kann man schließen, dass andere Themen die „Flüchtlingskrise“ dominiert haben.

Eine weitere Forschungsfrage hat sich auf die Unterscheidung von Flüchtlingen/AsylwerberInnen und MigrantInnen bezogen. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass DiePresse.com und iDnes.cz mehrere Begriffe synonym als Bezeichnung von Flüchtlingen verwenden. Im Falle von iDnes.cz handelte es sich um Begriffe „uprchlíci“, „běženci“ oder „migranti“, während DiePresse.com die Begriffe Flüchtlinge, AsylwerberInnen und MigrantInnen abwechselnd bzw. synonym verwendet hat.

Im Weiteren wurden die Repräsentationsbilder von Flüchtlingen untersucht, die von drei Hauptrahmen (Flüchtlinge als Bedrohung, Opfer und aktiv handelnde Subjekte) ausgegangen sind. Somit wurde untersucht, welches Bild die Online-Zeitungen über

Flüchtlinge am häufigsten ihrer Leserschaft präsentieren. Sowohl bei den Texten von iDnes.cz als auch bei den Texten von DiePresse.com war der Hauptrahmen „Flüchtlinge als Bedrohung“ der am häufigsten vertretene Rahmen, der von dem Hauptrahmen „Flüchtlinge als Opfer“ gefolgt wurde. In beiden Online-Zeitungen hat die Kategorie „logistische Überforderung für den Staat“ überwogen. Gefolgt wird die erste Kategorie von den Kategorien „Opfer von Manipulation für politische Zwecke“ (um einiges präsenter in DiePresse.com als in den iDnes.cz-Artikeln) und „Flüchtlinge als Kriminelle oder Illegale“. Die zwei Kategorien „Opfer von Verfolgung und Krieg im Heimatland von Flüchtlingen“ und „das „hilfslose“ Opfer von (nicht-rassistisch motivierter) Gewalt“ wurden in den Texten von iDnes.cz und den Texten von DiePresse.com in derselben Häufigkeit gefunden. Seltener wurde in den ausgewählten Artikeln von DiePresse.com über die Kategorie „Opfer von Menschenmuggel oder Menschenhandel“, „Opfer von Rassismus und Xenophobie“, „nützliche/r ArbeiterIn bzw. die billige Arbeitskraft“ und „Eine/r von uns“ (Flüchtlinge als „erfolgreich“ integrierte Mitglieder „unserer“ Gesellschaft) berichtet. DiePresse.com sah Flüchtlinge weniger als iDnes.cz als Bedrohung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Einheit („Fremde“) oder der öffentlichen Gesundheit. Der gesamte Hauptrahmen Flüchtlinge als „aktiv handelnde Subjekte“ war in den DiePresse.com Artikeln wie in den iDnes.cz Artikeln sehr unterrepräsentiert.

Im Weiteren wurde in Bezug auf Wodak die Verwendung von Katastrophen- oder Krisemetaphern in Verbindung mit Flüchtlingen und/oder der „Flüchtlingskrise“ in den untersuchten Artikeln analysiert, denn die Anwendung solcher Metaphern wird als dehumanisierend bezeichnet und es ist sehr wichtig, auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Während DiePresse.com mehr die Wörter Flüchtlingsstrom oder Migrationsfluss verwendete, nutzte die tschechische Online-Zeitung eher die Wörter Flüchtlings-/Migrationswelle. In beiden Online-Zeitungen wurden Wasser-Metaphern wie Flüchtlings-/Migrationswelle oder Flüchtlings-/Migrationsstrom in Kontexten wie Bewältigung, Kontrolle, Regulierung oder Stopp der Welle bzw. des Stroms gefunden. Einerseits suggeriert diese Metapher „Gefahr“ (Strom, Flut), andererseits die Hilfslosigkeit von Menschen, die die „Gefahr“ nicht verhindern können. Vor allem im Kontext der Tschechischen Republik wird die Wasser-Metapher sehr häufig genutzt. Die geringe Anzahl an Flüchtlingen, die nach Tschechien kommen bzw. gekommen sind, kann jedoch keinesfalls mit einer lebensbedrohlichen Situation verglichen werden. Ebenfalls wird das Wort Krise/Krisen- übermäßig verwendet (in iDnes.cz fast viermal so oft wie in DiePresse.com).

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes der Darstellung der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen von Flüchtlingen wurden zwei ausgewählte Artikel einer kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger unterzogen. Der Artikel von iDnes.cz bezog sich auf die EU-Umverteilung von Flüchtlingen, der Artikel von DiePresse.com auf die Asylpolitik Österreichs und Ungarns. Beide untersuchten Artikel haben gezeigt, dass kein expliziter Rassismus oder Xenophobie in den Texten vorkommen, implizit werden jedoch Themen suggeriert, die die Flüchtlinge als Gefahr oder Problem darstellen. Dies steht in einem engen Zusammenhang zu den Ergebnissen über die Repräsentationsbilder der Flüchtlinge.

Die Analyse hat ebenfalls gezeigt, dass Flüchtlinge überwiegend als passiv repräsentiert werden und als „Objekte“ behandelt werden, über die gesprochen und entschieden wird, ohne viel Rücksicht auf sie (dies wird nur in wenigen Fällen hinterfragt und meistens erst darüber berichtet, wenn Flüchtlinge Opfer von Gewalt werden).

Dies bestätigt auch der wenig präsente mediale Rahmen „Flüchtlinge als aktiv handelnde Subjekte“. Da die Berichterstattung so gefangen ist in ihrem Hunger nach Negativität, der mit der Nachfrage bei der Leserschaft verbunden ist, werden solche Aspekte fast komplett ausgeblendet oder einer weniger wichtigen Subkategorie zugeordnet. Auch die Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Sie“ ist sehr präsent, denn Flüchtlinge werden oft als die weniger Gebildeten, die, die gebildet werden müssen, repräsentiert, oder (dies ist stärker bei den tschechischen Texten aufgetreten) Flüchtlinge werden als „Fremde“, als die „Anderen“ dargestellt. Dies ist präsent auch in der Gesamtdebatte über Quoten, denn der Gedanke dahinter ist die Aussage: „wir wollen nicht, dass sie kommen“ (auf die Zukunft bezogen). Fremdenfeindliche Aussagen werden nicht nur von PolitikerInnen, sondern auch von hochrangigen Persönlichkeiten wie etwa dem Präsidenten der Tschechischen Republik getroffen. IDnes.cz distanziert sich zwar oft von solchen Aussagen, durch den Raum, der diesen geschenkt wurde, wurde jedoch die Aufmerksamkeit auf das Thema erhöht und die Leserschaft könnte sich gerade durch die Aussagen von „wichtigen Persönlichkeiten“ in ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen bestätigt fühlen.

Durch eine Art der Berichterstattung, die einem Thema übermäßig viel Aufmerksamkeit schenkt und Artikel etwa zur „Flüchtlingskrise“ schreibt, die nur wenige neue Informationen anhalten, wird zur „Vertiefung der Krise“ beitragen, die weniger „Krise“ sein könnte, wäre sie nicht eine mediale „Sensation“. Dies ist vor allem bei den tschechischen Artikeln merkbar, die wegen des sehr geringen Ausmaßes der „Flüchtlingsthematik“ im Rahmen der „Innenpolitik“ ihre Blicke nach Deutschland und

allgemein ins Ausland werfen müssen, um zum „gefragten“ Thema schreiben zu können. Und das Thema ist „gefragt“, weil es von Eliten wie PolitikerInnen beispielsweise zu ihrem Wahlkampf-Thema gemacht wird und es für sie wichtig ist, die Berichterstattung über dieses Thema aufrechtzuhalten. So gelangt man wieder zur Wechselbeziehung der drei Diskurse – des medialen, des politischen und des alltäglichen. In den letzten Monaten lässt es sich jedoch beobachten, dass das Thema langsam weniger präsent ist und erkannt wird, dass die Problematik oft überspitzt dargestellt wurde. In dieser Masterarbeit wurde der Versuch unternommen, auf diese Thematik aufmerksam zu machen und die Leserschaft auf diese Problematik hinzuweisen. Es liegt jedoch an der Leserschaft, wie mit diesen Informationen umgegangen und die Berichterstattung hinterfragt wird.

Ich schließe mit den Worten von Franklin D. Roosevelt, mit denen ich diese Arbeit eröffnet habe: „*The Only Thing We Have to Fear Is Fear Itself*“.

Abkürzungsverzeichnis

BFA - Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
BKA – Bundeskanzleramt
BMI – Bundesministerium für Inneres
BPI – Blok proti Islámu [Block gegen Islam]
BRD – Bundesrepublik Deutschland
CzDL – Czech Defence League
EK - Europäische Kommission
EP - Europäisches Parlament
EU - Europäische Union
EU-15 - Europäische Union vor der sogenannten Ost-Erweiterung im Jahr 2004
EVS – European Values Study
EWG - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs
GEAS – das Gemeinsame Europäische Asylsystem
GFK - Genfer Flüchtlingskonvention
IvČRN – Islám v ČR nechceme [Wir wollen keinen Islam in der Tschechischen Republik]
MVČR – Ministerstvo vnitra České Republiky (Innenministerium der Tschechischen Republik)
ODS – Občanská demokratická strana [Demokratischen Bürgerpartei]
OKS - Občanská konzervativní strana Jiřího Janečka [Bürgerlich-konservative Partei von Jiří Janeček]
OSF – Open Society Fund
ÖVP – Österreichische Volkspartei
ÖWA – Österreichische Web Analyse
PEGIDA - Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SPD - Svoboda a přímá demokracie [Freiheit und direkte Demokratie]
SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs
UNHCR - Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen
ÚNK – Úsvit – Národní koalice [Dämmerung – Nationalkoalition]
UBS - Unie bezpečnostních sborů [Union der Sicherheitskräfte]
ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Literaturverzeichnis

Aced, Miriam; Düzyol, Tamer; Rüzgar, Arif; Schaft, Christian (2014): Migration, Asyl und (post-)migrantische Lebenswelten in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken. Münster: LIT Verlag.

Akdeniz, Yaman (2009): Racism on the Internet. Straßburg: Council of Europe.

Ataç, Ilker; Kron, Stefanie; Schilliger, Sarah; Schwiertz, Helge; Stierl, Maurice (2015): Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe. In: movements, Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Jg.1, Nr. 2. Online Zugriff: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.ata%C3%A7,kron,schilliger,schwiertz,stierl--einleitung.html> [Zugriff: 30.11.2016]

Ataç, Ilker et al. (2014): Migration und Entwicklung. Eine Einleitung. In: Ataç, Ilker et al. (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Promediaverlag & Südwind, 7-19.

Berking, Helmuth (2010): Der Migrant. In: Moebius, Stephan; Schroer, Markus (Hg.); Hacker, Diven, Spekulant. Sozialfiguren der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp, 291-302.

Burjanek, Ales (2001): Xenophobia among the Czech Population in the Context of Post-Communist Countries and Western Europe. Czech Sociological Review, Bd. 9, Nr. 1, 53-67.

Burton, Graeme; Jiráček, Jan (2003): Úvod do studia médií. [Einführung in Medienstudien] Brunn: Barrister and principal.

Castro Varela, María do Mar; Mecheril, Paul (2016): Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: Transcript Verlag.

Charvátová, Adéla (2006): Azyl v Rakousku a České republice. [Asyl in Österreich und in der Tschechischen Republik] Karlsuniversität Prag: Diplomarbeit.

Čaněk, David (1996): Národ, národnost, menšiny a rasismus. [Nation, Nationalität, Minderheiten und Rassismus] Prag: Institut für mitteleuropäische Kultur und Politik.

David, Jan (2009): Mezinárodněprávní úprava postavení uprchlíků. [Status of Refugees in International Law]. Palacky-Universität Olmütz: Diplomarbeit.

- Drápal, Martin (2011): Pravicové nebo levicové? Obsahová analýza editoriaální agendy vybraných českých deníků optikou teorie politického paralelismu. [On the right wing or left wing? Content analysis of editorial agenda of selected Czech dailies]. Masaryk-Universität Brunn: Diplomarbeit.
- Drbohlav, Dušan (1999): Gastarbajři z Východu. [Gastarbeiter aus dem Osten]. Respekt, Nr. 19/ 7, 1-2.
- Düvell, Franck (2006): Europäische und internationale Migration: Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. Münster: LIT Verlag.
- Fairclough, Norman; Wodak, Ruth (1997): Critical discourse analysis. In: T. A. van Dijk (Hg.): Discourse Studies A Multidisciplinary Introduction, Vol. 2. Discourse as Social Interaction. London: Sage, 258-284.
- Fidler, Harald (2008): Österreichs Medienwelt von A bis Z – Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehn“ bis „Zeitungssterben“. Wien: Falter Verlag.
- Foucault, Michel [1969] (1990): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main (u. a.): Ullstein.
- Friesl, Christian; Renner, Katharina; Wieser, Renate (2010): "Wir" und "die Anderen": Einstellungen zu "Fremden" und "Fremdenfeindlichkeit" in Österreich. In: SWS-Rundschau 50, 1, 6-32. Online Zugriff: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-321141> [Zugriff: 30.11.2016]
- Gabal, Ivan et al. (1999): Etnické klima české společnosti. [Ethnisches Klima der tschechischen Gesellschaft] In: Gabal, Ivan (Hg.) Etnické menšiny ve střední Evropě: konflikt nebo integrace. [Ethnische Minderheiten in Mitteleuropa: Konflikt oder Integration] Prag: G plus G.
- Galtung, Johan; Ruge, Mari Holmboe (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. Journal of Peace Research, Bd. 2, Nr. 1, 64-91.
- Gamson, William A.; Modigliani, Dan Andre (1989): Media discourse and public opinion on nuclear power: A constructionist approach. American Journal of Sociology, Bd. 95, Nr. 1, 1–37.

- Gamson, William A., Modigliani, dan Andre (1987): The changing culture of affirmative action. In: Richard G. Braungart; Margaret M. Braungart (Hg.): Research in political sociology, Bd. 3. Greenwich, CT: JAI Press, 137–177.
- Geis, Martin (2015): Migration in Deutschland. Interregionale Migrationsmotivatoren. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Gitlin, Todd (1980): The whole world is watching: Mass media in the making & unmaking of the new left. Berkeley: University of California Press.
- Glélé-Ahanhanzo, Maurice (1995): Implementation of the Programme of Action for the Second Decade to Combat Racism and Racial Discrimination – Report of the UN Special Rapporteur on Contemporary Forms of Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance, CHR Res. 1994/65, UN ESCOR, 51st Sess., UN Doc. E/1995/78.
- Hall, Stuart (1989): Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien. In: Rätzsch, Nora (Hg.): Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument, 150-237.
- Hall, Stuart (1994): Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht. In: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg, 137-179.
- Hobsbawm, Eric J. (1992): Ethnicity and Nationalism in Europe Today. Anthropology Today, Bd.8, Nr. 1, 3-8.
- Hokovský, Radko; Kopal, Jiří (2013): Politics and policies of integration in Austria, Hungary, Czechia, Denmark and at the EU level. Brunn & Prag: League of Human Rights & European Values Think-Tank.
- Hoffmann-Nowotny; Hans-Joachim (2000): Vorwort. In: Stolz, Jörg (Hg.): Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, 15–17.
- Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 4. Aufl. Münster: Unrast.
- Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 2. Aufl. Münster: UNRAST-Verlag.

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Jirák, Jan; Köpplová, Barbara (2003): Média a společnost. [Medien und Gesellschaft]. Prag: Portál.

Jung, Matthias et. al (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse: ein diskurstheoretisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kluge, Ulrike; Bostanci, Seyran (2012): MigrantInnen als Bedrohung – Die neue Diskursfähigkeit einst abgelegter Weltbilder. In: Andreas, Heinz; Kluge, Ulrike: Einwanderung - Bedrohung oder Zukunft? Mythen und Fakten zur Integration. Frankfurt am Main: Campus, 16-35.

Kneer, Georg (2010): Der Hybride. In: Moebius, Stephan; Schroer Markus (Hg.): Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp Verlag, 219-234.

Köfner, Gottfried; Nicolaus, Peter (1986): Grundlagen des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/München: Kaiser-Grünwald Verlag.

Krzyzanowski, Michal; Wodak, Ruth (2008a): Migration und Rassismus in Österreich. In: Gomes, Bea; Schicho, Walter; Sonderegger, Arno (Hg.): Rassismus. Beiträge zu einem vielschichtigen Phänomen. Wien: Mandelbaum, 256-278.

Krzyżanowski, Michal; Wodak, Ruth (2008b): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. New Brunswick, New Jersey: Transaction Publishers.

Kunczik, Michael (1995): Základy masové komunikace. [Grundlagen der massmedialen Kommunikation]. Prag: Karolinum.

Luft, Stefan (2016): Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München: Verlag C.H. Beck.

Luginbühl, Martin, Schwab, Kathrine, Burger, Harald (2004): Geschichten über Fremde: eine linguistische Narrationsanalyse von Schweizer Fernsehnachrichten von 1957 bis 1999. Peter Lang: Bern.

Mareš, Miroslav (2013): Pravicový extremismus a radikalismus v ČR. [Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in der Tschechischen Republik]. Brunn: Barrister & Principal 1. Aufl. Barrister & Principal Centrum strategických studií.

- Masařová, Nela Helena (2016): Terminologie der Asyl- und Flüchtlingspolitik des UNHCR in den Sprachen Deutsch und Englisch. Universität Wien: Masterarbeit.
- Matouschek, Bernd; Wodak, Ruth; Januschek, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen Verlag.
- McQuail, Denis (1999): Úvod do teorie masové komunikace. [Einführung in die Theorie der massmedialen Kommunikation]. Übersetzt von: Jan Jiráček; Marcel Kabát. Aufl. 1. Prag: Portál.
- McQuail, Denis (2002): Úvod do teorie masové komunikace. [Einführung in die Theorie der massmedialen Kommunikation]. 2. Aufl. Prag: Portál.
- McQuail, Denis (2005): McQuail's mass communication theory. 5. Auflage. London: Sage.
- McQuail, Denis (2005): McQuail's mass communication theory. 6. Auflage. London: Sage.
- Mecheril, Paul (2007): Migration und Integration. In: Straub, Jürgen; Weidemann, Arne; Weidemann, Doris (Hg.): Handbuch interkulturelle Kommunikation und Kompetenz. Grundbegriffe - Theorien - Anwendungsfelder. Stuttgart und Weimar: Metzler, 469–480.
- Mecheril, Paul; Varela, Maria do Mar Castro; Dirim, Inci; Kalpaka, Annita; Melter, Claus (2010): Migrationspädagogik. Weinham und Basel: Beltz Verlag.
- Mecheril, Paul; Thomas-Olalde, Oscar; Melter, Claus; Arens, Susanne; Romaner (2013): Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Meyer-Lucht, Robin (2005): Nachrichtensites im Wettbewerb. München: Reinhard Fischer.
- Mokre, Monika (2015): Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna. Transversal: Wien.
- Nečas, Ctibor (1995): Romové v České republice včera a dnes. [Roma in der Tschechischen Republik gestern und heute] Olomütz: Vydavatelství Univerzity Palackého.
- Nešpor, Zdeněk; Lužný, Dušan (2007): Sociologie náboženství. [Soziologie der Religion]. Prag: Portál.
- Nuscheler, Franz (2004): Internationale Migration. Flucht und Asyl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickering, Michael (2001): Stereotyping: the politics of representation. Basingstoke: Palgrave.

Ramazan, Koza (2009): Migration und Integration im Spiegel der österreichischen Presse - eine kritische Diskursanalyse in der österreichischen Presse „Kurier“, „die Presse“ und „der Standard. Universität Wien: Diplomarbeit.

Riefler, Katja (1995): Zeitung Online – Neue Wege zu Lesern und Anzeigenkunden. Bonn: ZV Zeitungsverlags-Service.

Riefler, Katja (1997): Zeitungen Online – Was sucht ein Traditionsmedium in Computernetzen? In: Beck, Klaus; Vowe, Gerhard (Hg.): Computernetze – ein Medium öffentlicher Kommunikation? Berlin: Wissenschaftsverlag Volker Spiess, 27-58.

Ritter, Monika (2011): Verständigung im Asylverfahren. Rechtliche und soziolinguistische Analyse mit Fokus auf verständliche Sprache am Beispiel Asylsuchender aus afrikanischen Herkunftsländern. Universität Wien: Diplomarbeit.

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hg.), Rassismuskritik. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 25-38.

Sackmann, Rosemarie (2013): Zuwanderung und Integration: Theorien und empirische Befunde aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland. Wiesbaden: Springer-Verlag.

Saglam, Muhammet (2009): „Journalistische Qualität im Internet“. Fallbeispiel www.derStandard.at. Universität Wien: Diplomarbeit.

Säid, Edward (1979): Orientalism. New York: Vintage Books.

Scheufele, Dietram A. (1999): Framing as a Theory of Media Effects. Journal of Communication. Nr. 49, 103-122. Online Zugriff: http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations-_und_Medienwissenschaft/Vowe/Forscherguppe/Scheufele_Framing_theory_media_effec ts.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Singer, Matthias (2016): Eine Analyse des Politischen Spektrums anhand von Kommentaren zur Berichterstattung in Diskussionsforen der Online-Zeitungen derStandard.at und DiePresse.com. Universität Wien: Diplomarbeit.

Šmajzrová, Kateřina (2016): Komparace mediálního pokrytí uprchlické agendy v denících MF Dnes a FAZ [Comparison of media coverage of the refugee agenda in dailies MF Dnes and FAZ]. Masaryk-Universität Brunn: Diplomarbeit.

Spott, Markus; Rieß, Martin; Zeh, Reimar (1998): Nutzung von Online-Zeitungen – Betrachtung am Fallbeispiel SZ ON Net. In: Hagen, Lutz (Hg.): Online-Medien als Quellen politischer Information – Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 130-168.

Štveráková, Iveta (2013): Vliv změny vlastnictví médií na obsah vybraných deníků: případ akvizice mediální skupiny MAFRA. [The Effect of Change of Media Ownership on the Content of Selected Daily Papers: The Case of the MAFRA Media House Acquisition]. Wirtschaftsuniversität Prag: Diplomarbeit.

Surá, Martina (2009): Mediální obraz cizinců na zpravodajském serveru Brno iDnes.cz. [Mediale Repräsentation von Ausländern des Nachrichtenservers idnes.cz Brno]. Masaryk Universität: Diplomarbeit.

Svobodová, Martina (2015): Nenávistné projevy v online prostředí. Internetové diskuze v Česku. [Hass im Netz. Internetdiskussionen in Tschechien]. Prag: Multikulturní centrum.

Titscher, Stefan; Wodak, Ruth; Meyer, Michael; Vetter, Eva (1998): Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Tuchman, Gaye (1978): Making news: A study in the construction of reality. New York: Free Press.

Van Dijk, Teun A. (1991): Racism and the Press. London, New York: Routledge.

Wallace, Claire (1999): Xenophobia in Transition: Austria and Eastern Europe Compared. (Research Report). Vienna: Institute for Advanced Studies.

Weinzierl, Ruth (2005): Flüchtlinge: Schutz und Abwehr in der erweiterten EU. Funktionsweise, Folgen und Perspektiven der europäischen Integration. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Weiss, Hilde (2004): Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich. Mit einem Beitrag von Christoph Reinprecht. Wien: Braumüller.

Wimmer, Andreas (1997): Explaining Xenophobia and Racism: A Critical Review of Current Research Approaches. Ethnic and Racial Studies 20/1, 17-23.

Wodak, Ruth (1996a): Disorders in Discourse. London: Longman.

Wodak, Ruth (1996b): The genesis of racist discourse in Austria since 1989. In: Caldas-Coulthard, Carmen Rosa & Coulthard, Malcolm (eds.): Texts and practices – Readings in critical discourse analysis. London: Routledge, 107-128.

Wodak, Ruth; Köhler, Katharina (2010): Wer oder was ist »fremd«? Diskurshistorische Analyse fremdenfeindlicher Rhetorik in Österreich. SWS-Rundschau. 50/1, 33–55.

Wolf, Josef (2000): Člověk a jeho svět. II., Lidské rasy a rasismus v dějinách a v současnosti. [Der Mensch und seine Welt. II. Rassen und Rassismus in der Geschichte und Gegenwart]. Prag: Karolinum.

Zbořilová, Dagmar (2008): Diskriminace národnostních menšin v České republice v kontextu s hledáním zaměstnání. [Diskriminierung von Minderheiten in der Tschechischen Republik im Kontext der Arbeitssuche]. Masaryk Universität Brunn: Diplomarbeit.

Zipfel, Theodor (1998): Online-Medien und politische Kommunikation im demokratischen System. In: Hagen, Lutz (Hg.): Online-Medien als Quellen politischer Information – Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 20-53.

Internetseiten

Bauer, Werner.T (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Online Zugriff: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Bauer, Lucia; Schmidinger, Thomas (2011): Rassismus im Betrieb. Online Zugriff: <https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/o/we4u/text/pgs-07.pdf> [Zugriff: 30.11.2016]

Broden, Anne (2008): Rassismus heute. <http://www.ida-nrw.de/Diskriminierung/html/frassakt.htm> [Zugriff: 30.11.2016]

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Das Bundesamt in Zahlen 2015 https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015-asyl.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 30.11.2016]

Bundesministerium für Inneres (2015): Asylstatistik 2015.

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf

[Zugriff: 30.11.2016]

Bundesministerium für Inneres (2016): Vorläufige Asylstatistik Mai 2016.

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2016/Asylstatistik_Mai_2016.pdf

[Zugriff: 30.11.2016]

Bundesministerium für Inneres (2016): Stimmenstärkste Kandidaten pro Bundesland.

<http://wahl16.bmi.gv.at/1604-0.html> [Zugriff: 30.11.2016]

Bundeskanzleramt (2016): Asylverfahren.

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/321/Seite.3210002.html> [Zugriff:

30.11.2016]

Bundeskanzleramt (2016): Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10005235> [Zugriff: 30.11.2016]

Český statistický úřad (2016): Obyvatelstvo podle náboženské víry a pohlaví podle

výsledků sčítání lidu v letech 1921, 1930, 1950, 1991, 2001 a 2011. [Religion und Geschlecht der Bevölkerung in den Jahren 1921, 1930, 1950, 1991, 2001 und 2011].

<https://www.czso.cz/csu/czso/demograficka-prirucka-2015> [Zugriff: 30.11.2016]

Český statistický úřad (2016): Obecná míra nezaměstnanosti v ČR a krajích. [Allgemeine Beschäftigungsraten in der Tschechischen Republik und ihren Bezirken]. 12.07.2016.

https://www.czso.cz/csu/czso/obecna_mira_nezamestnanosti_v_cr_a_krajich [Zugriff:

30.11.2016]

Člověk v tísni (2016): Jak se šíří nenávisť na českém internetu? [Wie wird Hass im

tschechischen Internet verbreitet?]. 31.3.2016. <https://www.clovekvtsni.cz/cs/clanky/jak-se-siri-nenavist-na-ceskem-internetu#dalsi-grafy-si-rozbalte-zde> [Zugriff: 30.11.2016]

D'Angelo, Alessio (2016): Remembering the refugee crisis. 14.04.2016.

<https://mdxminds.com/2016/04/14/remembering-the-refugee-crisis/> [Zugriff: 30.11.2016]

DiePresse.com (2015): ÖWA: DiePresse.com steigert Reichweite auf 15,6 Prozent. 09.04.2015. http://DiePresse.com/home/kultur/medien/4704593/OWA_DiePressecom-steigert-Reichweite-auf-156-Prozent [Zugriff: 30.11.2016]

Europäische Kommission (2016): Pressemitteilung - Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. 12.1.2016. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6134_de.htm [Zugriff: 30.11.2016]

Europäische Kommission (2016): Umverteilung und Neuansiedlung – aktueller Stand. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/relocation_resettlement_20160304_de.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Europäisches Parlament (2016): Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_09/zusatzthemen_11.html [Zugriff: 30.11.2016]

Europäisches Parlament (2016): Dossier zum Thema Migration. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/topstories/20150831TST91035/Migration-a-common-challenge> [Zugriff: 30.11.2016]

Europäische Union (2013): Amtsblatt der Europäischen Union. Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des europäischen Parlaments und des Rates. 26.6.2013. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0031:0059:de:PDF> [Zugriff: 30.11.2016]

Eurostat (2015): Statistiken über Asyl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics/de [Zugriff: 30.11.2016]

Eurostat (2015): Asyl in der EU. Über 210 000 erstmalige Asylbewerber in der EU im zweiten Quartal 2015. 18.09.2015. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6996930/3-18092015-BP-DE.pdf/d08b4652-2b94-4da0-9fff-bb2924a09754> [Zugriff: 30.11.2016]

Eurostat (2014): Die fünf am stärksten repräsentierten Staatsangehörigkeiten bei Asylbewerbern (Drittstaaten). http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/4/42/Five_main_citizenships_of_%28non-

EU%29_asylum_applicants%2C_2014_%28number%2C_rounded_figures%29_YB15_III-de.png [Zugriff: 30.11.2016]

iDnes.cz (2016): Čtenáři IDNES.CZ. [LeserInnen von iDnes.cz].

http://data.iDnes.cz/soubory/mafra_all/A161104_TVE_002_IDNES.PDF [Zugriff: 30.11.2016]

Mecheril, Paul (2001): Psychologische Erklärungsansätze zum Rassismus. Einige Problematisierungen. Online Zugriff: http://www.ida-nrw.de/cms/upload/PDF/Vortrag_Mecheril.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Medienservicestelle (2016): Massiver Anstieg rechtsmotivierter Straftaten.04.05.2016. http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2016/05/04/massiver-anstieg-rechtsmotivierter-straftaten/ [Zugriff: 30.11.2016]

Medienservicestelle (2016): Menschenrechtsbefund 2016: Hass im Netz gegen Geflüchtete steigt. 09.12.2016. http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2016/12/09/menschenrechtsbefund-2016-hass-im-netz-gegen-gefluechtete-steigt/ [Zugriff: 30.11.2016]

Miloni, Dimitra L.; Spyridou, Lia-Paschalia; Vadratsikas, Konstantinos (2015): Framing Immigration in Online Media and Television News in Crisis –stricken. <http://eds.a.ebscohost.com/eds/pdfviewer/pdfviewer?sid=9951d469-a145-4969-a26c-7bde82b29311%40sessionmgr4004&vid=0&hid=4102> [Zugriff: 30.11.2016]

Ministerstvo vnitra (2016): Statistické zprávy o mezinárodní ochraně 2016. [Statistischer Bericht über internationalen Schutz 2016]. 17.10.2016. <http://www.mvcr.cz/clanek/statisticke-zpravy-o-mezinarodni-ochrane-za-jednotlive-mesice-v-roce-2016.aspx?q=Y2hudW09Mg%3d%3d> [Zugriff: 30.11.2016]

Ministerstvo vnitra (2016): Statistické zprávy o mezinárodní ochraně 2015. [Statistischer Bericht über internationalen Schutz 2015]. 20.01.2016. <http://www.mvcr.cz/clanek/statisticke-zpravy-o-mezinarodni-ochrane-za-jednotlive-mesice-v-roce-2015.aspx> [Zugriff: 30.11.2016]

Ministerstvo vnitra ČR (2007): Informace o problematice extremismu na území České Republiky v roce 2007. [Informationen über die Problematik des Rechtsextremismus auf dem Gebiet der Tschechischen Republik 2007]. <http://www.mvcr.cz/clanek/extremismus-vyrocní-zpravy-o-extremismu-a-strategie-boje-proti-extremismu.aspx> [Zugriff: 30.11.2016]

Ministerstvo vnitra ČR (2015): Obecný přehled předmětu úpravy zákona o azylu. [Überblick über das Asylgesetz]. 29.01.2015. <http://www.mvcr.cz/clanek/obecný-prehled-predmetu-upravy-zakona-o-azylu.aspx> [Zugriff: 30.11.2016]

Ministerstvo vnitra ČR (2016): Informace o problematice extremismu na území České Republiky v roce 2015. [Informationen über die Problematik des Rechtsextremismus auf dem Gebiet der Tschechischen Republik 2015]. <http://www.mvcr.cz/clanek/vyrocní-zprava-o-extremismu-na-uzemi-ceske-republiky-v-roce-2015.aspx> [Zugriff: 30.11.2016]

Nadace Open Society Fund Praha (2016): Mediální analýza – Nadace OSF a FSV UK. Online Zugriff: <http://www.osf.cz/hodinavolby/o-kom-pisi-media.html> [Zugriff: 30.11.2016]

Österreichische Webanalyse (2016): ÖWA Plus Ergebnisse der Studie 2014-II. 08.10.2014. http://www.oewa.at/fileadmin/Documents/documents/oewa_plus_14q2.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Republik Österreich Parlament (2016): Recht auf Asylverfahren kann künftig zeitweilig eingeschränkt werden. 27.04.2016. https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0411/ [Zugriff: 30.11.2016]

Radio Prag (2016): Christliche Iraker aus Tschechien finden Kirchenasyl in Herrnhut. 25.07.2016. <http://www.radio.cz/de/rubrik/nachrichten/christliche-iraker-aus-tschechien-finden-kirchenasyl-in-herrnhut> [Zugriff: 30.11.2016]

Scheufele, Dietram A.; Shanto, Iyengar (2011): The state of framing research: A call for new direction. <http://pcl.stanford.edu/research/2011/scheufele-framing.pdf> [Zugriff: 30.11.2016]

Schiffer-Nasserie, Arian (2016): „Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“ in Deutschland. 15.01.2016. <http://www.migazin.de/2016/01/15/abweichende-ueberlegungen-fluechtlingskrise-willkommenskultur-deutschland> [Zugriff: 30.11.2016]

Schwager, Martina (2016): EU-Krise wird auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. 01.03.2016. <http://www.migazin.de/2016/03/01/migrationsforscher-eu-krise-ruecken-fluechtlinge/> [Zugriff: 30.11.2016]

Statistik Austria (2015): Migration & Integration. Zahlen. Date. Indikatoren 2015. http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/Statistisches_Jahrbuch_migration_integration_2015_.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Tkaczyk, Michal; Macek, Jakub; Pospěch Petr (2015): Analýza mediálního pokrytí uprchlické krize [Analyse der Berichterstattung über die Flüchtlingskrise] Online Zugriff:
https://www.academia.edu/19606917/Anal%C3%BDza_medi%C3%A1ln%C3%ADho_pokryt%C3%AD_uprchlick%C3%A9_krize_v%C3%BDzkumn%C3%A1_zpr%C3%A1va_ [Zugriff: 30.11.2016]

UNHCR (2013): Flucht und Asyl in Österreich – die häufigsten Fragen und Antworten. http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/in_oesterreich/Questions_Answers_2013.pdf [Zugriff: 30.11.2016]

Yaylaci, Filiz Göktuna; Karakus, Mine (2015): Perceptions and newspaper coverage of Syrian refugees in Turkey. Migration letters. http://econpapers.repec.org/article/migjournl/v_3a12_3ay_3a2015_3ai_3a3_3ap_3a238-250.htm [Zugriff: 30.11.2016]

Anhang

1. Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge – iDnes.cz
2. Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge – DiePresse.com
3. Rahmen: Opfer
4. Rahmen: Bedrohung
5. Rahmen: Aktiv handelndes Subjekt

Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen der Flüchtlinge – iDnes.cz

Nr.	Datum	Titel des Zeitungsartikels	Länge (Wörteranzahl)	Themen	Rubrik	Autor /in	Bilder/ Video	Leitthema
1	01.04.2016	Chovanec zastavil projekt Generace 21, uprchlíci chtějí vrátit své pasy	998	Irakische Flüchtlinge (in Jihlava) lehnen das Asyl in Tschechien ab und wollen weiterreisen, andere bleiben, Ähnlichkeiten zur Situation in Polen	Nachrichten	ČTK, san, tb	Ja + Video	Irakische Flüchtlinge
2	01.04.2016	Uprchlíci na ostrově Chios se bouří, mají strach z deportace do Turecka	602	EU-Türkei Deal und seine Auswirkungen, Unruhe in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln	Nachrichten	ČTK	Ja + Video	Griechenland und Flüchtlingskrise
3	01.04.2016	Itálie se chystá na jarní vlnu migrantů, pašeráci inzerují na Facebooku	291	Schlepperinserat auf Facebook, aufgrund EU-Türkei Deals wird erwartet, dass mehr Flüchtlinge über Italien in die EU einreisen wollen werden	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
4	01.04.2016	Chci do Evropy, svěřila se švédskému bulváru Bagdádího exmanželka	511	Ex-Frau des vermutlichen IS-Führers spricht über ihre Ehe, ihre Scheidung und Flucht und den Wunsch, in Freiheit und Europa zu wohnen	Nachrichten	ČTK	Ja	Flüchtlingskrise und die Welt
5	02.04.2016	Nespokojení Iráčané odjíždějí z Vysočiny do Německa, míří do Essenu	377	Irakische Familie verlässt Tschechien, andere Familien bleiben, Unzufriedenheitsgründe werden analysiert	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Irakische Flüchtlinge

6	02.04.2016	Salah si sebevražedný útok nakonec rozmyslel, tvrdí Abdeslamův bratr	496	Salah Abdeslam, der bei Pariser Attacken in November das Selbstmordattentat doch nicht durchgeführt hat, wurde in Belgien gefunden, Attacke am Brüsseler Flughafen folgten, Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen an Flughäfen notwendig	Nachrichten	ert	Ja + Video	Terrorismus
7	02.04.2016	Rakousko vyšle vojáky na hranice s Itálií, očekává změnu migrační trasy	1210	Österreich plant Soldaten an seine Grenze mit Italien zu schicken, Kritik des EU-Türkei Deals, Abschiebungen von Migranten aus Griechenland in die Türkei	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Grenzschutz
8	03.04.2016	Iráčané chycení v Sasku se vrátí v pondělí do Česka, zamíří do detence	922	Irakische Familie, die Asyl in Tschechien abgelehnt hat, ist nach Deutschland gereist, dort wurden sie festgehalten und zurückgeschickt, andere Familien bleiben in Tschechien	Nachrichten	ČTK, fka	Ja	Irakische Flüchtlinge
9	03.04.2016	Němci spočítali své džihádisty, nebezpečný je jeden muslim z 10 tisíc	977	Anzahl von Islamisten in Deutschland nach Bundesländern (gefährlich ist angeblich 1 Muslim in 1000), Islamismus in Deutschland und seine Wurzeln, Zusammenhang mit Flüchtlingen	Nachrichten	Michal Bělka	Ja	Terrorismus
10	03.04.2016	Němci zadrželi autobus s iráckými běženci z Česka, vracejí je zpět	628	Äußerungen des tschechischen Innenministers, geplante Ausweisung der Flüchtlinge aus Tschechien, Hilfsprogramm für Unterstützung der Flüchtlinge gestoppt	Nachrichten	jw, vok	Ja	Irakische Flüchtlinge
11	03.04.2016	Evropa by měla kontrolovat knihy o islámu, říká poradce muslimů z Antverp	835	Identitätskrise junger MuslimInnen, Europa sollte Bücher über Islam kontrollieren, sagt Berater von MuslimInnen aus Antwerpen	Nachrichten	MF DNE S, Jana Šafaříková, MF DNE S	Ja	Terrorismus

12	04.04.2016	Iráčtí křesťané se do Česka nevrátí. Požádali o azyl v Německu	716	Tschechischer Innenminister kritisiert Verlauf des Asylverfahrens im Rahmen der EU, 25 Irakische Asylanten können in Deutschland um Asyl ansuchen aufgrund der Familienzusammenführung, Signal an andere Flüchtlinge in Tschechien	Nachrichten	Václav Ferebauer	Ja + Video	Irakische Flüchtlinge
13	04.04.2016	Řecko začíná plnit dohodu. Uprchlíky vezou lodě zpět do Turecka	739	EU-Türkei Deal, erste Abschiebungen	Nachrichten	rych	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
14	05.04.2016	Peníze nestačí, Evropa má nést svůj díl, miní turecký expert na migraci	1092	Interview mit Gökyay Özerim (Direktor des Europäischen Forschungszentrums in Izmir), Türkei als das von der "Migrationskrise" meist betroffene Land EU-Türkei Deal, Schlepperwesen, Solidarität in Europa, Syrienkrieg	Nachrichten	Anna Barochová	Ja	EU-Türkei Deal
15	05.04.2016	Německo vrátí irácké běžence, kteří odjeli z Česka. Prý je jen lustruje	280	Überprüfung der irakischen Flüchtlinge in Deutschland, Verhandlungen über ihre Rückführung nach Tschechien	Nachrichten	cen, ČTK	Ja	Irakische Flüchtlinge
16	05.04.2016	Pomohl přivést Iráčany do ČR. Něco se nepovedlo, říká k jejich odchodu	745	Bericht des Leiters einer NGO über ihre Tätigkeit, der Vorauswahl der Flüchtlinge (christliche SyrerInnen usw.), die in Tschechien Asyl beantragt haben und ihre Entscheidung Asyl in Tschechien abzulehnen	Nachrichten	Ivana Karásková	Ja + Video	Irakische Flüchtlinge
17	05.04.2016	NATO hledá možnosti, jak rozšířit pomoc v boji proti Islámskému státu	404	NATO im Kampf gegen IS, Situation in Afghanistan, Bewältigung der Flüchtlingswelle nach Europa, Terrorismus, Konflikt an der Ukraine, Äußerungen Trumps zur NATO	Nachrichten	inc natoa ktual. cz	Ja	IS
18	05.04.2016	Na hranice přijeli vojáci. Prověřují dojezdové časy v případech krize	366	Präventive Militärübung an den Grenzen, Erhöhung der Truppen in Alarmbereitschaft, Simulationsübung für Fall einer höheren Anzahl an Flüchtlingsankünften in Tschechien	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja + Video	Grenzschutz

19	05.04.2016	Řecko chce vystěhovat migranty z Idomeni. Nenechte se, radí jim aktivisté	396	Flüchtlingssituation in Griechenland, Umsiedlung der Flüchtlinge aus Idomeni, Protest der Aktivisten, EU-Türkei Deal, mehr Asylantragstellungen in Griechenland	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	Griechenland und Flüchtlingskrise
20	05.04.2016	Pařížské útoky chystal terorista roky, snil o džihádu v Evropě	726	Belgischer Attentäter Abdelhamid Abaaoud, für IS tätig, organisierte Attentate in Europa	Nachrichten		Ja	Terrorismus
21	05.04.2016	Peníze nestačí, Evropa musí převzít odpovědnost, míní turecký expert na migraci	1091	EU-Türkei Deal	Nachrichten	Anna Barochová	Ja	EU-Türkei Deal
22	06.04.2016	Česko odmítá rozdělovat uprchlíky v Bruselu. Babiš a ODS chtějí žalobu	851	Tschechien lehnt die EU-weite Flüchtlingsumverteilung ab; Tschechien verlangt eigene „Flüchtlingspolitik“ und keine Quoten, tschechische Politiker überlegen eine Klage, Umverteilung funktioniert nicht: Beispiel der asyablehnenden Familie	Nachrichten	ane/ČTK	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
23	06.04.2016	Brusel chce upravit azylové řízení, migranty by rozdělil podle klíče	763	Umverteilung von Flüchtlingen, Tschechien lehnt Quoten ab	Nachrichten	aba	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
24	08.04.2016	Žadatelů o azyl v Německu ubývá, hranice nyní překročí 200 uprchlíků denně	691	Wenige Asylantragstellungen in Deutschland, Integration von Flüchtlingen, Schließung der Balkanroute, Abschiebungen in sichere Länder	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
25	08.04.2016	Uprchlíci opouštějí německá maloměsta. Chceme to právě Německo, říkají	411	Migranten in Deutschland migrieren aus kleinen Städten in große Städten auf der Suche nach besseren Lebenschancen	Nachrichten	fka	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
26	10.04.2016	Lékaři ošetřili přes 260 běženců, které policie zaháněla slzným plynem	615	Ausschreitungen an der mazedonisch-griechischen Grenze, Einsatz von Tränengas, Proteste gegen Abschiebungen, EU-Türkei Deal	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise

27	11.04.2016	V řešení uprchlické krize lidé nejvíc věří Zemanovi, extremisté propadli	318	Umfrage: Wer kann am besten die Flüchtlingskrise meistern (Zeman, Babiš, Sobotka...)	Nachrichten	Ondřej Leinert, Bronislav Pavlík	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
28	11.04.2016	Makedonie pod palbou kritiky. Nasazení slzného plynu vadí OSN i Tsiprasovi	555	Kritik an der mazedonischen Polizei wegen des Einsatzes von Tränengas gegen Flüchtlinge, Frustration fördert Radikalisierung unter Flüchtlingen	Nachrichten	ert, ČTK	Ja + Video	Mazedonien und Flüchtlingskrise
29	11.04.2016	Většina Čechů cítí napjaté vztahy s cizinci, ovlivňuje je uprchlická krize	313	Die Beziehungen zwischen der Bevölkerung Tschechiens und AusländerInnen und zu verschiedenen Ethnien ist angespannter als zuvor; Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ und Terrorattacken in Europa	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
30	12.04.2016	Europarlament podpořil trvalé uprchlické kvóty, většina Čechů byla proti	692	Quoten, Umverteilung von Flüchtlingen im Rahmen der EU, Verhandlungen im Europäischen Parlament, nicht funktionierendes Dublin-System, andere Lösungen für die Migrationskrise als dauerhafte Quoten und Umverteilung	Nachrichten	Luboš Palata	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
31	12.04.2016	Obnovte kontroly na hranicích a zaveďte pohraniční stráž, přejí si Češi	368	Proteste für Grenzschließung, Bevölkerung Tschechiens für Grenzschließung, Angst vor unkontrollierter Migration	Nachrichten	Ondřej Leinert, Vojtěch Srnka	Ja	Grenzschutz

32	12.04.2016	Zkušenosti s integrací vysídlenců nám pomohou, míní Merkelová	307	Integration in Deutschland nach dem Vorbild der früheren Integrationsbemühungen der MigrantInnen aus Mittel- und Osteuropa (Merkel), Unterstützung und Anforderungen an derzeitige MigrantInnen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
33	12.04.2016	Koho vezete? Řidiče na hranicích zastavují policisté, hledají migranty	698	Grenzkontrollen Österreich - Tschechien, illegale MigrantInnen, Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ auf die Tschechische Republik	Nachrichten	md	Ja	Grenzschutz
34	13.04.2016	Bulhaři pořádají hony na uprchlíky. Hvězdou domobrany je Ničitel Valev	815	Landwehr in Bulgarien, Einheimische gegen Flüchtlinge, „Flüchtlingsjagd“, zunehmende Xenophobie in Bulgarien und Rechtsruck, Idomeni	Nachrichten	ert	Ja + Video	Bulgarien und Flüchtlingskrise
35	13.04.2016	Vražda v dolnosaském Celle vrazila klín mezi zastánce a odpůrce migrace	747	Iranischer Lehrer von einem afghanischen Migranten getötet, Zweifel unter der Bevölkerung der Stadt über Zusammenleben mit MigrantInnen	Nachrichten	aba	Ja	Flüchtlinge und Kriminalität
36	14.04.2016	Klaus přednášel o migrační krizi. Evropa si o ni koledovala, řekl	591	Klaus zur Flüchtlingskrise: EU selber Schuld, USA als Ursache, Migration ist etwas Abnormales	Nachrichten	jkk	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
37	14.04.2016	Německo usnadní běžencům hledání práce, zpřísní dohled nad mobily	792	Kampf gegen Terrorismus in Deutschland, neues Integrationsgesetz	Nachrichten	Michal Bělka	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
38	15.04.2016	Iráčané z Brna chtějí opět zůstat v Česku. Azyl není ruleta, říká ministr	704	asylablehnende irakische Familie aus Deutschland nach Tschechien geschickt, muss Tschechien verlassen	Nachrichten	ČTK, artArtur Janoušek, vacVladimír Vaculík	Ja	Irakische Flüchtlinge

39	16.04.2016	Zaorálek: Kvóty odmítáme a toky peněz nelze srovnávat s proudem lidí	290	Tschechien gegen EU-weite Flüchtlingsumverteilung; Tschechien lehnt die Kritik an mangelnder Solidarität ab - wollen sich an der Lösung der Migrationskrise beteiligen, aber anders	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
40	19.04.2016	Orbán navštívil Kohla. Je to útok na Merkelovou, myslí si část CDU	386	Orbán kritisiert Merkels Politik, Kohl und Orbán gegen Merkels und EU-Migrationspolitik	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	EU-Flüchtlingspolitik
41	19.04.2016	Turecko hrozí zablokováním dohody o uprchlících. Trvá na zrušení víz	547	Türkei droht mit Nichteinhaltung des EU-Türkei Deals und verlangt Visafreiheit in die EU; EU Geld für die Türkei	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
42	21.04.2016	Česko je v boji proti povinným kvótám v menšině. Čeká se jednání EU	479	Tschechien gegen EU-weite Flüchtlingsumverteilung	Nachrichten	ert/ČTK	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
43	22.04.2016	Merkelová odmítá tlak zemských premiérů. Jde o miliardy pro uprchlíky	353	Umverteilung von Kosten für Flüchtlinge in Deutschland, neues Integrationsgesetz	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
44	23.04.2016	Nepoučujme Turky, řekl Tusk. S Merkelovou navštívili uprchlický tábor	607	EU-Türkei Deal, Merkel besucht Flüchtlingslager in der Türkei	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
45	23.04.2016	Angela je strážkyně Evropy, řekl Obama. Ocenil její odvahu a odhodlání	364	Obama lobt Merkel für Ihre Flüchtlingspolitik und EU-Türkei Deal	Nachrichten	mlb/ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
46	25.04.2016	Výsledek rakouských voleb je varováním pro Merkelovou, soudí německý tisk	1135	Österreichische Bundespräsidentenwahl, Sieg von Norbert Hofer, Sieg der Rechten, Warnung für Merkel, Radikalisierung Österreichs	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	Bundespräsidentenwahlen
47	26.04.2016	ČR přijme prvních sedm uprchlíků na základě kvót, tři z nich sem nechtějí	363	Tschechien nimmt 7 Flüchtlinge auf, Nicht funktionierende Umverteilung, Flüchtlinge wollen nicht nach Tschechien	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlinge

48	27.04.2016	Norsko chce přimět další migranty k odchodu, zvyšuje motivační příspěvek	375	Norwegen motiviert Asylsuchende zurückzukehren mit Hilfe eines finanziellen Beitrags	Nachrichten	ale	Ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
49	28.04.2016	Zvládneme to, zopakovala Merkelová po útocích v Německu	604	„Wir schaffen das“; Merkel verurteilt die Anschläge; nicht funktionierende Umverteilung der Flüchtlinge in der EU	Nachrichten	ert/ČTK	Ja	Terrorismus
50	28.04.2016	Vláda neví, co má v migrační krizi dělat, kritizovali šéf ODS s Červíčkem	388	Kritik der tschechischen Flüchtlingspolitik (durch die Partei ODS), Grenzschießung als Lösung, Kritik der EU-Umverteilungsquoten, Errichtung von Hotspots direkt in Afrika - Hilfe vor Ort; Unterscheidung zwischen Migranten und Flüchtlingen	Nachrichten	jkk	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
51	29.04.2016	Z Prahy odletělo na Lesbos 29 policistů, pomohou s vrácením migrantů	452	Tschechische Polizisten auf Lesbos, Hilfe bei Rückkehr der Migranten in die Türkei, EU-Türkei Deal	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Grenzschutz
52	29.04.2016	Českem vede trasa pašeráků uprchlíků, píší v Německu. Vnitro to popírá	654	Tschechien als Transitland für Schlepper: Tschechien dementiert das	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
53	30.04.2016	Německé děti jsou bez tělocviku, stovky sportovišť zabrali uprchlíci	594	Deutsche Kinder ohne Sportunterricht, Sporthallen dienen als Flüchtlingsunterkünfte	Nachrichten	Jana Šafaříková	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
54	01.05.2016	Policisté z Karlovarska pomáhali se zvládnáním migrační krize v Makedonii	975	Tschechische Polizisten halfen an der mazedonischen Grenze, Schließung der Balkanroute, "persönliche Geschichte"	Nachrichten	Petr Kozohorský	Ja	Mazedonien und Flüchtlingskrise
55	02.05.2016	Bavorsko odložilo žalobu na vládu Merkelové. Počty běženců klesají	195	Flüchtlingszahlen senken, Bayern wird Merkels Regierung doch nicht klagen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
56	03.05.2016	Nechcete běžence? Zaplaťte. Eurokomise chystá možnost vykoupení z kvót	622	Umverteilung von Flüchtlingen, Dublin-Verordnung	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen

57	04.05.2016	Komise kývla na bezvívový styk s Turky, rozhodnout musí členské státy	684	EU-Türkei Deal, Visafreiheit für die Türkei, Umverteilung von Flüchtlingen in der EU	Nachrichten	aba	Ja + Umfrage	EU-Türkei Deal
58	04.05.2016	Uprchlíci se vrací ze Švédska domů. Vadí jim dlouhé čekání na azyl	256	Schweden: Flüchtlinge ziehen Anträge zurück, niedrige Chancen auf positiven Asylbescheid, finanzielle Motivation zur Rückkehr aus Schweden	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
59	05.05.2016	O nás bez nás. Kvóty připomínají Čechům Mnichov, říká Bělobrádek	465	Belobradek im Die Welt-Interview, Tschechien sei nicht unsolidarisch, Tschechien ist gegen Quoten, der Wille Flüchtlinge aufzunehmen ist jedoch vorhanden; lieber Hilfe vor Ort	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
60	05.05.2016	Pokud si migranty nerozdělíme, hrozí konec Schengenu, varuje expert	1446	Dublin-System - Verteilungsschlüssel, Umverteilung von Flüchtlingen, Experte im Gespräch, Notwendigkeit der Umverteilung, V4 gegen Quoten	Nachrichten	Anna Barcchová	Ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
61	09.05.2016	Rakouský kancléř Faymann nečekaně rezignoval na všechny funkce	590	Österreichischer Bundeskanzler Faymann legt sein Amt zurück, BP-Wahl	Nachrichten	ert, ČTK	Ja	Österreichs Asyl- und Flüchtlingspolitik
62	10.05.2016	Migranti chtěli přelou z Dánska do Švédska, ztroskotali v ledovém moři	440	Flüchtlinge versuchen aus Dänemark nach Schweden zu migrieren	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
63	10.05.2016	Z výroků visegrádské čtyřky mám záchvaty, říká šéf lucemburské diplomacie	225	Luxemburger Außenminister kritisiert die Visegrád-Staaten für ihre Haltung in der Migrationskrise	Nachrichten	ČTK	Ja	Visegrad-Gruppe
64	12.05.2016	Německá vesnice se bála příchodu uprchlíků. Teď doufá, že se ještě zdrží	593	Eine Geschichte aus Sumt - anfängliche Ablehnung von Flüchtlinge besiegt, Angst vor Unbekanntem, Flüchtlinge schaffen Arbeitsplätze	Nachrichten	ane	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
65	12.05.2016	Víc než Řecko táhne migranty Itálie. Z vody jich tam vytáhli dalších 900	276	Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet, Italien als beliebtes Transitland nach der Schließung der Balkanroute, EU-Türkei Deal	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Italien und Flüchtlingskrise

66	12.05.2016	Evropa se nerozpadá, už se rozpadla, říká americký stratég Friedman	1102	George Friedman über (Flüchtlings-) Krise der EU, die Einstellung von USA und EU-Kritik, die Rolle der NATO	Nachrichten	natoa ktual. cz , voj, kko	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
67	13.05.2016	Maročané, Alžířané a Tunisané nemají nárok na azyl, schválil Bundestag	538	Laut dem deutschen Bundestag gehören Marokko, Algerien und Tunesien auf die Liste sicherer Länder, Beschränkung der Zahl neu ankommender Flüchtlinge, Österreich plant keine Grenzkontrollen, sinkende Anzahl an Flüchtlingen, die nach Europa kommen	Nachrichten	iDnes. cz, Č TK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
68	13.05.2016	Merkelovou měl za matku. Uprchlík ze slavné fotky se však vrátil do Iráku	375	Geschichte eines Irakers der nach Europa über das Mittelmeer eingereist und nachher zurückgekehrt ist	Nachrichten	aba	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
69	13.05.2016	Tisíc policistů pátralo v Česku po uprchlících. Nenašli ani jednoho	260	Polizisten suchten nach illegalen MigrantInnen in Tschechien, es wurden keine gefunden; Angst vor Umlenkung der "Flüchtlingsroute" nach Deutschland über Tschechien	Nachrichten	fka	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
70	14.05.2016	V Německu roste počet žhářských útoků na migranty. Množí se i urážky	367	Erhöhte Anzahl an Brandstiftungen gegen MigrantInnen in Deutschland, Integration von Flüchtlingen und Ausgaben für die Flüchtlingskrise	Nachrichten	iDnes. cz, Č TK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
71	14.05.2016	VIDEO: Dívka prchá z válčící Británie. Klip má pomoci dětským běžencům	336	Save the Children Video über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Nachrichten	ert	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
72	14.05.2016	Pošpinil papeže, kritizuje Dukovy výroky o migraci britský komentátor	695	The Independent kritisiert die Kritik des tschechischen Kardinals gegenüber dem Papst und seiner Haltung zur Migrationskrise	Nachrichten	ale/Č TK	Ja	Tschechien und die Flüchtlingskrise
73	14.05.2016	V Idomeni kvete byznys, uprchlíci budují holičství a stánky s falafelem	833	Flüchtlingslager Idomeni blüht	Nachrichten	ert	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise

74	16.05.2016	Díry v maďarském plotu se zvětšují, dohodu s Evropou však země odmítá	755	Illegale Überschreitungen der ungarischen Grenze; Ungarn gegen Umverteilung der Flüchtlinge im Rahmen der EU	Nachrichten	Luboš Palata	Ja	Grenzschutz
75	18.05.2016	ČR opět odmítne uprchlické kvóty. Není čas na experimenty, říká Chovanec	697	Tschechien lehnt EU-weite Umverteilungsquoten von Flüchtlingen ab, Kritik des EU-Türkei Abkommens	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
76	19.05.2016	Místo teroristů migranti. Námořní operace ve Středomoří se mění	446	Operation Active Endeavour im Mittelmeer nicht mehr gegen Terroristen gerichtet, sondern gegen Schlepper, NATO im Mittelmeer	Nachrichten	inc na toaktu al.cz	Ja	Illegale Migration
77	20.05.2016	Do Německa letos přišlo 200 tisíc migrantů, mnohem méně než na podzim	280	Weniger Migranten in Deutschland als im Herbst im Vorjahr, EU-Türkei Abkommen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
78	21.05.2016	Turci posílají do Evropy jen nevzdělané Syřany, zlobí se diplomaté	583	EU-Türkei Deal, die Vorauswahl der syrischen Asylwerberinnen, die weiter nach Europa kommen wird kritisiert (nur kranke, unqualifizierte Leute, keine AkademikerInnen), Schließung der Balkanroute und der EU-Türkei Abkommen bringen mehr Flüchtlinge über Italien nach Europa, Brennerpass als mögliche neue Route für Migranten	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
79	23.05.2016	Mezi migranty jsou teroristé, prohlásil protiteroristický šéf z Europolu	179	Migrationswelle bringt Terroristen, IS- Terroristen darunter	Nachrichten	ale/ČTK	Ja	Terrorismus
80	23.05.2016	Nikdo mnou nemanipuluje. Ani Moskva, ani Washington, řekl Zeman	590	Präsident Zeman wiederholt seine Äußerungen zur europäischen „Flüchtlingskrise“ - EU hat versagt, Kultur der Flüchtlinge nicht mit der europäischen vereinbar; Zeman sieht sich als neutral positioniert zwischen den USA und Russland	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	Tschechien und Flüchtlingskrise

81	24.05.2016	Erdogan: Zablokujeme migrační dohodu, pokud nám EU nezruší víza	340	EU-Türkei Deal, Erdogan verlangt Visafreiheit Türken, droht mit Blockierung der Vereinbarung, Bedingungen in der Vereinbarung, angeblich kein Geld von der EU an die Türkei geflossen, wie vereinbart	Nachrichten	ert/ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
82	25.05.2016	Německo schválilo integrační zákon. Podporuje i požaduje, říká Merkelová	424	Neues Integrationsgesetz in Deutschland, Eingliederung der AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt, Sanktionierung von „Integrationsverweigerern“	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
83	26.05.2016	Teroristům pomáhají do Evropy převaděči migrantů, tvrdí zpravodajec	334	Islamistenrouten nach Europa - Vermischung mit Flüchtlingen, Zusammenarbeit mit Schleppern in Libyen	Nachrichten	san	Ja	Terrorismus
84	27.05.2016	V Calais se popraly stovky migrantů. Tábořem zněla střelba, stany hořely	376	Ausschreitungen in Calais, Streitigkeiten zwischen Ethnien	Nachrichten	mlb	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
85	27.05.2016	Přišli jsme z Idomeni, říkají běženci u hranic. Táboře jsou přeplněné	823	Räumung von Idomeni, andere Camps überlastet, Uninformiertheit von Flüchtlingen bezüglich ihrer Übersiedlung, illegale Migration, Versuch einer Weiterreise nach Westeuropa	Nachrichten	Anna Barochová	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
86	29.05.2016	Je dcerou hraběte Haugwitz. Dlouhé roky učila uprchlíky	2959	In Österreich lebende Tochter des Grafen Haugwitz, ihre persönliche Geschichte und ihre Einstellung zur Flüchtlingskrise (unterrichtete Flüchtlinge, ihr Mann ist Palästinenser)	Nachrichten	Hana Jakubcová, Jaroslav Paclík, Tomáš Blažek	Ja	Tschechien und Flüchtlinge

87	31.05.2016	Běženci jsou hrozba, tak je tak zobrazujte, řeklo vedení Primy redaktorům	891	Prima RedakteurInnen sollen über Flüchtlinge als Bedrohung berichten, sonst sollen sie den Nachrichtendienst verlassen	Nachrichten	jw	ja	Tschechien und Flüchtlinge
88	01.06.2016	Plameny pod Šumavou. Žháři v Rakousku vypálili první uprchlickou ubytovnu	354	Österreich/Altenfeld: Flüchtlingsunterkunft wurde angezündet, Österreich und Flüchtlingskrise allgemein	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Flüchtlinge in Österreich
89	02.06.2016	Ubytovny migrantů v Itálii jsou plné, převaděči objevili krétskou cestu	881	Tote im Mittelmeer, Italien schreibt Rekordzahlen, Schlepperwesen blüht dank der Krise, Fluchtroute über Kreta nach Italien	Nachrichten		Ja	Italien und Flüchtlingskrise
90	02.06.2016	Aktivní politici nemají parazitovat na strachu, pokáral Sobotka Okamuru	378	PolitikerInnen sollten das Thema Migration nicht für ihre politische Karriere missbrauchen und somit Ängste bei der Bevölkerung auslösen (Sobotka), Flüchtlingskrise und die Tschechische Republik, Sicherheits- und Kostenfragen	Nachrichten	Josef Kopecký	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
91	03.06.2016	Nevracejte uprchlíky do Turecka, nezvládá to, vyzvala Amnesty Brusel	475	Amnesty International gegen EU-Türkei Deal, die Türkei sei kein sicheres Land	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
92	03.06.2016	Migrační krizi jsme zavinili všichni a hlavně Merkelová, řekl Klaus	174	Ehemaliger Präsident Klaus: Politiker sind für die Flüchtlingskrise verantwortlich, Völkerwanderung, Kritik an Merkel	Nachrichten	ČTK	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
93	05.06.2016	Hasiče a vodní děla na hranice nepošleme, odmítl Sobotka Zemanův nápad	451	Präsident Zeman äußert sich zum Grenzschutz, Premierminister dementiert seine Aussagen über Einsatz von Wasserwerfern	Nachrichten	jw	Ja	Grenzschutz
94	05.06.2016	Křesťany v německých ubytovnách šikanují, oběti se bojí o násilí mluvit	601	Schikane in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland (Christen werden von Fundamentalisten und den arabischen Sicherheitskräften schikaniert – allgemein, Unterkünfte in der Nähe von Stuttgart)	Nachrichten	Jana Šafaříková	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise

95	06.06.2016	Syrské děti otročí v tureckých textilkách, vyrůstají z nich analfabeti	908	prekäre Lage der Flüchtlingskinder in der Türkei, kein Zugang zu Ausbildung, Kinderarbeit, persönliche Schicksale von Flüchtlingen in der Türkei	Nachrichten	ert	Ja	Türkei
96	06.06.2016	Jmenuji se Sládek a jdu do boje o Hrad. Zeman má překvapivého protivníka	934	Neuer Präsidentschaftskandidat für Tschechien, Äußerungen zur "Flüchtlingskrise" - Türkei und Flüchtlinge als Bedrohung	Nachrichten	Michal Hron	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
97	07.06.2016	Africké migranty zastaví stamiliardové injekce, zní nový plán Bruselu	780	Neuer Plan der EU zur Verlangsamung des „Flüchtlingsstromes“; Das Ziel ist, die Ursachen der Flucht und illegale Migration zu bekämpfen; blaue Karten für qualifizierte Migranten; EU-Türkei-Pakt wegen Bedrohungen aus der Türkei instabil	Nachrichten	mlb	ja	EU-Flüchtlingspolitik
98	07.06.2016	Běženci chycení na hranicích nepatří do detence, rozhodl evropský soud	470	MigrantInnen, die illegal EU-Grenzen überschreiten, dürfen nicht verhaftet werden, sondern sollten zurückgeschickt werden; Präzedenzfall des EU Gerichtshofes	Nachrichten	aba, ČTK	Ja	Illegale Migration
99	08.06.2016	Ubytovnu v Düsseldorfu zapálili dva běženci, věří německá policie	374	Flüchtlingsunterkunft in Düsseldorf von zwei Flüchtlingen angezündet	Nachrichten	aba, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
100	09.06.2016	I Evropané prchali kdysi přes moře, tábory budovali na Blízkém východě	1124	Flucht der Europäer in den Nahen Osten während des II. Weltkrieges, Flüchtlingslager in Iran und Ägypten	Nachrichten	Anna Barochová	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
101	09.06.2016	Migranti v Německu za čtvrt roku spáchali 69 tisíc zločinů. Hlavně Balkánci	515	Kriminalitätsraten in Deutschland, MigrantInnen begehen nicht mehr Delikte als Deutsche; Kriminaltäter von Balkan, Flüchtlinge begehen nur wenige Kriminaltaten	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
102	13.06.2016	Řekové vyklízejí tábory u Makedonie, uprchlíky odvázejí k Soluni	573	Räumung der griechischen Flüchtlingslager, Solun als neuer Platz für Flüchtlinge, Flüchtlinge im Mittelmeer erneut gerettet	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise

103	14.06.2016	Němci zakážou běžencům polygamii. Zákon je víc než víra, říká ministr	483	Polygamie wird in Deutschland nicht mehr anerkannt, Gesetz hat Vorrang vor Kultur oder Religion; Räumung des Flüchtlingslagers an der mazedonischen Grenze	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
104	15.06.2016	Polovina Němců se někdy ve své zemi cítí jako cizinci, ukázal průzkum	282	Die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich laut einer Studie fremd im eigenen Land und ist skeptisch gegenüber Flüchtlingen (und ihren Fluchtgründen)	Nachrichten	ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
105	19.06.2016	Na další migrační vlnu není Evropa připravena, varuje Frontex	632	FRONTEX, Flüchtlingskrise, Grenzschutz, Libyen als Transitland für Flüchtlinge, Schlepperwesen, Balkanroute	Nachrichten	Tomáš Lébr, MF DNE S	Ja	EU und die Flüchtlingskrise
106	26.06.2016	Běženec u Berlína pobodal šest spolubydlících, vážně je zranil	284	Ein Flüchtling in der Nähe von Berlin verletzte seine Mitbewohner	Nachrichten	mlb	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
107	05.07.2016	UNICEF: ČR a uprchlíci? V roce 1968 jsme vás podpořili, měli byste vracet	489	UNHCR Kritik an Mitteleuropas Haltung gegenüber Flüchtlingen, UNICEF erinnert Tschechien an Hilfe, die es 1968 bekam, Kampagne in Tschechien: Auch Sie waren Flüchtlinge	Nachrichten	mlb/ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlinge
108	07.07.2016	V Srbsku se opět hromadí uprchlíci, vláda v Bělehradě bije na poplach	768	In Serbien gibt es erneut eine hohe Anzahl an Flüchtlingen, Serbische Regierung ist verunsichert, Streit zwischen Ungarn und Österreich, Deutschland gibt weitere Gelder für die Lösung der Migrationskrise frei	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Serbien und Flüchtlingskrise
109	08.07.2016	Třetina Němců se obává ztráty blahobytu kvůli vstřícnosti k uprchlíkům	525	Deutsche Gesellschaft und Flüchtlinge, weniger „Willkommenskultur“, von den AsylwerberInnen werden stärkere Integrationsbemühungen und mehr Bescheidenheit verlangt; weniger MigrantInnen als im Vorjahr	Nachrichten	ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise

110	08.07.2016	Průzkum: Popularita Merkelové je nejvyšší od začátku uprchlické krize	312	Merkels Popularität steigt, AfD verliert an Popularität	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
111	09.07.2016	Aliance kvůli uprchlíkům spustí námořní operaci ve Středomoří	381	NATO im Mittelmeer, Operation Sea Guardian, Operation Sophia	Nachrichten	inc na toaktu al.cz	Ja	Italien und Flüchtlingskrise
112	11.07.2016	Migranti trčí měsíce na řeckých ostrovech, místním dochází trpělivost	510	Ausschreitungen auf den griechischen Inseln, Probleme zwischen MigrantInnen und lokaler Bevölkerung	Nachrichten	aba/ČTK	Ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
113	11.07.2016	Pobřeží i hranice EU má hlídat nová agentura, zaměstná stovky lidí	494	FRONTEX, Flüchtlingskrise, neue europäische Agentur schafft Arbeitsplätze	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Schutz der EU-Außengrenzen
114	14.07.2016	Dohoda s Tureckem má trhliny. Schopné uprchlíky Ankara do EU nepouští	584	EU-Türkei Deal, Türkei hält den Pakt nicht ein; Leute mit Ausbildung werden nicht weitergeschickt, nur Kranke; internationale Kritik des Deals	Nachrichten	mlb	Ja	EU-Türkei Deal
115	18.07.2016	V maďarském táboře se porvalo 200 běženců, Srbsko posílí ostrahu hranic	391	Schlägerei im ungarischen Aufnahmезentrum für Flüchtlinge; Verstärkung des Grenzschutzes zwischen Mazedonien und Bulgarien	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	Balkanroute
116	26.07.2016	Česko přijme osmdesát uprchlíků ze Sýrie, prověřují je tajné služby	508	80 Migranten sollen nach Tschechien kommen, ihre Integration, unerfolgreiche Umverteilung, Flüchtlinge wollen nicht nach Tschechien	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
117	27.07.2016	Svět je ve válce, odušil papež. Poláky vyzval k soucitu s uprchlíky	813	Papst fordert Mitgefühl mit Flüchtlingen und Toleranz	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Flüchtlingskrise und die Welt
118	29.07.2016	Mezi uprchlickou krizí a terorismem je jasná souvislost, prohlásil Fico	222	Verbindung zwischen Migration und Terrorismus (Fico), Unter Migranten sind viele Terroristen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Terrorismus
119	29.07.2016	Zvládneme to, ale jak? Merkelová nemá plán, píše německý tisk	760	Merkels „Wir schaffen das“ und ihre Äußerungen zu Münchner Attacken werden von der Presse kritisiert, Grenzschutz, Sicherheitsfrage, Merkels „Willkommenspolitik“	Nachrichten	mlb	Ja + Video	Deutschland und Flüchtlingskrise

120	30.07.2016	OBRAZEM: Balkánská trasa před rokem a nyní. Migranti se sem nevrátili	63	Balkanroute, Flüchtlingskrise	Nachrichten	san, jb	Ja	Balkanroute
121	30.07.2016	Migraci jsme podcenili, přiznal „drzoun“ z čela CDU. Chce zakázat burky	556	Integration, Frauenfrage (Burka), CDU Politiker Jens Spahn, Seehofer (CSU) kritisiert Merkel	Nachrichten	mlb	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
122	02.08.2016	Je čas otevřít oči. Itálie v kampani varuje migranty před cestou do Evropy	679	Italienische Kampagne mit Warnung vor Gefahren der Flucht nach Europa, Informationen zu Toten im Mittelmeer, Geschichte über die Flucht	Nachrichten	kh	Ja	Italien und Flüchtlingskrise
123	03.08.2016	Jak mluvit s Čechy o migraci? Vnitro si na to najme agenturu	366	Kommunikationsstrategien der tschechischen Regierung in Bezug auf die Migrationskrise, Umverteilung von Flüchtlingen im Rahmen der EU, EU-Türkei Deal	Nachrichten	Václav Janouš	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
124	05.08.2016	Odmítání migrantů je nebezpečný populismus, peskují nevládky Zemana i Babiše	459	Tschechische NGOs gegen Populismus und Anti-Migranten Sentiment, Kritik der PolitikerInnen, Integration der Flüchtlinge in Tschechien funktioniert, Bindung Flüchtlinge aufzunehmen aufgrund der internationalen Konventionen	Nachrichten	ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlinge
125	09.08.2016	Němci odmítají pouštět do země stále více migrantů, roste počet deportací	491	Mehr Abschiebungen in Deutschland	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
126	09.08.2016	Sjednotíme azylové právo a kvóty nebudou potřeba, zní z Bruselu	292	Harmonisierung des Asylrechts in der EU, Quoten (Umverteilung von Flüchtlingen), Oststaaten der EU gegen Umverteilung	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	EU-Flüchtlingspolitik
127	10.08.2016	Uprchlíci na Nauru zažívají bití i zneužívání, v bezmoci si sešívají rty	465	Flüchtlinge auf Nauru - Menschenrechtsverletzungen, schlechte Lebensbedingungen	Nachrichten	aba/ČTK	Ja	Australiens Asylpolitik
128	10.08.2016	Horáček favoritem voleb nebude, Zeman ano, zavěštil Klaus na Sněžce	542	Ex-Präsident Klaus gegen Harmonisierung des Asylsystems in der EU	Nachrichten	Tomáš Plecháč	Ja + Video	Tschechien und Flüchtlingskrise

129	10.08.2016	Na severu Itálie bloudí stovky malých uprchlíků. Chtějí do Švýcarska	561	unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an der italienischen Grenze, Flüchtlinge wollen nach Frankreich und in die Schweiz, verlassen sich auf Hilfe von HelferInnen	Nachrichten	ert	Ja	Italien und Flüchtlingskrise
130	11.08.2016	Většina migrantů přichází vydělávat na našich dávkách, myslí si Němci	606	Stimmung gegen Flüchtlinge in Deutschland; neue Integrationsmaßnahmen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
131	12.08.2016	Německu hrozí krajní pravice i spící buňky islamistů, varuje rozvědka	462	zunehmende Aggression gegen die Flüchtlinge; Entstehung islamistischer Gruppierungen in Deutschland (Menschen, die als Flüchtlinge ins Land kommen)	Nachrichten	aba, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
132	12.08.2016	Blízký východ se škvaří, kvůli vedrům hrozí masivní uprchlická krize	793	Globale Erwärmung kann eine größere Flüchtlingskrise auslösen	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	Flüchtlingskrise und die Welt
133	13.08.2016	Některé menší strany se v předvolební kampani zaměří na téma uprchlíků	571	Flüchtlinge werden zum Thema der Vorwahlkampagne einiger kleinerer Parteien in den Oktoberkreiswahlen 2016, Befragung der Parteien im Pilsner Kreis	Pilsen	Jaroslav Nedvěd	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
134	14.08.2016	Pošlete „ilegály“ na ostrovy mimo EU, doporučila německé vládě šéfka AfD	399	AfD: Frauke Petry will illegale Migranten auf Insel außerhalb Europa abschieben, strengere Asylpolitik Deutschlands	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Illegale Migration
135	16.08.2016	Průzkum: Uprchlíci chtějí demokracii se silným vůdcem. Jako voliči AfD	326	Umfrage: Flüchtlinge in Deutschland bekennen sich zu Demokratie, viele ihrer Werte ähneln den Werten der AfD WählerInnen; Integration sehen sie als wichtig an	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
136	17.08.2016	Islám k Německu patří, za terorismus uprchlíci nemůžou, řekla Merkelová	259	Islam und Islamismus in Deutschland, Ablehnung der antiislamischen Stimmung in Deutschland, Terrorattacke in Deutschland, Merkels Politik	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Terrorismus

137	18.08.2016	Zametání parků a žádné nikáby. Rakousko načrtlo integraci běženců	551	Neuer Integrationsplan in Österreich: Verhüllungsverbot für Frauen; 1-Euro-Arbeit; unerfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den EU-Arbeitsmarkt	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Österreichs Asyl- und Flüchtlingspolitik
138	19.08.2016	Další školní rok bez tělocvičen. Migrační krize trápí německé sportovce	713	Migrationskrise wirkt sich auf deutsche SportlerInnen, Sporthallen, die als Flüchtlingsunterkünfte dienen, bleiben für Sportler gesperrt, Schulen müssen den Sportunterricht begrenzen und Sportklubs schreiben rote Zahlen	Nachrichten	Michal Bělka	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
139	19.08.2016	Turecko: Zrušte nám víza ještě letos, nebo přestaneme přijímat uprchlíky	517	EU-Türkei Deal, Türkei hält den Pakt nicht ein; verlangt die Abschaffung der Visa-Pflicht nach Europa, Kurz für stärkeren Grenzschutz	Nachrichten	ane/ČTK	Ja	EU-Türkei Deal
140	19.08.2016	Příliv běženců do Řecka opět roste, Rakousko chce trvale zavřít Balkán	535	Mehr Flüchtlinge, Österreich will die Balkanroute schließen;	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Österreichs Asyl- und Flüchtlingspolitik
141	19.08.2016	Merkelovou v Praze čekají ovace i pískot na devíti demonstracích	667	Merkels Besuch in Prag, Demonstrationen gegen Merkel und ihre Politik	Nachrichten	ane/ČTK	Ja	Tschechien und Flüchtlingskrise
142	20.08.2016	Japonská „alergie na migranty“: kanály kopat mohou, občanství nedostanou	718	Japanische Antiimmigrationspolitik, Population wird älter - Migration ist notwendig	Nachrichten	fka, Reuters	Ja	Flüchtlingskrise und die Welt
143	26.08.2016	Angelina mise nevyšla. Čechy si kancléřka nezískala, píše německý tisk	476	Merkel in Tschechien nicht willkommen, Pfiffe für die Bundeskanzlerin in Tschechien; die EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen stößt weiterhin auf Widerstand	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
144	26.08.2016	Maďarsko chce postavit druhý plot. Obává se další vlny migrantů	251	Ungarn will neuen Zaun als Schutz gegen MigrantInnen errichten, Angst vor einer „neuen Flüchtlingswelle“	Nachrichten	iDnes.cz, ČTK	Ja + Video	Grenzschutz

145	27.08.2016	Švédský uprchlický sen končí. Běženci se vrací domů se štědrým příspěvkem	673	Asylsuchende in Schweden kehren zurück (langsame Asylverfahren, Familienzusammenführung und finanzielle Belohnung); Schweden und die „Flüchtlingskrise“	Nachrichten	ert	Ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
146	28.08.2016	Německo letos očekává 300 tisíc migrantů, necelou třetinu proti loňsku	364	Die Zahlen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, sind niedriger im Vergleich mit letztem Jahr	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
147	29.08.2016	Do Česka přijelo osm uprchlíků z Řecka, prošli bezpečnostní prověrkou	319	8 Flüchtlinge kamen nach Tschechien, EU-Türkei Deal, „Flüchtlingsquoten“	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	ja	Tschechien und Flüchtlinge
148	30.08.2016	„Pravému Německu“ došla trpělivost. Běžence pošle, kam podle kvót patří	899	Flüchtlingsquoten für einzelne Bundesländer in Deutschland, neues Integrationsgesetz	Nachrichten	mlb	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
149	31.08.2016	Merkelová uznala chyby. Kvóty na běžence měli prý Němci podpořit dřív	390	Merkel im Gespräch: Merkel gab zu, dass die Regierung in der Migrationskrise Fehler gemacht hat, die Einladung bereut sie nicht, die Quoten seien zu spät gekommen, die EU braucht eine gemeinsame Lösung, Geduld und Durchhaltevermögen, nicht alle MigrantInnen sind Terroristen, es gibt jedoch einige, die gefährlich seien	Nachrichten	iDnes. cz, ČTK	Ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
150	31.08.2016	V Itálii se rodí nové Calais. Nenoste uprchlíkům jídlo, nakázaly úřady	921	Flüchtlinge an der italienisch-französischen Grenze, die Mehrheit will nach Großbritannien, Abschiebungen, Menschenrechtsverletzungen	Nachrichten	ert	Ja	Italien und Flüchtlingskrise

Übersicht zu den ausgewählten Artikeln mit relevantem Inhalt im Kontext der „Flüchtlingskrise“ und
Repräsentationen der Flüchtlinge – DiePresse.com

Nr.	Datum	Titel des Zeitungsartikels	Länge (Wörteranzahl)	Themen	Rubrik	Autor/in	Bilder/ Video	Leitthema
1	01.04.2016	Doskozil will Soldaten an die EU-Außengrenze schicken	510	Schutz der EU-Außengrenze, Verteidigungsminister Doskozil, Zentraleuropäische Verteidigungskooperation zu der Migrationskrise; zivil-militärische EU-Mission	Politik/Europa	Die Presse	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
2	02.04.2016	Doskozil schickt Soldaten an die Brenner-Grenze	329	Grenzkontrollen am Brenner; Österreich nimmt vorerst keine Syrer aus der Türkei auf; EU-Umverteilung von Flüchtlingen; Krawalle auf Chios	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	EU-Türkei Deal
3	02.04.2016	Plan für Rückführung von Migranten steht	1021	Rückführungen von Flüchtlingen/Migranten aus Griechenland in die Türkei; Bau von Registrierungszentren; Flüchtlingsproteste gegen ihre Internierung; Proteste gegen Türkei als sicheres Land; Flüchtlinge in Österreich; Verlagerung der Flüchtlingsströme in Richtung Italien	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal
4	03.04.2016	Hunderte Flüchtlinge aus der Türkei in Griechenland angekommen	223	Rückführung von Migranten und Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei; Demonstration gegen „Deportation“	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal

5	07.04.2016	Asyl: Hundstorfer will Sanktionen für unsolidarische EU-Staaten	455	Hundstorfer fordert Sanktionen für „nicht solidarische“ Mitgliedsstaaten der EU; Skepsis gegenüber dem EU-Türkei Deal; Marshallplan für Syrien	Politik/Bundespräsidentenwahl	DiePresse.com	ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen; EU-Türkei Deal
6	07.04.2016	"Flüchtlinge missbrauchen guten Willen Tschechiens"	239	In Tschechien aufgenommene AsylwerberInnen, irakische Christen, sind nach Deutschland gegangen; Hilfsprojekt wird gestoppt	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Tschechien und Flüchtlinge
7	08.04.2016	Faymanns Waterloo in der Wiener SPÖ	669	Spaltungen in der SPÖ-Wien-Asylpolitik; Faymanns Sperre der Balkanroute versus Willkommenskultur; versuchter Rechtsruck der Partei	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Asylpolitik der SPÖ
8	08.04.2016	Griechenland schiebt weitere Migranten in die Türkei ab	374	Rückführung von Migranten und Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei; Aktivisten demonstrierten gegen "Deportation"; Hungerstreik und Proteste von Migranten	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal/ Aktivisten/Flüchtlingshelfer
9	08.04.2016	Flüchtlingskrise: Orbán kündigt "Kampf gegen Brüssel" an	661	Orbán gegen Umverteilungsquoten; Ungarns umstrittene Flüchtlingspolitik; Rückführungen in die Türkei; wenige Flüchtlinge kommen nach Deutschland	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Ungarns Flüchtlingspolitik; EU-Umverteilung von Flüchtlingen
10	08.04.2016	21 Flüchtlinge in Bulgarien festgenommen	221	Festnahme von Flüchtlingen in Bulgarien; Sicherung der Seegrenze zur Türkei; Schlepperwesen; offizielle Grenzübergänge	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Illegale Migration
11	10.04.2016	Van der Bellen: "Präsident ist nicht der Ersatz-Innenminister"	679	Van der Bellen kritisiert die "Flüchtlingspolitik" der Regierung und Asylverschärfungen; Kritik der EU-Asylpolitik	Politik/Bundespräsidentenwahl	DiePresse.com	ja	Bundespräsidentenwahl

12	12.04.2016	Jordanien: Das Wüstenkönigreich kann nicht mehr	860	Syrische Flüchtlinge in Jordanien; Sicherheits-/Flüchtlingskrise in Jordanien; Syrer nehmen den EinwohnerInnen Jordaniens Jobs weg	Politik/Außenpolitik	Jürgen Streihammer (Amman)(Die Presse)	ja	Flüchtlingskrise in Jordanien
13	13.04.2016	Asyl: Verschärfungen nun in Antrag zusammengefasst	483	Verschärfungen im Asylrecht; Asyl auf Zeit; Einschränkung der Familienzusammenführung; Notfallsverordnung; Flüchtlingsstrom nicht weiterhin bewältigbar; Probleme am Arbeitsmarkt und mit Integration	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	nein	Asylnotverordnung
14	14.04.2016	SPÖ: Vorfeldorganisationen demonstrieren gegen Asyl-Verschärfung	259	SPÖ Jugend- und Vorfeldorganisation gegen Asyl-Verschärfung und Abschottungspolitik; Frage der Kosten der „Flüchtlingskrise“ versus Steuerflucht-Kosten	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Asylnotverordnung
15	14.04.2016	Asyl: Korb für Länder und roter Widerstand	781	Proteste gegen Novelle im Asylrecht; Notstandsregeln; Einschränkung des Zugangs zum Asylrecht; Asylrecht auf Zeit; Obergrenze; Teile der SPÖ dagegen	Politik/Innenpolitik	Philip Aichinger	ja	Asylnotverordnung
16	14.04.2016	Flüchtlinge: Ruf nach SPÖ-Mitgliederbefragung	425	Zwei Fraktionen der Wiener SPÖ in der Sache Asylnotverordnung; EU-Umverteilung funktioniert nicht; Österreich vertritt weiterhin eine humane Politik; Regulation ist jedoch notwendig	Politik/Innenpolitik	Martin Stuhlpfarrer	ja	Asylnotverordnung
17	18.04.2016	Wien-Floridsdorf: Demo gegen Flüchtlingsunterkunft	367	FPÖ-Demo gegen Flüchtlingsunterkunft; Gegen-FPÖ Demo; Festnahmen wegen Rechtsextremismus	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Demonstrationen gegen Flüchtlinge

18	19.04.2016	Flüchtlinge: Mikl-Leitner verteidigt Zaunbau im Burgenland	353	Linie der SPÖ in der Asylpolitik; Verschärfungen im Asylgesetz; Mikl-Leitner verteidigt Zaunbau und Grenzkontrollen	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
19	20.04.2016	Flucht: Bulgarien wird zum neuen Einfallstor in die EU	830	Flüchtlingsrouten; Migrationsströme; Bulgarien; neue Balkanroute; Schließung der Westbalkanroute; Schlepperwesen; Außengrenzsicherung und Grenzkontrollen seitens Österreich seien notwendig	Politik/Außenpolitik	Thomas Roser, Jürgen Streihammer	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
20	22.04.2016	Flüchtlingskrise: Orbán fühlt sich von Merkel bestätigt	189	Ungarns und Deutschlands Flüchtlingspolitiksansätze ähneln sich laut Orbán; Schutz der EU-Außengrenze wichtig	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
21	22.04.2016	Flüchtlinge: Defizite bei der Gesundheitsversorgung	285	Große Mängel bei der gesundheitlichen Betreuung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen; Kritik von Kinderliga	Panorama/Österreich	Die Presse	ja	Flüchtlinge in Österreich
22	22.04.2016	Sexualdelikte: Überhang bei afghanischen Tätern	886	4,7% aller wegen Sexualdelikten angezeigten Verdächtigen Asylwerber - 2015, 46% Afghanischer Staatsbürger; Vergewaltigung Praterstern; ein Anstieg der Verurteilungen von Nicht-Österreichern im Segment Sexualdelikt	Politik	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
23	23.04.2016	Jugendlicher versuchte Grazerin zu vergewaltigen	168	Vergewaltigungsversuch - Ein 17-jähriger Asylwerber aus Afghanistan	Panorama/Österreich	DiePresse.com	nein	Flüchtlinge und Kriminalität
24	24.04.2016	Brenner: "Freiheit für Menschen, nicht nur für Waren"	492	Demonstrationen gegen Grenzkontrollen am Brenner; Demonstranten forderten die Offenhaltung der Grenze	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich

25	24.04.2016	Nach Übergriffen: Die Bäder rüsten für den Sommer auf	679	Mehr Personal, Sicherheitskurse für Bademeister oder Piktogramme mit Benimmregeln in Sommerbädern; Vergewaltigung eines Buben durch einen Iraker	Panorama/Österreich	Christine Imlinger	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
26	25.04.2016	FPÖ: "Ein neues politisches Zeitalter"	784	FPÖ feiert Wahlsieg; FPÖ Wahlkampf; Norbert Hofer als FPÖ-Kandidat	Politik/Bundespräsidentenwahl	Iris Bonavida	ja	Bundespräsidentenwahl
27	25.04.2016	Praterstern-Vergewaltigung: Alle Verdächtigen in U-Haft	232	Drei afghanische Asylwerber sollen am Wiener Praterstern eine Studentin vergewaltigt haben	Panorama/Österreich	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
28	25.04.2016	„Jihad-Brüder“ kamen als Flüchtlinge	473	Jihadisten-Prozesse; junge Jihadisten reisen als Flüchtlinge getarnt nach Österreich	Panorama/Österreich	Manfred Seeh	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
29	26.04.2016	Gentiloni: „Von einer Invasion sind wir weit entfernt“	806	Brenner-Sperre problematisch; EU-Deals mit Afrika, NATO-Einsätze in Libyen, EU-Umverteilung der Flüchtlinge; EU-Türkei Deal; EU und die Flüchtlingskrise	Politik/Außenpolitik	Susanna Bastaroli	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
30	26.04.2016	Papua-Neuguinea: Gericht erklärt Flüchtlingslager für illegal	287	Australien hat Hunderte Bootsflüchtlinge in den Lagern interniert; Urteil des Obersten Gerichts: Lager verfassungswidrig und unrechtmäßig; restriktive Asylpolitik Australiens	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Asylpolitik Australiens
31	27.04.2016	Asyl: Verschärfungen mit vier roten Gegenstimmen beschlossen	510	Asyl auf Zeit, Notverordnung und Einschränkung des Familiennachzugs beschlossen	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Asylnotverordnung

32	27.04.2016	Tschechien nimmt sieben syrische Flüchtlinge auf	219	Tschechien nimmt syrische Flüchtlinge auf; Tschechien gegen Umverteilungsquote; Umverteilungssystem unsinnig - Flüchtlinge wollen nicht in Tschechien bleiben, sondern nach Deutschland gehen; irakische Christen lehnten Asyl in Tschechien ab	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Tschechien und Flüchtlinge
33	28.04.2016	"Aktivisten wiegeln Flüchtlinge auf"	225	Aktivisten sollen Falschinformationen verbreiten und Flüchtlinge in Griechenland verunsichern und aufreizen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Aktivisten/Flüchtlingshelfer
34	30.04.2016	Wie die Welt Österreich jetzt sieht	1049	Österreichs Ansehen weltweit; BP - Norbert Hofers Wahlsieg; Internationale Reaktionen	Politik/Außenpolitik	Thomas Vieregge, Jutta Sommerbauer, Gabriel Rath, Boris Kalnoky, Susanna Bastaroli, Anne-Catherine Simon	ja	Bundespräsidentenwahl
35	30.04.2016	Sobotka will Moscheen kontrollieren - wenn nötig	282	Sobotka verlangt mehr Informationen darüber, was in Moscheen gepredigt und im Religionsunterricht gelehrt wird; Integration; Kooperation mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft; Kampf gegen Radikalisierung	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
36	02.05.2016	"SozialMarie" für Wiener Flüchtlingsprojekt	230	Wiener Flüchtlingsprojekt; innovative Sozialprojekte	Panorama/Österreich	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich

37	02.05.2016	IS bildet offenbar Kinder europäischer Jihadisten in Syrien aus	279	Bedrohung durch den IS; IS diskreditiert Flüchtlinge	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	IS
38	02.05.2016	Studie: Viele Syrer bringen Basis für Berufsausbildung mit	435	Erfolgchancen für syrische Flüchtlinge am Arbeitsmarkt; Arbeitsmarktintegration; viele Ärzte	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
39	03.05.2016	SVP will Schweiz mit Stacheldraht einzäunen	331	rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) fordert einen Stacheldraht an der Grenze; Angst vor Flüchtlingsinvasion	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Die Schweiz und Flüchtlingskrise
40	04.05.2016	Zahl der Asylanträge in Österreich leicht gestiegen	216	Asylantragszahlen im April leicht gestiegen	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
41	04.05.2016	Flüchtlinge: Mittelosteuropäer zerpflücken Quoten-Vorschlag	733	Visegrád Gruppe kritisiert die Verteilung von Flüchtlingen unter den EU-Staaten und die möglichen damit verbundenen Strafzahlungen; Grenzkontrollen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Visegrad-Gruppe
42	04.05.2016	Ottakring: Frau stirbt nach Attacke mit Eisenstange	404	Kenianer (illegal in Österreich, kein Asylwerber) attackierte und tötete eine Frau in Ottakring	Panorama/Wien	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
43	05.05.2016	Flüchtlinge: EU will Verteilung erzwingen	228	EU-Quoten, Umverteilung von Flüchtlingen; Strafen durch die EU; Widerstand der osteuropäischen Staaten; Räumung von Idomeni; Rolle der NGOs	Politik/Europa	Die Presse	ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen
44	06.05.2016	Ein zerbrochenes Fenster hält Ungarn in Atem	640	Migranten im ungarischen Körmend wollten Mädchen beim Training beäugen; Wahrheit der Meldung bleibt unklar	Panorama/Welt	Boris Kálnoky	ja	Ungarn und Flüchtlinge
45	09.05.2016	Syrerin verletzt: Slowakische Polizei schießt auf Flüchtlinge	278	Einsatz gegen illegal eingereiste Migranten an der ungarisch-slowakischen Grenze; Schlepper festgenommen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Illegale Migration

46	12.05.2016	Angeblich 30 syrische Kinder in türkischem Lager missbraucht	195	Sexuelle Misshandlung von Kindern in Nizip (Türkeis Flüchtlingslager)	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Türkei
47	13.05.2016	Flüchtlinge: Berlin erklärt Maghreb-Länder für "sicher"	286	Feststellung sicherer Herkunftsstaaten zum Zweck der Beschleunigung des Asylverfahrens; Kritik der Einstufung von Maghreb-Ländern als sichere Länder	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
48	16.05.2016	U6-Station: 25 Männer lieferten sich wüste Rauferei	236	Nigerianische Asylwerber in Rauferei mit Drogensüchtigen	Panorama/Wien	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
49	17.05.2016	Papst: Islam und Christentum teilen gleiches "Eroberungskonzept"	388	Papst: Der Islam und das Christentum teilten das gleiche Konzept von Eroberung; gegen ein Kopftuchverbot; friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen; keine Ghettoisierung; mehr Integrationsbemühungen	Panorama	DiePresse.com	ja	EU und die Flüchtlingskrise
50	19.05.2016	Flüchtlinge: Mittelosteuropäer zerpfücken Quoten-Vorschlag	734	EU-Flüchtlingsquoten kritisiert von Visegrad-Staaten; Kritik des Umverteilungsmechanismus im Rahmen der EU Parlaments; EU Kommission genehmigt Grenzkontrollen im Schengen-Raum	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Umverteilung von Flüchtlingen, Schutz der EU-Außengrenze
51	20.05.2016	Minderjährige Flüchtlinge prostituieren sich in Griechenland		minderjährige Migranten prostituieren sich in Griechenland	Politik	DiePresse.com	ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
52	24.05.2016	Griechenland räumt wildes Camp von Idomeni	439	Räumung des Lagers an der griechisch-mazedonischen Grenze; Flüchtlinge im Mittelmeer	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
53	27.05.2016	Dutzende Verletzte bei Schlägerei im Flüchtlingslager Calais	375	Massenschlägerei im Flüchtlingscamp von Calais; fast 4000 Menschen im „Dschungel von Calais“	Panorama/Welt	DiePresse.com	ja	EU und die Flüchtlingskrise

54	27.05.2016	Von Tierpflege bis Friseursalon: Asylwerber im Einsatz	463	Asylwerber und gemeinnützige Tätigkeiten; sinnvolle Zeitznutzung; Förderung des Spracherwerbs	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
55	27.05.2016	Außenminister: Saudi-Arabien nahm zwei Millionen Syrer auf	195	Unterstützung Saudi-Arabiens in der Flüchtlingskrise;	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlingskrise und die Welt
56	29.05.2016	Flüchtlinge auf Städte verteilen	299	Verteilungsproblem - Die EU solle nicht mehr mit den Regierungen der Mitgliedstaaten über die Zuweisung von Flüchtlingen verhandeln, sondern mit den Bürgermeister von Städten und Gemeinden (Vorschlag der SPD Politiker); Einrichtung von EU-Fonds für Flüchtlinge	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	EU-Flüchtlingspolitik
57	30.05.2016	Die vergessene "Völkerwanderung"	1073	der größte Migrationsstrom von Ost- nach Westeuropa; eine demografische Zeitbombe für die Auswanderungsländer; Angst vor Bevölkerungsaustausch	Politik/Außenpolitik	Jürgen Streihammer	ja	EU und die Flüchtlingskrise
58	31.05.2016	Ungarn/Bulgarien: Hetzjagd der „besorgten Bürger“	735	Bürgerwehren zum Schutz der Bevölkerung vor Migranten; „Migrantenjäger“ in Bulgarien	Politik/Außenpolitik	Boris Kálnoky	ja	Bulgarien und Flüchtlingskrise
59	01.06.2016	Schock nach Brandstiftung in Mühlviertler Asylquartier	584	Brandstiftung im Asylquartier in Altenfelden; Übergriffe auf Asylunterkünfte, darunter Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen	Panorama/Österreich	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
60	02.06.2016	Sobotka: Obergrenze nun doch zur Hälfte erreicht	569	Obergrenze; Notverordnung; Zahleninterpretationen; Asylobergrenze zur Hälfte erreicht	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik

61	02.06.2016	Hetze gegen Asylheim in Leonding: Verfassungsschutz ermittelt	176	Brandlegung in Altenfelden und die Ermittlungen	Panorama/Österreich	Die Presse	ja	Flüchtlinge in Österreich
62	02.06.2016	"Es soll wieder das Kind im Flüchtling gesehen werden"	357	Organisationen machen auf Diskriminierung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aufmerksam; Kinderrechtebeachtung; verlorene Generation	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge in Österreich
63	05.06.2016	Flüchtlingskrise: Libyen will Migranten nicht zurück	601	Libyens Premierminister lehnt Rückschiebungen und Militäreinsatz ab; Kurz fordert Rückschiebungen; mehr als Million Migranten und Flüchtlinge in Libyen; Kritik an Kurz	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	EU und die Flüchtlingskrise
64	06.06.2016	"Flüchtlinge internieren": Kurz macht UNHCR ratlos	562	Kurz: in der Flüchtlingskrise Vorbild an Australien nehmen; Kritik des UNHCR und anderer PolitikerInnen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
65	06.06.2016	Flüchtlinge wohnen mit Studierenden	135	Integrationförderndes Projekt der Caritas	Panorama/Wien	Die Presse	ja	Flüchtlinge in Österreich
66	07.06.2016	Falsche Asylsuchende erschlichen sich Sozialleistungen	191	Falsche Asylsuchende missbrauchen das System	Panorama/Österreich	DiePresse.com	nein	Flüchtlinge und Sozialleistungen
67	07.06.2016	Mehr Polizeiprügel, mehr Abschreckung im Niemandsland	665	Ungarns Grenzregime; Ungarns Umgang mit Flüchtlingen; Grenzzaun zu Serbien; Geschichte einiger Flüchtlinge; Polizeigewalt	Politik/Europa	Thomas Roser	ja	Ungarns Flüchtlingspolitik
68	07.06.2016	Droht der nächste Flüchtlingsansturm?	732	Balkanroute, Mittelmeer - weiterhin „Flüchtlingsströme“; Kurz und Droszkil fürchten neue Flüchtlingsströme; der Zustrom sei vergleichbar mit den Vorjahren; EU muss legale Wege nach Europa schaffen; Schlepper profitieren	Politik/Europa	Marlies Kastenhofer, Jürgen Streihammer	ja	Illegale Migration

69	08.06.2016	Dänemark: Gute Demokraten, schlechte Gastgeber	861	Skepsis gegenüber Einwanderern in Dänemark; misslungene Integration; Erfolge von Rechtspopulismus in Dänemark	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
70	10.06.2016	Flüchtlinge internieren: Sobotka will in EU für Kurz-Vorschlag werben	493	Sobotka: eine Flüchtlingspolitik nach dem Vorbild Australiens; Partnerschaft mit Afrika; Türkei-Deal nicht ideal	Politik/Europa	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik
71	15.06.2016	Die Ablehnung von Muslimen nimmt in Deutschland zu	548	Deutsche sehen Islam als problematisch; verstärkte Ressentiments gegenüber Asylsuchenden, Roma und Sinti, Muslimen in Deutschland; AfD gewinnt an Popularität	Panorama/Welt	Erich Kocina	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
72	15.06.2016	Tausende Flüchtlinge auf griechischen Inseln interniert	419	Inhaftierungen von Migranten in Europa; Asylberechtigte auf den griechischen Inseln; langsames Asylverfahren	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Griechenland und Flüchtlingskrise
73	15.06.2016	Drogengesetz: Gefängnisse füllen sich	569	Neues Drogengesetz; 80 Prozent festgenommener Asylwerber aus Afrika	Panorama/Wien	Die Presse	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
74	17.06.2016	Österreich und Ungarn sichern Schengen-Grenze künftig gemeinsam	453	Österreich und Ungarn - Schengen-Außengrenze künftig gemeinsam sichern; Dublin-Fälle; Migrationsthema auf europäischer Ebene behandeln	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik
75	17.06.2016	Drei Asylwerber wegen Beteiligung an Terrormiliz verhaftet	563	Drei Asylwerber in Tirol wegen der Beteiligung an Terrormilizen in Syrien und im Irak verhaftet; ein weiterer Fall eines Jihadisten	Panorama/Österreich	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
76	17.06.2016	"Wer Flüchtlinge in der Gemeinde aufgenommen hat, ist gelassener"	605	Beschäftigung der Asylwerber problematisch; Sicherheitsgefühl der Bevölkerung; Großquartiere längerfristig keine gute Lösung	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt

77	17.06.2016	Gemeinden wollen Asylwerber beschäftigen	671	Kompetenzen von Asylwerbern; Massenquartiere problematisch; kleinere Gemeinde ohne Massenquartiere zu AsylwerberInnen positiver eingestellt; Mindestsicherung macht Sorgen; Beschäftigung der Asylwerber als Problem	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
78	20.06.2016	Kurz: "Wir haben die Kontrolle verloren"	413	Kurz: Plan gegen illegale Migration; europäische Lösung; Asyl- und Migrationszentren" in Drittstaaten; Kontrolle über die Zuwanderung	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik
79	21.06.2016	Sexueller Missbrauch: 17-jähriger Flüchtling zu Haft verurteilt	486	Afghanischer Flüchtling soll seine Freundin zum Sex gezwungen und vergewaltigt haben; seine Strafe als Zeichen an tausende Asylwerber, die frauenverachtende Einstellung haben	Panorama/Österreich	DiePresse.com	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
80	21.06.2016	Asylpolitik: "Schweden schafft es nicht mehr"	474	Schweden stoppt seine Willkommenspolitik; Verschärfung der Asylregel; Einführung von Ausweiskontrollen an den Grenzen	Politik/Außenpolitik	André Anwar	ja	Skandinavien und Flüchtlingskrise
81	22.06.2016	Syrien: „Frauen sind engagierter für den Frieden“	394	Frauen am meisten vom Krieg belastet; Organhandel, Prostitution, Frühheirat in Flüchtlingscamps; Aufhebung des Embargos gegen Syrien wird verlangt	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	Syrien
82	24.06.2016	Kurz warnt vor Flächenbrand in EU	694	Kurz: Reformen in der EU notwendig; Brexit; EU-Referendum	Politik/Innenpolitik	Christian Ultsch	ja	EU und die Flüchtlingskrise, Brexit
83	27.06.2016	G7 nennen Flüchtlingskrise eine "globale Herausforderung"	796	Fluchtbewegungen als „globale Herausforderung“	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Flüchtlingskrise und die Welt

84	27.06.2016	EU-Austritt: Neue Rechte spielt mit Cxexit	321	Alternative für die Tschechische Republik 2017 (IPC) gegründet - Anti-Islam-Partei; Partei gegen Multikulturalismus und Islamisierung Europas; Slowakeis rechtsextreme Partei sammelt Unterschriften für EU-Austritt	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	Tschechien und Flüchtlinge
85	29.06.2016	Kurz hält Flüchtlingspolitik für "dramatischsten Fehler" der EU	225	Kurz über Auseinanderbrechen der EU; Flüchtlingspolitik der EU bezeichnet er als Fehler; Kurz für Rückführung illegaler Migranten von der EU-Außengrenze	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik
86	29.06.2016	Bratislava übernimmt EU-Vorsitz in Krisenzeit	568	Slowakeis Regierungschef gegen eine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik; möchte Kompromisse eingehen; Handeln der Slowakei in der Flüchtlingskrise	Politik/Europa	Christoph Thanei	ja	EU-Flüchtlingspolitik
87	03.07.2016	Ein bedrängter IS geht in die Terroroffensive	766	Anschläge in Bagdad; hunderte Todesopfer und Verletzte; IS Gebietsverluste; weitere Terroranschläge im Libanon, in der Türkei usw.	Politik/Außenpolitik	Martin Gehlen	ja	IS
88	05.07.2016	Ungarn will offenbar ohne Verfahren abschieben	296	Referendum über die EU-Flüchtlingspolitik in Ungarn; illegale MigrantInnen werden zur Grenze in „Transitzonen“ zurückgebracht, wo sie den Antrag stellen können; Orbán lehnt Quotenregelung ab	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Ungarns Flüchtlingspolitik
89	05.07.2016	Entsetzen über sexuelle Übergriffe bei Musikfestivals	591	Belästigungen in Schweden angeblich durch junge Flüchtlinge begangen	Panorama/Welt	André Anwar	ja	Flüchtlinge und Kriminalität
90	06.07.2016	Ausbildungspflicht gegen 27 Mio. für Flüchtlinge	253	Ausbildungspflicht für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
91	07.07.2016	Berlin unterstützt den österreichischen EU-Flüchtlingsplan	414	Einrichtung von Asylzentren in Afrika; Lob der italienischen Flüchtlingspolitik	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik

92	07.07.2016	Sobotka will gemeinnützige Arbeit für Mindestsicherung	393	Reform der Mindestsicherung; Abschreckung für Flüchtlinge; gemeinnützige Arbeit; Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen; Notverordnung und Grenzzäune zu Ungarn	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
93	07.07.2016	Berlin für Asylzentren in Afrika	366	EU-Grenzschutz; Asylverfahren in Afrika; Kontrollen an den Grenzübergängen	Politik/Europa	Die Presse	ja	EU-Flüchtlingspolitik
94	11.07.2016	Erdogans Geschäft mit Staatsbürgerschaften für Syrer	675	Ankara will syrischen Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt und den Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtern; Einbürgerung von etwa 300.000 syrischer Flüchtlinge möglich - zunächst Ausgebildete; Syrer als Gewinnbringer	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Türkei
95	12.07.2016	Sicherheitsbericht: "Größte Migrationskrise seit 2. Weltkrieg"	729	„Flüchtlingskrise“ und Kriminalität von AsylwerberInnen; Sicherheitsbericht 2015; mehr Anzeigen mit rechtsextremem Hintergrund; weniger Straftaten; weniger Sexualdelikte; Terrorismus; mehr rassistische Delikte	Panorama/Österreich	Die Presse.com	ja	Flüchtlingskrise und Kriminalität
96	12.07.2016	Österreich nimmt derzeit keine Flüchtlinge über EU-Türkei Deal auf	453	Umverteilung von Flüchtlingen nach dem EU-Türkei Deal; Resettlement von Flüchtlingen im Rahmen der EU	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal
97	12.07.2016	Verprügelt und abgeschoben	661	Ungarns Grenzregime; Ungarns Umgang mit Flüchtlingen; Grenzzaun zu Serbien; Geschichte einiger Flüchtlinge; Polizeigewalt	Politik/Außenpolitik	Thomas Roser	ja	Ungarns Flüchtlingspolitik
98	14.07.2016	„Prag sollte sich aus Visegrád-Gruppe herauslösen“	484	Spaltungen in der Visegrad-Gruppe; keine gemeinsame Haltung der vier Staaten; die Flüchtlingsdebatte	Politik/Europa	Hans-Jörg Schmidt	ja	Visegrad-Gruppe

99	14.07.2016	Verwirrung um Obergrenze	347	Obergrenze und Asylnotverordnung in Österreich; Sicherung der Grenze; Rücknahme von Flüchtlingen; Dublin-Richtlinie	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	Asylnotverordnung
100	19.07.2016	"Nicht die Grenzsicherungen haben Flüchtlinge gestoppt"	964	Interview mit Volker Türk; Kritik der EU; Fokus Österreichs auf Integration statt Obergrenzen; keine „Flüchtlingskrise“, EU-Türkei Deal	Politik/Außenpolitik	Susanna Bastaroli	ja	EU und die Flüchtlingspolitik
101	20.07.2016	Deutschland: Viele Flüchtlinge nur für Hilfsjobs geeignet	438	Deutschlands Asylpolitik; das Bildungsniveau von Flüchtlingen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
102	20.07.2016	Kurz: "Hohe Zahl an radikalisierten Personen in Österreich"	169	Integrationsbericht über Radikalisierung in Österreich; Strategie gegen Radikalisierung; Umsetzung des 50-Punkte-Integrationsplans	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
103	20.07.2016	Türkei-Demos: Kanzler Kern trifft Moslem-Vertreter	425	Verschärfungen des Demonstrationsrechts wegen unangemeldeten Pro-Erdoğan-Demos; Kern in einer Aussprache mit muslimischen Vertretern	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
104	21.07.2016	Visegrád-Gruppe bei Brexit und Flüchtlingen einig	215	Visegrád Gruppe einig: gegen Verteilungsquote, für Grenzschutz; Brexit und Flüchtlingskrise als Hauptthemen des Treffens; Flüchtlingshilfe vor Ort in Krisengebieten leisten	Politik/Europa	Die Presse	ja	Visegrad-Gruppe
105	23.07.2016	Leichen von 26 Menschen in Libyen angespült	184	Tote Flüchtlinge; Rettungseinsätze bei Tripolis; lebensgefährliche Fahrten über das Mittelmeer	Panorama/Welt	DiePresse.com	ja	EU und die Flüchtlingskrise
106	26.07.2016	Österreich-Ungarn: Das vorsichtige Ende einer Eiszeit	624	Kern trifft Orbán; Dublin System; Ungarns Migrationspolitik; Veränderung der österreichischen Asylpolitik	Politik/Außenpolitik	Iris Bonavida	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
107	26.07.2016	Nach Terror in Bayern: CSU will in Krisengebiete abschieben	208	Anschläge in Würzburg und Ansbach; Abschiebungen von abgelehnten Asylsuchenden in Krisengebiete	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Terrorismus

108	28.07.2016	Merkel: "Flüchtlinge als Täter verhöhnen Deutschland"	465	Merkel verurteilt die Anschläge von Würzburg und Ansbach; Merkel betont „Wir schaffen das“	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
109	01.08.2016	Tschechiens Präsident nennt Merkels Willkommenskultur "unsinnig"	289	Zeman kritisiert Merkels „Willkommenskultur“-Politik; Merkel wiederholt „Wir schaffen das“; Zeman fordert Abschiebung abgelehnter Flüchtlinge und Bekämpfung illegaler Migration; restriktive Flüchtlingspolitik Tschechiens	Politik/Europa	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
110	01.08.2016	Flüchtlinge: Österreich lehnt Ausweitung des Familienbegriffs ab	155	Österreich und Deutschland gegen eine Ausweitung des Familienbegriffs im Rahmen der Flüchtlingspolitik durch die EU-Kommission; Erweiterung des Familienbegriffs, um der illegalen Migration entgegenzuwirken	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Flüchtlingspolitik
111	01.08.2016	Türkei droht ultimatim mit Bruch des Flüchtlingspakts	851	Visaliberalisierung - Türkei droht der Europäischen Union ultimatim mit der Aufkündigung des Flüchtlingspakts; Demonstrationen für und gegen Erdogan in Köln; Verhaftungen in der Türkei im Bezug zum Militärputsch	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal
112	02.08.2016	Lesbos: Flüchtlingshelfer versuchen offenbar Muslime zu bekehren	383	Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sollen in einem Flüchtlingslager auf Lesbos Migranten überreden, zum Christentum zu konvertieren	Politik/Europa	DiePresse.com	ja	Aktivisten/Flüchtlingshelfer
113	03.08.2016	Athen fordert von Brüssel Plan B für EU-Türkei-Abkommen	651	EU-Türkei Deal; Türkei fordert Visumfreiheit; Griechenland fordert von der EU Plan B; EU weite Flüchtlingsumverteilung; prekäre Situation in griechischen Flüchtlingsunterkünften; mangelnde Unterstützung von der EU	Politik/Europa	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal
114	04.08.2016	Frontex: Doskozil-Kritik „tut weh“	743	EU-Türkei Deal; Hilfe in den Ursprungsländern; illegale Migration; Arbeit von Frontex	Politik/Außenpolitik	Jürgen Streihammer	ja	Schutz der EU-Außengrenzen

115	07.08.2016	Kurz gegen neue Verhandlungskapitel mit der Türkei	188	Kurz gegen weitere Verhandlungen mit der Türkei; Kern und Kurz für Stopp der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beim EU-Gipfel	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	EU-Türkei Deal
116	10.08.2016	Schwere Fälle von Missbrauch in australischem Flüchtlingslager	268	Australisches Flüchtlingslager; Australiens Flüchtlingspolitik; Verstöße gegen Rechte der Flüchtlinge	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Asylpolitik Australiens
117	11.08.2016	Flüchtlingskrise: Kein Aufatmen an Europas Südflanke	225	EU-Türkei Deal; Flüchtlingskrise in Italien; Calais	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Italien und Flüchtlingskrise
118	12.08.2016	Österreich bietet Serbien Hilfe bei Grenzschutz an	327	Flüchtlingspolitik Österreichs und Serbiens; Hilfe für Serbien bei der Grenzsicherung; Lob Serbiens für Hilfe in der Flüchtlingskrise	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
119	12.08.2016	Italiens Polizeichef: "Müssten Mauer zu Österreich bauen"	236	Flüchtlinge in Italien und Österreich, Grenzschutz, Flüchtlingsbewegung	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Schutz der EU-Grenzen
120	15.08.2016	Asylschränken ab Herbst	617	Asylnotverordnung	Politik/Innenpolitik	Philip Aichinger	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
121	16.08.2016	Ein Machtwort Kerns und alte Asyltrennlinien in der SPÖ	503	Obergrenze und Asylnotverordnung in Österreich; Kerns Asylpolitik	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
122	16.08.2016	Donald Trump: „Clinton will Merkel werden“	326	Trump warnt seine Landsleute vor einer Flüchtlingspolitik wie in Deutschland; behauptet Anstieg der Kriminalität in Deutschland wegen Flüchtlingen (wurde widerlegt)	Politik/Außenpolitik	Die Presse	ja	US-Präsidentschaftswahlen

123	18.08.2016	Strache: "Wie lange wollen wir so einem Treiben noch zusehen?"	453	Strache: Keine Staatsbürgerschaft an türkische Migranten; Kritik der rot-schwarzen Flüchtlingspolitik; Ausländer in Österreich - ihre Integration und Entstehung gefährlicher Parallelgesellschaften	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Österreichs Asyl-/Flüchtlingspolitik
124	19.08.2016	Kurz: Ein-Euro-Jobs für Asylberechtigte - oder weniger Sozialgeld	652	Pflicht zur Arbeit in Ein-Euro-Jobs für Asylberechtigte; Verbot der Vollverschleierung in Österreich; volle Mindestsicherung erst nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in Österreich; viele nicht alphabetisierte Flüchtlinge in Österreich; schwierige Situation am Arbeitsmarkt	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
125	19.08.2016	Ein-Euro-Jobs: Deutschlands umstrittene "Arbeitsgelegenheiten"	406	Hartz-IV für Flüchtlinge; Integration von Flüchtlingen	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt
126	19.08.2016	Flüchtlingslager auf Ägäis-Inseln platzen aus allen Nähten	616	Überfüllte Flüchtlingslager; Bootsflüchtlinge; Probleme des EU-Türkei Deals; schnelleres Antragsbearbeitungstempo wird gefordert;	Politik/Außenpolitik	Christian Gonsa	ja	EU-Türkei Deal
127	19.08.2016	Die Schlepper umgehen Österreich	616	Schlepperwesen; illegale Migranten; Bekämpfung des Schlepperwesens wenig erfolgreich; neue Routen; Grenzkontrollen	Panorama/Österreich	Andreas Wetz	ja	Illegale Migration
128	21.08.2016	Islamgegner täuschten in Prag Terroranschlag vor	210	Tschechische Rechtspopulisten (Martin Konvicka) imitierten mit Waffen-Imitaten und „Allahu Akbar“-Rufen einen Anschlag und sorgten für Panik	Panorama/Welt	DiePresse.com	ja	Tschechien und Flüchtlinge
129	22.08.2016	Leopoldstadt: Der kleine Wahlkampf hat begonnen	759	Bezirkswahlkampf in der Leopoldstadt; Kampf zwischen Blau und Grün; Abgrenzung der Grünen von rechts; Flüchtlinge kein Thema für SPÖ Wahlkampf	Politik/Innenpolitik	Anna Thalhammer	ja	Bundespräsidentenwahl

130	22.08.2016	Ungarn: Staatsorden für rassistischen Freund Orbáns	456	Der für seine antisemitischen Schriften und Roma-Schmähungen berühmte Journalist Zsolt Bayer erhielt das ungarische Ritterkreuz, aus Protest geben andere Ordensträger ihre Auszeichnungen nun zurück	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Ungarns Flüchtlingspolitik
131	23.08.2016	Johannes Hahn: „Die Sorge zur Türkei war berechtigt“	907	Türkei und ihre EU-Mitgliedschaft; Putschversuch in der Türkei; gesamteuropäische Lösung der EU weiten Flüchtlingskrise; EU-Türkei Deal	Politik/Europa	Gerhard Bitzan und Wolfgang Böhm	ja	EU-Türkei Deal
132	23.08.2016	Merkel ruft türkischstämmige Deutsche zu Loyalität auf	517	Merkel über Angst von Austragung innertürkischer Konflikte nach dem Putschversuch auf deutschen Straßen; EU-Türkei-Abkommen ähnliche Vereinbarungen mit Ländern in Nordafrika	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
133	23.08.2016	"Dutzende türkische Migranten wollen Österreich verlassen"	380	Vorarlberger „Neue Bewegung für die Zukunft“ kritisiert Kurz und seine Haltung zur Türkei	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja + FB Beitrag	Türkei
134	24.08.2016	Prag will keine muslimische Minderheit	113	Tschechiens Regierung will das Entstehen einer muslimischen Minderheit im Land verhindern; Warnung vor Entstehung ähnlicher Situation wie in Deutschland; Einwanderer als Gefahr für nationale Sicherheit	Politik/Außenpolitik	Die Presse	nein	Tschechien und Flüchtlinge
135	25.08.2016	Doskozil: Merkels Flüchtlingspolitik "ist unverantwortlich"	183	Doskozil gegen Merkels „Willkommenskulturpolitik“; die „Wir schaffen das“-Politik sei ein Anziehungsfaktor für Fluchtbewegungen nach Europa; Doskozil fordert einen Rückführungsgipfel auf europäischer Ebene	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	Merkels Flüchtlingspolitik

136	25.08.2016	Merkel wirbt für Neustart der EU nach dem Brexit	206	EU nach Brexit - mehr Zusammenarbeit und größere Rolle Deutschlands fordert Estlands Regierungschef; Merkels Treffen mit der Visegrád-Staaten	Politik/Europa	DiePresse.com	ja	Brexit
137	26.08.2016	Niederlande: Rechtspopulist Wilders will Koran verbieten	261	Die Partei des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders fordert Schließung aller Moscheen und Koranverbot in ihrem Wahlprogramm	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	EU und die Flüchtlingskrise
138	27.08.2016	Hart an der Grenze	2075	Serbisch-ungarische Grenze; 20 österreichische Polizisten an der EU-Außengrenze zu Serbien; persönliche Geschichten; Österreichs und Ungarns Flüchtlingspolitik; Flüchtlinge an der ungarischen Grenze	Politik/Außenpolitik	Jürgen Streihammer	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
139	27.08.2016	Flüchtlingsgegner klettern auf Brandenburger Tor	309	Proteste in Deutschland gegen Politik der offenen Grenzen; identitäre Bewegung	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	nein	Demonstrationen gegen Flüchtlinge
140	27.08.2016	Flüchtlinge: SPD-Chef fordert Obergrenze und attackiert Kanzlerin	300	SPD-Vorsitzender Gabriel kritisiert Merkels Flüchtlingspolitik; fordert eine Obergrenze	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
141	27.08.2016	Drama auf der A4: Anklage im Herbst erwartet	446	Schlepperwesen; 71 tote Flüchtlinge - Schlepper vor Gericht	Panorama/Österreich	Die Presse	ja	Illegale Migration
142	28.08.2016	Kern fordert Rückführung von im Meer geretteten Flüchtlingen	178	Schutz der EU-Außengrenzen, Hilfsprogramme in den Herkunftsländern; BK Kerns Ansichten über die Flüchtlingskrise	Politik/Innenpolitik	DiePresse.com	ja	Schutz der EU-Außengrenzen
143	28.08.2016	Stöger: "Möchte Österreichern Slums ersparen"	1048	Mindestsicherung; Umverteilung von AsylwerberInnen im Rahmen Österreichs; Bereitschafts zu arbeiten wird gefordert; Asylnotverordnung	Politik/Innenpolitik	Die Presse	ja	AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt

144	28.08.2016	Machtprobe in der Regierung um Asyl und Steuern	595	Verschärfungen des Asylgesetzes und bei der Mindestsicherung; SPÖ und ÖVP Koalition; Einschränkungen des Sozialgeldes für Asylberechtigte; Asylobergrenze; Integrationsmaßnahmen	Politik/Innenpolitik	Karl Ettinger	ja	Asylnotverordnung
145	29.08.2016	Hofer: Kurz, Sobotka und Droschitz "machen guten Job"	463	Hofer und sein Wahlprogramm; Äußerungen über die Flüchtlingskrise - es sei keine „Flüchtlingskrise“, sondern eine Migrationskrise	Politik/Bundespräsidentenwahl	die Presse.com	ja	Bundespräsidentenwahl
146	29.08.2016	Hofer: „Das Gegenteil von autoritärem Führungsstil“	622	Hofer über Bundespräsidentenamt und seine Vorhaben als BP	Politik/Bundespräsidentenwahl	Die Presse	ja	Bundespräsidentenwahl
147	29.08.2016	Deutschland: Ist Merkel amts müde?	940	Merkel, ihre Flüchtlingspolitik und Frage nach ihrer nächsten Kandidatur als Bundeskanzlerin	Politik/Außenpolitik	Thomas Prior	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
148	31.08.2016	Vier Tage, 13.000 neue Flüchtlinge: Italien am Limit	212	Flüchtlinge in Italien, Rettungseinsätze im Mittelmeer; Versorgungssystem angespannt; mehr Tote im Mittelmeer	Panorama/Welt	Die Presse	ja	Italien und Flüchtlingskrise
149	31.08.2016	Bayern führt Wohnsitzpflicht für Asylwerber ein	185	Wohnsitzpflicht für anerkannte Asylwerber in Bayern; deutsches Integrationsgesetz; ähnliche Forderungen in Österreich	Politik/Außenpolitik	DiePresse.com	ja	Deutschland und Flüchtlingskrise
150	31.08.2016	Altenfelden: Ein neues Haus auf verbrannter Erde	848	Flüchtlingshaus in Altenfelden neu gebaut; Hilfe von Menschen, die gegen Flüchtlinge waren; Skepsis über das große Ganze, Hilfe für Einzelne	Panorama/Österreich	Christine Imlinger	ja	Flüchtlinge in Österreich

Rahmen: Opfer

Main Frame	Type of Immigrant (Subframe)	Role of Immigrant	Problem Definition	Problem Source	Responsibility	Policy Solution
[1] Victim	[1.1] Human Smuggling or Trafficking Victim	Victim of human smugglers	Exploitation of people, coerced to forced labour, begging and prostitution	Human smugglers/traffickers and absence of mechanisms to combat them	1) National and international mechanisms for combating crime 2) Cypriots who do not care or even participate in exploitation	Combating human smuggling and trafficking
	[1.2] Economic Migrant / Refugee	Victim of global inequality Victim of persecution and conflict	1) People from poor countries who seek work in advanced economies on a quest for a better life 2) People are forced to leave their homes and seek asylum abroad	1) Poverty and global wealth inequality 2) Capitalism and globalisation 3) National, racial and religious conflicts and wars; authoritarian regimes	1) The advanced capitalist countries stripping countries of migrant origin of their wealth, forcing them to flee 2) Developed states that do not eliminate conflicts causing migration	1) Wealth redistribution 2) Restraining multinational corporations' parasitic operation 3) Western initiatives to eliminate conflicts in countries of origin
	[1.3] Sweatshop Worker	Disenfranchised worker, victim of employers	Illegal employment of immigrants in low-paid and dangerous jobs, with no benefits	1) Employers exploit undocumented immigrants to maximise their profit 2) Ineffectiveness of authorities	1) The Cypriot authorities responsible for regulating employment 2) Cypriot employers	1) Legalisation of undocumented immigrants 2) Combating 'illegal employment'
	[1.4] The 'Othered'	Victim of racism or xenophobia	1) Discrimination and racism against immigrants in terms of ethnicity, religion or race; 2) State repression and violence 3) Policies that prohibit integration (residence permits and naturalisation)	1) Racist and xenophobic ideas 2) Absence of integration policies	1) State (authorities, police, education) 2) Racist parties/organisations	1) Policies for integration of immigrants in society 2) Policies for combating xenophobia and racism
	[1.5] Political Puppet or Scapegoat	Victim of manipulation for political ends	Political parties use immigrants to obtain political gains, either by defending (e.g. left parties) or prosecuting them (e.g. far right)	Manipulation by political parties	Political Parties, Government	Putting an end to manipulation of immigrants by political parties
	[1.6] The Helpless	Victim of (non-racist) violence	Immigrants fall victim of violence, murder, kidnapping and other criminal acts	Immigrants are a vulnerable group and should be protected	The state that does not protect this vulnerable social group	1) Institutional protection of immigrants 2) Tackling crime

Abbildung 22: Rahmen Opfer (Miloni, Spyridou & Vadratsikas 2015: 165)

Rahmen: Bedrohung

Main Frame	Type of Immigrant (Subframe)	Role of Immigrant	Problem Definition	Problem Source	Responsibility	Policy Solution
[2] Threat	[2.1] The Criminal or the Illegal	The lawbreaker who constitutes a threat for the safety of Cypriots The intruder, the undocumented immigrant	1) Crime is increased as a result of the increase of immigrants 2) Immigrants exploit laws of Western countries to enter their territory / violate laws 3) Large numbers of immigrants enter illegally, becoming a threat for public order	1) Inadequate police patrolling / unguarded borders 2) The immigrants themselves who have criminal records or come from savage and uncivilised countries 3) Immigrants who enter Europe fraudulently / do not respect laws 4) Lax deportation policy	1) The authorities do not fight crime and illegal entry of immigrants 2) The immigrants themselves who intrude and commit crimes	1) More policing and repression of immigration-related crime 2) Fortification of borders 3) Stricter policies for granting residence permits to immigrants 4) Deportation of all illegal / law-breaking immigrants
	[2.2] The Alien/ Other	A threat for the ethnic, religious and cultural cohesion	Immigrants with different ethnic, religious and cultural traditions, spoil the ethnic and religious purity of society	1) Inadequate border controls 2) Lax deportation policy	1) The authorities who do not prevent illegal entry of immigrants 2) The immigrants who carry values incompatible with the Cypriot culture	1) Deportation of all immigrants 2) Policies to reduce the number of immigrants
	[2.3] Economic Competitor	An economic threat for native workers	Immigrants take jobs away from Cypriots and lower the wages, making the bad economic situation of Cypriots worse	1) Inadequate border controls 2) Lax deportation policy	1) The authorities who do not prevent illegal entry of immigrants 2) The immigrants invading the country 3) The immigrants who are 'cheap labour'	1) Legalisation of all 'useful' immigrants, deportation of the rest 2) More jobs for Cypriots
	[2.4] The Intruder/ Social Burden	The 'unwelcome guest' who is a burden for the country's social welfare system	Immigrants who leave their countries, come uninvited use up welfare resources	1) Inadequate border controls 2) Timid immigration policy 3) Immigrant benefits / free health care	1) The authorities who do not take measures to combat illegal immigration 2) The Europeans who are not helping us 3) The immigrants who invade the country 4) Policies for immigrant benefits	2) Legalisation of all 'useful' immigrants, deportation of the rest 2) Tightening of policy regarding immigrant benefits 3) Burden-sharing policies in EU countries
	[2.5] The Civic/Political Threat	A civic or political threat for Cypriot citizens	1) Immigrants granted civil and political rights and vote against the interests of Cypriot people 2) Immigrants engage in political acts and demands without any right to do so	1) Immigrants' political rights 2) Political parties who let them speak up and become visible 3) The immigrants themselves who come from authoritarian regimes and do not know what democracy is	1) Political actors who seek to grant immigrants political rights 2) The left which enables immigrants to make political demands 3) The authorities who do not crack down immigrant protests	1) Abolish or make more stringent laws about access to citizenship and voting rights 2) Repression and punishment of immigrant protests as criminal acts
	[2.6] The Public Health Threat	The carrier of infectious diseases	Immigrants carry diseases that threaten public health	Immigrants come from countries with many diseases that they carry due to lack of health controls	1) Immigrants who 'carry diseases' 2) The authorities that do not impose strict health controls	Health control of immigrants

Abbildung 23: Rahmen Bedrohung (Miloni, Spyridou & Vadratsikas 2015: 166)

Rahmen: Aktiv handelndes Subjekt

Main Frame	Type of Immigrant (Subframe)	Role of Immigrant	Problem Definition	Problem Source	Responsibility	Policy Solution
[3] Active Agent	[3.1] The 'Useful' Worker	Low-wage worker who does the jobs Cypriots won't do and contributes to the competitiveness	How to create a low-wage workforce to boost economic development, cracking down on unreported employment	Unreported employment and tax evasion	1) The Cypriot state and authorities 2) Cypriot employers	Creating just and lawful employment for immigrants so that tax evasion is avoided
	[3.2] The Proletarian Worker	Low-wage worker who is part of the labour movement and worker struggles	How to integrate immigrants in the struggles of the labour movement	Weak integration of immigrants in society and in the struggles of the labour movement	Borne by the working class that goes against immigrants, seeing them as competitors, instead of uniting forces against capitalist exploitation	Legalisation of immigrants
	[3.3] Active Political Subject	People who fight for their rights	Immigrants are denied civil and political rights	Absence of policies for granting of civil and political rights, xenophobia	1) The state which fails to create integration policies 2) Society itself which does not accept immigrants	Institutional and legal changes for granting of civic and political rights
	[3.4] Quality Workforce	Employees with qualifications equal to or better than those of the domestic workforce	'Brain drain': The domestic economy is unable to absorb specialised scientists, who migrate in search of work	1) Lack of modernisation of the economy 2) The myth that immigrants are uneducated	Borne by the state that offers no incentives to highly trained personnel to remain in the country	1) Development and modernisation of the economy 2) Incentives for young scientists to remain in the country
	[3.5] Wealthy Investor	Affluent third-country citizens who bring their wealth to Cyprus and strengthen the economy	Impediments to migration in Cyprus for third-country nationals	State policies on immigration	Borne by the state that does not care to simplify procedures for investors	Favourable provisions for wealthy investors from third countries
	[3.6] Equal Society Member ('one of us')	Integrated (or able to integrate), valuable and committed members of society	Immigrants are denied access to citizenship and opportunities to integrate; they are forced to ghettoization	Absence of policies for integration	1) The state which fails to create integration policies 2) Society itself which does not accept immigrants	Institutional and legal changes for granting of civic and political rights and integration policies

Abbildung 24: Rahmen Aktiv handelndes Subjekt (Miloni, Spyridou & Vadratsikas 2015: 167)

Artikel 1 – iDnes.cz

ČR přijme prvních sedm uprchlíků na základě kvót, tři z nich sem nechtějí

26. dubna 2016 17:50, aktualizováno 18:30

Česká republika přijme první uprchlíky na základě přerozdělovacích kvót, které loni schválila Evropská unie. V současné chvíli se má jednat o sedm lidí, kteří již prošli bezpečnostní prověrkou. Tři z nich se však snaží cestě do Česka vyhnout. Opustili proto řecká zařízení, kde na přesídlení čekali. Uvádí to pravidelná zpráva ministerstva vnitra o migraci.



(ilustrační foto) | foto: AP

Česko by na základě zmíněných kvót mělo do konce roku 2017 přijmout 2 691 lidí ze středomořských zemí, které nejvíc zasáhla migrační krize. Země se nejprve v rámci přerozdělovacích kvót dobrovolně zapojila do relokačního programu se závazkem přijmout 1 100 uprchlíků z Itálie a Řecka.

Později bylo při jednáních uvnitř EU schváleno rozšíření o dalších 1591 uprchlíků, přestože Česko a několik dalších zemí tehdy hlasovalo proti rozšíření původních kvót.

Plánované přijetí prvních uprchlíků podle kvót kritizoval předseda ODS Petr Fiala. „Ačkoli česká vláda kvóty slovně odmítá, její faktické kroky jsou opačné. Výsledkem však je situace, kdy uprchlíci, kteří mají být proti své vůli přesunuti, raději utečou,“ uvedl v prohlášení.

„Je evidentní, že přerozdělování nefunguje. O to zarážející jsou snahy Evropské komise změnit evropský azylový system, který má nově obsahovat kvóty trvalé. Kvóty jsou špatná cesta. Nechme toho,“ doplnil.

Letos v únoru Česká republika v rámci evropských přerozdělovacích kvót nabídla první místa pro 20 uprchlíků z Řecka a deset z Itálie. Bezpečnostní prověrkou prošlo sedm Syřanů, kteří byli v Řecku. Ostatních 13 uprchlíků z Řecka a deset z Itálie po bezpečnostních prověrkách Česko přijmout nechce.

„A to z důvodu, že ve složkách těchto osob, které České republice postoupilo Řecko a Itálie, nebyl dostatek kopií osobních dokladů, které by potvrdily totožnost těchto osob,“ vysvětluje zpráva o migrační situaci, která se týká období do poloviny dubna.

Na některém z příštích jednání by dokument měla projednat vláda. Zpráva také upozorňuje na to, že přesídlování uprchlíků zatím ve všech směrech vázne a je velmi pomalé. Podle dokumentu nabídlo 21 členských států EU místa pro přijetí 4 826 uprchlíků. Přesídleno jich prozatím bylo pouze 1 195.

Migrace Čechy zajímá, pozorně ji sledujeme v médiích:

Uprchlická krize

BULHARSKO: Ničitel Valev loví migranty

PRŮZKUM: Češi chtějí zavřít hranice

BRUSEL: Migranty chce rozdělovat podle klíče

NĚMECKO: Uprchlíci odcházejí z maloměst

ŘECKO: První migranti se vrací do Turecka

RAKOUSKO: V Brenneru vzniká bariéra

HOAX: Domobrana potřela sexuchtivé běžence

IZMIR: Turci s uprchlíky soucítí, míní Česka

EXPERT: Dohoda s Turky je nejmenší zlo

HOTSPOTY: Jak funguje registrační centrum

Průzkum médií ukazuje, že migrace nás zajímá. Komu nejvíc věříme | (2:11) | video: TV Prima



Autoři: ČTK, iDnes.cz

Témata: Evropská unie, Přiliv uprchlíků do Evropy, Evropská komise, Evropská unie, ODS, Program Nova
Vstoupit do diskuse (1034 příspěvků)

Quelle: http://zpravy.iDnes.cz/cesko-prijme-uprchlici-kvoty-eu-dn7-/domaci.aspx?c=A160426_174212_domaci_rych

Artikel 1 – iDnes.cz - Übersetzung

Tschechien nimmt erste sieben Quoten-Flüchtlinge auf, drei von ihnen wollen nicht hierher

26. April 2016 17:50, aktualisiert 18:30

Die Tschechische Republik nimmt erste Flüchtlinge auf Basis der Umverteilungsquoten, die die EU letztes Jahr abgestimmt hat, auf. Im Moment handle sich um sieben Personen, die bereits die Sicherheitskontrolle durchgemacht haben. Drei von ihnen versuchen jedoch ihre Reise nach Tschechien zu vermeiden. Aus diesem Grund verließen sie die griechischen Einrichtungen, wo sie auf ihre Umsiedlung gewartet haben. Dies wird im regulären Migrationsbericht des Innenministeriums erwähnt.



(Illustrationsfoto) | Foto: AP

Tschechien sollte laut bereits erwähnten Quoten bis zum Ende des Jahres 2017 2 691 Menschen aus den Mittelmeer-Staaten, die am meisten von der Migrationskrise betroffen wurden, aufnehmen. Das Land schloss sich zuerst freiwillig dem Relocation-Programm im Rahmen der EU-Umverteilungsquoten mit der Verpflichtung der Aufnahme von 1100 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland an.

Später wurde bei weiteren Verhandlungen in der EU eine Erhöhung um weitere 1591 Flüchtlinge verabschiedet, obwohl Tschechien und einige weitere Länder gegen eine Erhöhung der ursprünglichen Quoten stimmten.

Flüchtlingskrise

BULGARIEN: Zerstörer Valev jagt Migranten

UMFRAGE: Tschechen möchten die Grenzen dichtmachen

BRÜSSEL: Will Migranten nach einem Schlüssel verteilen

DEUTSCHLAND: Flüchtlinge verlassen Kleinstädte

GRIECHENLAND: Erste Migranten werden in die Türkei abgeschoben

ÖSTERREICH: Am Brenner entsteht eine Barriere

HOAX: Landwehr bekämpfte lüsterne Flüchtlinge

ISMIR: Türken haben mit Flüchtlingen Mitleid, glaubt eine Tschechin

EXPERTE: EU-Türkei Deal ist das geringste Übel

HOTSPOTS: Wie funktionieren Registrierungszentren

Die geplante Aufnahme erster Quoten-Flüchtlinge kritisierte der Vorsitzende der ODS-Partei Petr Fiala. „Obwohl die tschechische Regierung Quoten ausdrücklich ablehnt, sind ihre tatsächlichen Schritte gegenteilig. Das Ergebnis ist eine Situation, in der Flüchtlinge, die gegen ihren Willen verschoben werden sollen, lieber fliehen,“ teilte er in einer Erklärung mit [Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland].

„Es ist offensichtlich, dass die Umverteilung nicht funktioniert. Um so verblüffender sind die Bemühungen der Europäischen Kommission, das Europäische Asylrecht zu verändern, das neuerlich fixe Quoten beinhalten soll. Quoten sind ein schlechter Weg. Lassen wir es sein“, fügte er hinzu.

Heuer im Januar bot die Tschechische Republik im Rahmen der europäischen Umverteilungsquoten erste Plätze für 20 Flüchtlinge aus Griechenland und zehn aus Italien. Durch die Sicherheitskontrolle sind sieben Syrer durchgekommen. Die restlichen 13 Flüchtlinge aus Griechenland und zehn aus Italien will Tschechien nach den Sicherheitskontrollen nicht aufnehmen.

„Und zwar aus dem Grund, dass in den Akten dieser Personen, die Griechenland und Italien der Tschechischen Republik zur Verfügung gestellt haben, nicht genug Kopien persönlicher Dokumente sind, die die Identität dieser Personen belegen würden“, erklärt der Migrationsbericht, der sich auf die Hälfte des Monats April bezieht.

In weiteren Verhandlungen sollte dieses Dokument von der Regierung verhandelt werden. Der Bericht weist auch darauf hin, dass die Umsiedlung von Flüchtlingen derzeit in alle Richtungen stockt und sehr langsam ist. Dem Dokument nach boten weitere 21 EU-Länder Plätze für die Aufnahme von 4826 Flüchtlingen an. Vorerst wurden nur 1195 umgesiedelt.

Migration interessiert Tschechen, wir beobachten sie (die Migration) aufmerksam in den Medien:

Eine Analyse der Medien zeigt, dass uns Migration interessiert. Wem vertrauen wir am meisten | (2:11) |
Video: TV Prima



Autoren: ČTK, iDnes.cz

Themen: Europäische Union, Ansturm von Flüchtlingen auf Europa, Europäische Kommission, Europäische Union, ODS, TV Nova Programm

[In Diskussionsforum eintreten \(1034 Beiträge\)](#)

Österreich-Ungarn: Das vorsichtige Ende einer Eiszeit

Kanzler Kern besuchte Ungarns Premier Orbán. Die Beziehung ist gekittet, zumindest oberflächlich. "Migration ist keine Lösung, sondern das Problem", beharrt Orbán.



Bundeskanzler Christian Kern (r.) besuchte Ungarns Premier, Viktor Orbán, in Budapest. –
(c) APA/BKA/ANDY WENZEL (ANDY WENZEL)

97 Kommentare

Von Iris Bonavida

26.07.2016 um 18:27

Budapest. Viktor Orbán macht es noch einmal deutlich – für den unwahrscheinlichen Fall, dass jemand nicht wissen sollte, wofür er in der Flüchtlingspolitik steht: „Ungarn braucht keinen einzigen Migranten“, sagt der ungarische Premierminister. Und: „Migration ist keine Lösung, sondern das Problem. Sie ist Gift.“ Damit endet der erste gemeinsame Auftritt von Orbán und Christian Kern.

Bei dem Abschiedsstatement muss der österreichische Kanzler Kern ein paar Mal schlucken, so gar nicht will das in seine politische Linie passen. Zuvor hatten sich die

beiden etwas mehr bemüht, zumindest einen Hauch Einigkeit zu zeigen. Das war auch das erklärte Ziel von Kerns Antrittsbesuch in Budapest am Dienstag.

„Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen“, sagt Kern nach einem Vieraugengespräch. Man wolle nicht die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten, sondern „die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern“. Orbán ist sogar um eine Spur euphorischer: „Es ist schon lange her, dass ich so eine gute außenpolitische Nachricht verkünden durfte.“ Die beiden hätten sich darauf geeinigt, die verschiedenen Parteiinteressen nicht über jene der Länder zu stellen.

Heikle Mission in Budapest

Für Kern ist es ein heikler Besuch. Er muss die Beziehungen zwischen Wien und Budapest kitten, ohne sich dem umstrittenen Premier anzubiedern. Denn er hat ein konkretes Ziel: Ungarn soll ihn bei der Umsetzung der österreichischen Flüchtlingspolitik unterstützen. Doch das ist ein schwieriges Vorhaben.

Spulen wir um ein Jahr zurück. Der Kanzler hieß damals noch Werner Faymann. Und seine Asylpolitik orientierte sich am deutschen „Wir schaffen das“. Budapest entwickelte sich zum Gegenpol der Achse Wien–Berlin: Orbán ließ einen rund 170 Kilometer langen Zaun errichten – und erklärte illegalen Grenzübertritt zur Straftat.

Was folgte, war ein verbaler Schlagabtausch zwischen den beiden Regierungschefs. Die Beziehung sollte bis zum Ende von Faymanns Kanzlerkarriere auf dem Tiefpunkt bleiben. Trotz seines Schwenks in der Asylpolitik.

Dieser Schwenk wird nun auch von Kern weitergetragen: eine Obergrenze von 37.500 Asylverfahren in diesem Jahr. Oder eine Notverordnung, die im Ernstfall erlaubt, Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen. Doch für diese Pläne braucht es Partner. Einen ganz besonders: Ungarn. Denn will Österreich laut Notverordnung Ankommende tatsächlich an der Grenze abweisen, müsste sie das Nachbarland aufnehmen. Für Ungarn würde dies – Stand jetzt – mindestens 200 Personen pro Woche bedeuten. „Wenn Ungarn da nicht mitmacht, passiert ein Pingpongspiel mit Menschen“, erklärte Kern im Vorfeld. Doch Ungarn signalisiert am Dienstag keine Bewegung.

Österreich fordert das Nachbarland auch seit Monaten auf, sogenannte Dublin-Fälle zurückzunehmen: Also jene Menschen, die nachweislich ein anderes EU-Land vor Österreich betreten haben. Dieses Land wäre eigentlich für sie zuständig. Derzeit sind rund 9000 solcher Flüchtlinge in Österreich. Der Großteil davon, 6000, wurde in Ungarn (zum Teil auch in anderen Ländern) registriert. Budapest weigert sich, diese Menschen zurückzunehmen. Ein Verfahren auf EU-Ebene läuft deswegen bereits. Bis dahin will Orbán nicht tätig werden.

Die einzige, kleine Zusage gab es vor rund zehn Tagen: Innenminister Wolfgang Sobotka und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil bereiteten den Boden in Ungarn vor. Sie boten Orbán Hilfe beim Schutz der ungarischen EU-Außengrenze an. Ab August sind 20 österreichische Polizisten dort stationiert, auch NGOs sollen vor Ort sein. Und: Ungarn nimmt jene Menschen zurück, die nachweislich über ein Drittland gekommen sind. Sprich: Flüchtlinge aus dem Kosovo, Albanien, der Ukraine – nicht etwa Syrer oder Iraker. Das betrifft rund 1500 Flüchtlinge in Österreich. Kern hofft jetzt darauf, dass die gemeinsame Grenzsicherung ausgebaut werden kann – damit man nicht weiter auf Hilfe aus Ungarn angewiesen ist.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 27.07.2016)

Abstract Deutsch

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde die mediale Berichterstattung der österreichischen und tschechischen Online-Zeitungen DiePresse.com und iDnes.cz über die „Flüchtlingskrise und Flüchtlinge“ im Frühling und Sommer 2016 analysiert. Es wurde untersucht, welche Diskursstränge in der Berichterstattung in dem untersuchten Zeitraum prägend sind und wie die „Flüchtlingskrise“ mit Islam, Islamismus und MuslimInnen in Verbindung gebracht wurde, beziehungsweise in welchen Kontexten die Zeitungen über Islam und MuslimInnen berichtet haben. Um die Repräsentationsbilder von Flüchtlingen untersuchen zu können, wurden drei Hauptrahmen (Bedrohung, Opfer und aktiv handelndes Subjekt) herangezogen. Somit wurde untersucht, welches Bild von Flüchtlingen die Online-Zeitungen am häufigsten ihrer Leserschaft präsentieren. Das Material wurde anhand korpusanalytischer, strukturanalytischer und diskursanalytischer Methoden analysiert. Zur Vervollständigung des Gesamtbildes der Darstellung der „Flüchtlingskrise“ und Repräsentationen von Flüchtlingen wurden zwei ausgewählte Artikel einer kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger unterzogen.

Abstract Englisch

The topic of this thesis is the media coverage of the Austrian and Czech online newspapers DiePresse.com and iDnes.cz on the “Refugee Crisis and Refugees” in spring and summer of 2016. It was examined which discourse strands were characteristic in the reporting period and how the “refugee crisis” has been linked to Islam, Islamism and Muslims, or in what contexts the newspapers have reported about Islam and Muslims. To investigate the representative images of refugees, three main frames (threat, victim and active agents) were used to show which image of refugees most often spread by the online newspapers to their readership. The material was analysed by means of corpus analytical tools, structural analysis and discursive analysis. To complete the overall picture of the “refugee crisis” and representations of refugees, two selected articles were subjected to a critical discourse analysis according to Siegfried Jäger.